

Bulletin 5/2004

»Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher«

Hannah Arendt

Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland

Zentrum Demokratische Kultur

Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Antisemitismus als Herausforderung für die Demokratie
Anetta Kahane

4

Zur Genese von Antisemitismus und Antiamerikanismus

Moderner Antisemitismus in Deutschland
Entstehungsgeschichte, Motive und Strukturen
Frank Guterforth

7

Antiamerikanismus in Deutschland
Historische und aktuelle Feindbildkonstruktionen
Herbert Weber

15

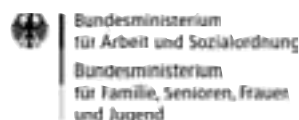
Islamistischer Antisemitismus
Claudia Dantschke

24

Aspekte von Antisemitismus und Antiamerikanismus

Entwicklungen des Antisemitismus in der BRD nach 1945
Horst Peter Gerlich

35



© Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V., Berlin,
und Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig GmbH, Leipzig, 2004

Alle Rechte vorbehalten

Internetadressen: <http://www.raa-berlin.de>, <http://www.klett-verlag.de>

Herausgeber: Zentrum Demokratische Kultur in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung

Bildauswahl und Bildunterschriften: Herbert Weber

Redaktion: Susanna Harms, Heike Radvan, Simone Rafael, Timo Reinfrank (alle Amadeu Antonio Stiftung),
Herbert Weber (Zentrum Demokratische Kultur)

Layout und Satz:  Design, Berlin

Fotos und Abbildungen: version-foto, Weber, Dantschke, Meyer, Galerie Bilderwelt,

Archiv ZDK, Sammlung Wolfgang Haney

Titelbild: Handgemachtes Plakat in Berlin-Mitte, Sommer 2003, Foto Torsten Lange

Druck: Gutmann + Co. GmbH, Talheim

Buchbinderische Verarbeitung: IBB Industriebuchbinderei GmbH, Heilbronn (Neckargartach)

ISBN: 3-12-060202-

Die Broschüre entstand mit freundlicher Unterstützung und Förderung
des Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig GmbH und der Freudenberg Stiftung Weinheim.

Antisemitismus, Antizionismus und »verordneter Antifaschismus« in der DDR <i>Heike Radvan</i>	39
Antisemitismus im 21. Jahrhundert Über die neuen (alten) Formen des deutschen Antisemitismus <i>Timo Reinfrank und Tobias Ebbrecht</i>	44
Chronik antisemitischer Vorfälle im Jahr 2003 <i>Cordula Mäbert</i>	52
Aktueller Antisemitismus in Zahlen Zur Verbreitung antisemitischer Straftaten und Einstellungen <i>Susanna Harms</i>	52
Kulturelle Codes des Antisemitismus in der Jugendkultur Interview mit Anke Zeuner und Ralf Fischer <i>Simone Rafael</i>	65
Europa hat eine tolle Kultur, wir aber auch! Interview mit Jeff Gedmin, Aspen Institute Berlin <i>Simone Rafael und Herbert Weber</i>	68
Antiamerikanismus in der Linken und der »neuen Friedensbewegung« <i>Andrea Woeldike</i>	71
Funktionen des Antiamerikanismus in der rechtsextremen und neurechten Szene <i>Ralph Kummer</i>	77
Umgang mit Antisemitismus in der Bildungs- und Projektarbeit	
Antisemitismus als Thema der außerschulischen Bildungsarbeit?! Interview mit Kirsten Döhring, Tanja Kinzel und Barbara Schäuble <i>Susanna Harms und Heike Radvan</i>	85
Umgang mit Antisemitismus in Schule und Unterricht <i>Simone Rafael</i>	92
Große Politik im Klassenzimmer Zur pädagogischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus unter Jugendlichen in multikulturellen Lerngruppen <i>Sabine Diederich, Bernd Fechner und Holger Oppenhäuser</i>	95
Mit Shoah education gegen aktuellen Antisemitismus? Interview mit Gottfried Kößler <i>Susanna Harms</i>	101
Was tun gegen Antisemitismus in der Schule, im Sportverein oder in der Stadt? »Projekte gegen Antisemitismus« – ein Modellprojekt der Amadeu Antonio Stiftung	103
Ein Netzwerk für die Bildungsarbeit Die Task Force: Education on anti-semitism beim American Jewish Committee	107
Anhang	
Autorinnen und Autoren	109
Ausgewählte Literatur	110
Adressen	111

Vorwort

Antisemitismus als Herausforderung für die Demokratie

Anetta Kahane

Es gibt wohl im Moment kaum ein umstritteneres Thema als Antisemitismus und Antiamerikanismus. Der Umgang damit ist von vielen Unsicherheiten begleitet. Häufig auftauchende Fragen sind zum Beispiel: Was ist berechtigte Kritik an der Politik der USA und Israels, was ist Antiamerikanismus oder gar Antisemitismus? Wo sind Überschneidungsmengen zwischen Antisemitismus und Antiamerikanismus? Welche Funktionen hat der Antiamerikanismus heute und in welchen Phänomenen zeigt er sich? Was bedeutet es, wenn Menschen, die für Frieden demonstrieren, George W. Bush mit Hitler gleichsetzen oder wenn sie mit der Kritik am Krieg im Irak Erinnerungen an das eigene Leiden im Zweiten Weltkrieg verbinden, als die Alliierten deutsche Städte bombardierten? Was heißt es, wenn vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen grundsätzlich daran gezweifelt wird, dass Amerika die Demokratie »exportieren« kann? In welcher Rolle wollen sich die Deutschen in ihrer Abgrenzung gegenüber den USA heute stattdessen in der Welt sehen? Warum ist die Idee des Antiimperialismus gerade jetzt so populär geworden? Welche Traditionen im Denken und Handeln drücken sich hier aus?

Im vorliegenden Bulletin sollen diese Fragen aufgegriffen werden. Mit Hintergrundinformationen über die Entstehungsgeschichte, die Theorie, die Wirkung und die Funktionen von Antisemitismus und Antiamerikanismus wird deutlich gemacht, wie sich Kritik und Vorurteil voneinander unterscheiden. Das Heft enthält darüber hinaus einige Artikel, die sich mit aktuellen Formen des Antisemitismus und Antiamerikanismus beschäftigen. Dort, wo sich Antisemitismus und Antiamerikanismus jedoch zeigen, gibt es auch die dringende Notwendigkeit, dagegen etwas zu tun. Auch für Möglichkeiten der Intervention wird es in diesem Heft Anregungen geben.

Fangen wir doch mit einer Frage an: Was ist der Unterschied zwischen einem Rad und dem Antisemitismus? Die Antwort: Beide sind Erfindungen. Und - beide sind als solche genial und außerordentlich nützlich. Ihre Formen sind so vielfältig wie der jeweilige Fortschritt des gesellschaftlichen und technischen Vorankommens. Der Unterschied liegt allein in ihrem zivilisatorischen Wert. Wenn jemand dringend nach der Lösung eines Problems sucht, sagt man oft, er solle doch nicht versuchen, das Rad neu zu erfinden und meint damit, dass es für viele gesuchte Funktionen längst eine auf der Hand liegende Lösung gibt. Das gilt auch für gesellschaftliche Probleme: Gäbe es den Antisemitismus nicht, man müsste ihn erfinden. Aber es gibt ihn und somit keinen nennenswerten Grund,

ihn nicht auch anzuwenden. Wann immer Dinge komplex werden, wann immer sie mit Abstraktion, mit Rationalität, mit Modernisierung, mit Transformation, Internationalität – oder wie man heute sagt – mit Globalisierung zu tun haben, taucht der Antisemitismus irgendwann als Mittel der Abwehr auf.

Er ist eine Theorie mit langer Tradition, sowohl in den christlichen als auch in den muslimisch geprägten Gesellschaften, die schon lange vor der Existenz Israels bestand. Er ist die geniale Erfindung, um für alles Böse, Dunkle, Mächtige, Feige, Unsittliche, Raffinierte, Diabolische und Undurchschaubare eine Gruppe von Menschen zu haben, der das alles zugeschrieben werden kann – damit man selbst im Gegensatz dazu als licht, hell, edel, gut, rein, heldenhaft und klar dastehen kann. Genial ist diese Phantasie im zynischen Sinne deshalb zu nennen, weil sie keiner Erklärungen bedarf; es war schon immer so, es hat sich eingeschliffen, und die Bilder sind tief eingegraben in das kulturelle Gedächtnis vieler Generationen und darin fest verwurzelt. Diese Bilder erfuhren zwischen religiösen und säkularen Phasen gewisse Veränderungen, Abwandlungen, Zuspitzungen und biologistische Schärfen, in deren Folge schließlich Auschwitz möglich wurde. Doch mit dem singulären Ereignis des industriellen Massenmordes trat keineswegs eine grundsätzliche Kehrtwende ein. Es gibt ihn, den Antisemitismus wegen Auschwitz und es gibt ihn auch in neuem Gewand, in dem er nun Israel, den Staat gewordenen Juden, zum Ziel der aggressiven Projektionen macht. Diese Denkfigur zieht sich auch durch den modernen Antisemitismus, der an einigen Stellen deutliche Überschneidungen mit dem Antiamerikanismus zeigt.

Das Problem beginnt oft schon mit dem Begriff des Antisemitismus. Die ewige Definitionshuberei mit all ihren vermeintlichen Einschränkungen stellt besonders heute ein Schlachtfeld dar, auf dem, anstatt sich der eindeutigen Bekämpfung des Antisemitismus zu widmen, die Relativierung tobt. Wann immer sich das Begriffskarussell koppelt an das Wort »Jude«, ist es schon Teil des Problems. Denn es gibt keine reale Grundlage für Antisemitismus. Das anzunehmen wäre antisemitisch, denn nichts, was Juden tun oder lassen, hat Einfluss auf antisemitische Einstellungen. Wenn also z. B. eine Definition anfängt mit dem Satz: »Obwohl es nur so und so viel Juden gibt, ist der Antisemitismus so und so«, oder wenn gesagt wird: »Antisemitismus ist die Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden« – wird diese Verbindung hergestellt. Man koppelt das eine mit dem anderen, und die Denkfigur, der Jude sei selbst schuld, rollt bereits mit, egal wie gut das darauf Folgende gemeint wird. Denn eines steht fest: Die Erfindung existiert vollkommen unabhängig davon, ob es Juden gibt oder nicht, sie ist kein Problem der Juden, sondern derer, die Antisemitismus produzieren. Es ist wichtig, hier klar zu unterscheiden: Zwar trifft Antisemitismus die Juden, sie sind das Ziel, doch nicht sie sind die Ursache dafür, nicht sie sind dafür verantwortlich. Und ebenso wenig ist es

Sache der Juden, den Antisemitismus zu messen, dafür quasi öffentlich als Zeugen gerade zu stehen. Wann immer jemand lieber den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden zitiert, als selbst zum Antisemitismus Stellung zu nehmen und sich so offen und klar zu solidarisieren, reiht er sich dadurch in diese problematische Tradition ein. Die jüdischen Organisationen als Teil der Zivilgesellschaft sollen selbstverständlich ihre Stimme erheben, doch die Frage ist, inwieweit die Gesellschaft diese Themen mit gleicher Selbstverständlichkeit aufgreift und eben nicht zulässt, dass es die jüdischen Repräsentanten oder Einzelpersonen allein sind, die sich zum Thema äußern.

Antisemitismus, ob als individuelle oder gesellschaftliche Realität, ist vor allem eines: Er ist Gewalt. Physische und psychische Gewalt, Gewalt durch Worte, durch Gesten, durch noch viel subtilere Dinge wie Interpretationen, indirekte Aggressionen und Andeutungen. Er ist kein schlichtes Vorurteil, das mehr oder weniger leicht auszuräumen ist, sondern ein komplexes und verzweigtes Denkmodell, dessen Wurzeln in alle Gesellschaftsschichten reichen und viele Lebensbereiche mit der immer gleichen Nahrung versorgen. Er ist eben eine Gesellschaftstheorie oder, betrachtet man ihn auf der individuellen Ebene, eine Psychopathologie. Der Antisemitismus, so sagte Theodor Adorno, ist das Gerücht über die Juden. Gerüchte aus der Welt zu schaffen, das weiß jeder aus persönlicher Erfahrung, ist eine schwierige Sache. Wenn ein Gerücht zu einer Stimmung anschwillt, dann wird es gefährlich. Es kann anschwellen zu einem Wahn, der alles in Gut und Böse teilt, einem topologischen Wahn. Wer sich beispielsweise einem schwarzen Deutschen gegenüber aufgrund seiner Hautfarbe aggressiv oder herablassend verhält, ist ein Rassist; denn er tut gleiches nicht bei einem Weißen. Er beleidigt sein Gegenüber, weil er unterstellt, dass die Hautfarbe den Menschen definieren kann – in diesem Fall, weil er meint, dass Weiße mehr wert wären als Schwarze. Es ist die Hautfarbe, auf das sich dieses Vorurteil bezieht, etwas Sichtbares also. Bei Juden aber beruhen die Ressentiments auf etwas Unsichtbarem, das sich auf unterstellte Eigenschaften bezieht und deshalb so gewalttätig, gefährlich, verletzend und unberechenbar ist. Da der Antisemitismus von Anbeginn mit dem Konspirativen und Dunklen handelt, ist er selbst konspirativ und dunkel: Er braucht nur Vermutungen, Indirektes, heimliche Annahmen, Stimmungen, Gefühle und Assoziationen. Reagiert aber jemand auf diese Form der Gewalt, wie einst Ignatz Bubis bei der Rede von Martin Walser, kann derjenige jederzeit ausgelacht, bemitteidet und damit wieder zum eigentlichen Problem erklärt werden. Doch tritt der Antisemitismus offen und brutal zutage, dann gibt es oft eine heuchlerische Verwunderung darüber, woher das wohl plötzlich kommt und, wenn man es nicht mehr herunterspielen kann, die These des Einzelfalls.

Die Objekte des Antisemitismus können auch abstrakter sein und sich scheinbar gar nicht so direkt auf Juden beziehen. In Zeiten einer immer kleiner werden-

den Welt können auch politische Konzepte oder Staaten mit Antisemitismus in Verbindung gebracht werden. Israel und die USA eignen sich beispielsweise hervorragend für die Verkörperung von Verschwörung und Macht und Geld. Schon in der sozialistischen Tradition hatte dieses Bild einen festen Platz. Sowohl in der linken Bewegung als auch im real existierenden Sozialismus wurde diese Idee immer gepflegt und durchaus weiterentwickelt. So nannte man abfällig auch »Kosmopolitismus« oder »Zionismus«, was schlussendlich weitere Synonyme für Antisemitismus waren.

Mit dem komplizierteren Verhältnis der Menschen zu einander durch die Einführung des Geldes und der Geldwirtschaft stieg auch der Gebrauchswert des Antisemitismus. Besonders in Ideologien, in denen es nur gute und nur schlechte Subjekte gibt, nistet sich leicht auch Antisemitisches ein – vor allem, wenn diese Ideologien nach Symbolen für »das Geld« suchen. Die »Wall Street« ist so ein Symbol, oder auch Begriffe wie »raffendes Kapital«. Heute kommt – auch in der Tradition des Schwarz-Weiß-Denkens im Sozialismus – zudem wieder der Begriff des Imperialismus zum Zuge. Während er früher nur in linken Kreisen zu hören war, hält er nun Einzug in die Medien und die Alltagssprache. Er wird auf die USA und Israel angewandt und ist längst kein Begriff der politischen oder historischen Wissenschaft mehr, sondern ein emotionaler Ausdruck von Urteilen und Ängsten, indem diejenigen, die ihn so benutzen, sich beherrscht, dominiert und von dunklen Verschwörungen umzingelt fühlen.

Unter dem Banner des Antizionismus und Antiimperialismus können Allianzen entstehen, von denen man vor Jahren nicht zu träumen wagte: Rechtsextreme benutzen solche Slogans schon lange, ein Teil der Linken sowieso, dazu kommen nun Islamisten, Globalisierungskritiker und Friedensbewegte aus allen Schichten, die auch offene Formen von Antisemitismus in ihren Reihen als eine Art Nebenwiderspruch durchaus in Kauf nehmen. Wer Zweifel äußert ob der plötzlichen Anschlussfähigkeit zwischen beispielsweise Rechtsextremen und linken Gruppen, oder wer nach der Verhältnismäßigkeit der Israelkritik fragt, dem wird entschlossen entgegengehalten, dass man doch wohl Israel und die USA kritisieren dürfe, ohne gleich als antisemitisch und antiamerikanisch gebrandmarkt zu werden. Dabei hat bisher noch nie jemand verboten, die Politik anderer Staaten zu kritisieren, und so enthält die Entgegnung selbst bereits ein antisemitisches Klischee: nämlich, dass jemand tatsächlich einen Druck oder eine Macht ausüben kann, um solche Kritik mit Vorwürfen zu unterbinden. Wer das sein kann, wird gern mit dem Begriff der »amerikanischen Ostküste« beschrieben, oder es sind die von ihr »gesteuerten« Medien oder »jüdische Organisationen«.

Die Unsicherheit vieler Menschen ist groß, sich bei großen politischen Themen wie Irak, Nahost, Terrorismus, Islamismus und den damit verbundenen Kon-

flikten zu orientieren. Gerade deshalb besteht die Gefahr, bei der Einschätzung der Situation auf eigene oder vertraute Denk- und Weltbilder zurückzugreifen, die mit der wirklichen Situation, der Realität, meist wenig zu tun haben. Die Frage beispielsweise, ob solche Kritik an Israel antisemitisch sei, lässt sich, unabhängig von der darin enthaltenen Unterstellung, relativ leicht beantworten. Im Spannungsfeld der schwierigen Situation und Lage Israels mitten in einer Region autokratisch geführter und meist heftig antisemitisch agierender Länder muss Israel zwischen demokratischen Standards und Sicherheitsinteressen eingezwängt handeln. In diesem Spannungsfeld soll es Kritik und Selbstkritik geben.

Das Dilemma scheint im Moment darin zu liegen, dass Israel ohne eine rechte Regierung kaum Chancen zum Überleben hat, mit dieser Regierung aber auch nicht. Dies zu sehen und zu beschreiben ist nicht destruktiv. Antisemitisch hingegen sind Urteile, die von keinerlei Interesse an der Situation der Menschen zeugen, sondern nur einseitigen Hass vermitteln und dabei mit antisemitischen Stereotypen operieren. Das betrifft, und das gilt natürlich ebenso für Antiamerikanismus, alle Vergleiche mit Nazis, KZ, Hitler, Vernichtungskrieg, mit Holocaust, also mit allem, was die Verbrechen des NS relativiert und nun den Juden ähnliches zuschreiben will. Antisemitisch ist es auch, direkt oder indirekt das Existenzrecht Israels zu bestreiten. Die Forderung, anstelle einer möglichen Zweistaatlichkeit solle es einen einzigen palästinensischen Staat geben, in dem die israelischen Juden sich unterzuordnen oder freundlicher gesagt zu integrieren hätten, gehört ebenso dazu wie die Forderung, die Juden sollten doch Israel aufgeben und nach Europa zurückkehren. Sondergesetze für Juden, ihre Jahrhunderte währende Ausgrenzung, haben auch in Bezug auf Israel Spuren hinterlassen. Wird hier mit doppeltem Maßstab gemessen, also Israel z.B. in der Frage der Einhaltung der Menschenrechte vollkommen anderen Kriterien unterworfen, als dies bei anderen Staaten der Fall ist, und das ständig und immerzu, so ist das antisemitisch. Und schließlich ist es antisemitisch, wenn Juden irgendwo in der Welt mit Israel gleichgesetzt werden, wenn man sie verantwortlich macht, sie zur Rede stellt, sie angreift mit dem Verweis auf Israels Politik. Immer häufiger geschieht genau das. Damit sind die Juden längst nicht mehr, wie immer angestrebt, normale Bürger ihrer Länder, sie werden durch die Identifikation mit Israel zu »Fremdkörpern«, also emotional ausgebürgert. Paart sich solches Agieren mit dem Bestreiten des Existenzrechts Israels, wird so gleichzeitig das Existenzrecht des Judentums mit bestritten. Es ist eine Rückkehr zu den klassischen Formen des primären Antisemitismus, der Juden direkt als solche identifiziert, aussondert und angreift, unabhängig von ihrer persönlichen Haltung zu außenpolitischen Fragen.

Antisemitismus ist kein Nebenwiderspruch. Wer ihn in seinen verschiedenen Formen und Ausprägungen duldet, nimmt sein Fortbestehen in Kauf. Ob nun Verschwörungstheorien, rechtsextreme Relativierungen

des Holocaust, eliminatorischer Hass auf Juden durch islamistische Gruppierungen, Stereotype über Juden und deren vermutete Macht oder eine vollkommen unangemessene Fixierung auf Israel als größte Gefahr für den Weltfrieden – dies alles stellt eine Bedrohung dar, die nicht nur Juden betrifft. Wenn die entstehende, wahnhaftige Gefährlichkeit angeheizt wird, weil sich Probleme nicht einfach lösen lassen, wenn die Probleme stattdessen an etwas anderem abreagiert werden sollen, dann kann es zu Pogrom und Vernichtung kommen. Doch die historische Erfahrung sagt, dass einmal in Schwung gekommen, das Rad viel weiter rollt. Besonders der muslimische Antisemitismus richtet seinen Hass auf die Ideale der Französischen Revolution – unabhängig vom Verhalten und der Existenz Israels. Der Antisemitismus, ob nun aus der muslimischen oder christlichen Tradition, richtet sich immer gegen die Werte der Gleichheit vor dem Recht, Liberalität, Aufklärung, Emanzipation und Freiheit. Deshalb bedeutet der Kampf gegen den Antisemitismus die Grundwerte der Demokratie zu verteidigen.

Hannah Arendt sagte einmal voll ironischem Pessimismus: »Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Mond sicher«. Die Gefährdung der demokratischen Kultur durch das Gift von Antisemitismus und Antiamerikanismus fordert eine genaue Auseinandersetzung mit diesen Themen heraus. Gerade weil sie heute so heikel sind.

Bisher gibt es kaum Konzepte, wie man wirkungsvoll Antisemitismus und Antiamerikanismus bekämpft. Gerade in Deutschland sollte man annehmen, dass Entwicklungsarbeit zu diesen Themen geleistet worden sei. Doch die politische Bildung hat sich mit der Vergangenheit auseinander gesetzt, wo es um Fragen des Antisemitismus ging. Das ist keinesfalls das Gleiche. Erst seit wenigen Jahren versucht die Bildungsarbeit, sich auch mit aktuellen Formen des Antisemitismus auseinander zu setzen. Ein neuer, weiter gehender Anfang ist in einem Projekt des Bundesprogramms Civitas gemacht. Hier werden innovative Formen entwickelt, die sich nicht nur auf einen einzigen Lebensbereich beziehen, die also komplexer in den Kommunen wirken sollen und die nicht allein auf Bildung setzen. Die Amadeu Antonio Stiftung vermittelt hier ihre Erfahrungen, die sie bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus sammeln konnte, führt Praxisergebnisse verschiedener engagierter Projekte zusammen und entwickelt mit allen Beteiligten gemeinsam neue Ansätze. Allen, die sich an dieser wichtigen, schwierigen und sehr innovativen Arbeit mit ihren Artikeln, ihren Projekten und ihren Ideen beteiligen, sei an dieser Stelle gedankt, insbesondere den KollegInnen der Task Force des American Jewish Committee und des DGB Bildungswerks Thüringen. Manchmal braucht man auch dafür das Rad nicht neu zu erfinden. Das Wissen und die Erfahrung aller an diesem Heft Beteiligten werden helfen, ein wirkungsvolles Transportmittel guter, nützlicher und hilfreicher Praxis gegen den Antisemitismus, die neue totalitäre Herausforderung der Gegenwart zu machen.

Zur Genese von Antisemitismus und Antiamerikanismus

Moderner Antisemitismus in Deutschland

Entstehungsgeschichte, Motive und Strukturen

Frank Gutermuth

Aufklärung über Antisemitismus setzt eine grundsätzliche Verständigung darüber voraus, was unter dem Begriff Antisemitismus zu verstehen ist. Die historische Entwicklung des modernen Antisemitismus muss dabei ebenso berücksichtigt werden wie die Analyse der zentralen Inhalte, Motive und Grundstrukturen dieser Ideologie.

Der Begriff Antisemitismus wurde 1879 in Deutschland durch den judenfeindlichen Journalisten Wilhelm Marr geprägt. Er bezeichnet einen Welterklärungsversuch, der nichts mit realen Juden und Jüdinnen zu tun hat, sondern sich allein auf eine Konstruktion dessen bezieht, wer oder was »der Jude« sein soll – eine Konstruktion, die sich im historischen Kontext verändert. Im Folgenden soll in einem ideengeschichtlichen Abriss gezeigt werden, wie in Deutschland an Stereotype und Zuschreibungen der traditionellen christlichen Judenfeindschaft angeknüpft wurde und wie mit der Entstehung moderner bürgerlich-kapitalistischer Nationalstaaten zunehmend »die Juden« für alle als negativ empfundenen Erscheinungen verantwortlich gemacht, als »Hort alles Bösen« phantasiert wurden. Mit dem Antisemitismus hatten Gegner der bürgerlichen Gleichstellung und Emanzipation der europäischen Juden einen politischen Kampfbegriff für die antijüdische Bewegung gefunden, der der zeitgenössischen antisemitischen Welle in Mitteleuropa einen programmatischen, ideologischen und »wissenschaftlichen« Anstrich geben sollte.

Dieser Artikel beschränkt sich auf Antisemitismus in Deutschland; denn zum einen war in keinem anderen Land der Antisemitismus so vehement in alle Lebensbereiche eingedrungen. Deutschland, das »Land der Dichter und Denker«, und kein anderes Land hat, in Auschwitz kulminierend, den industrialisierten Massenmord an den europäischen Juden und Jüdinnen hervorgebracht – »es geschah in Deutschland«, so der Schriftsteller Jean Améry. Den Voraussetzungen dieser unbestreitbaren historischen Tatsache ist nachzugehen, wobei von monokausalen Erklärungsansätzen ebenso Abstand zu nehmen ist wie von einem Begreifen der Geschichte als Kontinuum ohne Brüche. Zum anderen richtet sich dieser Beitrag an PädagogInnen und DemokratInnen in Deutschland, die sich in ihrer

Arbeit und ihrem Alltag dem historischen und aktuellen Antisemitismus stellen wollen. Dafür ist eine Auseinandersetzung mit deutscher Vergangenheit unabdingbar.

Traditionelle Judenfeindschaft

Bereits in den ersten drei Jahrhunderten entstand im Christentum die Ideologie des Antijudaismus. Bezugnehmend auf die Schriften der Apostel fungierte in der christlichen Theologie das Judentum frühzeitig als Antithese zum christlichen Selbstbild. Der Historiker Christhard Hoffmann zeigt dabei die besonders wirkungsmächtige Tatsache auf, »dass das Christentum viele dogmatische Grundanschauungen im Hinblick auf und in polemischer Abgrenzung zum Judentum bestimmte« und der Antijudaismus damit »zu einem essentiellen Bestandteil des christlichen Selbstverständnisses« wurde.⁽¹⁾ Eingebettet in einen dualen Schematismus, der nur zwischen »gut« und »böse« unterscheidet, wurde das Judentum grundlegend mit dem »Bösen« gleichgesetzt: Paradigmatisch stand es für »Sünde«, »Ketzerie« und »Abfall«, »Verderben« und »Heilsverlust« – alles, wovon ein Christ sich bedroht fühlen musste. Für die Erklärung kirchlicher Missstände wurde fortan auch »das Judentum« verantwortlich gemacht. In der Reformation wird dies am deutlichsten: Für Luther hatten »die Juden« die Funktion, »die Einbruchsstelle des Teufels in die zeitgenössische Kirche«⁽²⁾ kenntlich zu machen – sie wurden als Werkzeug des Teufels gesehen. Entsprechend wird in den schriftlichen Quellen des Christentums, in den Evangelien und in den Werken der Kirchenväter der Ort der Synagoge »in der Regel negativ bewertet und als Ort des Satans, des Teuflichen geschildert«.⁽³⁾ Der theologische Konflikt zwischen den beiden Religionen fußt auf der Frage, ob Jesus der Messias, also



Der Ritualmord-Mythos wurde auch noch 1900 auf Postkarten behauptet. Hier soll ein jüdischer Metzger einen deutschen Studenten zu rituellen Zwecken geschächtet haben.

Quelle: Gold, Helmut/Heuberger, Georg; Abgestempelt – judenfeindliche Postkarten, Frankfurt/Main 1999, Seite 163

der Erlöser und Sohn Gottes, war. Die christliche Kirche schrieb »den Juden« die Schuld an der Ermordung Jesu zu. Im Christentum galt diese Kollektivschuld nicht nur für die zur Zeit der Kreuzigung lebenden Juden, sondern auch für alle Nachkommen. Darüber wurde das Bild des »Juden« als Verkörperung des »Bösen« in weiten Teilen der Bevölkerung tradiert. Sie galten als mit dämonischen Fähigkeiten ausgestattete Planer und Träger von Leid und Katastrophen.⁽⁴⁾ Diese Sicht verband sich ab dem 12. Jahrhundert mit weiteren antijüdischen Mythen wie der des »Ritualmordes«, des »Brunnenvergiftens« und des »Wucherers« und ging als Bestandteil in den kulturellen Hintergrund der deutschen Gesellschaft ein.

Die Ritualmordbeschuldigungen warfen Juden vor, christliche Kinder zu rauben oder zu kaufen, um sie zu quälen und schließlich zu ermorden. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts kam das Motiv der Blutentnahme hinzu. Das christliche Blut sollte in der Einbildung der Anklagenden verschiedenen religiösen und magisch-medizinischen Zwecken dienen. Somit konnten Morde oder unaufgeklärte Selbsttötungen zu einem jüdischen Religionsverbrechen stilisiert und zur antisemitischen Agitation genützt werden.

Der Vorwurf des Brunnenvergiftens erreichte seinen Höhepunkt, als die Pest 1348 über Europa hereinkam, in deren Folge etwa 25 Millionen Menschen starben. Der Graf von Savoyen ließ in der Nähe von Genf Juden so lange foltern, bis sie gestanden, Brunnen vergiftet und damit die Pest verursacht zu haben. Schnell sprach sich dies auch in Deutschland herum: In über zweihundert Dörfern und Städten wurden gläubige, aber auch zum Christentum übergetretene Juden als »Schuldige« für die Pest verbrannt. Der Glaube an diese Erklärung war derart verinnerlicht, dass auch in den folgenden Jahrhunderten beim Ausbrechen neuer Krankheiten und Epidemien Juden sofort dem Verdacht des Brunnenvergiftens ausgesetzt wurden.

Das Stereotyp des »Wucherers« entstand vor dem Hintergrund, dass sich Geld als zentrales Medium zur Organisation des Warentausches ab dem 12. Jahrhundert immer mehr durchsetzte. Das Aufblühen des Handels und der Städte sowie die Entstehung des kaufmännischen Berufs sind Indizien dieses Prozesses. Weltlicher Besitz war gemäß der christlichen Lehre abzulehnen, weshalb Geld zunehmend verteufelt und als satanisches Gut verstanden wurde. Vor allem das Unverständnis über den Zinsmechanismus, der aus Geld ohne »ehrliche« Arbeit mehr Geld macht, wurde als Durchbrechung der göttlichen Ordnung interpretiert. Aus diesem Gebot des Christentums heraus war Geldhandel im Kontext der Berufsverbote – die Ausübung eines traditionellen Handwerks war ebenso wenig gestattet wie Landerwerb für landwirtschaftliche Zwecke – für Juden eines der wenigen verbliebenen Betätigungsfelder. Das führte zu dem Ergebnis, dass abstrakte, nicht verstandene Vorgänge als »Wucher« bezeichnet und mit »den Juden« identifiziert wurden. 1543 erschien Martin Luthers Pamphlet »Von den Juden und ihren Lügen«, in dem dem Adel vorgeworfen



Neujahrskarte aus der Sammlung Haney mit dem typischen Klischeebild des wuchernden Juden.

Quelle: Gold, Helmut/Heuberger, Georg; Seite 141

wurde, er lasse sich von den Juden »schinden und aussaugen« und zu Bettlern machen. Luther verdammt den »diebischen Geist« der Juden und ihren angeblichen Willen, die Städte und das Land »auszuwuchern«, zu ruinieren.

Mit dem Einsetzen der Kreuzzüge Ende des 11. Jahrhunderts änderte sich auch die Situation der jüdischen Bevölkerung in den deutschen Gebieten drastisch: Zum zu bekämpfenden Feind stilisiert, kam es zu anti-jüdischen Pogromen – bei Überfällen der Kreuzfahrer wurden tausende Juden umgebracht – und zur sozialen Ausgrenzung, die alle Lebensbereiche umfasste. Die jüdische Bevölkerung wurde auf einen minderen rechtlichen Status herabgedrückt, lebte räumlich abgeschieden, war aus den meisten Berufen verdrängt und somit umfassend aus der christlich definierten Gesellschaft ausgeschlossen.⁽⁵⁾ Bis im 19. Jahrhundert sollten sich, territorial verschieden, Phasen rechtlicher Gleichstellung und religiös begründeter Entrechtung der jüdischen Bevölkerung in unterschiedlichen Spielarten mehrfach wiederholen.⁽⁶⁾

Völkische Bewegung in Deutschland

Schon vor 1933 war der Nationalsozialismus zu einer politischen Massenbewegung geworden. Die Wahlen von 1930 bis 1933 besicherten der NSDAP beträchtliche Erfolge – bei der Reichstagswahl 1932 votierten 13,8 Millionen und damit 37,4 Prozent der WählerInnen für die nationalsozialistische Partei und machten sie zur stärksten im Deutschen Reich.

Die Frage ist, welche ideologischen Anknüpfungspunkte vorlagen, um eine solche Mobilisierung zu erreichen; denn »keine noch so bedeutsame politische Massenbewegung springt plötzlich und ohne jede Tradition wie eine ›Venus aus der Muschel‹« (Georg L. Mosse). Der Historiker Mosse kommt daher zu folgendem Schluss: »Der Nationalsozialismus hätte nicht zünden können, wenn er sich nicht vertraute Mythen und Symbole dienstbar gemacht hätte.«⁽⁷⁾ Diese waren

im traditionellen völkischen Gedankengut angelegt, dessen irrationale Weltanschauungen zunehmend vom politischen Rand ins Zentrum rückten. Voraussetzungen für diesen Prozess waren das Eindringen völkischen Denkens in »so genannte ehrbare gesellschaftliche Kreise« (Mosse) sowie historische Ereignisse, die diese Ideologie in Deutschland beförderten: eine als unzureichend empfundene nationale Einheit, ein verlorener Krieg, Revolution und Gegenrevolution, Inflation und ökonomische Krise.

Besonders zu berücksichtigen ist, dass sich der deutsch-völkische Nationalismus von Beginn an gegen Juden richtete und den Juden Hass zum zentralen Bestandteil seiner Ideologie machte. Im Völkischen manifestierte sich die grundlegende Ablehnung der Moderne mit allen ihren Erscheinungsformen: Industrialisierung, Fortschritt, Verstädterung, Liberalismus und Rationalismus, Veränderung der politischen Herrschaft in Form von Parteien und Parlamenten, Naturwissenschaft und Vernunft. Die als negativ empfundenen Auswirkungen der Moderne wurden von völkischen Theoretikern frühzeitig »den Juden« zugeschrieben, die als vermeintliche Verursacher dieser Entwicklungen ausgemacht wurden. Massenmord propagierten dabei die wenigsten offen; gemeinsam war jedoch fast allen das Ziel eines »judenfreien Deutschlands«.

Der völkische Nationenbegriff definierte sich in strikter Abgrenzung zur französischen Nationenidee: Das Selbstverständnis der französischen Revolution von 1789 zielte auf die Aufhebung einer Gesellschaft, in welcher der Status des Individuums über Herkunft, Stand und Familie festgeschrieben wurde. Vielmehr sollten alle unter der Nation zusammengefassten Individuen Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten können. Die deutsch-völkische Nationalbewegung hingegen, in der die Vorstellung eines sich organisch entwickelnden »deutschen Volkes« eine zentrale Rolle einnahm, war maßgeblich von der Romantik und Neuromantik beeinflusst. Geschaffen werden sollte ein völkischer Staat in Form einer naturhaften Aristokratie, der sich aus Adel und Bauern zusammensetzt. Die Vollkommenheit der deutschen »Rasse« wurde gleichgesetzt mit der Vollkommenheit der Bauern, womit der Bauernstand zur Grundlage einer völkischen Nation gemacht wurde.

Tragende Säule dieses Konzepts war die Bezugnahme auf deutsche Natur und Tradition, die – positiv überhöht – als Gegenpol zu den durch die Moderne bedingten gesellschaftlichen Transformationsprozessen gesetzt wurden. Idealisiert wurden die deutsche – durch die Industrialisierung bedrohte – Bauernschaft und die deutsche Landschaft, was sich auch in dem Begriff der »Verwurzelung« niederschlägt: Es gebe, so die Behauptung, eine enge innere Verbindung zwischen dem Einzelnen, dem »Heimatboden«, dem »Volk« und dem Universum. Natur besitzt im völkischen Denken eine Seele, die in Übereinstimmung mit der menschlichen gebracht werden muss. Diese innere Übereinstimmung kann der Einzelne mit dem »Volk« teilen. Aus dieser kosmischen Verbindung entspringt

dann die Lebenskraft des »Volkes«. In der Überbetonung der deutschen Landschaft findet sich das völkische Wunschdenken, »die Bedeutung der zunehmenden industriellen und städtischen Werte des Jahrhunderts zu negieren und vor ihnen zu fliehen«⁽⁸⁾ In der völkischen Literatur weit verbreitet ist z. B. das Symbol des Baumes, tief verwurzelt im deutschen Heimatboden, dessen weit in den Himmel ragende Krone die Verbindung mit dem Universum herstellt. In diesem Bild erscheint »der Jude« als Schlange, die sich um die Wurzeln des Baumes windet, die Kronen zum Abwelken bringt und somit die kosmische Verbindung des »deutschen Volkes« zerstört, aus der sich alle Lebenskraft speist. Vor allem in Romanen, deren Auflagen in die Millionen gingen, wurden Juden immer häufiger mit in diese Richtung gehenden negativen Stereotypen dargestellt. Am bedeutsamsten ist hier »Der Büttnerbauer« (1895) von Wilhelm von Polenz, der auch Adolf Hitler beeinflusste. In der Handlung des Romans steht ein Jude für die moderne Industriegesellschaft, welche den Bauern entwurzelt, sein Land raubt und seinen Tod verschuldet. Der reinste Teil des »deutschen Volkes« wurde zerstört, »der Jude« wurde zum Feind des Bauern und damit zur Unglücksursache des »deutschen Volkes« verklärt.

Diese – gegen Juden gerichtete – völkische Denkform des »Deutsch-Seins« paarte sich in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit einer »militanten Germanomanie« (Thomas Haury). Der Sozialhistoriker León Poliakov konstatiert, dass »der Kult der germanischen Rasse (...) eine Erscheinung (ist), die in anderen Ländern keine Entsprechung hat. Unter den verschiedenen Arten des europäischen Nationalismus (...) nimmt keine diese von der Biologie bestimmte Form an.«⁽⁹⁾ Die völkischen Theoretiker betrieben Geschichtsmetaphysik, die die gesamte Bandbreite germanischer Mystik und Legenden zu nutzen wusste und große Wirkung entfaltete. Im völkischen Denken stand Geschichte für einen ständigen Kampf, in dem sich das »Volk« als historische Einheit aus der Vergangenheit bis zur heutigen Form entwickelt hatte. Die Kraft für diesen Kampf bezog das »Volk« gemäß diesem Mythos aus der Reinheit der »Rasse«. Wichtige Verfechter dieses völkischen Kultes waren der Philosoph Johann Gottlieb Fichte, der Schriftsteller Ernst Moritz Arndt und »Turnvater« Friedrich Ludwig Jahn. Arndt beispielsweise forderte, Juden von Deutschland fernzuhalten, damit sich der »germanische Stamm so sehr als möglich von fremdartigen Bestandteilen rein«⁽¹⁰⁾ erhalte.

Damit war der Grundstein für einen rassistisch begründeten Antisemitismus gelegt, der das Konstrukt des »Juden« und seine Funktion des »Anti-Volkes« fest schrieb. Als dessen Gegenbild und -mittel entstand zur Herstellung einer deutschen Identität »der Deutsche« und in der Folge »der Arier«. Dadurch, dass »man hier den deutschen Typus des subjektiv nicht antisemitischen Patrioten in Erscheinung treten (sieht), der den Juden aber deshalb feindselig gesinnt ist, weil er sich zum Mythos der Rasse bekennt«⁽¹¹⁾, steht bereits zumindest die Möglichkeit einer gewaltsamen »Lösung



Mit großen Nasen und Ohren gezeichnete Stereotype »der Juden« tummeln sich als Läuse in Germanias Haar (aus der Münchner Zeitschrift Grobian, 1907). Dies zeigt nicht nur die Entmenslichung von Juden und die antisemitische Schädlingmetapher, die den Wunsch nach einer »judenreinen« deutschen Gesellschaft impliziert, sondern hier offenbart sich auch eine sexuelle Anspielung, die Juden ein triebhaftes Bedürfnis nachsagt, blonde arische Frauen zu schänden. Quelle: Gold, Helmut/Heuberger, Georg; Seite 56

der Judenfrage« im Raum. Zunehmend wurden Juden in der völkischen Literatur als Parasiten, Bazillen etc. bezeichnet und ihnen damit der menschliche Status abgesprochen.

Auf fruchtbaren Boden fiel diese Ideologie im mittelständischen Bürgertum, den Einzelhändlern, Kleinunternehmern und Handwerkern sowie den Landbesitzern. Diese Gruppen sahen durch die industrielle Revolution ihren bürgerlichen und sozialen Status bedroht. Sie trieb eine Sehnsucht nach vormodernen Zeiten um, in denen ihr Besitzstand noch nicht durch die moderne bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft gefährdet war. Als deren Urheber galten »die Juden«.

Auch die von Friedrich Ludwig Jahn initiierte deutsche Burschenschaft trug deutliche antisemitische Züge. Im Statutenentwurf von 1815 heißt es unter § 18 »Vaterland und Volk über alles: Über alles hoch muss ihm (dem Burschen, d. Verf.) das Deutsche Vaterland gelten, und er muss deutsch sein in Wort, Werken und Leben.«⁽¹²⁾ In der Konsequenz hatte dies zur Folge, dass Juden aus den Burschenschaften ausgeschlossen wurden. Bis 1890 bezeichneten sich alle studentischen

Verbindungen in Deutschland und Österreich als »judenrein«, und 1921 hatten fast alle Burschenschaften den »Arierparagraphen«⁽¹³⁾ in ihren Satzungen eingeführt, um jüdischen Studierenden endgültig den Zugang zu verwehren. Der Philosoph Herbert Marcuse urteilte 1941 rückblickend: »Dort (in den Programmen der Burschenschaften, d. Verf.) wurde viel von Freiheit und Gleichheit gesprochen, aber es war eine Freiheit, die das althergebrachte Vorrecht einzig der germanischen Rasse sein sollte. (...) Franzosenhass ging mit dem Hass gegenüber Juden, Katholiken und »Adeligen« einher.«⁽¹⁴⁾ Selbst die Minderheit liberaler Studenten, die bei allzu offenem antisemitischem Agieren zur Mäßigung rief, hielt am rassischen Unterschied zwischen Deutschen und Juden fest.

Analog verhält es sich mit der Professorenschaft, für die der Berliner Historiker Heinrich von Treitschke beispielhaft steht. Sich der germanischen Tugendhaftigkeit verpflichtet fühlend, griff Treitschke 1879 die »Judenfrage« als »nationales Problem der Deutschen« (Christhard Hoffmann) auf. Er kam zu der Schlussfolgerung, dass, wenn die jüdische Assimilation misslinge, eine deutsch-jüdische Mischkultur entstünde, die die Reinheit des tausendjährigen germanischen Erbes zerstöre. Darüber hinaus drehte er die jüdische Leidens- und Verfolgungsgeschichte um und verstieg sich zu der Losung »Die Juden sind unser Unglück«. Liberale wie der Historiker Theodor Mommsen – er vertrat einen »gemäßigten« Antisemitismus – intervenierten zwar, blieben jedoch in der Minderheit. Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurden schätzungsweise rund 1200 meist offen antisemitische Schriften veröffentlicht, die sich mit der »Judenfrage« befassten.⁽¹⁵⁾ Zurückgewiesen werden sollte die Emanzipation der deutschen Juden, deren bürgerlich-rechtliche Gleichstellung.

Mit dem Einzug völkischen Denkens in die Literatur, die in enormen Auflagen Verbreitung fand⁽¹⁶⁾, verallgemeinerte sich dieses Denken auch in gebildeten Kreisen. Mosse kommt zu dem Schluss, dass es »das



Ein germanischer Recke treibt die Juden Richtung Palästina unter dem Slogan »Deutschland den Deutschen«. Postkarte von 1900.

Quelle: Gold, Helmut/Heuberger, Georg; Abgestempelt – judenfeindliche Postkarten, Frankfurt/Main 1999, Seite 150

literarische Bürgertum (war), das mit der völkischen Ideologie durchsetzt war, die Klasse, die schließlich den größten Einzelblock der Bewegung ausmachen sollte; so wurden um die Jahrhundertwende das antisemitische Stereotyp und das arische Ideal beinahe zu bürgerlichen Gemeinplätzen«. ⁽¹⁷⁾

In der Erziehung feierte die völkische Ideologie ihren größten Triumph. Schulen wurden auf der Basis völkischer Richtlinien und Pläne gegründet. An staatlichen Schulen dominierte die Ideologie durch entsprechende Bücher, Lehrpläne und Lehrer. Die Schüler übernahmen die erlernten völkischen Prinzipien und verbreiteten sie weiter. Der Historiker Fritz Stern sieht in den Lehrern des republikanischen Deutschlands, die in ihrer Jugend von völkischem Denken durchdrungen wurden, eine große Bedeutung für den Sieg des Nationalsozialismus. ⁽¹⁸⁾ In einer Analyse deutscher Geschichtsbücher des 19. Jahrhunderts fanden sich in den Lesebüchern für höhere Schulen alle Aspekte der germanischen Ideologie ebenso wie die grundsätzliche Negierung der Moderne wieder. ⁽¹⁹⁾

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstehende organisierte deutsche Jugendbewegung wuchs unter dem Motto »Jugend führt Jugend« zügig zu einer Massenbewegung an. Als Ausdruck einer jugendlichen Rebellion gegenüber bestimmten Werte- und Moralvorstellungen blieb sie ideologisch jedoch insgesamt gesehen nicht nur einer traditionellen konservativen Einstellung treu, sondern radikalisierte sich zunehmend nach rechts: »Ihre Bindung an Volk und germanischen Glauben, an Tradition, Heldentum und Brauchtum sowie die Identifikation mit dem Schönheitsideal der nordischen Menschen unterschieden sich häufig, blieben jedoch ein stabiles Element.« ⁽²⁰⁾ Selbst diejenigen Gruppen, die assimilierte Juden akzeptierten, sahen in den Juden ein kulturell und rassistisch unterschiedliches »Volk«. Aber die vermeintliche Akzeptanz hatte in der Realität wenig Substanz, wie eine Untersuchung für die Jahre 1913 bis 1914 zeigt: In 92 Prozent der »Wandervögel«-Ortsgruppen gab es keine jüdischen Mitglieder, was in 84 Prozent der Fälle auf antisemitischen Beschlüssen beruhte. ⁽²¹⁾

Nach dem Ersten Weltkrieg nahmen die völkischen Stimmen, die zum Mord an »den Juden« aufriefen, sprunghaft zu: Die weit verbreitete »Dolchstoßlegende« machte »die Juden« für die Kriegsniederlage der »im Felde unbesiegten Truppe« verantwortlich: Sie hätten sich vor dem Frontdienst gedrückt, wirtschaftlich vom Krieg besonders profitiert und die Kapitulation der Streitkräfte zum Schaden Deutschlands initiiert. Kurz: Es wurde behauptet, Juden hätten das deutsche Vaterland verraten, obwohl ein militärischer Sieg – so der Glaube – noch im Bereich des Möglichen gewesen wäre. Das republikanische System der Nachkriegszeit galt als ein Werk des »jüdischen« Liberalismus und Rationalismus, »von russischen Bolschewiken finanzierte Juden« beschuldigte man, die Novemberrevolution 1918 ausgelöst zu haben. Der einflussreiche und angesehene »Alldeutsche Verband« der neben einer expansiven Außenpolitik für Deutsch-



Dolchstoßlegende. Darstellung von 1923.

Quelle: Gold, Helmut/Heuberger, Georg; Seite 268

land eine rassistische und kulturelle Einigung forderte, rief im Oktober 1918 durch seinen Vorsitzenden Heinrich Claß dazu auf, »die Lage zur Fanfare gegen das Judentum und die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen«. Die Organisation erhielt massenhaften Zulauf von Lehrern, Einzelhändlern, Angestellten und Angehörigen ähnlicher Berufe, die einen Großteil der Mitglieder stellten. ⁽²²⁾

Den traditionellen Antijudaismus der christlichen Lehre nutzend, lieferten die völkische Ideologie – und ihre weite gesellschaftliche Verbreitung in Deutschland dem Nationalsozialismus die notwendigen Anknüpfungspunkte, die zu einer Bewegung zusammengefasst und radikalisiert werden konnten. Im Hinblick auf den Antisemitismus als integraler Bestandteil deutsch-völkischer Weltanschauung sollte dabei auch deutlich geworden sein, dass »der Antisemitismus nicht erst von Hitler von außen her in die deutsche Kultur injiziert worden (ist), sondern diese Kultur war bis dorthinein, wo sie am allerkultiviertesten sich vorfand, eben doch mit antisemitischen Vorurteilen durchsetzt«. ⁽²³⁾

Moderner Antisemitismus als Weltanschauung

Die Entstehung des modernen Antisemitismus ist historisch im Übergang von Feudalherrschaft zum bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaat, der Moderne, zu verorten. Zum Verständnis ist eine nähere Betrachtung seiner ideologischen Funktions- und Wirkungsweise erforderlich. Dabei wird im Wesentlichen den Ausführungen von Thomas Haury ⁽²⁴⁾ gefolgt.

Der moderne Antisemitismus verbindet verschiedene antisemitische Stereotype zu einer umfassenden Welt- und Welterklärung, die dabei von einer spezifischen Logik strukturiert wird. Mit dem Konstrukt »der Juden« und ihrer vermeintlichen Macht wird die Welt zu erklären versucht, was die entscheidende Differenz zur Phase der vormodernen Judenfeindschaft bildet. Stereotype dieser Epoche wurden Ende

des 19. Jahrhunderts modifiziert, mit neu entstandenen angereichert und »verwissenschaftlicht«, um sie zu einer in sich geschlossenen Weltanschauung zusammenzufügen.

Antisemitische Zuschreibungen fanden sich in der herausbildenden modernen Gesellschaft in den drei zentralen Sphären Ökonomie, politische Herrschaft und Kultur. »Die Juden« und ihr vorgeblich schädliches Handeln sollten Erklärungsansätze für die gesellschaftlichen Veränderungen liefern: Sie galten den Verfechtern des modernen Antisemitismus als Personifizierung der abgelehnten Moderne.

In der Sphäre der Ökonomie wurde die negativ konnotierte Verknüpfung »der Juden« mit Geld, Handel, Banken, Börse, »Materialismus« und Ausbeutung zentral. Dabei wurden alte Stereotype wie das des »Wucherers« aufgegriffen. Diesem Stereotyp kam jedoch im Gegensatz zu früher eine viel größere Bedeutung zu, weil sich die kapitalistische Wirtschaftsform und Geld als bestimmendes Medium des Warentausches immer mehr durchsetzten. Bedingt durch die formale bürgerliche Gleichstellung entfällt mit der Begründung des deutschen Nationalstaates die Beschränkung der wirtschaftlichen Rechte der Juden. Fortan werden sie gleichgesetzt mit der Finanzsphäre, der abstrakten Seite des Kapitalismus. Dualismen wie

»ehrliches, schaffendes« deutsches Industriekapital versus »unproduktiv-schmarotzendes, raffendes« jüdisches Kapital beginnen sich wirkungsvoll zu entfalten.

In der modernen Gesellschaft haben sich Staat, Gesellschaft und Individuum gegeneinander ausdifferenziert. Das heißt, die Form der politischen Herrschaft hat sich transformiert in eine komplexere Form des Parlamentarismus und der Interessensdelegation an Parteien. Durch den Umbruch zur modernen Gesellschaft werden traditionelle soziale Beziehungen und Bindungen in allen Lebensbereichen aufgelöst. Ersetzt werden sie durch schwer verständliche abstrakt-unpersönliche Rechts- und Herrschaftsbeziehungen. Daraus resultierte ein grundsätzlicher Wandel in der Beziehung des Individuums zur Gesellschaft. Die Abwehr dieses Prozesses schlägt sich im modernen Antisemitismus nieder: Hinter dieser undurchschaubar anmutenden Entwicklung wird eine geheime Macht als Verursacher identifiziert – »die Juden«.

In der Sphäre der Kultur wurden »die Juden« mit den neuen Erscheinungsformen moderner Kultur und Kunst, der aufkommenden Massenkultur und der modernen Lebensweise in Verbindung gesetzt. Der Vorwurf der »Zersetzung« von überkommenen Werten, Normen und Autoritäten richtete sich vor allem an die »Judenpresse«, doch er steigerte sich dann zu dem allgemeinen Urteil, »die Juden« seien verantwortlich für den Verfall einer imaginierten »deutschen Kultur«, allen »deutschen Geistes« und »deutschen Wesens«. Im Bereich der Musik stellte Richard Wagner schon 1850 mit seinem Artikel »Das Judentum in der Musik« das »Eindringen« von Juden in die Musik fest. Diese könnten, so Wagner, jedoch durch ihren Materialismus eigentlich nicht schöpferisch tätig sein. Außerdem seien sie Fremde im deutschen »Volk« und hätten somit keine Grundlage für die Erschaffung von Kunst, da die Verbindung zu »ihrem natürlichen Boden, dem wirklichen Volksgeiste« fehle.⁽²⁵⁾ Die so genannte schöne Literatur (Romane, Gedichte, dramatische Werke etc.) sei »jüdisch besessen«, von Juden redigiert und diene vor allem jüdischen Interessen, so der Philosoph und Nationalökonom Eugen Dühring 1886. Juden wurden zudem beständig zum Gegenstand sexueller Projektionen: So würden »die Juden« ohne jegliches Gewissen »deutsche« Frauen und Mädchen verführen, einen schwunghaften »Mädchenhandel« betreiben, und auch die Besitzer der meisten Bordelle seien Juden. Thomas Haury weist auch zu recht auf die von Anfang an antisemitische Note der Intellektuellenfeindschaft hin: »Individualismus, Heimat- und Wurzellostigkeit, Distanziertheit, sezierende Analyse und vor nichts haltmachende Kritik, schwankende Wertorientierung und Zerrissenheit – alles, was dem Wunsch nach sicherer sozialer Verortung, fest gefügten Normen und eindeutigem Sinn im Wege zu stehen schien, wurde gebündelt in der Metapher des »jüdischen Intellektuellen«.⁽²⁶⁾



Das Bild des jüdischen Kapitalisten, der deutsche Arbeiter ausbeutet und alle Fäden in der Hand hält, wurde vom völkischen Block 1924 auf einem Wahlkampfplakat genutzt.

Quelle: Gold, Helmut/Heuberger, Georg; Seite 273

Deutscher Nationalismus und moderner Antisemitismus

Allen oben dargestellten Erklärungsansätzen ist gemeinsam, dass »die Juden« beschuldigt werden, auf die »nationale« Gemeinschaft »zersetzend« und zerstörend einzuwirken, wodurch das »Volk« und seine Identität in ihrer Existenz bedroht seien. »Juden« und »Deutsche« werden in allen Punkten als unauflösbar gegensätzlich bestimmt: »Den Juden« zugeschriebene Eigenschaften boten frühzeitig »die Negativfolie für den Entwurf eines Nationalcharakters der Deutschen«, ⁽²⁷⁾

»Nation« als behauptete Gemeinschaft in einer modernen Gesellschaft wird durch ihre inneren Widersprüche beständig dementiert. Es bedarf einer Grenzziehung zu »Fremden« und der Bekämpfung von »Feinden«. Mit »den Juden« fand der Nationalismus ein Feindbild, das zweierlei Funktionen erfüllte. Einerseits wurden »die Juden« im Innern zur Fremdgruppe (»Nation in der Nation«) erklärt, worüber das »Eigene« sich erst abgrenzend konstituieren konnte. Andererseits wurden sie zur Antiidentität und zum Gegenprinzip der »deutschen Nation« stilisiert, das zu erklären vermochte, warum trotz aller sehnuchsvollen Bestrebungen die »nationale Gemeinschaft« nicht zustande kam.

Die Widerstände gegen die rechtliche Emanzipation der Juden Ende des 19. Jahrhunderts wurden mit deren ideologisch bestimmter Nichtzugehörigkeit begründet. Sie wurden als »ewig fremd« gegenüber einer naturhaft existierenden »nationalen Gemeinschaft« begriffen. In diesem Punkt waren sich die unterschiedlichen Strömungen des deutschen Nationalismus einig.

Gleichzeitig wirkte die deutsche Wissenschaft intensiv bei der Konstruktion einer »arischen Rasse« und damit der rassistischen Begründung des Antisemitismus mit. So setzte beispielsweise die Anthropologie zunehmend Schädelmessungen ein, um über die Gesamterscheinung eines Körpers Hinweise auf seine »Rasse« zu belegen. Der Begründer der Schädellehre, Franz Joseph Gall (1758-1828), hat zum Beispiel die bis heute vorzufindende Vermutung geäußert, dass über die Kopfform Rückschlüsse auf moralische und intellektuelle Anlagen eines Menschen gezogen werden könnten. Im Sinne einer »arischen Ästhetik« war »der Jude« immer das Gegenbild – sichtbar in Karikaturen und Darstellungen. Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte der Franzose Arthur de Gobineau eine umfassende Theorie, die die Menschheitsgeschichte in einen spezifischen rassistischen Zusammenhang stellte. Diese Geschichte habe gezeigt, dass »Rassereinheit« immer die Grundlage für Macht sei. Als »reinste Rasse« sah Gobineau die Arier. Ab 1894 sorgte insbesondere der Politiker Ludwig Schemann für die Verbreitung von Gobineaus Theorie in Deutschland und erhielt dafür Unterstützung vom Bayreuther Kreis um Richard Wagner. Die Gefährdung der »arischen Rasse« durch eine andere war schnell ausgemacht: die »jüdische Rasse«.



Auf diesem Wahlplakat der Nationalsozialisten von 1920 ist der »häßliche Jude« der Tod der schönen blonden Germania, also der Tod Deutschlands.

Quelle: Gold, Helmut/Heuberger, Georg; Seite 57

Diese (Pseudo-)Verwissenschaftlichung zu einem rassistisch begründeten Antisemitismus sorgte für die Legitimation des bisher Gefühlten: Vermeintlich naturhaft bestimmt, gebe es eine unaufhebbare Fremdheit der »Juden«. Die »deutsche Nation« sollte gegen die Juden und durch Abgrenzung von ihnen entstehen: Treitschkes Parole »Die Juden sind unser Unglück« war längst schon nicht mehr eine beliebte Floskel nur in antisemitischen Zirkeln, sondern eine weithin verallgemeinerte »Wahrheit«.

Strukturprinzipien des modernen Antisemitismus

Personifiziert wurden »die Juden« als Verursacher allen Unglücks gesehen. Sie galten als Verkörperung und gleichzeitig Urheber der Moderne. Hinter allen gesellschaftlichen Prozessen, Umbrüchen und Entwicklungen, die zur Verunsicherung führten und aufgrund ihrer Komplexität und Abstraktheit unverständlich blieben, wurden zielgerichtet Handelnde identifiziert und als Schuldige verfolgt. Ihnen wurde große Macht zugeschrieben, die aber mit der Enttarnung der »jüdischen Verschwörer« ihrem Ende entgegengehen würde. Die gesamte moderne Gesellschaft soll im modernen Antisemitismus durch das absichtsvolle Tun konkreter Personen erklärt werden, wobei »die Juden« als Verursacher und Schuldige ausge-

macht wurden. Die Konstruktion eines allmächtigen Feindes war (und ist) immer wieder Grundlage vielfältiger Varianten von Verschwörungstheorien.

Der moderne Antisemitismus hat also Züge einer Erlösungslehre. Es kommt hier zum Zusammenspiel mehrerer Faktoren: einer radikalen Zweiteilung der Welt in Gut und Böse, der Stilisierung eines Feindes zum wesenhaften Bösen, das die eigene Existenz bedroht, und schließlich Grundzüge von Glaubensvorstellungen, die mit Erlösungshoffnungen verbunden sind und sowohl das Endsicksal des Einzelmenschen als auch eine universelle Enderwartung betreffen.

Eng damit verknüpft ist die Schaffung identitärer Kollektive: Die Eigengruppe, »die Deutschen«, wird dem Feind, »den Juden«, konträr gegenübergestellt, wobei beide Gruppen als Subjekte verstanden werden, die als Einheit handeln und von der Natur mit unveränderlichen Wesenszügen ausgestattet sind. Durch diese Zweiteilung erscheint die Eigengruppe als die reine Verkörperung des Guten. Alle verhassten gesellschaftlichen Phänomene werden auf die Juden projiziert, die somit das Böse an sich verkörpern.

«Dem Jüdischen» wird durch diese binäre Logik eine negative Konnotation zugeschrieben, die grundsätzlich als unaufhebbar gedeutet wird. Auch eine Konversion zum christlichen Glauben kann somit nicht mehr vor Verfolgung schützen. Diese Denkstruktur führt quasi zwangsläufig zu einer Notwehr-Rhetorik, die im modernen Antisemitismus auf die Alternative »Sieg oder Untergang« hinausläuft.

Um eigene Aggressionen gegen Juden zu legitimieren, wurden rhetorisch Täter und Opfer umgekehrt: Das »deutsche Volk« wurde zum Opfer eines jüdischen Angriffs stilisiert. Die Diskussion um die »Lösung der Judenfrage« mit durchaus radikalen Vorschlägen ihrer Umsetzung wurde zur Erlösungsvorstellung (Bezeichnung der Juden als Parasiten, Krebsgeschwür, Fäulniserreger, Bazillen, etc.).

Die Zuspitzung zu einer weltweit gestellten »Völkerfrage«, bei der alle »Völker« durch »die Juden« bedroht seien, bringt den modernen Antisemitismus in seiner Strukturlogik dann auf seinen Endpunkt: die Vernichtung. Insofern ist der moderne Antisemitismus eine politische Heilslehre, die aufgrund der ihr innewohnenden Logik zur »rettenden Tat« – der Vernichtung der Juden als Ausgangspunkt jeglichen Grund Übels weltweit – schreiten musste.

Auschwitz steht heute als Synonym für den industrialisierten Massenmord an sechs Millionen europäischen Juden und Jüdinnen, dem so viele Deutsche begeistert oder emotionslos gefolgt sind im Glauben daran, dass er zur Rettung des »deutschen Volkes« notwendig sei. Der Nationalsozialismus konnte das Programm der Vernichtung nur deshalb dergestalt radikalisieren und vollstrecken, weil antisemitische Denkfiguren bereits vor 1933 in der deutschen Gesellschaft eine derart weite Verbreitung gefunden hatten.

Anmerkungen

- (1) Christhard Hoffmann: Das Judentum als Antithese. Zur Tradition eines kulturellen Wertungsmusters. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, dtv 1995, S. 25-47
- (2) Heiko A. Obermann: Die Juden in Luthers Sicht. In: Heinz Krumers et al. (Hrsg.): Die Juden und Martin Luther. Martin Luther und die Juden, 1987, S. 144 f.
- (3) Joel Berger: Bilder der Judenfeindschaft. Zweites Bild: »In der Synagoge«. In: Julius H. Schoeps / Joachim Schlör: Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, Zweitausendeins, S. 67 f.
- (4) Israel Gutmann / Eberhard Jäckel / Peter Longerich / Julius H. Schoeps (Hrsg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band 1. Serie Piper, S. 51 ff.
- (5) vgl. Rainer Bakonyi / Andrea Woeldike: Judenhaß – 30 Silberpfennige christlich verzinst und deutsch eingetrieben. In: Arbeitskreis Kritik des deutschen Antisemitismus (Hrsg.): Antisemitismus – die deutsche Normalität. Geschichte und Wirkungsweise des Vernichtungswahns, ca ira 2001, S. 35-43
- (6) vgl. Nachum T. Gidal: Die Juden in Deutschland von der Römerzeit bis zur Weimarer Republik, Könnemann Verlagsgesellschaft mbH 1997
- (7) George L. Mosse: Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Verlag Anton Hain 1991, S. IV
- (8) Ebenda, S. 23
- (9) Léon Poliakov: Geschichte des Antisemitismus. VI. Emanzipation und Rassenwahn, Verlag Georg Heintz 1987, S. 184
- (10) Ernst Moritz Arndt: Ein Blick aus der Zeit auf die Zeit (1814). Zitiert nach Ludger Heid: Wir sind und wollen nur Deutsche sein! In: Christina von Braun / Ludger Heid (Hrsg.): Der ewige Judenhaß, Philo Verlagsgesellschaft mbH 2000, S. 77
- (11) Léon Poliakov, a.a.o., S. 184
- (12) Peter Krause: O alte Burschenherrlichkeit, 1979, S. 81
- (13) Mit der Einführung dieses Paragraphen wurde »Nichtariern«, also Juden, die Mitgliedschaft in Verbänden, Vereinigungen und Parteien verboten.
- (14) Herbert Marcuse: Vernunft und Revolution, 1962, S. 162
- (15) Klemens Felden: Die Übernahme des antisemitischen Stereotyps als soziale Norm durch die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands, 1875-1900, Phil. Diss., 1963
- (16) vgl. Volker Losemann: Rassenideologien und antisemitische Publizistik in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. In: Wolfgang Benz / Werner Bergmann: Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Herder 1997, S. 304-341
- (17) George L. Mosse: Die völkische Revolution, S. 164
- (18) Fritz Stern: Kulturpessimismus als politische Gefahr, 1963
- (19) Ernst Weymar: Das Selbstverständnis der Deutschen, 1961
- (20) George L. Mosse: Die völkische Revolution, S. 186
- (21) Heinrich Ahrens: Die deutsche Wandervogelbewegung von den Anfängen bis zum Weltkrieg, 1939, S. 195
- (22) Alfred Kruck: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954, S. 18
- (23) Theodor W. Adorno: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: ders.: Vermischte Schriften I. Gesammelte Schriften Band 20/1, Suhrkamp 1997, S. 382 f.
- (24) Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburger Edition 2002, Kapitel eins: Grundstrukturen des antisemitischen Weltbildes, S. 25-160
- (25) Richard Wagner: Das Judentum in der Musik. In: ders.: Die Kunst und die Revolution. Das Judentum in der Musik, hrsg. und kommentiert von Tibor Kneif, 1975 (Original: 1850), S. 51-77
- (26) Haury 2002, S. 40
- (27) Stefan Rohrbacher: Deutsche Gewalt und antijüdische Gewalt (1815-1848/49). In: Peter Alter u.a. (Hrsg.): Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, 1999, S. 37

Antiamerikanismus in Deutschland

Historische und aktuelle Feinbildkonstruktionen

Herbert Weber

Antiamerikanismus in Deutschland zu diskutieren ist kaum möglich, ohne sich über den Ursprung von positiven wie negativen Amerikabildern, die hier immer als USA-Bilder gemeint sind, klar zu sein. Sie sind Projektionen einer deutschen Befindlichkeit und nehmen amerikanische Realitäten nur bedingt wahr. Meist dienen diese Projektionen, Mythen und Feindbilder einer persönlichen oder kollektiven Identitätssuche, die ein Gegenbild des »Anderen« erzeugt, das »Eigene« also erst in Abgrenzung konstruiert und aufwertet.

Deshalb kann ein Artikel über den Antiamerikanismus als negative sozialpsychologische Projektion nicht ergründen, welchen Wirklichkeitsgehalt Amerikabilder haben, sondern muss sich damit beschäftigen, wie Selbst- und Fremdbilder in der deutschen Kultur und in verschiedenen politischen Strömungen der deutschen Geschichte entstanden sind.

Im deutschen politischen Diskurs verweisen die Amerikabilder auf die jeweiligen ideologischen Lager. Rechtsextreme Kreise konstatieren zumeist einen amerikanischen Kulturimperialismus und erstreben eine nationalistische Abgrenzung gegenüber dem angeblich bedrohlichen westlich-liberalen Einfluss der USA. Liberale Kräfte halten dagegen einen Angriff auf die USA oft für einen Angriff auf die Moderne und die Ideale der Aufklärung, für die Amerika als Metapher verwendet wird. Während viele gemäßigte Linke in Deutschland eine Kritik an der amerikanischen Regierung für legitim und nur negative Pauschalierungen gegenüber der amerikanischen Bevölkerung für anti-amerikanisch erachten, erscheint traditionellen Antikapitalisten eine Kritik an dem angeblichen Musterland von Kapitalismus und Imperialismus essenziell notwendig, auch wenn hier Kapitalismuskritik nationalisiert und verkürzt wird.

Im Zuge der politischen Auseinandersetzung in Deutschland wird die USA zur Metapher – im positiven wie im negativen Sinn. Egal, ob Amerika als zerstörerische Bedrohung oder als Heil bringendes Paradies dargestellt wird: es sind zwei Seiten einer ideologischen Debatte. Die Amerikabegeisterung des Amerikanismus ist genauso ideologisch bedingt wie die Amerikaverteufelung des Antiamerikanismus, weshalb positive Amerikabilder in dieser Betrachtung ebenfalls kurz berührt werden. Vorrangig geht es aber um anti-amerikanische Vorurteile. Viele von ihnen weisen eine lange Tradition auf und kulminierten in übersteigerter Form im Dritten Reich. Sie haben ihre Wurzeln ähnlich wie antisemitische Feindbilder in Selbstfindungsprozessen der deutschen Nation seit dem 19. Jahrhundert.

Zivilisation und Künstlichkeit gegen Kultur und Natürlichkeit

»Die Amerikaner haben keine Kultur.« Das war eines der ersten Vorurteile, die gegenüber den USA in Umlauf kamen, und es hält sich bis heute in Deutschland. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auf Nikolaus Lenau, den »Nationaldichter«, verwiesen, der Mitte des 19. Jahrhunderts eine fehlende Tiefe in der amerikanischen Kultur behauptete.⁽¹⁾ Dieses Stereotyp ist eng mit dem Kulturbegriff im historischen deutschen Nationalbild verknüpft.

Deutschland war zum Ende des 18. Jahrhunderts ein vielfach gespaltenes Konglomerat aus Ländern mit unterschiedlichsten Interessen, als sich im Zuge der Aufklärung die bisherigen religiösen und vor allem ständischen und feudalen Bindungen auflösten. Auf der Suche nach einer neuen kollektiven Identität spielte die nationale Zugehörigkeit zunehmend eine Rolle. Da eine politische nationale Einheit in Deutschland fehlte, stellte eine neu entstandene nationale Bewegung Anfang des 19. Jahrhunderts eine gemeinsame Identität durch den Rekurs auf die gemeinsame Sprache, Kultur und die Leistungen von Deutschen in der Geschichte her. In der Romantik wurden deutsche Volksmärchen (Gebrüder Grimm) und Volkslieder (Johann Gottfried Herder) wiederentdeckt, der Reformator Martin Luther wurde gepriesen, das Mittelalter heraufbeschworen und die Germanenzeit mit Figuren wie Hermann dem Cherusker als Ursprung der deutschen Kultur verstanden.

Insbesondere während der französischen Besatzungszeit unter Napoleon entwickelte sich ein deutscher Befreiungsnationalismus begründet auf dem Fundament von Kultur, Geschichte und »geistiger Weltherrschaft des sittlich höchsten Volkes« (Fichte).⁽²⁾

Die Vorstellung eines historisch »gewachsenen Volkstums« mit spirituellem Ahnen- und Abstammungsglauben stand im fundamentalen Gegensatz zum sehr rationalen, ideellen Gründungsprinzip der Ersten Französischen Republik, »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« – entsprechend wurden deren egalistische Prinzipien zum »undeutschen« Feindbild erhoben.

Schon früh richtete sich diese exklusive Nationalidee gegen als nicht-deutsch definierte Gruppen, etwa Juden, Polen oder Franzosen. Die deutsche Kultur wurde von Verfechtern dieser Theorie als »höherwertig« angenommen und sollte »rein« bleiben, so dass andere Völker oder Kulturen davon ausgeschlossen, unter Umständen sogar bekämpft werden sollten. Das Gleichheitsprinzip der Französischen Revolution machte dagegen keinen Unterschied zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Im Bevölkerungsgemisch des demokratisch verfassten Einwanderungslandes USA war an eine einheitliche, historisch gewachsene Kultur noch viel weniger zu denken.

Nikolaus Lenaus Verdikt über die fehlende amerikanische Kultur sagt deshalb einiges aus über seinen bedeutungsschweren deutschen Kulturananspruch. Die Erfüllung eines »wahren« Ichs im tiefen Fühlen, das

aus der metaphysischen Verwurzelung mit Tradition und Scholle entstehe, wird von ihm als »deutsche Freiheit« deklariert⁽³⁾ und stellt ein Gegenprinzip zum eher bindungslösenden westlich-liberalen Individualismus dar. Da der Mensch demnach nur verbunden mit seiner geschichtlichen Herkunft und Kultur er selbst werden kann, wird der abstrakte, individuelle Freiheitsbegriff in den USA abgelehnt, der sich im Hier und Jetzt, unabhängig von Herkunft, Geschichte und Kultur, realisiert. Die amerikanische Gesellschaft erscheint in diesem Bild als konfliktreiche, heterogene, auf rationalen Prinzipien gründende, der das Bild der homogenen, durch Geschichte und Blut verbundenen, spirituellen deutschen Gemeinschaft als Ideal gegenübergestellt wird. Nur die organisch gewachsene Gemeinschaft kann demnach eine wahre Heimat bieten, Sinn und Zugehörigkeit stiften und Kultur erzeugen, die individualisierte, unverbindliche Zweckgesellschaft kann das Lenau zufolge nicht.⁽⁴⁾

Nicht unterschätzt werden sollte in diesem Zusammenhang der in der Romantik strapazierte Begriff des »Natürlichen«. Der reine Rationalismus, so glaubten die romantischen Philosophen, schaffe durch die technische Entwicklung eine künstliche, seelenlose Welt, die nur vom Zweck bestimmt sei. Deutsche Kultur zeichne sich hingegen durch ein Gemüt aus, durch das Echte und Ehrliche, die Suche nach tiefer Erkenntnis. Durch den reinen Pragmatismus hätten die westlichen Länder, allen voran die USA, jeden Bezug zu Boden, Heimat und Geschichte verloren. Nicht zuletzt aus diesem Theorem ist die große deutsche Indianerbegeisterung zu begreifen, die sich in den Bucherfolgen der Schriftsteller Fenimore Cooper und Karl May spiegelt. Der »edle Wilde« und sein natürlich gewachsener, mit der Natur verbundener Stamm, wird in deren Erzählungen durch die Eisenbahn, die hier als Symbol der künstlichen Maschinerie in der zivilisierten Moderne dient, verdrängt und vernichtet. Das Mitgefühl von Autoren, Leserinnen und Lesern gilt dem »Natürlichen«.

Es ist die Suche nach dem »Wahren« und »Echten«, die sich in der philosophischen Tradition deutscher Metaphysik und romantischer Naturbegeisterung ausdrückt, heute aber ebenso auf viel banalerer Ebene, wenn etwa Disneyland, Las Vegas und Hollywood, Marsh-Mellows oder Instant-Coffee als oberflächliche »Kunstprodukte« abgelehnt werden. Den Vorwurf der »amerikanischen Oberflächlichkeit, Künstlichkeit und Seelenlosigkeit« findet man noch heute allerorten, auch in der Gegenüberstellung von den angeblich so unverbindlichen Beziehungen in den USA und wahrer, treuer Freundschaft in Deutschland. Einer guten deutschen Innerlichkeit wird eine schlechte Äußerlichkeit in den USA entgegengesetzt, zum einen um das gute Eigene gegenüber dem schlechten Fremden abzugrenzen und zum anderen damit das Gute zu nationalisieren. Neben den Dualismus organische Gemeinschaft versus individualisierte, abstrakte Gesellschaft tritt also der zwischen Echtheit und Künstlichkeit, Tiefe und Oberflächlichkeit, Spiritualität und Zweckhaftigkeit, gewachsener Kultur und rationalisierter Zivilisation.⁽⁵⁾



Im NPD-Katalog drückt sich die völkische Gesinnung auch dadurch aus, dass die deutsche Sprache »rein« gehalten werden soll, frei von amerikanischen Einflüssen. Statt T-Shirts werden T-Hemden angeboten, Verweise gibt es auf Heimatseiten im Weltnetz, nicht auf Homepages im Internet.

Quelle: Katalog des Deutsche-Stimme Versandes, 2001, Seite 94

»Völkergemisch« gegen gewachsene Blutsgemeinschaft

Obwohl der deutsche Kulturananspruch in der Romantik entgegen den Ideen der Moderne formuliert wurde, war seine Funktion eine deutsche Identitätsfindung und damit Vorstufe zu einer beabsichtigten demokratischen Nationenbildung, die nach innen durchaus emanzipatorisch gedacht war. Die Forderungen nach bürgerlichen Freiheitsrechten und deutscher Einheit gingen Hand in Hand und waren zumindest bis 1870 in Deutschland Sache des Liberalismus. Die Einführung einer konstitutionellen Verfassung scheiterte 1848 unter anderem daran, dass nationale Einigung und Demokratisierung gleichzeitig bewältigt werden mussten. Viele Demokraten, die nach der 1848 einsetzenden Restauration auswanderten, trugen den deutschen Kulturananspruch in die USA. Sie gründeten deutsche Turn- und Gesangsvereine und gaben deutsche Zeitungen heraus. Zwar gab es eine Abgrenzung zur amerikanischen Kultur, das Land wurde von den deutschen Patrioten aber gleichzeitig als Vorbild für eine freiheitliche Verfasstheit verstanden.⁽⁶⁾

Die Gründung der Nation durch Bismarck ging nicht einher mit einer demokratischen Revolution und einem Befreiungskrieg wie in den USA, sondern wurde durch Eroberungskriege und durch den Obrigkeitsstaat herbeigeführt. Der autoritäre, militaristische Staat und die alten Eliten bekamen durch diesen Gründungsakt eine höhere Legitimität, nicht der Liberalismus. In den Jahrzehnten nach der Reichsgründung gewannen reaktionäre und rassistische Strömungen breiten Raum. Anstatt mit Berufung auf eine menschenrechtliche Wertebasis betrieb man die nationale Einigkeit durch den Rekurs auf ein »deutsches Wesen«. Sozialdarwinistische Ideologien wurden dem aufkommenden Rassismus und anschwellenden Antisemitismus beigemischt und gaben den Diskriminierungen eine scheinbar biologische, »natürliche« Berechtigung. Neu gegründete antisemitische Parteien definierten Juden als »eigene Rasse« und als »Gegenvolk«. Das Staatsbürgerschaftsrecht von 1913 manifestierte die Abstammungslehre einer Blutgemeinschaft, u. a. um die polnische Zuwanderung zu limitieren.

Die rassistisch-biologistische Definition deutscher Identität erfuhr eine Selbstvergewisserung durch die Propaganda gegen herkunftsunabhängig verfasste Staaten. Als Symbolland des Westens und der Moderne löste die dominanter gewordene USA den »Erbfeind« Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg ab. Infolge der Homogenisierungsbestrebungen hin zu einer »germanischen Rasse« wurde eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft wie die amerikanische mit Geringschätzung und Verachtung betrachtet. In den Augen der Nationalsozialisten war sie ethnischen und kulturellen Widersprüchlichkeiten und dem Verfall preisgegeben. Hitler spitzte die Ablehnung des »amerikanischen Völkergemischs« in der Aussage zu: »Einen Haß und eine Abneigung tiefster Art habe ich gegen den Amerikanismus. Jeder europäische Staat steht einem näher. Amerika ist in seiner ganzen geistigen Haltung eine halb verjudete und verneigte Gesellschaft ...«⁽⁷⁾ Die völkische Entgegensetzung zum Gleichheitsprinzip führte im Dritten Reich nicht nur zur Vertreibung der Juden aus dem deutschen Kulturwesen, sondern zu ihrer Ermordung, eine exzessive antihumanistische Übersteigerung völkisch-exklusiven Denkens und zugleich seine Vollendung.

Übrigens verleitete die Geringschätzung Amerikas Hitler offenbar zu einer militärischen Unterschätzung der USA. Ohne Not erklärte er dem größten Industrieland der Welt 1941 den Krieg, weil die »deutsche Herren- und Heldenrasse« in jedem Fall gegen ein solches von ihm verachtetes degeneriertes »Völkergemisch« siegen müsse. Als dann die USA den Krieg gewonnen hatten, wurde das oftmals mit der überwältigenden Militärmaschinerie, einer »künstlich hergestellten, technisch-kalten Feuerwalze« aus der Luft erklärt, hinter der sich amerikanische Soldaten versteckten. Der wirklich tapfere Soldat und die Heldennatur war in nationalen Kreisen immer der deutsche Landser. Bis heute hält sich das Vorurteil über die Untauglichkeit amerikanischer Soldaten und die Empörung über die

alles niederwalzende amerikanische Luftarmada. Die Aufzählung Dresden, Hiroshima, Vietnam, Irak fand man etwa auf den Friedensdemonstrationen im Jahr 2003, und zwar nicht nur auf rechtsextremen Transparenten.



Auf einer von Gewerkschaften organisierten Friedensdemonstration während des dritten Irak-Krieges. Bei rechtsextremen Demonstrationen wird noch »Dresden« in die Reihe gefügt. Bild: Weber

Abstrakte Gleichheit und Staatsferne gegen natürliche Ungleichheit und starken Staat

Nach 1870 verschob sich in Deutschland die Bedeutung des Nationalen von einer liberalen hin zu einer reaktionären Ideologie. Eine flexible Staatsführung in Preußen hatte es verstanden, liberale und soziale Forderungen wie die nationale Einigung oder die Sozialgesetzgebung aufzunehmen, um durch solches Entgegenkommen die eigene Macht zu erhalten. So konnten sich die erkonservativen Kräfte der ostelbischen Adels- und Agrarkaste bis ins 20. Jahrhundert an der Spitze von Staat und Militär behaupten. Das Großbürgertum emanzipierte sich vom Adel, nicht indem es mit ihm konkurrierte, sondern indem es ein gleichberechtigtes Bündnis mit ihm einging gegen die sozialistischen Kräfte, die es am meisten fürchtete.

Nationale Identität wurde zwecks Machtsicherung von diesen Eliten konservativ umgedeutet. Ansatzpunkt war die »natürliche Ordnung«. Wegen unterschiedlicher Fähigkeiten einzelner Bürger konnte eine »natürliche« Staatsorganisation nur hierarchisch gedacht werden. Jeder solle an seinem Platz arbeiten, ob Arbeiter und Arbeiterin, Arzt und Ärztin oder Minister. Die Ungleichheit der Menschen müsse in einem ungleichen Gesellschaftssystem ihren Ausdruck finden, an deren Spitze eine Elite oder besondere Schicht stehe.

Der Staat sei dabei Wahrer des Gemeinwohls. Weil er

zu schnellen Entscheidungen fähig und nicht langwierigen Diskussionsprozessen unterworfen sei wie das Parlament, und weil er außerdem keine Partikularinteressen, sondern vorgeblich die aller Deutschen vertrete, müsse ihm eine besondere Bedeutung als zentrale organisierende Institution zukommen, die eine starke Entscheidungsmacht brauche. Besonders beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde mit den »Ideen von 1914« die hierarchische Gesellschaftsorganisation und der starke, autoritäre Staat als typisch deutsches Modell dem westlichen, den »Ideen von 1789«, entgegengestellt.⁽⁸⁾ Das direkte, gleichgerichtete Handeln aller sei dem pluralistischen Interessenkonflikt und den zeitraubenden Kompromissen einer Demokratie überlegen.

Diese antimodernistische Staatsphilosophie entwickelte die Galionsfigur der Konservativen Revolution, der Staatsrechtler Carl Schmitt, während der zwanziger Jahre weiter, indem er sich für eine hierarchische, homogene Gemeinschaft unter starker Führung und für ein konsequentes Freund-Feind-Schema aussprach. Er wandte sich damit direkt gegen die Weimarer Demokratie.⁽⁹⁾

Vor allem in Bezug auf die USA wurde von nationalkonservativer Seite das demokratische Gleichheitsideal als »gleichmacherisch« verurteilt und die amerikanische Gesellschaft als »einförmig in ihrer unter-

schiedlosen Vermassung« denunziert.⁽¹⁰⁾ Die fehlende Elite bewirke einen Kulturverlust und einen Führungsmangel. Die fehlende Macht des Staates in den liberalen USA konnte nach dieser Sichtweise nur zu einer gesellschaftlichen Unordnung und einem Chaos führen, zu inneren sozialen, ethnischen und religiösen Gegensätzen, an denen die Gesellschaft letztendlich zerbrechen würde. In fast allen antiamerikanischen Darstellungen dieser Zeit wird die USA deshalb als dekadent und im Verfall begriffen gezeigt.

Die extreme Zuspitzung der auf Ungleichheit basierenden Staatsordnung findet sich im Führerstaat mit seiner hierarchischen Führungspyramide, der starke Staat in extremer Form in der totalitären Nazi-Diktatur. Das Dritte Reich wurde gleichzeitig zur Vollen- dung und Pervertierung eines konservativen, antimodernistischen Staatsmodells, das sich seit der Ära Bismarck in Deutschland abzeichnete.

Freie Gesellschaft gegen unfreie Gemeinschaft

Die Versöhnung der gesellschaftlichen Gegensätze in einer solidarischen Gemeinschaft konnte nur dort als Ideal begriffen werden, wo die staatliche Einheit und die Überwindung schwärender gesellschaftlicher Konflikte wichtiger erschien als individuelle Freiheitsrechte. Nicht zufällig steht die »Einigkeit« – der zentrale Begriff deutscher Geschichte in den letzten beiden Jahrhunderten – in der Nationalhymne an erster, die »Freiheit« erst an dritter Stelle.

Nicht nur der langwierige Einigungsprozess bis 1870 wurde als mühselig und konflikträchtig empfunden, auch danach lebten gesellschaftliche Konflikte unver- söhnlich fort. Im Kaiserreich waren die Sozialdemo- kraten die stärkste emanzipatorische Kraft mit weit reichenden demokratischen Forderungen. Nach der Wahl 1912 waren sie kurz davor, die Macht im Parla- ment zu übernehmen. Allerdings standen den moder- nen, emanzipatorischen Tendenzen in einer sich ras- sant entwickelnden Industriegesellschaft die traditio- nellen überkommenen Adels- und Großbürgereliten des Kaiserreiches gegenüber, die ihre Macht und ihre Privilegien sichern wollten.

Die nationalkonservativen Eliten propagierten einen überbordenden Nationalismus. Er sollte diesen unlös- baren Gegensatz verschleiern und zu einer scheinba- ren Einheit führen, indem gegen einen äußeren Feind aufgerufen wurde. Nur ein Krieg konnte einen allge- meinen Einigungstaumel unter allen sozialen Schich- ten und Parteien erzeugen, wie das im August 1914 der Fall war. Während in den USA der Konflikt zwi- schen agrarisch-feudalen Strukturen und industriell- emanzipatorischen Bestrebungen schon fünfzig Jahre vorher im Sezessionskrieg entschieden wurde, wurde er in Deutschland in einem reaktionären Bündnis ver- schleppt und auf einen äußeren Feind umgelenkt. Doch die Rechnung konservativer Deutschnationaler ging nicht auf, die Macht der traditionellen Eliten wie



In rechtsextremen Zeitschriften, wie hier dem neu- rechten Magazin »Signal«, finden sich häufig Phan- tasien über den Verfall der heterogenen amerikani- schen Gesellschaft, die durch die individuelle Frei- heitsidee ermöglicht wird.

1870 durch einen gewonnen Eroberungskrieg zu erhalten.⁽¹¹⁾

Nach dem verlorenen Krieg bestand bis 1923 die Gefahr eines Bürgerkrieges, die sozialistische Bedrohung schien für das Bürgertum nach der Oktoberrevolution übergroß. Während der Wirtschaftskrise von 1930 bis 1933 nahmen die gesellschaftlichen Polarisierungen wieder zu. Unter anderem die nicht enden wollenden Straßenkämpfe zwischen NSDAP, KPD und Polizei ließen für viele Wähler Ruhe und Ordnung unter starker Hand im Dritten Reich verlockend erscheinen. Die Nationalsozialisten machten in ihrer Ideologie die Sündenböcke Judentum und Westmächte für die Misere verantwortlich, was die Deutschen in Gegnerschaft zusammenschweißen sollte, und versprachen gleichzeitig einen Ausgleich zwischen den sozialen Schichten in Deutschland. Das Aufgehen in der Volksgemeinschaft als ersehntes kollektives Solidaritätserlebnis verlangte allerdings die Abgabe individueller Freiheitsrechte. Die Idee einer durch Abstammung und Blut verbundenen, homogenen Schicksalsgemeinschaft war der extremste Ausdruck eines deutschen Einheitswillens, in übersteigerter Form vollendet im Dritten Reich.

Während in den USA die persönliche Entfaltungsfreiheit (pursuit of happiness) zentraler Bestandteil des Verfassungs- und Staatsverständnisses ist, wurde sie in Deutschland allzu leicht einer Gemeinschaftsidee geopfert, einem Kollektiv, dem der oder die einzelne zu dienen habe. Im Selbstverständnis der meisten Amerikaner gewähren gerade die individuellen Freiheitsrechte das Gemeinwohl, die Aufgaben des Staates sollen hingegen so reduziert wie möglich sein. In Deutschland aber wurden Selbstbestimmungsrechte relativ bereitwillig an einen starken Staat abgetreten, weil er als Garant des Gemeinwohls gilt, als Hüter von Ruhe und Ordnung. Noch heute spielt der Staat als gesellschaftlicher Akteur in Deutschland und Europa eine wesentlich größere Rolle als in den USA. Im Geburtsland von Karl Marx, das zeitweilig die größte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Welt aufwies, setzte man der Freiheitsidee zudem die Gleichheitsidee entgegen. Sozialistischer Kapitalismuskritik zufolge schafft die absolute Freiheit jedes Einzelnen die absolute ökonomische Unfreiheit und Ausbeutung der Massen. Anders herum ausgedrückt: Die Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte ist nach sozialistischer Vorstellung legitim, wenn dadurch eine soziale Gleichheit hergestellt wird. Einen Wiedergang fanden antiamerikanische Ideen bsw. in der DDR, wo die USA als Metapher für eine individualistische, pluralistische und freie westliche Demokratie zum Feindbild erklärt wurde zugunsten einer kollektivistischen, sozial egalitären, aber unfreien Gemeinschaft.

Während in den USA den persönlichen Freiheitsrechten oberste Priorität zukommt, wurde dieses Freiheitspostulat in Deutschland traditionell eher kritisch gesehen. Unüberwindbare gesellschaftliche Gegensätze, ein machtloser Staat und soziale Ungerechtigkeit wurden aus dem uneingeschränkten Freiheitsrecht in

Amerika abgeleitet, was die Einschränkung der individuellen Selbstbestimmungsrechte in Deutschland und eine Überbetonung von Gemeinschaft, Staat und Gleichheit zur Folge hatte.

»Volk der Händler« und Heuchler gegen »Volk der Helden«

Um einen nationalen Zusammenhalt, eine Volksgemeinschaft, herzustellen, bedarf es äußerer und innerer Feinde, über deren negative Abwertung zugleich eine positive Selbstdefinition stattfinden kann. Schon vor dem Ersten Weltkrieg, erst recht aber danach wurden überwiegend von Angehörigen völkischen und deutschnationalen Denkens Juden als die inneren Feinde empfunden. Jüdinnen und Juden hatten nicht nur den Ruf, als Avantgardisten die deutsche Kultur zu verderben und als Kapitalisten und Kreditgeber »das deutsche Volk auszusaugen«, sondern mussten paradoxerweise gleichzeitig als Organisatoren der kommunistischen Gefahr herhalten.

Vor dem Ersten Weltkrieg wurden somit Ängste vor der Moderne und Bedrohungsängste verschiedener gesellschaftlicher Schichten abgespalten, auf die jüdische Bevölkerung übertragen und diese mit großer Aggressivität verfolgt.

Parallelen zwischen antisemitischen Stereotypen und der Wahrnehmung Englands sind dabei unverkennbar. Dem angeblichen »Krämerland England«, das



In Darstellungen des nationalsozialistischen »Stürmer« wurden hinter Reparationsplänen wie dem Young-Plan oder dem Versailler Vertrag jüdische Hintermänner (die Hose erinnert an die US-Flagge) vermutet, deren Opfer der deutsche Michel sei.

Quelle: Der Stürmer, Nr. 8, Februar 1931, Seite 1

keine Werte, sondern nur Geldinteressen kenne, dem »Volk der Händler« wurde das deutsche »Volk der Helden« ⁽¹²⁾ gegenübergestellt. Deutschnationale hielten Engländern ebenso wie Juden Raffgier und Verschlagenheit vor. Hinter geheutelten Motiven triebe das »perfide Albion«, also die bleiche, englische Krämerseele, doch nur Macht- und Geldgier an. Geld verdiene sie nicht mit ehrlicher Arbeit in der Sonne, sondern mit dubiosen Handel. Dieses Klischee findet sein antisemitisches Pendant in der Unterscheidung zwischen »schaffendem« deutschen und »raffendem« jüdischen Kapital.

Mit der Weltgeltung, die Amerika durch den Sieg im Ersten Weltkrieg erlangt hatte, verschob sich die Wahrnehmung des kapitalistischen Gegenübers von England auf die USA. Antiamerikanische und antise-

mitische Stereotypen wurden im Protest gegen die Reparationszahlungen und die »jüdischen Blutsauger von der Wallstreet« propagiert, vor allem während der Not der Weltwirtschaftskrise. Juden wie Amerikanern unterstellte man Weltherrschaftspläne, die die Ausschaltung Deutschlands durch den Versailler Vertrag einschlossen. Während die Verantwortung für die Kriegsniederlage als »innerer Dolchstoß« dem »verschlagenen« Sündenbock »bolschewistisches Judentum« zugeschoben wurde, unterstellte man US-Präsident Wilson Heuchelei, weil seine moderaten Friedensvorschläge von Anfang 1918 im Versailler Vertrag nicht umgesetzt wurden. Nationale Kräfte interpretierten das als »äußeren Dolchstoß« durch die Amerikaner. ⁽¹³⁾

Bis heute trifft der Vorwurf der Heuchelei die US-Politik. Der Friedenswille in den Bekundungen von amerikanischen Politikern wird von Anhängern der extremen deutschen Rechten und Linken abgestritten und als Geld- und Machtinteresse »entlarvt«, nicht nur im dritten Irak-Krieg 2003. Antisemitismus ist dabei nicht zwingend mitgemeint, aber die Deckungsgleichheit der antiamerikanischen Stereotypen Geldinteresse, Verschlagenheit und Weltherrschaftspläne mit antisemitischen Stereotypen ist unübersehbar.

Die Hetze deutscher Nationalisten gegen das »internationale Judentum« ging in den Zwanzigern einher mit dem Lamento über einen zu großen Einfluss der Vereinigten Staaten auf Deutschland. »Die Öffnung Deutschlands hin zur Moderne – in der Kunst (Bauhausstil), in der Wirtschaft (Rationalisierung) und in der Politik (Parteienstaat)« ⁽¹⁴⁾ wurde als Angriff auf die deutsche Kultur gewertet. Hier wird die Stoßrichtung der Amerika-Kritik besonders deutlich – sie war eigentlich gegen die Weimarer Demokratie und eine Öffnung zum Westen hin gerichtet. In gleichem Maße, wie die politische Rechte sich gegen einen angeblichen Identitätsverlust wehrte, erfuhr die USA von Vertretern liberalbürgerlicher und sozialdemokratischer Kreise eine regelrechte Bewunderung, die begleitet wurde von einem Import amerikanischer Kultur. Hollywood-Filme, Jazz und Coca-Cola kamen erstmals in Mode. ⁽¹⁵⁾ Nationalkonservative sahen darin dekadente Verfallserscheinungen, die eine vermeintlich historisch gewachsene Eigenart deutscher Kultur »zersetzen« könnten. Dies ist wieder ein Vorurteil, das auch antisemitisch verwendet wird. ⁽¹⁶⁾



Das Titelblatt eines antiamerikanischen Buches aus dem neurechten Hohenrain-Verlag zeigt auch heute noch das Bild der USA als heuchelnde, verlogene Weltmacht (»Falschspieler«). Hier kommen außerdem Verschwörungstheorien mit Anspielungen auf die Illuminaten (Pyramide mit Auge, das Auge an der Spitze soll für Juden stehen) und die Dollarmacht (die Pyramide ist Dollar-Motiv) zum Ausdruck. Quelle: Franzis, Hermann; Die Falschspieler, Tübingen 2002, Titelblatt

Kapitalismus und Imperialismus gegen Antikapitalismus und Antiimperialismus

Rechte verfolgten mit ihrem Antiamerikanismus Ende der zwanziger Jahre das Ziel, das Hindernis Weimarer Republik zu beseitigen und eine nach allen Seiten unabhängige Weltmacht zu begründen. Anhänger und Anhängerinnen der »Roten Internationale« dagegen zogen ihre antiamerikanischen Affekte aus ihrer Ablehnung des Kapitalismus. Die liberal-bürgerlich ge-

prägte Weimarer Republik stand der Herrschaft des Proletariats im Weg. In diesem Sinne wurden die Reparationszahlungen, die Deutschland zu leisten hatte, als Kapitalinteresse gedeutet, das die deutsche Arbeiterklasse ausbeute. Die Imperialismus- und Kapitalismus-Kritik bezog sich schwerpunktmäßig auf die USA als nationales Feindsymbol des Kapitalismus, obwohl sie auch gegen die national herrschende bürgerliche »Klasse« und einheimische Konzerne gerichtet war. Oft zogen radikal linke Parteien in Weimar Parallelen zwischen der Ausbeutung deutscher Arbeiter und der Ausbeutung lateinamerikanischer Staaten durch die USA. Eine enge Solidarisierung mit lateinamerikanischen Ländern gegen die USA ist in der deutschen Linken bis heute zu beobachten.

Ein weiterer Topos linker Propaganda gegen die USA war von den zwanziger Jahren bis heute die Unterstellung, die Vereinigten Staaten seien die eigentlichen Kriegstreiber. Wegen der Profitinteressen der amerikanischen Waffenindustrie würden immer neue Kriege im ökonomischen Interesse der Vereinigten Staaten geführt. Die amerikanische Regierung sei dabei nur Erfüllungsgehilfe der dahinter stehenden Kapital- und Machtinteressen. Während der Vorwurf des Kulturimperialismus in der Linken sehr wenig zu finden ist, ist doch der des ökonomischen und militärischen Imperialismus omnipräsent.



Bei einer linken Protest-Demonstration gegen den 3. Irak-Krieg im Frühjahr 2003 wurden die anglo-amerikanischen Streitkräfte als »Peace-Killer« dargestellt, die im Auftrag des Energiekonzerns Enron und des Ölförderausrüsters Halliburton handelten.

Bild: Weber

Während der Befreiungsnationalismus in heutigen rechtsradikalen Kreisen auf eine Autonomie Deutschlands abzielt, verlagert sich der Anti-US-Imperialismus in der Linken eher auf Dritte-Welt-Länder wie Palästina, Kuba oder Nicaragua.

Selbstentfremdung versus Selbstwerdung

Das Bild einer materialistischen amerikanischen Zivilisation im Gegensatz zu einer spirituellen ganzheitlichen deutschen Kultur findet sich bei kapitalismuskritischen, eher linken Autoren ebenfalls. Schon seit dem 19. Jahrhundert wird in der deutschen Literatur das Klischee von Amerikanern gepflegt, deren Lebenszweck Geld sei, das sie als alleingültige Instanz »vergötterten«. Der Schriftsteller Heinrich Heine schrieb 1851: »Der weltliche Nutzen ist ihre eigentliche Religion und das Geld ist ihr Gott, ihr einziger, allmächtiger Gott.«⁽¹⁷⁾ Nach Nikolaus Lenau beklagt auch der Autor Ferdinand Kürnberger in dem berühmten Roman »Der Amerika-Müde« die Anbetung des Mammons in den USA und beschreibt die Börse als »Tempel der Entfremdung«.⁽¹⁸⁾ Die Entfremdungsthematik ist eines der entscheidenden linken Motive, um dem Kapitalismus und damit seiner vermeintlichen Verkörperung, der amerikanischen Gesellschaft, zuleibe zu rücken. Durch den reinen Utilitarismus und die Rationalisierung der Gesellschaft werde der Mensch reduziert auf seine Verwertbarkeit und seinen Gebrauchswert. Tiefere menschliche Bedürfnisse nach einer Selbstwerdung und Selbstentfaltung müssten puritanisch unterdrückt werden, um den Arbeitsanforderungen der Ökonomie gerecht zu werden. Auf seine Arbeits- und Konsumfunktion reduziert und aus allen Bindungen herausgerissen, würde der Mensch zum frei verfügbaren, fremdbestimmten Objekt. Rechte Amerika-Kritiker hatten mit der Unterscheidung in »den Verdienst« und »das Verdienst« noch herausgestellt, dass es Deutschen um die Arbeit an sich ginge, während Amerikaner dabei nur auf das Geldverdienen achteten.⁽¹⁹⁾ Für linke Kritiker stand spätestens ab den zwanziger Jahren der »Amerikanismus« synonym für eine anonymisierte, durchrationalisierte Arbeits- und Gesellschaftsordnung. Die dahinter stehende Gewinnrationalität werde dem Menschen nicht gerecht.⁽²⁰⁾ Die rein zweckhafte, materialistische Welt sei seelenlos und inhuman geworden. Diese Kapitalismuskritik, die von Amerikakritik oft kaum zu unterscheiden ist, lässt viele Linke, besonders aus dem alternativ-esoterischen Spektrum, bis heute auf einem ganzheitlicheren Menschheitsbild bestehen, als es der von Amerika verkörperten Moderne zugeschrieben wird.

Das Gleichmacherische in diesem Rationalisierungsprozess wird im Übrigen von einigen politisch links wie von rechts stehenden Menschen auch als Verlust einer kulturellen Vielfalt beklagt. Das Kapital in den USA versuche demnach die gesamte Welt gleichzu-

schalten, um neue Märkte für eigene Produkte zu erobern.⁽²¹⁾ Eigene kulturelle Identitäten und Sprachen gingen dabei verloren und würden durch amerikanische Konsumgewohnheiten und Anglizismen ersetzt. Nationale Kreise beklagen dabei den vermeintlichen Kulturverlust in Deutschland, eher linke die Zerstörung von Kulturen in der Dritten Welt durch die USA und »den Westen«.

Amerika gegen Europa

Immer wieder wird Europa als Gegenpol zu einer Amerikanisierung der Welt in Stellung gebracht. Bei den extremen Rechten kommt hier die Vorstellung von einem Europa der gewachsenen Vaterländer zum Tragen.⁽²²⁾ In gemäßigt linken Kreisen spielen eher Konzepte von einem sozialen, friedlichen Europa á la Habermas⁽²³⁾ eine Rolle, die der Vorstellung einer unsozialen, kriegerischen USA entgegengestellt werden. Auffällig ist, dass nationale Identitätsbedürfnisse und Aversionen gegen die USA heute sehr schnell auf die europäische Ebene transportiert werden.

Positive Amerikabilder und negative Zuschreibungen gegenüber Europa existieren demgegenüber in den USA. Typische Europa-Klischees sehen den alten Kontinent als hierarchisch und sicherheitsorientiert, die USA wird als frei und risikobereit dagegengestellt. In den USA regiere die Weite, in Europa die muffige Enge, hier das freie Individuum, dort die gesellschaftlichen Konventionen. Hierzu gehört das Bild von Europa als dekadent, kraftlos und alt, und das der Neuen Welt als jung und dynamisch. Amerika sei die Zukunft, Europa die Vergangenheit.⁽²⁴⁾

Funktionen des Antiamerikanismus

Eine Funktion des Antiamerikanismus war immer, innere Gegensätze in einem Land durch das äußere Feindbild, die vermeintliche Bedrohung durch die Großmacht, abzumildern. Als Feindbilder galten für Deutschland zuerst Frankreich und England, später die USA. Es bleibt abzuwarten, ob in Zukunft eine Einnigung Europas in Abgrenzung zu den USA stattfinden wird.

Die USA eignen sich durch ihre militärische, ökonomische, kulturelle und politische Macht als Feindbild, weil dadurch Ängste vor Identitätsverlust und Vereinnahmung entstehen, die leicht in Aggression und in Verschwörungstheorien umgewandelt werden können.⁽²⁵⁾ Auch Verlust- und Bedrohungsängste gegenüber der Moderne werden abgespalten und auf ihre territoriale Metapher, auf die Neue Welt, projiziert, die deshalb emotionale Ablehnung erfährt.

Funktional diente der Antiamerikanismus in der Weimarer Republik vor allem der Abwehr des Statusverlustes, der dem deutschen Bürgertum »mit der Demo-

kratisierung von Politik und Gesellschaft drohte«.⁽²⁶⁾ Kaiserreich und Weimarer Republik waren noch geprägt durch die Ambivalenz zwischen autoritären Eliten und Emanzipation, Moderne und völkischem Nationalismus, der sich schließlich im Dritten Reich vollständig durchsetzte. Erst nach dessen totaler Niederlage konnte sich eine dauerhafte demokratisch-parlamentarische Gesellschaftsordnung etablieren.

In der Bundesrepublik ist eine weitere Funktion des Antiamerikanismus, mit ihm eigentlich den innenpolitischen Gegner bzw. das herrschende System anzugreifen. Deswegen kam die vehementeste Amerika-Kritik immer von links- und rechtsaußen. Viele Vertreter und Vertreterinnen liberaler, christdemokratischer und sozialdemokratischer Parteien sprechen dagegen meist voller Begeisterung vom parlamentarischen System und der freiheitlichen Ordnung in den USA. Doch wenn die Freiheits- und Demokratievorstellungen unkritisch idealisiert werden, wandeln sie sich ebenfalls zu Stereotypen. Auch die ausschließlich positiven USA-Bilder beschreiben die amerikanische Gesellschaft nicht exakt, auch sie sind in der innenpolitischen Auseinandersetzung verwendbar. So ist der Topos der »unbegrenzten Möglichkeiten« eine Idealisierung vorhandener persönlicher Freiheitsrechte in den USA, der individuelle Selbstentfaltungsansprüche unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft unterstützen kann; er ist aber kein Abbild einer amerikanischen Realität, in der soziale Schranken völlig fehlen. Der Mythos vom »Schmelztiegel Amerika« ist ein eindringliches Bild für eine erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft, das helfen kann, die sich immer noch abschottende deutsche »Blutsgemeinschaft« für Einwanderung zu öffnen, aber der Mythos sagt nichts darüber aus, wie viel oder wie wenig Segregation es immer noch in den USA gibt. Auch »Vom Tellerwäscher zum Millionär« ist eine instrumentalisierbare Legende, die besonders wirtschaftsliberale Gruppen anführen, um Eigenverantwortung für das ökonomische Schicksal herauszuheben, damit gesellschaftliche Verhältnisse nicht mehr infrage gestellt werden müssen.

Eine wesentliche Funktion von positiven oder negativen Fremdbestimmungen, hier »des Amerikanischen«, ist es, eine Selbstbestimmung der eigenen Position im heimischen Diskurskontext zu entwerfen und damit das kollektive gesellschaftliche Bewusstsein und Identitätsgefühl zu besetzen.

Nachdem das völkische Gesellschaftsmodell, in dem die antiamerikanischen, antiwestlichen Gegenentwürfe kulminierten, zu Holocaust, totaler Zerstörung und zu einer apokalyptischen Niederlage geführt hatte, war es – zumindest offiziell – in Deutschland und der Welt diskreditiert, und es kam zu einem Bruch mit dieser nationalen Tradition. Die Parteien der Bonner Republik und breite bürgerliche Schichten suchten nun die Nähe zur westlichen Demokratie und zur USA, deren Gesellschaftsmodell durchaus als Katalysator einer Demokratisierung in Deutschland wirkte. Dafür wurde Antiamerikanismus von einigen poli-

tisch links stehenden Gruppen spätestens seit dem Vietnam-Krieg propagiert, weil linke Positionen vom faschistischen Stigma frei schienen. Mit dem Kampf gegen das Feindbild USA, dem einige »kapitalistischen Faschismus«, Militarismus und Imperialismus und damit eine Nähe zum NS-Regime vorwarfen, wollten sich Teile der »68er«-Generation diesmal auf die Seite »der Guten« stellen und sich gleichzeitig von den Taten der Elterngeneration distanzieren.

Auch für die auf einem antifaschistischen Mythos gründende Ideologie der DDR spielte Antiamerikanismus eine große Rolle, wobei hier die USA als Bild für »amerikanischen Imperialismus« und Kapitalismus stand, gegen den sich das kommunistische System abgrenzte.

Das nach dem Zweiten Weltkrieg geteilte und polarisierte Deutschland konnte keine kollektive nationale Identität entwickeln. Erst seitdem das Land 1990 vereint wurde und die systemische Antipode wegfiel, begann ein neuer Identitätsdiskurs. Er bezog sich vorrangig auf Geschichte und Holocaust. Doch spätestens seit dem dritten Irakkrieg werden viele negative Klischeebilder von den USA von rechten wie linken Aktivisten wiederbelebt: Die USA seien Kriegstreiber und würden einem imperialistischen Impuls bei der Eroberung des Iraks folgen. Geld- und Machtinteressen trieben sie an, humanitäres Interesse sei bloß geheuchelt. Die wahre Absicht hieße Weltherrschaft. In rechtsextremen Blättern wird zudem explizit eine jüdische Verschwörung als Ursache für das Handeln der USA angenommen. Es werden also wieder klassische antiamerikanische und antisemitische Stereotypen verwendet, über die im radikal rechten wie linken Spektrum mobilisiert werden konnte.

Die Stereotypen drehen sich allerdings auch um. Während in der Weimarer Republik offen antiwestlich gegen Amerika gehetzt wurde, verstehen breite Teile der Öffentlichkeit, von der PDS, über die Gewerkschaften bis zur Anhängerschaft von SPD und GRÜNEN, ihren Protest gegen die Politik Amerikas heute als die demokratischere, zivilere und multilateralere Position. Demgegenüber wird die USA von links in die Nähe eines faschistischen Regimes gerückt. Das kam nicht nur im Hitler-Vergleich der ehemaligen Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin zum Ausdruck, sondern



Auf einer Gewerkschafts-Demonstration während des dritten Irak-Krieges.
Bild: Weber

auch auf unzähligen Protestkundgebungen und in Zeitungskommentaren vor und während des Irak-Kriegs.

⁽²⁷⁾ Es wird sogar eine Verbindung hergestellt zwischen antimodernistischen Vorstellungen Carl Schmidts von Elitenherrschaft und Freund-Feind-Schemata und der jetzigen Regierung der USA. ⁽²⁸⁾ Einer der beständigen Demokratien und einem klassischen Einwanderungsland werden so antiaufklärerische Tendenzen unterstellt, um die demokratische, pazifistische Gesinnung in Deutschland und in Europa herauszustreichen. Zum aktuellen antiamerikanischen Resentiment gehört auch der vielfach erhobene Vorwurf, die Medien in den USA wären in der Hand von – Antisemiten sagen jüdischen – Großkapitalisten, die die Bevölkerung nicht aufklären, sondern in ihrem Sinne manipulieren wollten. Solche einseitigen negativen Zuschreibungen verbieten sich allerdings angesichts unterschiedlicher, oft konträrer politischer Strömungen, die sich in den USA artikulieren. ⁽²⁹⁾ Die vielfältige und differenzierte öffentliche Diskussionskultur dort wird ignoriert, während europäische Medien als vielfältiger und kritischer stilisiert werden.

Abschließend lässt sich sagen, dass jede pauschale Zuschreibung gegenüber einem Land oder Kontinent, ob im Guten oder im Schlechten, eine Funktion der politischen Selbstdarstellung ist und wenig über die eigentlichen Verhältnisse in dem beschriebenen Land aussagt. Stereotype werden benutzt, um die eigene Gefolgschaft zu einen und zu mobilisieren, um über Freund- oder Feindbilder Identität und Emotion zu entwickeln und um eigene Interessen durchzusetzen, aber nicht, um ein Land differenziert zu beschreiben.

Anmerkungen:

- ⁽¹⁾ Lenau, Nikolaus; Sämtliche Werke und Briefe in zwei Bänden, Bd. 2, Frankfurt am Main 1971. Als Romanfigur wird auf Lenau Bezug genommen in dem amerikaphoben Roman: Kürnberger, Ferdinand; Der Amerika-Müde, erste Auflage 1855, neu hrsg. von Berger, Friedemann, Weimar 1974
- ⁽²⁾ An der Erfindung des deutschen Kulturbegriffs waren im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts drei Autoren maßgeblich beteiligt: Der Philosoph Johann Gottlieb Fichte beschwor den sittlichen Auftrag des »Urvolkes« Deutschland und rühmte seine »Ursprache.« (Fichte, Johann Gottlieb; Reden an die deutsche Nation, in: Fichtes Werke, 8 Bände, Erstauflage 1845/46, Neudruck Berlin 1971, Bd. 6, Seiten 39-256), »Turnvater« Jahn pries in seinem Buch »Deutsches Volkstum« von 1810 deutsche Sprache und deutsche Bräuche (Jahn, Friedrich Ludwig; Deutsches Volkstum, in: Friedrich Ludwig Jahns Werke, Hof 1884-1887, Band 1, Seiten 143-380) Gemäß Ernst Moritz Arndt konnte man nur von Geburt an Deutscher sein. (Arndt, Ernst Moritz; Der Geist der Zeit, Leipzig 1808 und 1809).
- ⁽³⁾ Lenau, Nikolaus; s. o., Seite 218
- ⁽⁴⁾ Herder, eigentlich der Aufklärung verpflichtet, entwickelte die Idee des »Volksgeistes« als kulturelle Identität. Herder, Johann Gottfried u. a., Von deutscher Art und Kunst, Erstausgabe 1773, Reclam, Ditzingen 2001.
- ⁽⁵⁾ Nähere Darstellung unter Les Croquebouches, »The New Roman Empire. Antiamerikanismus – zur Konjunktur eines Ressentiments«, Vortrag vom 5. Juli 2002 während der Veranstaltungsreihe der Gruppe Morgenthau »Deutsche Projektionen. Zur Kritik antisemitischer Weltbilder.« in Frankfurt, nachzulesen unter:
<http://www.stud.uni-hannover.de/user/66083/croque02.htm>
- ⁽⁶⁾ Schmitz, Klaus; »Halb Amerikaner, halb Deutsche«. Die »German community« in Indianapolis nach 1840. In: Praxis Geschichte 4/2003, Seiten 20-24
- ⁽⁷⁾ zitiert in einem Vortrag von Schwabe, Klaus; Archäologie des

Antiamerikanismus, gehalten am 27. Juni 2003 an der Universität Erfurt im Rahmen der Vorlesungsreihe »Amerika – fremder Freund«

- (8) See, Klaus von: Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914, Heidelberg 2001 (Neuaufgabe). Bruendel, Steffen; Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die »Ideen von 1914« und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003. Bruendel zeigt unterschiedliche historische Interpretationen der »Ideen von 1914«.
- (9) Kummer, Ralph; Nationalismus und nationales Demokratie-modell, in: Volksgemeinschaft gegen McWorld, Bulletin des Zentrum Demokratische Kultur 3/2003, Seite 45
- (10) Les Croquembouches, a. a. O., Seite 6
- (11) näher nachzulesen in Winkler, Heinrich August; Der lange Weg nach Westen, Band 1, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000
- (12) Sombart, Werner; Händler und Helden – Patriotische Besinnungen, München und Leipzig 1915.
- (13) Umfassende Darstellung zur Ambivalenz des Amerikabildes in der Weimarer Republik bei Diner, Dan; Feindbild Amerika, Berlin 2002, Seiten 66 – 89
- (14) Schmitz, Klaus; a. a. O., Seite 7, hier auch Gegenüberstellung rechter und linker Antiamerikanismus in Weimar
- (15) Ein Beispiel für Amerika-Begeisterung in Weimar ist der Reisebericht von Kerr, Alfred; Yankeeland – Eine Reise, Berlin 1925
- (16) Ein ganzes Kompendium des Antiamerikanismus in der Weimarer Republik findet man bei Halfeld, Adolf; Amerika und der Amerikanismus. Kritische Betrachtungen eines Deutschen und eines Europäers, Jena 1928
- (17) Heine, Heinrich; Sämtliche Schriften, München 1976, Band 4, Seite 39
- (18) Kürnberger, Ferdinand; Der Amerika-Müde, erste Auflage 1855, neu hrsg. von Berger, Friedemann, Weimar 1974, Seite 149
- (19) Elfe, Constantin; Die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Entstehung des Antiamerikanismus durch Aufhebung der eigenen Probleme, Berlin 1987, Dissertation, Seite 36
- (20) Die Entfremdungsthematik in Kapitalismus und Moderne ist dargestellt bei Kracauer, Siegfried; Das Ornament der Masse, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1977
- (21) Der Literaturkritiker Herbert Ihering schrieb 1926 über die Besucher der Hollywood-Filme: »Sie alle werden dem amerikanischen Geschmack unterworfen, werden gleichgemacht, uniformiert. [...] Der amerikanische Film ist der neue Weltmilitarismus. [...] Er verschlingt Völkerindividuen.« Zitiert nach Jaecker, Tobias; Das Amerika-Bild in der Publizistik von Weimar – zwischen Amerika-Begeisterung und Antiamerikanismus, Juni 2003, eingesehen unter: <http://www.jaecker.com/amerika-bild.htm#2.2%20Das%20Amerika-Bild%20der%20Linken> am 6. November 2003
- (22) nachlesbar in Mathias, Leo L.; Die Entdeckung Amerikas oder das geordnete Chaos, Hamburg 1953
- (23) Derrida, Jacques/Habermas, Jürgen; Unsere Erneuerung – Nach dem Krieg, die Wiedergeburt Europas, in: FAZ, 31.5.2003. S.33 auch: Dahrendorf, Ralf/Garton Ash, Timothy; Die Erneuerung Europas – Antwort auf Habermas, in: Süddeutsche Zeitung, 5.7.03
- (24) Gegenüberstellung der Klischees in Gianetti, Louis; Understanding movies, Prentice-Hall, New Jersey 1996, Seite 460 In Western wie »Erbarungslos« (Figur des »English-Bob«) oder Filmen wie »Titanic« (Die europäische Klassengesellschaft geht unter) finden solche positiven amerikanischen und negativen europäischen Klischees ihren Niederschlag.
- (25) sehr antiamerikanisch dargestellt in Franzis, Hermann; Die Falschspieler – Amerika: Die große Zumutung, Hohenrain-Verlag, Tübingen 2002
- (26) zitiert nach Schwan, Gesine; Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland, Baden-Baden 1999, Seite 55
- (27) als beispielhafter Kommentar sei hier erwähnt: Richter, Horst-Eberhard; Stillhalten ist tödlich, in: Frankfurter Rundschau, 3.9.03
- (28) zur Debatte um den Carl-Schmidt-Schüler Leo Strauss und die Neokonservativen in den USA: Spörl, Gerhard; Die Leo-Konservativen, in: Der Spiegel, Nr. 32, 4.8.03, S.142
- (29) eine sehr gute Analyse der amerikanischen Debatten in: Zeskind, Leonard; Antiamerikanismus: Noam Chomsky und die Dixie Chicks – Zwei Seiten des Amerikanismus und des Antiamerikanismus in den USA, in: Jungle World, Nr. 41, 1. 10. 2003

Islamistischer Antisemitismus

Claudia Dantschke

Projektionsfläche Nahost: Antisemitische Stereotype in der Palästinasolidarität

Unter dem Motto »Freiheit für Palästina« versammelten sich am 28. September 2002 etwa eintausend Männer, Frauen und Kinder arabischer Herkunft aus Anlass des 2. Jahrestages der palästinensischen Intifada auf dem Berliner Kurfürstendamm. Nur etwa zehn Prozent der Demonstrationsteilnehmer teilten sich auf die verschiedenen linken deutschen Unterstützergruppen auf, darunter auch die Spartakist Arbeiterpartei Deutschland. Ihren Demonstrationsaufruf hatten die Spartakisten auf einem Plakat zusammengefasst: »Stürzt die zionistischen Schlächter, Obristen, Scheichs und Mullahs durch Arbeiterrevolution.« Offensichtlich eine unmissverständliche Ablehnung auch islamistischer Zukunftsvisionen für Palästina. Unter den Demonstranten arabischer Herkunft befanden sich aber ebenfalls jene, deren Autoritäten als Mullah oder Scheich im Nahen Osten und im Iran zu finden sind. Mit ihren grünen und gelben Fahnen waren die meist jugendlichen Sympathisanten von Hamas und Hizbollah gut auszumachen. »Jegliche Kritik an Israel wird als antisemitisch diffamiert, der Islam zum neuen Feindbild erklärt«, hieß es auf den Handzetteln der Spartakisten. So gerüstet scheuten sich die jugendlichen Hamas- und Hizbollah-Sympathisanten dann auch nicht, in Sprechchören die palästinensischen Selbstmordattentäter als »Märtyrer« und »Lieblinge Allahs« zu glorifizieren, Israel zum »Feind Allahs« zu erklären und Juden (Yahud) mit Tieren (Hayvan) gleichzusetzen (Hayvan Hayvan ya Yahud).

Doch diese Versammlung blieb im Vergleich noch im überschaubaren Rahmen. Fünf Monate zuvor, im April 2002, war eine ähnliche Veranstaltung in Berlin eskaliert. Etwa 10.000 Menschen hatten sich auf dem Alexanderplatz zu einer Pro-Palästina-Demonstration



Antisraelische Pro-Palästina Demonstration auf dem Alexanderplatz. April 2002.



Antiisraelische Pro-Palästina Demonstration auf dem Alexanderplatz, April 2002. Das Plakat nimmt Bezug auf die »Todesfuge«, Paul Celans Gedicht zur Shoah. Im Original heißt es »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«.

versammelt. Auf unzähligen Spruchbändern wurde Israel als »nationalsozialistischer Staat« verunglimpft und mit dem »Dritten Reich« gleichgesetzt. Während von der Rednertribüne ein Ende »von Besatzung, aber auch von Anschlägen« gefordert wurde, verbrannten jugendliche Hizbollah-Anhänger die erste israelische Fahne. Das Eintreten des Redners für das »Existenzrecht Israels als selbstständiger Staat, der in Frieden mit seinen Nachbarn leben will«, beantworteten sie mit dem Anzünden der nächsten Fahne und dem Ruf »Allah-u Akbar« (Allah ist größer). Nach einem missglückten Sturm auf die amerikanische und einem Angriff mit Pflastersteinen und Latten auf die britische Botschaft grölten die nun völlig aufgeputschten Jugendlichen nach Abschluss der Demonstration auf dem Potsdamer Platz: »Wir wollen keine Judenschweine«, »Sharon, schwule Sau!« und auch »Sieg heil«, wobei sie ihre rechten Arme in die Höhe streckten.

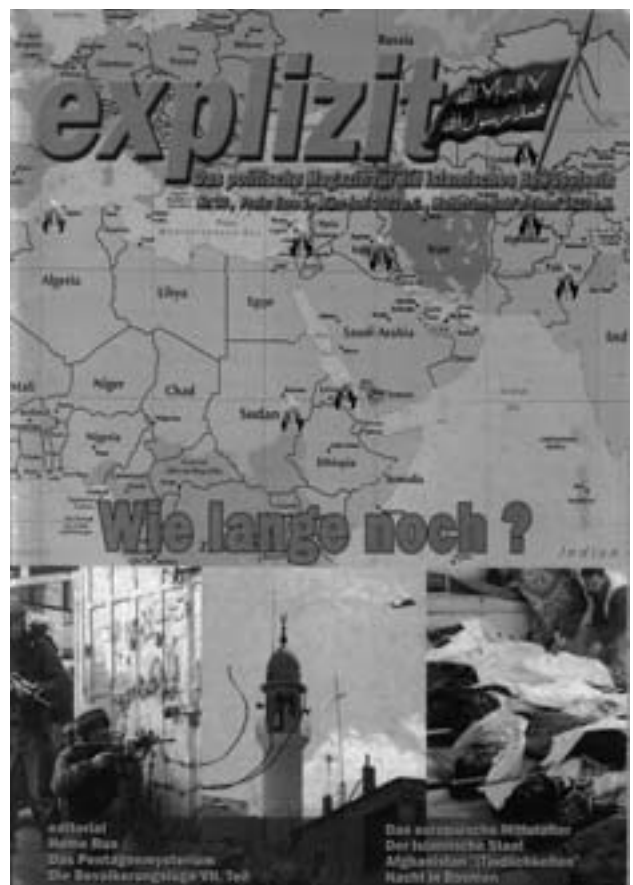
Unweit der grölenden Jugendlichen stand ein älterer deutscher Demonstrationsteilnehmer. Er entdeckte an der Strecke eine bekannte Vertreterin der jüdischen Gemeinde Berlins, die er vom gemeinsamen Engagement gegen den deutschen Rechtsextremismus kannte. Nun sprach er sie an und seine Empörung brach aus ihm heraus: Zu lange hätten sich die jüdischen Gemeinden in Deutschland nicht von der israelischen Politik distanziert. Und jetzt, so sein ärgerlicher Vorwurf, hätten wir hier diese Eskalation. Im Klartext heißt das: Die Juden sind daran Schuld, dass Jugendliche mit arabischem Migrationshintergrund auf Berliner Straßen »Sieg heil« und antisemitische Parolen brüllen. Den Vorwurf, damit ein klassisches antisemitisches Klischee zu bedienen, wies dieser Demonstrationsteilnehmer entrüstet als »Diffamierung« seines Engagements »für die Palästinenser« zurück.

Hizb ut-Tahrir

Zur gleichen Zeit tauchte in Berlin-Kreuzberg ein mehrseitiges antisemitisches Pamphlet auf, in Deutsch und Türkisch geschrieben. Darin hieß es einleitend:

»Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht. Sie ersinnen Unwahrheiten und verdrehen den Wortsinn. Sie verletzen ungerechterweise die Rechte anderer, töten Propheten und Unschuldige und sind die größten Feinde der Gläubigen ...« Überschieden ist dieses Flugblatt mit dem Auszug aus der Koran-Sure Al-Baqara: »Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben.«⁽¹⁾

Urheber dieses Flugblattes ist die panislamistische Kalifatsbewegung Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung), die 1953 in Palästina gegründet wurde von Taqiyyu-d-Din an-Nabhani (1909-1977), Religionsgelehrter und Richter des Jerusalemer Sharia-Gerichts. Die Partei, deren »Ideologie der Islam ist«, wurde in fast allen arabischen Ländern verboten. Anfang der neunziger Jahre war es dem in Jordanien lebenden und inzwischen verstorbenen Palästinenser Abdul Qadim Zallum gelungen⁽²⁾, das Aktionsfeld der Partei auch über die Türkei auf die ehemaligen Sowjetrepubliken in Mittelasien auszuweiten. Die Hizb ut-Tahrir, deren Europa-Zentrale sich in London befindet, propagiert auf Flugblättern, in Büchern, im Internet, in ihrem englischen Politmagazin Khilafah, seinem deutschsprachigen Pendant Explizit, der türkischsprachigen Ausgabe Hilafet (Kalifat) und der arabischen Variante Al-Waie den »Islam als den einzig gangbaren Weg im Gegensatz zu den bestehenden Gesellschaftssystemen«. Im Zentrum ihrer Politik steht



Die Explizit, das deutschsprachige Organ der Hizb-ut-Tahrir.

deshalb die Bildung eines »islamischen Bewusstseins«, das die Menschheit einteilt in die »Weltgemeinschaft der Muslime (Umma)« und die »Gemeinschaft des Unglaubens (Kufr)«. Beide Lager stünden sich unversöhnlich gegenüber. Jegliche Zusammenarbeit mit den USA, dem »Haupt der Kufr«, und ihren Verbündeten charakterisiert die Hizb ut-Tahrir als »Verrat am Islam«, den es zu bekämpfen gilt.

Am 31. Mai 2002 lädt die Hizb ut-Tahrir-nahe Hochschulgruppe Aqida ein in die Technische Universität Berlin (TU) zu einer geopolitischen Analyse des Nahost-Konflikts unter dem Titel »Blutiges Palästina – Das heilige Land unter Aggression«. Vor etwa 140 Muslimen verkündet der Referent Shaker Assem, repräsentatives Parteimitglied aus Wien und Mitherausgeber des deutschsprachigen Parteimagazins Explizit, den Kampf für die Wiedererrichtung des Kalifats als »die Lösung« des Nahostkonfliktes und ruft seine Zuhörer auf, die Hizb ut-Tahrir dabei zu unterstützen. Er bezeichnet diese Unterstützung als religiöse Pflicht und ermahnt die Zuhörer, dass »am jüngsten Tag jeder einzelne Muslim über die Erfüllung seiner Pflichten Rechenschaft ablegen muss«. Aus Selbstmordattentätern werden bei ihm »Widerstandskämpfer, Märtyrer«, die ihre religiöse Pflicht erfüllen, die »vollständige Befreiung Palästinas, ohne einen Fuß breit übrig zu lassen«.

Am 15. Januar 2003 verbietet Bundesinnenminister Otto Schily der Hizb ut-Tahrir die Betätigung in Deutschland, da sie Gewaltpropaganda und antijüdische Hetze verbreitet. Schily bezieht sich dabei auf eine Veranstaltung der Partei am 27. Oktober 2002 in der Alten Mensa der TU Berlin zum Thema »Der Irak – Ein neuer Krieg und die Folgen«. Erst diese Veranstaltung hatte auch in den Medien Aufmerksamkeit gefunden aufgrund der Anwesenheit des Vorsitzenden der rechtsextremen NPD, Udo Voigt, und des damaligen NPD-Anwalts Horst Mahler im Publikum.

Unter der Überschrift »Palästina von den Zionisten befreien« wird in der Februar-Ausgabe 2003 des NPD-Parteiorgans Deutsche Stimme ein mehrseitiges Gespräch abgedruckt, das deren Chefredakteur, Holger Apfel, kurz vor dem Betätigungsverbot der Hizb ut-Tahrir mit deren repräsentativen Mitglied Shaker Assem geführt hat. »Sobald das Kalifat gegründet wird und die Muslime ihre Unabhängigkeit wiedererlangt haben, werden wir alles daransetzen, Palästina von den Zionisten zu befreien. Und nehmen Sie mich beim Wort: es wird uns gelingen«, antwortet Assem auf die Frage des deutschen Rechtsextremisten nach Lösungsansätzen »zur Befriedung der Region«.

»Der große und der kleine Satan«

Ein weiteres Beispiel ist die Al-Nur-Moscheegemeinde in Berlin, die nach einer Polizei-Razzia am 20. März 2003 auch bundesweit bekannt wurde. Sie lässt sich inhaltlich im breiten Spektrum der arabischen Muslimbruderschaft einem eher saudi-arabisch orientier-

ten Zweig zuordnen. Die Frauengruppe dieser Gemeinde betrieb eine Homepage (www.al-nur-moschee.de). Dort veröffentlichten die Frauen auch ihre Fragen an das religiöse Oberhaupt dieser Gemeinde, Scheich Salem. Eine dieser Fragen lautete: »Gibt es im Qur'an eine Stelle, an der steht, dass die Juden bis zum Jüngsten Tag verflucht sind?« Die Antwort des Scheichs darauf: »An mehreren Stellen im Qur'an steht, dass die Juden verflucht sind.« Der Scheich erklärte, dass Allah die Juden bis zum Ende dieser Erde bestrafen werde und zitiert aus einer Koran-Sure: »Und (gedenke der Zeit,) da dein Herr verkündete, Er wolle gewiss gegen sie bis zum Tage der Auferstehung solche entsenden, die sie mit grimmiger Pein bedrängen würden...«. »Und warum?«, fragten die Frauen nach und der Scheich antwortete: »Weil sie auf der Erde Unheil stiften.«

An einer anderen Stelle dieser inzwischen gelöschten Homepage nahmen die Frauen in einer deutschsprachigen Islam-Interpretation Bezug auf den Propheten Muhammad. »Der Prophet sprach: Die Schlange ist die Umwandlungsform der Dschinn (Geister), genauso wie die Affen und Schweine die Umwandlungsform der Juden sind.« Ob im Internet oder als Transparent auf den verschiedenen Demonstrationen für Palästina, gegen Israel, gegen den Besuch des US-Präsidenten George Bush in Berlin oder gegen den Irak-Krieg – immer wieder taucht eine bestimmte Karikatur auf: Ariel Sharon als großer Affe und in seinen Armen als kleiner Affe George W. Bush.

Diese Darstellungen zeigen plakativ, dass sich europäische antisemitische Stereotype wie die »jüdische Weltverschwörung« oder das Stereotyp des »Juden als die Inkarnation des Bösen« vermischen mit einem auch im Islam zu findenden, religiös begründeten Antisemitismus und in Israel und dem Zionismus ihre propagandistische Projektionsfläche finden, aktuell besonders in der Person des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon. Um in der deutschen Gesellschaft anschlussfähig zu bleiben, verbergen islamisti-



Am Rande der Al-Quds-Demonstration, einem jährlichen Islamisten-Treffen in Berlin, wo zur »Freiheit für Palästina« aufgerufen wird, protestiert ein deutscher Rechtsextremist gegen »Die Diktatur der Medien und der US-amerikanischen Ostküste«. Ostküste präzisiert er noch mit dem Verweis auf das Simon-Wiesenthal-Center. Später marschiert er mit dem Schild in der Demonstration mit. Bild: Weber

sche Gruppierungen hierzulande ihren Antisemitismus hinter einer vermeintlichen Kritik an Sharon und dem Zionismus. Nur eine differenzierte Analyse der einzelnen Akteure und ihrer Gesellschaftskonzepte ermöglicht es, legitime politische Kritik an Sharon und der israelischen Politik von antisemitischer Stimmungsmache unterscheiden zu können. Der Antisemitismus und aktuell auch der Antiamerikanismus sind essenzielle Elemente des Islamismus, haben im Kern aber nichts mit dem Kolonialismus, Israel oder mit der US-amerikanischen Dominanz in der Welt nach 1945 zu tun, wenngleich Islamisten daraus ihr propagandistisches Kapital zu schlagen vermögen.

Das konstituierende Element des Islamismus: Die Aufklärung – ein »jüdisch-freimaurerisches Komplott«

Vertreter muslimischer Verbände in Deutschland, aber auch Wissenschaftler und Politiker werden nicht müde zu erklären, dass »Araber keine Antisemiten sein können, denn sie seien selbst Semiten«. Diese Argumentation erstickt jede inhaltliche Auseinandersetzung im Keim und ist eine bewusste Verfälschung des historisch bis zu den Anfängen des Christentums zurückreichenden Phänomens der Judenfeindschaft. Der Begriff »Antisemitismus« selbst geht auf die Hetzschrift »Der Sieg des Judentums über das Germanentum« zurück, die 1879 von dem Journalisten Wilhelm Marr verfasst wurde. Gemeint ist mit dieser »Semitenfeindschaft« ausschließlich die Feindschaft gegen Juden.

Der Islamismus ist eine Ideologie, das Konzept einer Gesellschaftsordnung, dessen politische, wirtschaftliche, soziale, juristische, religiöse und kulturelle Grundlage der Islam bildet, die im Koran offenbarte Heilige Schrift. Diese Gesellschaftsideologie wird von ihren Anhängern als Gegenentwurf zu den beiden großen Weltideologien Kapitalismus/westliche Demokratie einerseits und Sozialismus/Kommunismus andererseits verstanden.⁽³⁾ Letzteren gemeinsam ist ihre materialistische, also nicht auf einer Religion basierende Konstitution. Darin liegt der Kern des von Vertretern islamistischer Gesellschaftskonzepte unterstellten, unlösbaren Widerspruchs, der Antagonie der Systeme. In diesem Kontext sind die Aufklärung und die Französische Revolution von 1789 die neuralgischen Punkte aller islamistischen Bewegungen. So schreibt z. B. eine »Gruppe von Muslimen« am 10. Juni 2002 in einem deutschsprachigen »Appell an alle Muslime und wahrheitssuchenden Menschen«: »Der Islam ist unvereinbar mit der Demokratie und auch mit allen anderen Ideologien und Religionen. Demokratien sind ein großes Hindernis für den Menschen, der seine Menschlichkeit zu finden versucht.« Als Folge der Aufklärung habe die Demokratie nach ihrer Auffassung dazu geführt, dass »sich der Mensch in seinem intellektuell beschränkten und beeinflussbaren Wesen als befähigt und berechtigt betrachtet, der normative Maßstab zu sein, und somit selbst darüber zu ent-

scheiden, was richtig oder falsch, gut oder schlecht, belohnens- oder bestrafenswert ist«. Diese Betrachtungsweise sei mit der Aussage des Koran unvereinbar, lautet ihr Fazit.⁽⁴⁾

Die Trennung von Staat und Religion, die Säkularisierung, die staatliche Verfasstheit auf der Grundlage materialistischer, also nicht geistlicher, Weltanschauungen – nach islamistischer Lesart liegt darin die Ursache für Dekadenz, Ausbeutung und Ungerechtigkeit und schließlich für den Niedergang des »Westens« und auch des Christentums. »Die Juden als geheime Macht«, die hinter der Aufklärung und der Französischen Revolution stünden mit dem Ziel, »die Weltherrschaft zu erlangen«, werden vor diesem Hintergrund als Feindbild konstruiert. Dazu übernehmen islamistische Bewegungen das europäische antisemitische Stereotyp der »Freimaurer-Verschwörung«. »Gegenüber den Idealen der Aufklärung aufgeschlossen, wurden die Freimaurer von klerikalen Kreisen in Frankreich für den Ausbruch der Französischen Revolution verantwortlich gemacht. Da die Freimaurer auch Befürworter der Judenemanzipation waren, wurde daraus ein jüdisch-freimaurerisches Komplott konstruiert, welches noch heute zum Inventar eines jeden Antisemiten gehört. [...] Erzbischof Léon Meurin: Alles in der Freimaurerei ist von Grund auf jüdisch, ausschließlich jüdisch, leidenschaftlich jüdisch, von Anfang bis Ende.«⁽⁵⁾

Diese europäischen antisemitischen Stereotypen drangen im Nachgang des Ägyptenfeldzuges Napoleons, vermehrt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in die islamische Welt ein. »Die ersten antisemitischen Pamphlete in arabischer und osmanischer Sprache«, schreibt der Historiker Bernhard Lewis, »erschieden gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Sie wurden aus den französischen Originalen übersetzt«. ⁽⁶⁾ Später folgten Übersetzungen nationalsozialistischer Propagandaschriften wie Hitlers nach wie vor in der gesamten islamischen Welt populäres Buch »Mein Kampf« oder das ebenfalls weit verbreitete antisemitische Verschwörungspamphlet »Die Protokolle der Weisen von Zion«.

In unzähligen Zeitungsartikeln und Büchern zeichnen islamistische Autoren an Hand der Geschichte der Freimaurerlogen und ihrer Mitglieder das Bild dieser »jüdischen Weltverschwörung«, die darauf gerichtet sei, nach dem Christentum und der westlichen Welt nun auch den Islam und die islamische Welt zu vernichten. Die Gründung des Staates Israel als »Gipfel dieser Verschwörung« und Stachel des westlichen Säkularismus, des Unglaubens, in der islamischen Welt, sei erst möglich gewesen, nachdem das letzte islamische Großreich, das Osmanische Reich, zerstört wurde und infolge dessen das islamische Kalifat 1924 durch das angebliche Mitglied einer Freimaurerloge, Mustafa Kemal Atatürk, abgeschafft wurde. So lässt sich eine weit verbreitete derartige »Geschichtsdarstellung« zusammenfassen.

In einem deutschsprachigen Aufsatz der panislamistischen Kalifatsbewegung Hizb ut-Tahrir zum Thema »Freimaurer« wird als »Beleg« für dieses »Jüdische« hinter den Freimaurern auf den Templer-Orden, einen

christlichen Orden, rekurriert: »Auf dem Höhepunkt ihrer Macht hatten die Templer den größten Anteil an dem in Westeuropa verfügbaren Kapital. Aus den Summen, die sie in großem Rahmen verliehen, bezogen sie hohe Zinsen [...] Zu beachten ist hier, dass [...] der populärste Orden der Christenheit des Mittelalters sich in seinen Geldgeschäften höchst unchristlich, sogar jüdisch verhielt. Denn gerade für das Geldverleihen und Zinsnehmen waren die Juden höchst unbeliebt.« Aus den Templern seien dann im 18. Jahrhundert die Geheimbünde der Freimaurerei entstanden. »Freimaurerisch-aufklärerisches Gedankengut hat letztendlich zur Französischen Revolution geführt und somit Strukturen in Europa tiefgehend verändert. [...] Ein noch viel einschlägigeres Ereignis, an dem die Freimaurerei aktiv teilhatte, war die Gründung der USA. [...] Alles weist darauf hin, dass der amerikanische Unabhängigkeitskrieg von den Freimaurern heraufbeschworen wurde, um eigene Pläne und Ziele zu verwirklichen.« Zu diesen Plänen gehöre, »Einfluss auf den Islam zu nehmen und das Kalifat abzuschaffen«. Nicht nur von der Hizb ut-Tahrir wird als Beweis für diese Verschwörungstheorie Mustafa Kemal Atatürk angeführt, der den letzten Kalifen absetzte und die türkische Republik ausrief. »Bis zu seinem Tode«, heißt es in dem Artikel, »war er Mitglied der Loge Macedonia Resorta et Veritas. Sein freimaurerisches Handeln gab dem Kalifat und somit dem letzten Rest politischen Wirkens des Islam den Todesstoß, eine Wunde, an der die Umma [Anm.: Gemeinschaft aller Muslime] bis in die Gegenwart leidet und blutet. [...] Nur durch die Wiedereinführung der islamischen Lebensordnung, seiner Kultur und Weltanschauung kann die Menschheit von der Hegemonie der Freimaurerei und ihren dunklen Machenschaften befreit werden.«⁽⁷⁾

»Die Juden haben zwei Staaten gegründet – Israel und die Türkei«

In keinem islamisch geprägten Land wurde der Einfluss der Religion auf Staat und Gesellschaft so radikal zurückgedrängt wie in der Türkei nach der Republikgründung 1923. Orientiert am französischen Vorbild machte Mustafa Kemal Atatürk den Laizismus zur bis heute gültigen Staatsdoktrin. Zwar ist es unter den bürgerlichen und konservativen Nachfolgeregierungen zu einer Re-Islamisierung gekommen, worunter die Wiedereinführung islamischer Vorstellungen und Regeln in das gesellschaftliche und zum Teil sogar staatliche Leben zu verstehen ist, doch das laizistische Staatskonzept steht nicht zur Disposition – außer für islamistische Bewegungen. In ihrem Ringen um die Rückkehr zu einer Staatsordnung auf religiöser Grundlage denunzieren sie den Zerfall des Osmanischen Reiches, die Abschaffung des Kalifats und die Einführung des Laizismus als »anti-islamische jüdische Verschwörung«. Einer der Propagandisten dieser antisemitischen Verschwörungstheorie heißt Mehmet Sevket Eygi. Er gehört zu den Chefideologen des poli-

tischen Islam in der Türkei und schreibt täglich eine Kolumne in der Zeitung Milli Gazete, dem Sprachrohr der weltweiten Milli Görüs-Bewegung des türkischen Islamistenführers Necmettin Erbakan. »In unserem Land gibt es zwei Sorten Menschen. Auf der sichtbaren Seite sehen sie aus wie Muslime und Türken. Auf der Rückseite der Medaille sind es Juden. Sie bringen ihre eigenen inkompetenten Personen in die wichtigsten Ämter und Stellen und vergreifen sich an den Einkünften der Türkei – verdammt seien sie«, schreibt Eygi z. B. am 24. Mai 2002 in der Milli Gazete.⁽⁸⁾

Seit drei Jahren greift Eygi immer wieder das Thema der »Sabetaycilar« (Sabetaisten) auf – ein von dem jüdischen Mystiker Sabbetai Zwi gegründeter Orden, der im 17. Jahrhundert im Osmanischen Reich zwangsweise zum Islam konvertierte, dessen Mitglieder oft auch als »Krypto-Juden« oder »Dönme« (die Gedrehten) bezeichnet werden. Eygi behauptet nun, dass dieser Übertritt nur pro forma erfolgt sei, um den Islam zu unterwandern und langfristig von innen heraus zu zerstören, und schreibt am 29. November 2000, dass »die Juden in diesem Jahrhundert zwei Staaten gegründet haben – die Türkei und Israel«.⁽⁹⁾ Eygis antisemitisches Verschwörungsbuch »Yahudi Türkler yahut Sabetaycilar« (Jüdische Türken oder Sabetaisten) gehörte Ende April 2003 zur reichen Palette ähnlich gelagerter Pamphlete auf der islamischen Buchmesse, die im Hof eines Milli Görüs-Moschee- und Kulturhauses in Berlin-Kreuzberg stattfand.

Dort waren auch die Bücher eines weiteren türkisch-islamistischen Autors erhältlich, der hier nicht unerwähnt bleiben darf: Harun Yahya (bürgerlicher Name angeblich: Adnan Oktar). Über unzählige mehrsprachige Internetseiten, Videofilme, Tonkassetten, Bücher- und CD-Rom-Versande werden in Europa muslimische Gemeinschaften, Medien und Privatpersonen regelrecht mit den Produkten des »Harun Yahya« überschwemmt. Unterstützung und Förderung erhält Yahya durch eine so genannte »Stiftung für wissenschaftliche Forschung« (Bilim Arastirma Vakfi) mit Sitz in Istanbul.

In der deutschsprachigen Öffentlichkeit wurde Yahya erstmals wahrgenommen, als die Journalisten Ahmet Senyurt und Stefan Meinung im ARD-Magazin »Report« am 21. Mai 2001 über ein Buch dieses Autors berichteten, das sich mit dem Völkermord der Nationalsozialisten an den Juden im »Dritten Reich« befasst: »SOYKIRIM YALANI – Die Holocaust-Lüge«. In diesem Buch behauptet Yahya, der organisierte Massenmord an den Juden habe nie stattgefunden. »Der angebliche Judengenozid im 2. Weltkrieg ist nichts anderes als eine Übertreibung einiger kriegsbedingter Verluste. Mit anderen Worten hat ein Judengenozid zu keiner Zeit stattgefunden«, ⁽¹⁰⁾ zitierte »Report« aus der deutschen Übersetzung dieses Buches. Nachdem »SOYKIRIM YALANI« auch in der Türkei für Aufsehen sorgte und offiziell aus der fast 200 Bücher umfassenden Publikationsliste Yahyas verschwand, verlegt er sich nun auf die Relativierung des Holocaust. So schreibt er in seinem Buch »Unterge-

gangene Völker« auf Seite 92: »Faschistische Organisationen haben Juden belästigt und blutige Attentate gegen sie verübt.« In mehreren Varianten setzt sich Yahya pseudowissenschaftlich mit dem Darwinismus auseinander, so in seinem Hauptwerk »Der Evolutionsschwindel« oder in dem Buch »Das Ende des Darwinismus«. Yahyas immer wiederkehrende These: Der Darwinismus ist die Quelle allen Übels der Welt, aller Verbrechen der Neuzeit, einschließlich der Hitlerdiktatur und des Terrorismus. In dem Buch »Der Islam verurteilt den Terrorismus« analysiert Yahya als Reaktion auf den 11. September das »wahre Gesicht derer, die im Namen der Religion Terrorakte begehen«, entsprechend seiner These: »In Wirklichkeit sind es die materialistisch-atheistischen Philosophien und Ideologien, die im 19. Jahrhundert vorherrschten, die für diese bedauerlichen Zustände verantwortlich sind. [...] Es waren anti-religiöse Bewegungen, die die Werte des Christentums leugneten, welche zum Kolonialismus führten. Die Wurzeln der größten Brutalitäten des 19. Jahrhunderts liegen in der sozial-darwinistischen Ideologie.«⁽¹¹⁾

Der Darwinismus aber, so Yahyas These weiter, sei die logische Konsequenz der Aufklärung und der Französischen Revolution und der damit vollzogenen Trennung von Staat und Religion. Die Rolle der Freimaurer in diesem Kontext ist ebenso Gegenstand der »Analysen« des Harun Yahya wie der »historische Nachweis« der Verbindungen zwischen dem Freimaurertum und dem Judentum.⁽¹²⁾ Am 27. August 2003 annonciert die Milli Görüs nahe Zeitung Milli Gazete, dass Yahya ab sofort in diesem Blatt schreiben werde. Thema: »Die Organisatoren des Bösen auf der Erde: Die Templer und die Freimaurer (Yeryüzünde Kötülügü Örgütleyenler: TAPINAKCILAR ve MASONLAR)«.



Bücher von Harun Yahya sind auch auf der islamischen Kreuzberger Buchmesse zu finden wie hier im April 2003.
Bild: Dantschke

Die gerechte Ordnung der Milli Görüs

Die antisemitischen Verschwörungstheorien türkisch-islamistischer Autoren sind auch in Deutschland virulent. Längst hat sich eine von der Öffentlichkeit, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, weit gehend ignorierte mediale antisemitische und islamistische Parallelwelt entwickelt – in Form von Büchern, audiovisuellen Medien, Internet und durch die Tageszeitungen Vakit und Milli Gazete.

Zwar hat sich die größte Organisation des politischen Islam in Deutschland, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), im Dezember 2001 per Presseerklärung von der türkischen Tageszeitung Milli Gazete distanziert, die Zeitung kann aber durchaus als inoffizielles Sprachrohr der Milli Görüs-Bewegung auch in Europa angesehen werden. So waren z. B. bis April 2001 leitende Personen der Europaausgabe dieser Zeitung identisch mit führenden Milli Görüs-Funktionären in Deutschland. Während sich die Führungsriege in Deutschland mit antisemitischen Äußerungen zurückhält, wird in Kolumnen der Milli Gazete selbst vor dem antisemitischen Machwerk »Die Protokolle der Weisen von Zion« nicht Halt gemacht.

Ob auf der islamischen Buchmesse in Berlin-Kreuzberg oder in der Milli Görüs-Zentrale in Kerpen bei Köln, wo die Zeitung Milli Gazete »auf praktisch allen Schreibtischen liegt«⁽¹³⁾, wer die Funktionäre auf die antisemitische Propaganda anspricht, erhält eine signifikante Antwort. So erklärte der ehemalige Milli Görüs-Funktionär Hasan Özdoğan im Mai 2000 in Berlin, dass Milli Görüs Fehler gemacht habe, tatsächlich seien in Milli Gazete antisemitische Artikel veröffentlicht worden. Özdoğan distanzierte sich jedoch nicht von diesen Artikeln, sondern erklärte lediglich, warum man heute darauf verzichte. Man habe gemerkt, dass antisemitische Äußerungen, die in der Türkei üblich seien, in Deutschland verboten sind. »Ich bin nicht verantwortlich für Milli Gazete«, erklärte im Frühjahr 2003 der jetzige Generalsekretär der IGMG, Oguz Ücuncü, gegenüber der Süddeutschen Zeitung und entgegnete, »dass in der Türkei oft so geschrieben werde, dass es in Deutschland missverstanden werde«.⁽¹⁴⁾

Dass die deutsche Milli Görüs-Führung versucht, sich durch diese Verharmlosung aus der Affäre zu ziehen, hat seinen Grund. Würde sie eingestehen, dass es sich um islamistische und antisemitische Äußerungen handelt, müsste sie sich auch von ihrem geistigen Mentor, dem Führer der weltweiten Milli Görüs-Bewegung und Vorsitzenden der türkischen Saadet Partei (Glückseligkeitspartei), Necmettin Erbakan, distanzieren. Denn wie ein roter Faden zieht sich das antisemitische Stereotyp der »jüdischen Weltverschwörung« durch Erbakans Politik. So zitiert ihn die Milli Görüs nahe Nachrichtenagentur Habervakti am 24. August 2003 folgendermaßen: »Die arbeiten daran, Groß-Israel zu gründen und die Welt zu beherrschen, den Salomon Tempel wieder zu erbauen und sich ihr gelobtes Land zwischen Nil und Euphrat zu verwirklichen. Zur Rea-

lisierung dieses Aberglaubens plant Israel die gewaltsame Unterdrückung.«⁽¹⁵⁾

Am 5. Oktober 2003 berichtet Milli Gazete über eine Versammlung der Saadet-Partei und zitiert aus der Rede des Vorsitzenden Necmettin Erbakan: »Die Differenzen zwischen rechts und links gehören der Vergangenheit an. Jetzt dient man Milli Görüs oder den äußeren Mächten. Das Fundament der Milli Görüs basiert auf Liebe und Warmherzigkeit. Wir wünschen allen sechs Milliarden Menschen auf der Erde Glückseligkeit (Saadet). Demgegenüber sind die äußeren Mächte bestrebt, Groß-Israel zu gründen, um das gelobte Land zu verwirklichen. Aus diesem Grund arbeiten sie daran, die Länder in Israels Umgebung zu schwächen, zu spalten, um daraus weiche Happen zu machen.«⁽¹⁶⁾

Diese »äußeren Mächte« hat Necmettin Erbakan bereits 1991 in seinem politischen Programm »Die gerechte Ordnung« bzw. »Die gerechte Wirtschaftsordnung« benannt. Dort heißt es: »Der Zionismus ist ein Glaube und eine Ideologie, dessen Zentrum sich bei den Banken der New Yorker Wallstreet befindet. Die Zionisten glauben, dass sie die tatsächlichen und ausgewählten Diener Gottes sind. Ferner sind sie davon überzeugt, dass die anderen Menschen als ihre Sklaven geschaffen wurden. Sie gehen davon aus, dass es ihre Aufgabe ist, die Welt zu beherrschen. Sie verstehen die Ausbeutung der anderen Menschen als Teil ihrer Glaubenswelt. Die Zionisten haben den Imperialismus unter ihre Kontrolle gebracht, und beuten mittels der kapitalistischen Zinswirtschaft die gesamte Menschheit aus. Sie üben ihre Herrschaft mittels imperialistischer Staaten aus.«⁽¹⁷⁾ Die »Gerechte Ordnung« ist die Grundlage der Milli Görüs-Ideologie. Das Ziel dieser auf dem Islam basierenden Ideologie ist die Abschaffung des Laizismus und die Etablierung einer islamischen Gesellschaft, zunächst in der Türkei. Eine offizielle Distanzierung der IGMG-Funktionäre von der »Gerechten Ordnung« ist bis heute nicht vernehmbar.



Immer wieder wird die Politik Ariel Sharons mit der rassistisch-imperialen Nazi-Politik gleichgesetzt. Hier bei der Pro-Palästina Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin, April 2002.

Revisionismus – Die Leugnung oder Relativierung des Holocaust

Der Revisionismus, die Leugnung, Verharmlosung oder Relativierung der Verbrechen, die unter nationalsozialistischer Herrschaft begangen wurden, insbesondere die Massenvernichtung von Juden in den Gaskammern der Vernichtungslager, ist Teil des heutigen Antisemitismus. Im Herbst 1997 wies der deut-



»The crimes of Israel compared to the crimes of the nazis.« Die Relativierung der Nazi-Verbrechen und Israelfeindlichkeit gehen im islamistischen Antisemitismus oft Hand in Hand. Dies ist eine Karikatur aus der syrischen Zeitung Tishreen vom 15. April 1993. Quelle: Wistrich, Robert; Muslim Anti-Semitism – A clear and present Danger; AJC 2002, Seite 26

sche Milli Görüs-Funktionär Mehmet Sabri Erbakan, Neffe des Milli Görüs-Führers Necmettin Erbakan, in einem Interview mit der neurechten Zeitung Junge Freiheit den Vorwurf des Antisemitismus jedoch zurück: »Juden ihrer Religion wegen abzulehnen und zu diskriminieren, kann einfach kein islamischer Standpunkt sein. Ein ganz anderes Thema ist Israel. Der Begriff wird sicher überstrapaziert, wenn man israelkritische Äußerungen als antisemitisch bezeichnet.«⁽¹⁸⁾ Auf die »deutsche Geschichte« angesprochen relativiert Erbakan gegenüber der Jungen Freiheit die historische Einmaligkeit des Holocaust: »Wenn man einmal den Blick durch die Geschichte und das, was heute noch geschieht, streifen lässt, dann ist der Holocaust nicht das eine, exorbitante Beispiel unmenschlichen Handelns in der Menschheitsgeschichte, zu dem es vielleicht im deutschen Bewusstsein geworden ist. [...] Aus türkischer Geschichtswahrnehmung sind die Ereignisse des Holocausts – so schrecklich sie sind – mit anderen Verbrechen durchaus vergleichbar. Im Prinzip hat doch jede größere Machtkonstellation auf diesem Planeten sein Verbrechen fabriziert.«⁽¹⁹⁾ Auch wenn sich die Milli Görüs-Funktionäre nach außen liberal geben, wird das revisionistische Gedanken- gut in der Gemeinschaft am Leben gehalten. Neben den Büchern des bereits erwähnten Harun Yahya kursieren auch die ins Türkische übersetzten Schriften des zum Islam konvertierten Franzosen Roger Garaudy

im deutschen Milli Görüs-Umfeld. Garaudy wurde 1998 für sein Buch »Die grundlegenden Mythen der israelischen Politik« wegen Leugnung des Holocaust verurteilt. Auf der islamischen Buchmesse Ende April 2003 im Hof der Milli Görüs-Moschee in Kreuzberg wurden z. B. die Bücher »Israel, Mitler ve Terör (Israel, Mythos und Terror)« und »Siyonizm Dosyasi (Dossier des Zionismus)« des Roger Garaudy verkauft. Darauf angesprochen erklärte ein Berliner Journalist türkischer Herkunft, dass diese Bücher in der Türkei ja nicht verboten wären. Erst der Hinweis, dass Kreuzberg schließlich in Deutschland läge, brachte ihn zum Nachdenken.

Said Qutb, Muslimbrüder, Hamas und Hizbollah

Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft propagiert den Islam als allumfassendes System und die Errichtung eines Staates auf der Grundlage islamischer Werte und Prinzipien. 1954 wurde diese islamistische Bewegung unter dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abd en-Nasser verboten. Es kam zu zahllosen Verhaftungen und Hinrichtungen und in der Reaktion zu einer vermehrten Radikalisierung der Anhänger im Untergrund, die sich vor allem auf den Ägypter Sayyid Qutb (1906-1966) beziehen. Mittlerweile gibt es Abspaltungen und Zweige der Muslimbruderschaft in über 70 Ländern der Welt, teilweise radikalerer Art und unter anderem Namen, wie die palästinensische Hamas. Die Schriften des politischen Vordenkers Sayyid Qutb gehören zum Repertoire unterschiedlichster Moscheegemeinden auch in Deutschland. In seinem Standardpamphlet, das heute unter dem Namen »Unser Kampf gegen die Juden« überall in der islamischen Welt kursiert, formuliert Qutb den Kern des islamistischen Antisemitismus, wie er hier bereits an einigen Beispielen dargestellt wurde. »Hinter jeder spaltenden Tat in Bezug auf das letzte islamische Kalifat und hinter dessen Auflösung sowie hinter der Abschaffung der Scharia durch Atatürk stand stets ein Jude. Alles, was seitdem gegen das islamische Erwachen im Rahmen eines erklärten Krieges gegen den Islam auf dieser Erde geschieht, ist als das Werk der Juden zu sehen«, schreibt Qutb.

Diese Haltung finden wir auch bei der Hamas, einer der führenden radikalen Kräfte der zweiten palästinensischen Intifada. Hamas stellt sich als »der schlagende Arm der Bewegung der Muslimbrüder in Palästina« vor, bekennt sich zum Erbe von Sayyid Qutb und zum Dschihad als islamischem Weg zur Befreiung Palästinas. Die territorialen Ansprüche der Hamas werden dabei in der so genannten »Charta der Hamas« von 1988 deutlich formuliert: »Palästina ist gesegnetes islamisches Territorium und erstreckt sich vom Mittelmeer bis zum Jordan. Es bildet eine unteilbare Einheit.« In Artikel 22 der Charta ist zu lesen, dass »die Juden« hinter der Französischen Revolution standen und geheime Organisationen wie die Frei-

maurer gegründet haben.⁽²⁰⁾ »Zionistische Machenschaften setzen sich endlos fort und werden sich nach Palästina gierig vom Nil bis zum Euphrat ausdehnen. Erst dann, wenn sie komplett die Gegend verdaut haben, auf die sie ihre Finger gelegt haben, werden sie zu noch mehr Expansion voranschreiten«, heißt es in Artikel 32 der Charta mit Anspielung auf die »Protokolle der Weisen von Zion«.⁽²¹⁾

Eine analoge Ideologie kennzeichnet die libanesische Schiitenmiliz Hizbollah, die durch ihren Kampf gegen die israelische Invasion Libanons 1982 an Bedeutung gewann. In ihrer Ablehnung des Existenzrechts des Staates Israel und der Sicht auf das Judentum als ältester und erbittertster Feind des Islam lehnen sie sich an die »antizionistischen« Predigten des 1988 verstorbenen Ayatollah Khomeini an. Ihr islamistisches Gesellschaftskonzept zeigt sich in der Ablehnung von Nationalismus, Imperialismus und »westlicher Arroganz« und der Betonung der Befreiung Palästinas und Jerusalems als strategisches Ziel. Wie andere islamistische Organisationen sieht Hizbollah Israel als verlängerten Arm des westlichen Imperialismus im Nahen Osten. Israel wird entsprechend als Quelle allen Übels und aller Gewalt in dieser Region und als Haupthindernis einer islamischen Einheit ausgemacht.⁽²²⁾

Sowohl die gemäßigteren Zweige der Muslimbruderschaft als auch Hamas und Hizbollah verfügen in Deutschland über ein Netzwerk von Mitgliedern und Sympathisanten.⁽²³⁾ Neben Geldspenden, offiziell für wohltätige Projekte in Palästina und in Libanon, betreiben diese Anhänger eine umfangreiche politische Lobbyarbeit, z. B. durch die Teilnahme an oder eigene Ausrichtung von Demonstrationen. So versammeln sich jedes Jahr am letzten Samstag des muslimischen Fastenmonats Ramadan Sympathisanten von Hizbollah und der geistlichen Führung des Iran in Berlin zur so genannten »Quds-Demonstration«. Anlass dieser jährlich weltweit stattfindenden Demonstration ist der »internationale Tag von Jerusalem« [Quds ist arabisch für Jerusalem], den der iranische Ayatollah Khomeini 1979 ausgerufen hat. Khomeinis Nachfolger als oberster geistlicher Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, formulierte im Dezember 1999 das Anliegen dieses »Jerusalem-Tages« gegenüber den Teilnehmern der Quds-Demonstration in Teheran. »Aus islamischen, menschlichen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und (allgemein) politischen Gesichtspunkten ist die Gegenwart Israels eine gewaltige Bedrohung gegen die Völker und Staaten der Region. Und es gibt nur eine Lösung, das Problem im mittleren Osten zu lösen, nämlich die Zerschlagung und Vernichtung des zionistischen Staates.« Die Muslime überall in der Welt hätten die Pflicht, die Palästinenser – in welcher Form auch immer – zu unterstützen; denn »ein Teil des islamischen Gebietes steht unter der Besetzung des Feindes und wir Muslime stehen alle in der Pflicht, das Land zu verteidigen und es seinen rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben«.⁽²⁴⁾

In Deutschland werden die jährlichen Aufforderungen zur Teilnahme an der »Quds-Demonstration« und die entsprechenden Reden der Ayatollahs verbreitet vom Verein »Islamischer Weg e.V. Delmenhorst«. Vertre-



Quds-Demonstration im November 2003 in Berlin. Israelfeindliche Schilder und Transparente wurden per Auflage verboten. Frauen und Männer marschierten getrennt. Bild: Weber

tungsberechtigter Vorstand dieses Vereins sind Dr. Yavuz Özoguz als Vorsitzender und sein Bruder Dr. Gürhan Özoguz. Aus ihrer Sympathie für die Hizbollah und die iranischen Ayathollahs Khomeini und Khamenei machen die Brüder türkischer Herkunft keinen Hehl. Außer den Internetseiten des Islamischen Weges betreiben die Özoguz-Brüder auch das größte islamistische Internetportal in Deutschland unter der Adresse muslim-markt.de. Im dortigen Forum, in der Rubrik »Palästina Spezial« und unter dem Aufruf »Boykott gegen Israel« veröffentlichen sie ihre Kommentare und die in Reimform gefassten Demonstrationssparolen. Als Verein »Islamischer Weg e.V.« fahren sie mit Frauen und Kindern »seit über einem Jahrzehnt jährlich zum Quds-Tag – zur Demonstration gegen die Unterdrückung des palästinensischen Volkes nach Berlin«. ⁽²⁵⁾ »Liebe Christen gebt doch acht, Zionisten haben hier Macht«, »Zionisten woll'n die Welt kaufen mit geklautem Geld«, »Israel kennt keine Scham, doch wird siegen der Islam«, skandieren die Demonstranten dann auf Berlins Straßen entsprechend den Muslim-markt-Vorgaben. ⁽²⁶⁾

Antisemitische Globalisierungskritik

»Wir sind eine Gruppe deutscher Muslime und freuen uns, dass wir hier von Euch türkischen Brüdern so freundlich aufgenommen wurden«, beginnt Andreas Abu Bakr Rieger sein Grußwort an die Anhänger des »Khomeini von Köln«, Cemaleddin Kaplan. Es ist das islamische Jahr 1414 (1993) ⁽²⁷⁾ und der Kaplanverein »Islamischer Bundesstaat Anatolien (A.F.I.D.)« hat zur Jahresversammlung in eine große Halle geladen. Rieger, damals etwa 27 Jahre alt, freut sich; denn »wir haben heute hier sehr, sehr viele Kämpfer gesehen, künftige Kämpfer für den ... Islam und das hat uns sehr viel Mut gemacht«. Cemaleddin Kaplan, den Kopf dieser radikal islamistischen Bewegung, die gegen Ungläubige, Juden und die türkische (laizistische) Regierung agitiert und zum Kampf aufruft, bezeichnet Rieger zur Freude der Versammelten als »ehrbaren

Hoca«, der »in Deutschland verleumdet wird jeden Tag in der Zeitung«. Und dann entschuldigt sich Rieger; denn »wie die Türken, so haben auch wir Deutsche oft schon in der Geschichte für eine gute Sache gekämpft, obwohl ich zugeben muss, dass meine Großväter bei unserem gemeinsamen Hauptfeind nicht ganz gründlich waren«. Er, Rieger, und seine deutschen Kameraden sehen nun ihre Hauptaufgabe darin, »den Islam in Deutschland stark zu machen«, indem »wir Deutsche die Deutschen einladen zum Islam«. ⁽²⁸⁾

Auch wenn sich Rieger längst von den Kaplanjüngern und dieser radikalen, eindeutigen Sprache verabschiedet hat, so ist er sich im Inhalt doch treu geblieben. Seit 1995 gibt es die deutschsprachige Islamische Zeitung. Zunächst in geringer Auflage und sehr unregelmäßig herausgegeben, konnte sich das Blatt seit fast zwei Jahren als Abonnentenzeitung etablieren. Alle drei Wochen veröffentlichen die zwei festangestellten Redakteure gemeinsam mit zahlreichen freien Mitarbeitern unter der Leitung des Chefredakteurs Sulaiman Wilms und des Herausgebers Andreas Abu Bakr Rieger ihren Versuch, »die Vielfalt des Islam und der Muslime möglichst positiv zu reflektieren«. Die Zeitung versteht sich selbst als »Brücke zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen und als Ort des Austausches mit dem Phänomen Islam«. »Aus der Sicht europäischer Muslime« möchte das Blatt »intellektuell zur geistigen und aktuellen Auseinandersetzung mit dem Islam« beitragen. ⁽²⁹⁾ Zwar will die Zeitung »den Muslimen in Europa ein eigenständiges Forum bieten«, aber sie wendet sich ebenfalls gezielt an Nicht-Muslime. Fast jeder dritte Abonnent gehöre inzwischen zur letzteren Kategorie. Offizieller Sitz der Zeitung ist inzwischen – nach Weimar – auch nicht mehr Potsdam, sondern Berlin-Mitte. So ist das Blatt zumindest räumlich getrennt von den Potsdamer Adressen des Herausgebers Andreas Abu Bakr Rieger – seine Rechtsanwaltskanzlei, der von ihm 1995 gegründete Verein »Weimar Institut e.V.«, dessen Vorsitzender Rieger jahrelang war, und der 1996 gegründete Verein »Muslim Lawyers e.V. – Organisation für muslimische Rechtsanwälte, Juristen und juristische Studenten«, dem Rieger als Geschäftsführer vorsteht.

Neben dem »Islam in Europa« widmet sich die Islamische Zeitung besonders den Fragen der Globalisierung. Was sich wie ein unverdächtig Beitrag zur demokratischen Debatte darstellt, bekommt einen faden Beigeschmack, wenn man sich mit dem Kreis um den Herausgeber Rieger und der dahinter stehenden Weltanschauung auseinander setzt. Einen Hinweis auf diese Ideologie erhielt man, wenn man auf der Internet-Homepage der »Murabitun Worldwide Movement« (Weltweite Bewegung der Murabitun) den Weg über die »Murabitun Centers« zu den einzelnen Ländern verfolgte. Bis August 2002 gelangte man so unter »Germany« direkt zur damals noch in Potsdam von Andreas Abu Bakr Rieger herausgegebenen deutschsprachigen Islamischen Zeitung. ⁽³⁰⁾

Gegründet wurde diese Murabitun-Bewegung von dem Schotten Ian Dallas, der sich einem mystischen islamischen Orden in Marokko anschloss und seitdem

den Namen Scheich Abdulqadir al-Murabit as-Sufi führt. Die spanische Stadt Granada und Schottland sind die Zentren dieser modernen, hauptsächlich aus Konvertiten bestehenden Kalifatsbewegung, die gegen die »Weltverschwörung des Kapitals« predigt. Nur die Wiedererrichtung des islamischen Kalifats osmanischer Prägung in Istanbul könne der Verschwörung der USA, Europas und Israels Paroli bieten, verbreiten sie in ihren stark antisemitisch gefärbten Schriften. Propagiert wird ein Finanz- und Wirtschaftssystem auf islamischer Grundlage, das »Wucher (Riba)« und Papiergeld verbietet. »Das Nehmen von Zinsen ist nur ein Teil dieses Verbrechens. Das Kaufen und Verkaufen, welches mit Papiergeld unternommen wird (und natürlich durch Erweiterung auch Plastikgeld, elektronisches ›Geld‹, Aktien, Sicherheiten, Futurebonds, Versicherungen und Börsen- bzw. Währungsspekulation) ist auch Riba, da Papier im Islam an sich kein legales Zahlungsmittel ist«, fasst das Redaktionsmitglied der Islamischen Zeitung, Asadullah Yate, die religiöse Interpretation der Bewegung zusammen. Dem entsprechend sei »der politische Gegner des Islam weniger Amerika als vielmehr die globale Herrschaft des Dollars«. ⁽³¹⁾ Verfassungen lehnt der Murabitun-Scheich Abdalqadir ab und »sieht selbst Intellektuelle innerhalb der Muslimbruderschaft auf Abwegen, die über eine islamische Verfassung nachdenken. Denn der Konstitutionalismus, so die Erklärung, ist nicht islamisch, er ist freimaurerisch und demzufolge jüdisch. Juden aber seien wegen ihrer schwerwiegenden Irrtümer verflucht, und eine Befreiung für einen authentischen Islam gebe es erst dann, wenn man sich vom westlichen Kreditsystems samt der damit verbundenen destruktiven jüdischen Kontrollsysteme und der technisch-versklavenden Politik befreie.« ⁽³²⁾

In Deutschland gerieten die Murabitun Anfang der 90er Jahre ins Blickfeld der Öffentlichkeit, als sie im süddeutschen Freiburg unter den Studenten der Universität missionierten. So planten die Murabitun im Freiburger Historischen Kaufhaus für den 13. Juli 1991 eine »philosophische Vortragsveranstaltung« mit Scheich Abdalqadir. ⁽³³⁾ »Allah und sein Gesandter haben dem Bankensystem den Krieg erklärt! Der Islam beseitigt: Staat; Steuern; Gefängnisse; Polizei; Banken; Demokratie (manipulierte Mehrheit); Vermietung von Geld. [] Der Islam errichtet: Führerschaft mit Gerechtigkeit«, hieß es auf den Veranstaltungsplakaten, die kurz darauf auch in Dresden auftauchten. ⁽³⁴⁾ In einer »Murabitun-Grundinformation« wurde die »demokratische Herrschaft« als »die Dienstleistungsindustrie für die Welt-Finanz« bezeichnet; die UNO wäre hingegen das »Polizeiinstrument der Welt-Finanz, um die Entfaltungen regionaler Freiheit zu unterbinden und den Status Israels als über dem sogenannten Internationalen Recht stehend zu garantieren«. ⁽³⁵⁾ Nach Protesten zog die Stadt Freiburg die Veranstaltungs-Zusage zurück. Daraufhin erklärte »die Gemeinschaft der Freiburger Muslime« in einem Flugblatt: »Diese städtischen Machenschaften geschehen im Namen derjenigen, die ihre Verbrechen am palästinensischen Volk mit dem Verbrechen, das ihnen

in der Geschichte widerfahren ist, rechtfertigen – den Israelis.« ⁽³⁶⁾

Andreas Abu Bakr Rieger, der während seiner Studienzeit in Freiburg 1990 im Alter von 24 Jahren zum Islam konvertierte, gründete 1995 in Weimar mit weiteren Freiburgern und Ostdeutschen die »Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGID) – Weimar Institut«. »Wie seine Freunde, so hat auch er durch Scheich Abdulqadir zum Islam gefunden«, beschreibt die Verbandszeitschrift der IGMG, »Milli Görüs & Perspektive«, in ihrer Ausgabe vom Februar 1996 den Übertritt Riegers zum Islam. Am 20. August 2001 schreibt Abu Bakr Rieger in der Islamischen Zeitung über das »Lebenswerk« von Scheich Abdulqadir al-Murabit: »Der soziale Zerfall des morbiden Europas ist unübersehbar. Was fällt, soll man noch stoßen, lehrt Nietzsche. Das Ende der politischen Souveränität, die Entmachtung der Parlamente hat angesichts von ein paar hundert Familien, die sich den Weltreichtum teilen, auch die Idee der Gerechtigkeit desillusio-



Die Juden als eigentliche Protagonisten amerikanischer und russischer, kapitalistischer und kommunistischer Weltverschwörung, hier in einem islamistischen Hetzbild aus der Zeitschrift »The Antichrist«, die auch in den USA zu bekommen ist.

Quelle: Wistrich, Robert; Muslim Anti-Semitism – A clear and present Danger; AJC 2002, Seite 26

niert. Der Muslim, so die Quintessenz des Scheichs, verspürt in dieser Lage keine Ohnmacht, keinen bürgerlichen Pessimismus. Nein, sogar die Banken, die sich lautlos an die Macht geputzt haben, muss man mit den Worten Allahs in Gelassenheit betrachten: Ihr globales Netz gleicht einem zerbrechlichen Spinnennetz. Die Magie der westlichen Macht reduziert auf eine einfache Sinnestäuschung. Somit ist auch die einzig richtige und mögliche Betrachtungsweise gelehrt: Alle Macht ist bei Allah.«

Rieger und seine Gefährten und Gefährtinnen sehen die »politische Rolle des Islam« in erster Linie in der Propagierung des islamischen Finanz- und Wirtschaftsmodells als Ausweg für das »soziale und ökonomische Überleben der Menschen im nächsten Jahrhundert«. Das ist ihr Ansatz zur Erlangung der »globalen Weltherrschaft«; denn der Schlüssel dazu ist »das politische, exklusive Recht, eine bestimmte Papiergeldwährung endlos zu drucken. Über dieses militärisch abgesicherte Recht verfügt heute die USA.«⁽³⁷⁾

Anmerkungen:

- (1) www.hizb-uttahrir.org/deutsch/leaflets/HTIflts/ht31030_die_juden.htm, abgelesen am 10. Juni 2003
- (2) Scheich Abdul Qadim Zallum ist am 29. April 2003 verstorben. Zu seinem Nachfolger »Amir der Hizb ut-Tahrir« wurde Scheich Ata Aburrahma »gewählt«. Siehe: www.khilafah.com.pk/pr/03029pn.html
- (3) Nach dem Niedergang des real existierenden Sozialismus ist nun der globale Kapitalismus unter Führung der USA die einzig verbliebene Herausforderung der Islamisten im Kampf der Systeme.
- (4) Zu finden u.a. im Forum <http://forum.topwebmaster.net/extern/de/Ensar/thread/5543-134840> und im Forum von www.muslim-markt.de: <http://f25.parsimony.net/forum/63498/messages/6206.htm>, abgelesen am 5. 10. 2003
- (5) <http://www.idgr.de/lexikon/stich/f/freimaurer/freimaurer.html>, abgelesen am 10. Juni 2003
- (6) Lewis, Bernard (1986): *Semites and Antisemites*, New York und London.
- (7) Ehemals zu finden unter: <http://www.explicit-islam.de/seiten/Archiv/825/freimaurer.html>
- (8) Siehe: www.milligazete.com.tr/24052002/yz14.htm und Verfassungsschutzbericht 2002 unter: www.bmi.bund.de/Annex/de_24336/Verfassungsschutzbericht_2002.pdf, Seite 191
- (9) Milli Gazete vom 29. 11. 2000, unter: <http://www.milligazete.com.tr/29112000/yz14.htm>
- (10) »Tricksen, Täuschen, Agitieren«, ARD, Report München vom 21. 05. 2001.
- (11) Harun Yahya: »Der Islam Verurteilt Den Terrorismus«, unter: <http://www.harunyahya.com/de/terror3.php>, abgelesen am 28. Juni 2003
- (12) Vgl. »Yahudilik ve Masonluk« (»Judentum und Freimaurertum«) unter: <http://www.harunyahya.org/kitap/YahudilikveMasonluk/YVM.HTML>, sowie »Kabala ve Masonluk« (»Die jüdische Zahlenmystik und das Freimaurertum«) unter: <http://www.harunyahya.org/kitap/kabalavemasonluk/kvm01.html>.
- (13) Matthias Drobinski: »Fundis auf Samtpfoten«, Süddeutsche Zeitung, 22. 4. 2003
- (14) Ebenda.
- (15) Diyet ödüyorlar, 8/24/2003 unter: www.habervakti.com/hbde-tay.asp?id=7932, abgelesen am 4. 10. 2003.
- (16) »Dı? mihraklara hizmet etmeyin« in: Milli Gazete, 5. 10. 2003 unter: www.milligazete.com.tr/05102003/haberindeks.htm.
- (17) Innenministerium NRW: »Islamismus – Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke« – Broschüre des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen, 3. überarbeitete Auflage, 2002, Seite 28, unter: www.im.nrw.de/inn/doks/vs/islam.pdf

- (18) Gerhard Quast, Islam in Deutschland: Interview mit Mehmet Erbakan, Generalsekretär von Milli Görüs: »Der türkische Laizismus kennt keine Religionsfreiheit«, in: Junge Freiheit, Heft 49/97
- (19) ebenda
- (20) <http://www.palestinecenter.org/cpap/documents/charter.html>, abgelesen am 6. 10. 2003
- (21) vgl. Matthias Küntzel: »Djihad und Judenhass«, in: www.taz.de/pt/2003/04/12/a0228.nf/text
- (22) vgl. Esther Webman (1994): *Anti-Semitic Motifs in the Ideology of Hizballah and Hamas*, Tel Aviv
- (23) Der Verfassungsschutz beziffert die Anhängerschaft von Hamas und Hizbollah in Deutschland auf insgesamt etwa 1.100 Personen.
- (24) Dezember 1999: »Die Vernichtung Israels ist die einzige Lösung des Mittelost-Problems«, Teheran, 31. Dezember 1999, IRNA, unter: http://www.islam-pure.de/imam_d/imam0003.htm, abgelesen am 27. 6. 2003
- (25) vgl. die Kommentare des Muslim-Markt zum Buch von Udo Ulfkotte: »Der Krieg in unseren Städten – Wie Radikale Islamisten Deutschland unterwandern«, unter: www.muslim-markt.de/wtc/ulfkotte/ulfkotte17.htm, abgelesen am 27.6.2003
- (26) vgl. www.muslim-markt.de/Palaestina-Spezial/demos/demo-parolen.htm, Copyright ©1999-2001 Muslim-Markt, abgelesen am 5. 12. 2001
- (27) Der Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden (ICCB) wurde von Cemalettin Kaplan 1983 in Köln gegründet. 1992 benannte Kaplan den ICCB um in Islamischer Bundesstaat Anatolien (AFID) und 1994 in Kalifatsstaat (Hilafet Devleti). Ende 1991 forderte Kaplan seine Anhänger zum Glaubenskrieg gegen die Türkei auf und rief 1992 die Exilregierung aus. 1994 ließ er sich zum Kalifen ernennen. Er starb 1995 und sein Sohn Metin Kaplan übernahm die Leitung. Im Dezember 2001 wurde der Kalifatsstaat von Bundesinnenminister Schily (unter Anwendung des Vereinsverbotes nach Art. 9 II GG) verboten.
- (28) Videomitschnitt der Rede von Andreas Abu Bakr Rieger bei der Autorin
- (29) »Aktion: Viele neue Abonnenten?«, Islamische Zeitung am 12.06.2003, unter: <http://www.islamische-zeitung.de/berlin/index.html>, und: <http://www.bremerislamwoche.de/veranstaltungen3.htm>.
- (30) www.geocities.com/Athens/Delphi/6588/mundial.html, abgelesen am 30. 8. 2002
- (31) Asadullah Yate, in: Islamische Zeitung, 38. Ausgabe, Mai 2000
- (32) Herbert L. Müller: »Islamistische Organisationen in Deutschland – Eine Herausforderung der Demokratie?«, in: EKD Materialdienst 10+11/2001, Im Blickpunkt
- (33) Dr. Stefan Meining: »Rechte Esoterik in Deutschland. Ideenkonstrukte, Schnittstellen und Gefahrenpotentiale«. Referat auf dem Symposium 2002, Verfassungsschutz Thüringen
- (34) vgl. Gerald Kluge, Beauftragter für Sekten- und Weltanschauungsfragen im Bistum Dresden-Meißen: Notizen über Aktivitäten der Murabitin in Sachsen, per e-mail an die Autorin am 8. Dezember 2001
- (35) Dr. Stefan Meining, a.a.O.
- (36) zitiert nach Dr. Stefan Meining a.a.O.: »Flugblatt der »Gemeinschaft der Freiburger Muslime«.
- (37) »Faszination Islam«, Interview mit Abu Bakr

Aspekte von Antisemitismus und Antiamerikanismus

Entwicklungen des Antisemitismus in der BRD nach 1945

Horst Peter Gerlich

Der Artikel beschreibt die Entwicklungen antisemitischer Erscheinungsformen nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in Westdeutschland bis zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten 1990. Nach 1945 gab es weder eine politische »Stunde Null« noch die »Stunde Null« des Antisemitismus⁽¹⁾, das heißt, dass antisemitische Einstellungen und Gewalttaten gegenüber Jüdinnen und Juden weiterhin existierten. Verändert haben sich die Ausprägungen judenfeindlicher Denk- und Einstellungsmuster. In der nach 1945 notwendigen Abgrenzung zur NS-Vergangenheit kam der Bekämpfung des Antisemitismus als der Kernideologie des Nationalsozialismus besonderes Gewicht zu. Als treibendes Moment hinter der Judenvernichtung erfuhr der Antisemitismus nun eine negative Sanktionierung.

Dabei unterscheidet sich Antisemitismus nach Auschwitz von der traditionellen Judenfeindschaft und von deren rassistischer Zuspitzung in folgenden Aspekten: Er reagiert auf den Massenmord, entweder durch seine Leugnung oder eine Schuldprojektion auf die Juden. Als weitere Reaktionsweisen sind zu nennen: Das Relativieren, das Funktionalisieren und das Schweigen über Auschwitz, d. h. vor allem Erinnerung verweigernde und Schuld abwehrende Mechanismen. Mit der Gründung des Staates Israel 1948 nehmen Formen des Antizionismus zu, in denen antisemitische Ressentiments und Stereotype deutlich werden. Juden werden hier kollektiv für die Politik des Staates Israel haftbar gemacht.⁽²⁾

Antisemitische Ressentiments und Ausschreitungen richteten sich u. a. gegen:

- die so genannten »Displaced Persons«. Mit diesem Begriff wurden die ca. 200.000 überlebenden Jüdinnen und Juden des Holocaust bezeichnet, die von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre vor allem in Süddeutschland in Lagern untergebracht waren.
- internationale jüdische Organisationen wie die Jewish Claims Conference. Antisemitische Äußerungen wurden insbesondere im Rahmen der so genannten Wiedergutmachungsdiskussion deutlich.
- jegliche Spuren jüdischen Lebens in Deutschland. Geschändet wurden jüdische Friedhöfe und Denkmäler, die an Jüdinnen und Juden oder den Holocaust erinnerten.

Nach 1945 versuchten die Alliierten die öffentliche Meinung auf die Norm des Anti-Antisemitismus festzulegen, die in der Folge auch von den neuen politischen Eliten und den Massenmedien übernommen wurde. Mit der Tabuisierung war jedoch oftmals ein Beschweigen der gesamten Thematik verbunden: Antisemitismus blieb zwar aus der Öffentlichkeit ausgegrenzt, gleichzeitig wurden judenfeindliche Ressentiments auf persönlicher Ebene nicht unter Änderungsdruck gesetzt. Mit dem Ergebnis, dass sie in privater (z. B.: Familie, Freundeskreis) oder halb-öffentlicher Form (z. B.: Verein, Stammtisch) beharrlich weiterexistierten. Außerdem entwickelte sich eine verdeckte Form, die quasi mit einem Augenzwinkern und Andeutungen den Antisemitismus nährte. Diese »krypto-antisemitischen Äußerungen«⁽³⁾ finden sich häufig in verbalen Angriffen auf »Amerika«, »die Intellektuellen«, das »Finanzkapital«, »die US-Ostküste« oder die »Macht der Medien«. Man kann ihnen bis heute begegnen, keineswegs nur bei Rechtsradikalen, sondern bis tief in die Mitte der Gesellschaft.⁽⁴⁾

Philosemitismus

Eine Form, die der Antisemitismus nach Auschwitz in der BRD angenommen hat, ist der Philosemitismus. In der auf den Mai 1945 folgenden Periode kommt es in Deutschland zu einem komplizierten Prozess, einer Metamorphose des Antisemitismus bzw. der Einstellungen in der nichtjüdischen Bevölkerung.⁽⁵⁾ Innerhalb eines Wandels des Antisemitismus überschneiden sich positive und negative Merkmale »den Juden« betreffend. Der Kern des Philosemitismus ist demnach der Austausch tradiert negativer Vorurteile gegenüber Juden durch vermeintlich positive. »Den Juden« werden besondere Fähigkeiten und Eigenschaften zugesprochen, für die sie gelobt und herausgestellt werden. So kann man sagen, dass der Jude »nur zu dem Feind geworden ist, den man lieben muss.«⁽⁶⁾ Vor der Gefahr, die in der Verwandlung von negativen in positive Zuschreibungen liegt, warnte der Soziologe Theodor W. Adorno in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts:

»Auch der sogenannten positiven Stereotypenbildung wäre entgegenzuwirken, hinter der die negative Stereotypie dicht lauert. Sagt einer: »Die Juden sind alle so gescheit«, dann ist er, auch wenn er es lobend sagt, schon nahe bei »nun ja, und deshalb wollen sie uns betrügen«. Auch der Formel »die Juden sind so ein merkwürdiges, besonderes, tiefes Volk« ist nicht über den Weg zu trauen. [...] Durch Emanzipation von der Stereotypenbildung für die Gruppe als Ganzes wird wahrscheinlich dem Vorurteil wirksamer entgegen gearbeitet, als wenn man ein negatives Vorurteil durch ein positives ersetzt. Gerade die Kollektivurteile als solche, wie sie in Deutschland verhängnisvoll, und zwar gegen alle möglichen Gruppen verbreitet sind, sind abzubauen; keinesfalls ist ein falsches Kollektivurteil durch ein ebenso falsches anderes zu berichtigen.«⁽⁷⁾

Der Historiker Frank Stern spricht in diesem Zusammenhang von »verordnetem Philosemitismus«.⁽⁸⁾ Dieser ermöglichte es unter anderem die Auseinandersetzung um den organisierten Massenmord, Auschwitz und die deutsche Täterschaft zu verdrängen.

Sekundärer Antisemitismus

Diese Form des Antisemitismus nach Auschwitz hat sich in Deutschland im Anschluss an den Sieg der Alliierten entwickelt. Er verfestigte sich mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, deren »Fundament: der große Frieden mit den Tätern«⁽⁹⁾ wurde. Sekundärer Antisemitismus ist nach wie vor aktuell. Der Journalist Henryk M. Broder hält fest, »dass es Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz gibt, weil die Täter und deren Erben permanent an ihre Untaten und zugleich an ihr Versagen erinnert werden. Jeder lebende und überlebende Jude ist Zeuge und Vorwurf zugleich«.⁽¹⁰⁾ Ausgangspunkt dieser Form des Antisemitismus ist die ausgebliebene Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der deutschen Täterschaft:

»Der Wunsch, die Verbrechen des NS zu vergessen und sich auch all der damit verbundenen Gefühle zu entledigen, das ist der Kern des sekundären Antisemitismus. Die zentrale Bedingung dafür ist die Verdrängung der Vergangenheit insgesamt, insbesondere aber die der Geschichte der Opfer und deren Verfolgung.«⁽¹¹⁾

Der sekundäre Antisemitismus beginnt mit der Verdrängung der Vergangenheit und ist zugleich eine Folge davon, insofern er das Ergebnis der individuellen wie kollektiven Unfähigkeit oder Unwilligkeit ist, sich mit der Schuldproblematik auseinander zu setzen. Dies führt zu einer massiven und tief eingelagerten Abwehr der Erinnerung. Es wird versucht, Schuldgefühle den Opfern anzulasten, die durch die Abspaltung der Geschichte vom Selbst entstehen.⁽¹²⁾ Peter Schönbach vom Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main sprach 1961 erstmalig von »Sekundäranisemitismus«⁽¹³⁾ und beschrieb damit die Weitergabe antisemitischer Stereotype von Eltern an ihre Kinder, da die Eltern aufgrund der öffentlichen Tabuisierung des Antisemitismus ihre Vorurteile nur im privaten Rahmen äußern könnten.⁽¹⁴⁾

Folgende Motive sind charakteristisch für den sekundären Antisemitismus:

- Schuldabwehr: bedeutet, die Schuld an Auschwitz zu leugnen, sie zu verkleinern, zu verlagern, sich affektlos von den Greueln abzuwenden, sie vom Ich abzuspalten und die Verantwortung für die Schuld abzulehnen, z. T. auf der Basis des christlichen Schuldverständnisses.
- Erinnerungsverweigerung: beinhaltet die Ablösung der Geschichte von der eigenen Person, das Desinteresse an der Geschichte der Opfer und Überle-

benden, das Schweigen bzw. bezuglose Reden über die NS-Vergangenheit.

- Delegation der Moral: an die Opfer und deren Nachkommen, was zu ambivalenten Gefühlen (Aufblicken, Angst, sich »richtig zu verhalten«) und einer narzisstischen Kränkung führen kann; Quelle neuer Aggressionen gegen die Opfer.
- Täter-Opfer-Umkehr: Die Deutschen sind die eigentlichen Opfer, z. B. von Krieg, Vertreibung, Nachkriegselend, sie leiden unter der »Last Deutscher zu sein«, stilisieren sich zu Opfern und sehen Deutschland als von der Welt verfolgt.
- »Die Macht der Opfer«: z. B. über die Geschichte, die ihnen »gehört«, weil die Täter sich ihrer nicht erinnern; Angst vor der Rache der Juden, die das »Thema« Auschwitz jederzeit hervorholen können, um Deutsche zu verletzen.
- Komplizenschaft mit den Eltern: durch die Weitergabe der Verdrängung inklusive des Antisemitismus, Schonhaltung gegenüber den Eltern, Wunsch nach positivem Selbstbild und positiver nationaler Identifikationsmöglichkeit.⁽¹⁵⁾

Der Satz »Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen« fasst zentrale Punkte des sekundären Antisemitismus auf zynische Weise zusammen. Er beschreibt einen beobachtbaren kollektiven psychischen Prozess in Deutschland, in dem die Verleugnung des Geschehens auf Seiten derer erfolgt, die



Antisemitismus war im Dritten Reich offiziell Staatsdoktrin. Nazi-Plakat von 1937.

Quelle: Galerie Bilderwelt

die Shoah organisierten und durchführten. Zudem verdeutlicht die Aussage die Paradoxie dieses Verleugnungsprozesses: Die Täter machen den Opfern das Geschehen zum Vorwurf. Dies beinhaltet den bürokratisch organisierten und arbeitsteilig durchgeführten Massenmord an sechs Millionen Juden und die Zerstörung jüdischer Kultur. Zudem wird Jüdinnen und Juden angelastet, den zerbrechlichen Status-Quo dieses Verleugnungsprozesses zu stören.⁽¹⁶⁾

Die »kollektive Gewalt der Abwehr des gesamten Schuldzusammenhangs«⁽¹⁷⁾ transformiert sich durch die generationsübergreifende Weitergabe bei den Individuen in eine allgemeine Abwehr von Schuld und Erinnerung an sowie Verantwortung für das Geschehen, für welches Auschwitz steht. Diese Abwehr ist potenziell antisemitisch, weil die jüdischen Opfer vergessen oder verhöhnt werden. Zudem besteht die Gefahr, dass die Abwehr der Vergangenheit sich in denselben antisemitischen Formen äußert: »Die Abwehr der Erinnerung an das Unsägliche, was geschah, bedient sich eben der Motive, welche es bereiten halfen.«⁽¹⁸⁾ Laut Kritischer Theorie beruht der sekundäre Antisemitismus also einerseits auf den gleichen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, die Individuen für Nationalismus und Antisemitismus anfällig machen, sowie andererseits auf den in den Formen der Erinnerungsabwehr häufig reproduzierten Elementen des modernen Antisemitismus.⁽¹⁹⁾ Der »Wunsch, endlich aus aller leidigen Verantwortung entlassen zu werden«⁽²⁰⁾ richtet sich potenziell gegen die, die einen »Schlussstrich« unter die »Vergangenheit« zu verhindern scheinen. Das Ziel der Abwehr ist dem Politikwissenschaftler Lars Rensmann zufolge »die nach Auschwitz für immer zerstörte ungebrochen positive Identifikation mit deutsch-nationaler Identität zu restaurieren und die kollektiv-narzißtischen Beschädigungen zu überwinden, die eine Verstrickung in deutsche Geschichte als Teil oder Nachkomme der Tätergesellschaft in sich trägt.«⁽²¹⁾

Antizionismus

Zunächst ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass »Anti-Zionismus« lange vor 1948 in einem innerjüdisch-religiösen Kontext thematisiert wurde, was nichts mit der hier dargestellten Form des Antisemitismus zu tun hat.⁽²²⁾ Der Antizionismus, als eine Form des Antisemitismus nach Auschwitz, hat sich erst im Anschluss an die Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 entwickelt. Die Gründung Israels als Abwehrreaktion auf die antisemitische Realität ermöglichte es von da an, antisemitische Vorurteile zu territorialisieren und offen oder getarnt als Kritik an der Politik des Staates Israel zu artikulieren. Das soll heißen, dass israelische Politik durchaus kritisiert werden kann, aber dass die Form und die Vehemenz, in der die Kritik vorgebracht wird, vielfach den Verdacht des Antisemitismus aufkommen lassen. Deutlich wird dies, wenn es anstatt um Kritik eigentlich um eine andere Frage geht:



Linker Antizionismus. Plakat am Jugendzentrum Göttingen, 1988.

Quelle: HKS 13 (Hg.): Hoch die, Kampf dem ... 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen.

»Wer die Existenzberechtigung Israels in Frage stellt, der ist entweder zu dumm, um einzusehen, dass er bei der Veranstaltung eines Über-Auschwitz mitwirkt, oder er steuert bewusst auf dieses Über-Auschwitz hin [...]«⁽²³⁾

Zur Frage, ob Antizionismus dasselbe wie Antisemitismus sei, erklärt der Journalist Henryk M. Broder, dass die ideologische, sprachliche und emotionale Deckungsgleichheit von Antizionismus und Antisemitismus sich an zahllosen Beispielen belegen ließe, die Differenz läge hier bloß im Etikett.⁽²⁴⁾ Differenzierter und mit ähnlichen Ergebnissen weist Shulamit Volkov darauf hin, dass die Juden oft zum Symbol für all das geworden zu sein scheinen, was am Westen gehasst und verabscheut wird. Durch die Übernahme antisemitischer Ressentiments und eines militanten Anti-Zionismus, wurden die Juden und Israel zur Quintessenz des Kolonialismus erklärt.⁽²⁵⁾

Entstanden ist der Antizionismus maßgeblich durch die Politik und Propaganda der Sowjetunion unter Stalin. Weltweites Aufsehen erregten die sowjetischen Schauprozesse, in denen zumeist jüdischen Sowjetbürgern vorgeworfen wurde, sie seien »Kosmopoliten«. Hinter dem Begriff des »Kosmopolitismus« verbirgt sich die antisemitische Projektion der »jüdischen Weltverschwörung«, die fantasiert, dass Juden danach streben, Nationalstaaten zu unterwandern, um die Macht auf der Welt zu übernehmen.⁽²⁶⁾ Die sowjetischen Medien wetterten zudem gegen den »Zionismus« und behaupteten eine Wesensgleichheit von Zionismus und Faschismus. Neben der antizionistischen Propaganda der SU, der DDR und anderen Staaten des Warschauer Paktes gibt es seit 1975 eine Kontinuität von antizionistischen Anträgen und Diskussionen in der UNO.⁽²⁷⁾ Diese sind in den Sitzungsprotokollen nachlesbar und weisen oft eine Verschränkung mit den oben beschriebenen Kolonialismus-Vorwürfen auf. Ein vorläufiger Höhepunkt dieses Prozesses ist die UNO-Resolution Nr. 3379, in der festgestellt wird: »Zionismus ist Rassismus«. Ein

jüngeres Beispiel dafür war die UN-Konferenz in Durban im Jahr 2001, auf der Israel als rassistischer Apartheidstaat verurteilt werden sollte, was in dieser Form nach langen Verhandlungen nicht passierte.⁽²⁸⁾

In der Kritik an »Israel«, an »den Israelis«, kann sich auf diese Weise antisemitisches Ressentiment artikulieren, ohne das gesellschaftliche Tabu über den Antisemitismus zu verletzen. In dieser Verschiebung steht Israel als »Staat der Juden« für alle Juden und gleichzeitig stehen alle Juden auf der Welt stellvertretend für die Politik des Staates Israel. Ignatz Bubis in einem Interview:

»Ich verstehe mich nach wie vor als deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Aber bei der Mehrheit der Gesellschaft, ob es jetzt 51 Prozent oder 55 sind, werde ich eben als Israeli, als Ausländer, als Fremder, als Gast gesehen.«⁽²⁹⁾

Schließlich gilt es darauf hinzuweisen, dass der Antizionismus in der deutschen Linken weite Verbreitung fand. Während die Überlebenden des deutschen Massenmordes anfänglich die Solidarität und Unterstützung der deutschen Linken erhielten, kam es 1967 zu einem Bruch. Der Sechs-Tage-Krieg löste einen Umschwung in der Positionierung der deutschen Linken gegenüber Israel aus. Der daraufhin einsetzende Antizionismus begleitet von einer fast unbegrenzten »Solidarität mit dem palästinensischen Volk« führte aufgrund der eigenen Geschichtslosigkeit, der ausgebliebenen Reflektion über Auschwitz und der verkürzten Analyse des Nationalsozialismus dazu, in »den Juden« wieder die Schuldigen zu erkennen. Dieser Antizionismus war vor allem in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts verbreitet. Eine kritische Reflektion begann erst nach 1989.

Anmerkungen:

- (1) Vgl.: Erb, Rainer: Die Rückerstattung. In: Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945. Opladen 1990, S. 238-252, hier S. 244.
- (2) Vgl.: Bergmann, Werner: Antisemitismus in Deutschland. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn 2000, S. 131-154, hier: S. 131. Von einem »Antisemitismus ohne Juden« zu sprechen ist angesichts der Rückkehr der aus den Konzentrationslagern befreiten Jüdinnen und Juden und der Wiederbegründung der jüdischen Gemeinden problematisch, weil es jüdische Existenz in Deutschland negiert und dieses Faktum unsichtbar macht. Vgl.: Bodemann, Y. Michael: Staat und Ethnizität: Der Aufbau der jüdischen Gemeinden im Kalten Krieg. In: Brumlik, Micha u. a. (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945. Frankfurt am Main 1988, S. 49-69./ Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Deutsche Juden – Juden in Deutschland, Bonn 1991./ Romberg, Otto R.; Urban-Fahr, Susanne (Hg.): Juden in Deutschland nach 1945. Bonn 2000.
- (3) Adorno, Theodor W.: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Ders.: Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft. Frankfurt am Main 1971, S. 105-133, hier S. 107.
- (4) Vgl.: ebd. S. 131.
- (5) Vgl.: Stern, Frank: Philosemitismus statt Antisemitismus: Entstehung und Funktion einer neuen Ideologie in Westdeutschland. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik. Berlin 1991. S. 47-61, hier: S. 55ff.

- (6) Greive, Hermann: Geschichte des Antisemitismus in Deutschland. Darmstadt 1988. S. 184.
- (7) Adorno: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. AaO., S. 127.
- (8) Vgl.: Stern, Frank: Entstehung, Bedeutung und Funktion des Philosemitismus in Westdeutschland nach 1945. In: Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 180-196, hier: S. 184f.
- (9) Giordano, Ralf: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg 1987. S. 85.
- (10) Broder, Henryk M.: Der ewige Antisemit. A.a.O., S. 11.
- (11) Rommelspacher, Birgit: Schuldlos – Schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinandersetzen. Hamburg 1995, S. 42.
- (12) Vgl.: Rommelspacher, Birgit: Rassismus – Rassismen: Geschichten der Bemächtigung. In: Dies.: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin 1995. S. 39-54, hier S. 47.
- (13) Schönbach, Peter: Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60. Frankfurt am Main 1961.
- (14) An die Erkenntnisse der kritisch-theoretischen Forschung schließt u. a. eine Studie der Psychologin Birgit Rommelspacher an, die die Auseinandersetzung von Frauen der zweiten und dritten Generation nach Auschwitz untersucht und vor allem die Thematisierung in der eigenen Familie unterstreicht. Vgl.: Rommelspacher, Birgit: Schuldlos – Schuldig? AaO. S. 11f.
- (15) Vgl.: Welzer, Harald u.a.: »Opa war kein Nazi« – Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt am Main 2002.
- (16) Vgl.: Juelich, Dierk: Die Wiederkehr des Verdrängten – Sozialpsychologische Aspekte zur Identität der Deutschen nach Auschwitz. In: Schreier, Helmut/Heyl, Matthias (Hg.): Das Echo des Holocaust. Pädagogische Aspekte des Erinnerns. Hamburg 1992. S. 57-72, hier S. 60.
- (17) Adorno, Theodor W.: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. A.a.O., S. 109.
- (18) Adorno, Theodor W./ Horkheimer, Max: Vorwort zu Paul W. Massings 'Vorgeschichte des politischen Antisemitismus'. In: Paul W. Massings: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt am Main 1986. S. V-VIII, hier S. V.
- (19) Vgl.: Rensmann, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Berlin 1998. S. 232.
- (20) Adorno, Theodor W.: Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum 'Gruppenexperiment'. In: Ders.: Soziologische Schriften II. Gesammelte Schriften Bd. 9.2. Frankfurt am Main 1975. S. 121-324, hier S. 205.
- (21) Rensmann, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. A.a.O., S. 233f.
- (22) Vgl.: Volkov, Shulamit: Antisemitismus und Antizionismus: Unterschiede und Parallelen. In: Dies.: Antisemitismus als kultureller Code. München 2000, S. 76-87, hier: S. 78f.
- (23) Améry, Jean: zit. n. Broder, Henryk M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Frankfurt am Main 1986. S. 43.
- (24) Vgl.: Broder, Henryk M.: Der ewige Antisemit. A.a.O., S. 42.
- (25) Vgl.: Volkov, Shulamit: Antisemitismus und Antizionismus. AaO. S. 85f.
- (26) Vgl.: Strobl, Ingrid u. a.: Ehrbarer Antisemitismus? In: Schneider, Wolfgang/Gröndahl, Boris (Hg.): Was tun? Der Konkret Kongress. Hamburg 1994, S. 377-409, hier S. 396.
- (27) Vgl.: Broder, Henryk M.: Der ewige Antisemit. A.a.O., S. 221ff.
- (28) Vgl.: Brumlik, Micha: Zionismus ist nicht Rassismus. Die UN-Konferenz in Durban darf nicht zum Nebenkriegsschauplatz der Intifada werden. In: Jüdische Allgemeine, 30. 8. 2001.
- (29) Bubis, Ignatz: »Die Haare sind mehr geworden« Konkret-Gespräch. Konkret, 2/1999.

Antisemitismus, Antizionismus und »verordneter Antifaschismus« in der DDR

Heike Radvan

In einer Studie von Brähler und Richter aus dem Jahr 2002 stimmen 31% der befragten Ostdeutschen der Aussage »Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind«, zu.⁽¹⁾ Dieses Ergebnis wirft 13 Jahre nach der Wiedervereinigung auch Fragen bezüglich der Geschichte des Antisemitismus in der DDR auf: In welchem Zusammenhang stehen aktuelle antisemitische Einstellungen in Ostdeutschland mit der politischen Konstituierung und Geschichte der DDR, mit staatlichem Verhalten gegenüber Jüdinnen und Juden und den jüdischen Gemeinden in der DDR sowie dem Staat Israel? Und welche antisemitischen Erscheinungsformen gab es in dem Land, das sich als erster antifaschistischer Staat auf deutschem Boden definierte, in welchem Antisemitismus offiziell nicht existierte? Auch heute verneinen viele Ostdeutsche die Frage nach der Existenz von Antisemitismus in der DDR. Erstaunt heißt es: »Das Wort Jude haben wir doch gar nicht gekannt – wie soll es dann Antisemitismus gegeben haben?«

In den vergangenen Jahren ist eine Vielzahl von Veröffentlichungen über jüdisches Leben in der DDR und das Verhältnis des Staates gegenüber den jüdischen Gemeinden und Israel erschienen und biografische Berichte⁽²⁾ ergänzen Auswertungen von Archiv- und Quellenmaterialien.⁽³⁾ Der vorliegende Artikel stellt Aspekte des DDR – Antisemitismus vor. Der Schwerpunkt liegt auf einer Darstellung der Entwicklung zwischen dem Mai 1945 bis Mitte der 1950er Jahre. In dieser Zeit werden Kontinuitäten und Erscheinungsformen von Antisemitismus deutlich, welche die spezifische Situation in der DDR verdeutlichen.

Ein hoffnungsvoller Neubeginn?

Für Überlebende der Shoah war das Verhältnis zu Deutschland nach 1945 im besten Fall zwiespältig. Trotzdem verbanden viele Jüdinnen und Juden nach der Befreiung aus den Konzentrationslagern und zurückkehrende Exilanten die »sowjetische Besatzungszone« mit der Hoffnung auf einen demokratischen Neuanfang.⁽⁴⁾ Dem öffentlichen Bekenntnis, einen antifaschistischen und sozialistischen Staat aufzubauen, folgten spürbare Taten: Neben einer anfänglich konsequenten Entnazifizierung und Verfolgung der TäterInnen⁽⁵⁾ ahndete die Sowjetische Militäradministration Deutschland (SMAD) antisemitische Ausschreitungen in vielen Fällen mit hohen Strafen.⁽⁶⁾ Auch gab es für die Überlebenden soziale Absicherungen, Unterstützungen bei Wohnungssuche und beruf-

liche Umschulungsmöglichkeiten. Jüdinnen und Juden waren anfangs in politischen Verantwortungs- und Entscheidungspositionen tätig. Sie verstanden sich überwiegend als KommunistInnen und standen häufig den Gemeinden fern. Sie engagierten sich für einen sozialistischen und antifaschistischen Staatsaufbau, viele setzten sich insbesondere für eine Auseinandersetzung der TäterInnen-Gesellschaft mit den Verbrechen im Nationalsozialismus und auch für eine Thematisierung antisemitischer Vorurteile und Aktivitäten ein.

Neben positiven Voraussetzungen und guten Absichten, die mit dem Versuch eines demokratischen Neuanfangs verbunden wurden, traten immer auch antisemitische Vorfälle staatlicherseits und aus Teilen der nichtjüdischen Bevölkerung auf, die sich gegen Jüdinnen und Juden wandten. Die Vermutung, dass antisemitische Einstellungen und Gewalt nicht mit dem Sieg über den NS-Staat verschwunden sein konnten, bestätigte sich für viele Überlebende auch in der Sowjetischen Besatzungszone.

Antisemitische Ausschreitungen

In der Zeit zwischen 1945 und 1949 und in der später gegründeten DDR wurde eine Vielzahl jüdischer Friedhöfe geschändet, Grabsteine zerstört und antisemitische Schmierereien auf Friedhöfen vorgenommen. Vorhandene Statistiken verdeutlichen die hohe Anzahl, Regelmäßigkeit und Ausmaße der Schändungen.⁽⁷⁾ Während nach 1945 zunächst eine Auseinandersetzung mit antisemitischen Einstellungen und Gewalttaten staatlicherseits unterstützt wurde, nimmt in den Folgejahren das Verschweigen oder Verharmlosen antisemitischer Gewalttaten in der Öffentlichkeit zu und wird zur Normalität. Über Friedhofsschändungen, antisemitische Schmierereien und Vorfälle wurde in den Medien der DDR fast bis zu ihrem Ende nicht berichtet, staatliche Stellen äußerten sich hierzu nicht. Die Tendenz, antisemitische Gewalttaten zu verharmlosen und ihre judenfeindliche Motivation zu negieren, zeigt beispielsweise die Reaktion des Berliner Polizeipräsidenten auf die Schändung des jüdischen Friedhofes in der Schönhauser Allee 1947. Obwohl eine Vielzahl von Grabsteinen zerstört und Teile des Friedhofes verwüstet wurden, teilte die Polizei mit, dass es sich lediglich um ein »Räuber und Gendarm-Spiel« handelte. Für politische Gründe lägen keine Hinweise vor.⁽⁸⁾

Eine öffentliche Auseinandersetzung über die auftretenden antisemitischen Straftaten und eine Diskussion über zugrunde liegende Ursachen hat in der Öffentlichkeit zumeist nicht stattgefunden. So erklären beispielsweise die Verantwortlichen im Ministerium für Volksbildung nach der Schändung des jüdischen Friedhofes in Zittau 1947 das Vorhaben mehrerer LehrerInnen, eine Diskussion und Auseinandersetzung mit SchülerInnen über die Tat zu fördern, für unnötig. In der Begründung heißt es, dass »im Rahmen der Gegenwartskunde jede Gelegenheit benützt (wird), um gegen derartige nazistische Methoden Stellung zu

nehmen«.⁽⁹⁾

Antisemitische Äußerungen gegenüber Juden und Jüdinnen gehörten nach der Befreiung vom Nationalsozialismus durchaus nicht der Vergangenheit an, sondern kamen im Alltag immer wieder vor. Zudem gab es viele Vorsprachen und Schreiben an Behörden über angebliche Begünstigungen von Jüdinnen und Juden, in denen antisemitische Einstellungen deutlich wurden.⁽¹⁰⁾ Drohbriefe an jüdische Familien und Gemeinden waren in den Jahren nach 1945 aber auch während des gesamten Bestehens der DDR keine Seltenheit.

Antisemitismus staatlicherseits

Bereits im Sommer 1945 und 1946 kam es in Polen zu antijüdischen Pogromen der polnischen Bevölkerung gegen zurückkehrende jüdische Überlebende.⁽¹¹⁾ Viele entschieden sich daraufhin für eine Flucht Richtung Westen, die auch über die sowjetische Besatzungszone führte. Die abweisende und feindliche Atmosphäre, welche sie hier erwartete, ist in einer als streng vertraulich gekennzeichneten Anweisung der Erfurter Polizei-Inspektion vom 24. 04. 1946 erkennbar: »Zuständige Stellen« werden angewiesen, darauf zu achten, »dass vor allen Dingen in größeren Städten, irgendwelche aus dem Osten eingewanderte Juden, keine Zuzugsgenehmigung erhalten. Es ist im großen Ganzen für das Thüringer Land nicht erwünscht, dass solche Personen sesshaft werden. Sollte schon irgendwo in Städten die Zuzugsgenehmigung an solche Personen erteilt sein, sind sie wenn irgend möglich rückgängig zu machen. Auf dem Land sind diese Personen unter strengste Kontrolle zu nehmen, um ihnen jede Möglichkeit abzuschneiden, irgendwo als Gewerbetreibende oder selbständige Kaufleute aufzutreten.«⁽¹²⁾ In der Folge entschieden sich viele Überlebende für eine weitere Flucht in den Westen.

Die Ignoranz gegenüber der Situation jüdischer Überlebender des Nationalsozialismus zeigte sich insbesondere im Verhalten einiger Behörden gegenüber Jüdinnen und Juden. So wurden noch 1946 amtliche Schreiben an Jüdinnen und Juden versendet, in denen diese mit ihren Vor- und Nachnamen sowie der diskriminierenden Gruppenbezeichnung »Sarah« und »Israel« angeschrieben wurden.⁽¹³⁾ Auch in der Ablehnung der Gesuche mehrerer jüdischer Geschäftsinhaber bzgl. einer Ladenschließung am Sabbat im Jahr 1948 wurde eine fortbestehende Intoleranz bzw. Missachtung gegenüber der Ausübung jüdischer Religion deutlich. In der Begründung der Landesregierung Sachsen-Anhalt heißt es, dass die gesetzlich garantierte Religionsausübung nicht so weit reichen könne, dass »Leute mosaischen Glaubens ihre Geschäfte an Sonntagen geschlossen halten können«.⁽¹⁴⁾ Zu ergänzen bleibt das grundlegend ablehnende Verhältnis der SED gegenüber allen Religionen.

Staatliches Wohlwollen zu Beginn der 1950er Jahre?

Mit der Gründung der DDR beschreibt der Historiker Andreas Herbst seitens der SED ein Wohlwollen gegenüber den sich neu gründenden jüdischen Gemeinden und dem Staat Israel.⁽¹⁵⁾ So war die Anwesenheit staatlicher RepräsentantInnen auf Gedenkveranstaltungen an die jüdischen Opfer des NS üblich; Ministerpräsident Nuschke erklärte 1952 bei der Einweihung der neu erbauten Synagoge in Erfurt, dass die Wiedergutmachung an den Juden und ihr Schutz durch den Staat oberstes Gesetz für die Regierung der DDR sei.⁽¹⁶⁾ Auch gab es zu dieser Zeit Gedenkfeiern und Einweihungen von Mahnmalen, auf denen ausdrücklich den jüdischen Opfern gedacht wurde, ihre Vereinnahmung in einen allgemeinen Widerstandskontext⁽¹⁷⁾ wurde erst in den Folgejahren üblich.

Neben diesen freundschaftlichen und symbolischen Akten staatlicher Politik und dem Engagement Einzelner für jüdische Interessen müssen in diesem Zusammenhang auch ein Fortbestehen jüdenfeindlichen Verhaltens innerhalb der SED Erwähnung finden. So verwendete die Gruppe um Walter Ulbricht antisemitische Äußerungen in innerparteilichen Machtkämpfen.⁽¹⁸⁾

Antisemitische Verfolgung

Antisemitismus und Antizionismus wurden bereits im Herbst 1948 zentrale Bestandteile stalinistischer Politik. Mit der Beendigung der Unterstützung Israels und der Diffamierung des Staates als Agent des US-Imperialismus begann der Aufbau der Feindbilder Zionismus, Titoismus und Kosmopolitismus. Jüdinnen und Juden wurden als ZionistInnen, Spione und VerräterInnen verfolgt und verurteilt. Antisemitische Säuberungen und Schauprozesse breiteten sich aus der Sowjetunion in die Ostblockstaaten aus: So kam es 1951 in Ungarn und Bulgarien zu Massendeportationen von Jüdinnen und Juden.⁽¹⁹⁾ In einem Geheimprozess wurden im August 1952 in der Sowjetunion mehr als zwei Dutzend Jüdinnen und Juden hingerichtet. Im Zuge der »Slánsky Prozesse« verurteilte 1952 ein Gericht in der CSSR elf Angeklagte, darunter acht jüdischer Herkunft zum Tode verurteilt. Allen Angeklagten wurde Spionage für Jugoslawien, Israel und den Westen unterstellt sowie die Beteiligung an einer jüdischen Weltverschwörung.⁽²⁰⁾

Das Zentralkomitee der SED verabschiedete am 20. 12. 1952 einen Beschluss zu den Lehren aus den Slánsky Prozessen, in denen die antisemitische Konnotation aber auch verschwörungstheoretische Verleumdungen deutlich werden: »Die zionistische Bewegung hat nichts gemein mit Zielen der Humanität und wahrhafter Menschlichkeit. Sie wird beherrscht, gelenkt und befiehlt vom USA-Imperialismus, dient ausschließlich seinen Interessen und den Interessen

der jüdischen Kapitalisten.«⁽²¹⁾

Im Zuge dieser Kampagne wurden in der DDR weit reichende Repressalien gegenüber Jüdinnen und Juden angewandt. Die in den Nachkriegsjahren für viele Überlebende existenzielle Unterstützung der Hilfsorganisation »Joint Distribution Committee«, wurde staatlicherseits verwendet, um Spitzel- und Spionagetätigkeit für den US-Imperialismus zu unterstellen. Anhand vorliegender Listen über die Annahme der Hilfslieferungen wurden bereits seit 1950 wiederholt Privatwohnungen sowie Büroräume der Gemeinden durchsucht, Akten und religiöse Literatur beschlagnahmt, Kaderakten in Betrieben eingesehen, Verhöre bezüglich des Verdachtes geheimdienstlicher Kontakte durchgeführt sowie Verhaftungen vorgenommen. Viele Jüdinnen und Juden, die sich religiös und gleichzeitig politisch engagierten, wurden aus öffentlichen Stellungen und repräsentativen Ämtern entfernt. Nach der Festnahme und dem Verhör von Julius Meyer, Volkskammerabgeordneter und Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Ostberlins brach eine panische Stimmung bei vielen Jüdinnen und Juden aus. Vor der Bedrohung einer sich abzeichnenden Welle von Verhaftungen und Verfolgungen entschieden sich viele Gemeindemitglieder aber auch viele Jüdinnen und Juden, die der Gemeinde nicht nahe standen, für eine Flucht in die BRD. Die Verfolgungswelle gipfelte in der Verhaftung und Verurteilung Paul Merkers. Merker, selber Nichtjude, hatte sich wiederholt für jüdische Interessen und exponiert für Entschädigungszahlungen der DDR an Juden und Jüdinnen eingesetzt. Bereits 1950 wurde er aus dem Politbüro entfernt. Im Prozess wurden ihm 1953 die Beteiligung an imperialistischen Verschwörungen und zionistisch-kapitalistisches Agententum unterstellt.

Bezüglich der Ausmaße der Fluchtwelle gibt es unterschiedliche Angaben. Bis März 1953 hatten sich bereits 556 jüdische Flüchtlinge in der Westberliner Gemeinde gemeldet.⁽²²⁾ In Folge dieser Verfolgungs- und Fluchtwelle war und blieb das jüdische Leben in der DDR stark eingeschränkt. Bis zum Ende der DDR richteten sich Repressionen, wenn auch in abgeschwächter Form, gegen jüdische BürgerInnen und die Überwachung der Gemeinden blieb erhalten. Überwachungen und Repressionen richteten sich in der DDR gegen eine Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen, die in irgendeiner Weise in der Bewertung der SED als verdächtige, staatsfeindliche Personen galten.

Antisemitische Kampagne in der Öffentlichkeit

Verbunden war die antisemitische Verfolgungswelle zu Beginn der 1950er Jahre mit einer öffentlichen antisemitischen Kampagne. Insbesondere in der Propaganda der SED-Parteiorgane wurden antisemitische Ressentiments und Stereotypen deutlich. So sagte Fritz Reuter 1953, damaliger Kaderchef der Berliner SED-Bezirksleitung und antifaschistischer Wider-

standskämpfer: »Ist es nicht eine Tatsache – und das hat doch mit rassistischem Antisemitismus nichts zu tun –, dass die Juden zumeist aus kleinbürgerlichen Schichten entstammen, sozial nicht mit der Arbeiterklasse verbunden sind und überall im Westen Verwandte und Bekannte haben. Daher bilden sie für den Klassenfeind sehr geeignete Ansatzpunkte.«⁽²³⁾ In den Argumentationen zeigt sich auch der Rekurs auf nationalsozialistische Diktion. So zeichnet beispielsweise Hermann Matern, damaliger Vizepräsident der Volkskammer, in der Darlegung der Position der DDR zu den antisemitischen Verfolgungen in Osteuropa das Bild von »Schädlingen«, die um der Reinheit der Partei willen, zu vernichten sind.⁽²⁴⁾

Antizionistische Propaganda

Israel wurde ausgehend von der UdSSR in der polarisierten Darstellung zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten spätestens seit den 1950er Jahren zum Feindbild erklärt. Der Nahostkonflikt und seine Genese wurden in der Folge in den Mediendarstellungen weit gehend proarabisch beschrieben. Der Alltag und die Situation jüdischer Israelis wurde nahezu vollständig ausgeblendet, im Vordergrund stand die Interpretation der Politik Israels als kriegstreiberisch. Hierbei wurden antisemitische Stereotype in Karikaturen, Kolumnen und politischen Reden verwendet sowie Vergleiche mit dem NS gezogen. So sagte Karl Eduard von Schnitzler, Kommentator der propagandistischen Sendung »Der schwarze Kanal« des DDR Fernsehens 1981: »Die Regierung von Tel Aviv hat nicht das geringste Recht, die jüdischen Opfer des deutschen Faschismus zu Kronzeugen ihrer Politik zu machen; denn das Regime in Tel Aviv handelt selbst nach der faschistischen Lüge vom Volk ohne Raum, betreibt Landraub nach dem faschistischen Motto ›Blut und Boden‹, führt gegen das arabische Volk von Palästina einen Vernichtungsfeldzug, eine Ausrottungspolitik.«⁽²⁵⁾

Die häufige Gleichsetzung von Faschismus und Zionismus im Zuge der antizionistischen Propaganda förderte und festigte antisemitische Vorurteile in Teilen der nichtjüdischen Bevölkerung der DDR. Während verschiedener Krisenzeiten im Nahostkonflikt nahm die Schärfe der antizionistischen Propaganda zu. In der Folge ist häufig ein Ansteigen antisemitischer Gewalttaten zu konstatieren. So wurden im Herbst 1956 – zeitlich parallel zur Zuspitzung der Suezkrise – jüdische Friedhöfe in Eberswalde, Saalfeld und bei Görlitz geschändet. Auch nahmen in dieser Zeit antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit zu. So äußerten ArbeiterInnen im Traktorenwerk Schönebeck, »dass Hitler mehr Juden hätte vernichten sollen, denn dann könnten diese Ägypten nicht angreifen«.⁽²⁶⁾ Das Fortbestehen antisemitischer Vorurteile wird in einer Äußerung vom November 1956 aus Cottbus deutlich: »Da haben die Faschisten ja doch Recht gehabt, wenn sie sagten, dass die Juden immer einen neuen Krieg anzetteln.«⁽²⁷⁾



Jüdischer Friedhof Eberswalde, Zustand am 16. März 1986

Quelle: Werner Kiontke, Horch und Guck

In Reaktion auf die antizionistische Propaganda während des Sechstagekrieges 1967 wurden in Leipzig, Dresden und Magdeburg antisemitische Ausschreitungen registriert. Dass auch die Parteiführung den Zusammenhang zwischen der Propaganda und auftretendem Antisemitismus erkannt hatte, belegt eine Anweisung an alle Funktionäre für Propaganda und Agitation über eine durchzuführende Kampagne gegen den Antisemitismus.⁽²⁸⁾

Auch in der Folge wandte sich die Regierung der DDR offen gegen Israel: So unterstützte sie 1975 aktiv die UN Resolution 3379, in der Zionismus als »eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung verurteilt wurde.«⁽²⁹⁾ Die antizionistische Propaganda blieb in Verbindung mit häufigen antisemitischen Stereotypen in der Außenpolitik bis zum Ende der DDR erhalten. Antiisraelische Äußerungen waren häufig mit antiamerikanischen und antiimperialistischen Argumentationen sowie antisemitischen Stereotypen verbunden. Die Beschreibung jüdischer Israelis als Kriegstreiber und Aggressoren und die Stilisierung der arabischen Bevölkerung als deren Opfer sowie das Verschweigen arabischer Terrorakte unterstützte die vereinfachende Einteilung der Konfliktparteien in »Gut« und »Böse«.

Die Frage der Entschädigung

Die Diskussion um Entschädigungszahlungen wurde während des Kalten Krieges in den angespannten Beziehungen zwischen der BRD und DDR von beiden Seiten instrumentalisiert. In den ersten Nachkriegsjah-

ren erfolgten in der sowjetischen Besatzungszone verteilt Rückgaben von Grundstücken und Immobilien an Gemeinden. Individuelle Entschädigungszahlungen an jüdische Opfer des NS wurde staatlicherseits abgelehnt und nicht durchgeführt.⁽³⁰⁾ Die DDR lehnte jegliche Verantwortung diesbezüglich mit dem Verweis auf die erfüllten Reparationspflichten und die Überwindung aller Hinterlassenschaften des Faschismus fast bis zu ihrem Ende ab.

Überlebende des Nationalsozialismus erhielten auf gesetzlicher Grundlage Rentenzahlungen. Es gab soziale Vergünstigungen, wie die Möglichkeit, öffentliche Verkehrsmittel unentgeltlich zu nutzen, der Inanspruchnahme zusätzlicher Urlaubstage und Kuraufenthalte sowie die Möglichkeit, fünf Jahre eher in Rente zu gehen. Antisemitische Einstellungen in Teilen der nichtjüdischen Bevölkerung wurden häufig deutlich, wenn diese Regelungen als Vorwand für jüdenfeindliche Äußerungen und Vorfälle verwendet wurden.

Philosemitismus und Symbolpolitik

Mitte der 1980er Jahre bemühte sich die Regierung der DDR vor dem Hintergrund der wirtschaftlich desolaten Lage um eine Annäherung an Israel und die USA. Hierbei ging die politische Führung von der Annahme aus, dass ein verbessertes Klima zu Israel der DDR finanzielle, wirtschaftliche sowie handelspolitische Verbesserungen mit den USA ermöglichen würde. Hinter dieser Annahme deutlich zu erkennen, ist die Imagination und das antisemitische Stereotyp des reichen Juden und eines jüdischen Einflusses in den USA. Die wirtschaftlichen Interessen sollten mit einer Symbolpolitik durchgesetzt werden: So erwähnt Erich Honecker, damaliger Vorsitzender des Staatsrates der DDR und Generalsekretär der SED, gegenüber dem damaligen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in Westberlin, Heinz Galinski, während dessen Besuch in der DDR im Juni 1988 das Vorhaben der DDR Regierung, internationale Entschädigungszahlungen an Juden und Jüdinnen zu tätigen.⁽³¹⁾ Diese Absichtserklärungen sind jedoch als reine Lippenbekenntnisse zu werten: Entschädigungszahlungen waren zu keinem Zeitpunkt an Jüdinnen und Juden weder innerhalb noch außerhalb der DDR vorgesehen. Symbolische Bekenntnisse sollten die finanzielle Unterstützung des bankrotten Staates ermöglichen. Um dies zu erreichen, wurde den jüdischen Gemeinden ab Mitte der 1980er Jahre öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Projekte, welche die Gemeinden bereits seit mehreren Jahren versuchten, umzusetzen, wurden plötzlich staatlicherseits bewilligt und sogar gefördert: Hierzu zählen die Gründung des Centrum Judaicum und Wiederherstellung der Berliner Synagoge aber auch zahlreiche offizielle Staatsakte. Im internationalen Kontext sollte deutlich werden: die DDR ist ein antifaschistischer Staat, in dem Antisemitismus erfolgreich bekämpft worden ist. Die jüdischen Gemeinden und Einzelpersonen wurden um diesbezügliche Unterstützungserklärungen gebeten, die dann in den Me-

dien öffentlichkeitswirksam eingesetzt wurden.

Das antisemitische Erbe der DDR

Fast bis zum Ende der DDR lässt sich ein Schweigen über jüdisches Leben in der DDR und in Israel, über jüdische Geschichte und Kultur allgemein in den Medien und in staatlichen Äußerungen konstatieren. Das Wort Jude wurde in der Öffentlichkeit der DDR gemieden. Jüdisches Leben war in der DDR nahezu vollständig aus der Öffentlichkeit verschwunden. Antisemitische Einstellungen blieben im Privaten, so in der Familie und im Freundeskreis aber auch auf einer halböffentlichen Ebene, wie in Vereinen und am Stammtisch erhalten. Insbesondere im innerfamiliären Dialog wurden antijüdische Feindbilder und Stereotype tradiert.⁽³²⁾ Eine Auseinandersetzung hat in weiten Teilen der nichtjüdischen Bevölkerung auf der individuell persönlichen Ebene bisher in nur geringem Maße stattgefunden. Im Zuge einer vermehrten Benennung antisemitischer Stereotype in der Öffentlichkeit der vergangenen Jahre, verschiebt sich die Verwendung dieser Stereotype aus dem privaten zunehmend in den öffentlichen Bereich.

Über die Geschichte, Erscheinungsformen und die Wirkungsmächtigkeit von Antisemitismus ist ebenso wie über jüdisches Leben in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung wenig Wissen vorhanden. Eine diesbezügliche Auseinandersetzung hat bisher kaum stattgefunden. Nur vereinzelt wurde jüdische Geschichte vor 1945 im Rahmen von Geschichtsprojekten aufgearbeitet. Antisemitische Einstellungen wurden im staatlichen Verhalten der DDR und in öffentlichen Äußerungen gegenüber Jüdinnen und Juden, den Gemeinden sowie im Verhältnis zum Staat Israel deutlich. Insbesondere die israelfeindliche Medienberichterstattung der DDR bietet Anschlussmöglichkeiten für antiisraelische und antijüdische Argumentationen in der heutigen Debatte um den Nahostkonflikt.

Der in der DDR »staatlich verordnete Antifaschismus« (Ralph Giordano) hat nicht dazu geführt, antisemitische Einstellungen und die Gewaltbereitschaft Einzelner in Teilen der nichtjüdischen Bevölkerung erfolgreich und nachhaltig zu bekämpfen. Staatliche Absichtserklärungen schufen nicht das Klima für einen gesamtgesellschaftlichen Diskussions- und Auseinandersetzungsprozess, der ein erster Schritt auf dem Wege zu einer demokratischen Kultur gewesen wäre. Autoritäre Strukturen behinderten die Ausprägung von Individualität und die Akzeptanz von Verschiedenheit und damit die Grundlage für ein gesellschaftliches Miteinander in einer Kultur gegenseitiger Akzeptanz und Vielfalt.

Vor dem Hintergrund des Anstiegs antisemitischer Einstellungswerte innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung, einer zunehmenden Enttabuisierung judenfeindlicher Äußerungen im öffentlichen Diskurs und der Zunahme antisemitischer Straf- und Gewalttaten in verschiedenen Regionen ergibt sich ein dringender

Handlungsbedarf. Zur Thematisierung und Auseinandersetzung mit aktuellen Formen von Antisemitismus liegen bisher für die Jugend- und Projektarbeit kaum Konzepte und Erfahrungen vor. Um diesbezügliche Konzeptionen für die neuen Bundesländer zu entwickeln, ist es notwendig, die beschriebenen Aspekte, die sich aus der Geschichte von Antisemitismus in der DDR ergeben, in die Überlegungen einzubeziehen.

Anmerkungen

- (1) Brähler, Elmar; Richter, Horst-Eberhardt (2002): Politische Einstellungen in Deutschland: Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Frankfurt am Main, S. 3.
- (2) Vgl. hierzu u.a.: Genin, Salomea (1991): Wie ich in der DDR aus einer Kommunistin zu einer Jüdin wurde. In: Benz, Wolfgang (1991): Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration, München./ Hartewig, Karin (2000): Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln./ Lixl-Purcell, Andreas (1992) (Hg.): Erinnerungen deutsch-jüdischer Frauen 1900-1990, Leipzig./ Wroblewski, Vincent von (2001): Eine unheimliche Liebe. Juden in der DDR. Berlin Wien.
- (3) Vgl. hierzu u.a.: Burgauer, Erica (1993): Zwischen Erinnerung und Verdrängung – Juden in Deutschland nach 1945, Hamburg./ Mertens, Lothar (1997): Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945 – 1990, Hildesheim./ Spülbeck, Susanne (1997): Ordnung und Angst. Russische Juden aus der Sicht eines ostdeutschen Dorfes nach der Wende, Frankfurt am Main./ Timm, Angelika (1997): Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn./ Völter, Bettina (2003): Judentum und Kommunismus. Deutsche Familiengeschichten in drei Generationen, Opladen./ Wolfssohn, Michael (1996): Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München.
- (4) Die Gruppe der aus dem Exil zurückkehrenden Jüdinnen und Juden teilte sich in die aus der UdSSR und die aus dem westlichen Exil Zurückkehrenden. Im Verhältnis zur Anzahl der jüdischen Bevölkerung war die Beteiligung beider Gruppen an der neuen Regierung zunächst groß. Rückkehrwillige KommunistInnen aus dem palästinensischen Exil wurden demgegenüber in der Mehrzahl abgewiesen und an der Rückkehr gehindert. Eschwege beschreibt, dass einige derjenigen, denen die Rückkehr »meist illegal und Jahre später« geglückt war, unfreiwillig beendet wurde: »Einige jüdische Genossen wurden sogar unter Begleitung an die Grenze befördert und hinübergejagt.« Eschwege, H. (1988): Die jüdische Bevölkerung der Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands auf dem Gebiet der DDR bis zum Jahre 1953. In: Schoeps, Julius (1988) (Hrsg.): Juden in der DDR. Geschichte – Probleme – Perspektiven. Duisburg, S. 81ff.
- (5) Im Zuge der Entnazifizierung wurde zwischen aktiven TäterInnen und »einfachen« Parteimitgliedern unterschieden. Verurteilungen von Personen, die aufgrund von »Nazi- und Kriegsverbrechen« angeklagt waren, wurden bis zum Ende der DDR durchgeführt. Bis 1985 wurden 12874 Menschen teilweise zu lebenslänglichen, langjährigen Haftstrafen aber auch zum Tode verurteilt. Die Bestrafung »kleinerer TäterInnen« galt allerdings bereits 1948 als formal abgeschlossen. Verurteilt wurden bis dahin etwa eine halbe Million Personen, die zumindest zwischenzeitlich Wahlrecht und Arbeitsplatz verloren und in der Folge zumeist in die BRD flüchteten. Nach 1948 konnte sich diese Gruppe wieder sicherer fühlen, sie nahmen z.T. sogar vorherige Posten wieder ein. Vgl.: Timm, Angelika (1997): Hammer. A.a.O., S. 99./ Burgauer, Erica (1993): Zwischen. a.a.O., S. 196.
- (6) Vgl.: Timm, Angelika (1997): Hammer. A.a.O. S. 104.
- (7) Vgl.: Ebd., S. 99. und Mertens, Lothar (1997): Davidstern. A.a.O., S.255 – 274.
- (8) Vgl.: Timm, Angelika (1997): Hammer. A.a.O., S. 103.
- (9) Zit. n. ebd., S. 108.

- (10) Überlebende des NS erhielten auf gesetzlicher Grundlage Rentenzahlungen, die in der Regel höher als das Durchschnittseinkommen in der DDR ausfielen. Es gab soziale Vergünstigungen, wie z.B. die Möglichkeit, öffentliche Verkehrsmittel unentgeltlich zu nutzen, die Inanspruchnahme zusätzlicher Urlaubstage und Kuraufenthalte sowie die Möglichkeit des Vorverlegens der Pensionierung um fünf Jahre.
- (11) Vgl.: Gutman, Israel (1994): Juden in Polen nach dem Holocaust 1944–1968. In: Steininger, Rolf (Hrsg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien, S. 271 ff.
- (12) CJA, 24.04.1946, zit. n. Mertens, Lothar (1997): Davidstern. A.a.O., S. 37.
- (13) Vgl.: S.100.
- (14) Zit. nach ebd.
- (15) Vgl.: Herbst, Andreas (1999): Großmutter im Sterben. Die Flucht der Repräsentanten der jüdischen Gemeinden 1953 aus der DDR. In: Leo, Anette; Reif-Spirel, Peter (1999): Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Erfurt, S. 15.
- (16) Vgl. ebd., S. 16.
- (17) Ab Mitte der 1950er Jahre war die Erinnerungskultur von dem Versuch einer einheitlichen Geschichtsdarstellung geprägt. Die Verfolgung und Ermordung der Juden als Hauptziel des NS wurde in der Folge wenig betont. Demgegenüber nahm die Verfolgung der KommunistInnen einen zentralen Platz ein. Eine Vielzahl von Opfergruppen wurden in der öffentlichen Darstellung ausgeblendet, Fakten und Umstände verkürzt oder umgedeutet dargestellt.
- (18) Vgl.: Timm, Angelika (1997): Hammer. A.a.O., S. 98.
- (19) Vgl.: Burgauer, Erica (1993): Zwischen. A.a.O., S. 173.
- (20) Vgl.: ebd., S. 172 ff.)
- (21) Zit. n. Herbst, Andreas (1999): Großmutter. A.a.O., S. 18.
- (22) Vgl. Burgauer, Erica (1993): Zwischen. A.a.O., S. 181.
- (23) Zit. n. Herbst, Andreas (1999): Grossmutter. A.a.O., S. 26.
- (24) Vgl. Spülbeck, Susanne (1997): Ordnung und Angst. A.a.O. S., 154.
- (25) Zit. n. Mertens, Lothar (1997): Davidstern. A.a.O., S. 327.
- (26) SAPMO, 31.10.1956, Zit. n. ebd., S. 322.
- (27) SAPMO, 2.11.1956. Zit. n. ebd., S. 322.
- (28) Vgl. Wolfssohn, Michael (1997): Meine Juden – Eure Juden. München, S. 142.
- (29) Zitiert nach Timm, Angelika (1997): Hammer. A.a.O., S. 252.
- (30) Lediglich das Land Thüringen hatte ein Wiedergutmachungsgesetz, in dem individuelle Entschädigungszahlungen enthalten waren, verabschiedet. Diese wurden jedoch in der Praxis mit der Begründung abgelehnt, dass Entschädigungszahlungen der angestrebten materiellen Egalität aller BürgerInnen widersprächen und die zu erwartende Höhe der Zahlungen das Vermögen der Volkswirtschaft in hohem Masse überfordern würde.
- (31) Vgl.: Burgauer, Erica (1993): Zwischen. A.a.O., S. 228.
- (32) Vgl. hierzu: Rosenthal, Gabriele (Hg.) (1999): Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern, Gießen.

Antisemitismus im 21. Jahrhundert

Über die neuen (alten) Formen des deutschen Antisemitismus

Timo Reinfrank und Tobias Ebbrecht

Seit der Wiedervereinigung, insbesondere aber in den letzten Jahren wird der Gebrauch antisemitischer Klischees in Deutschland zunehmend unverblümter und aggressiver. Beispiele hierfür sind etwa offen antisemitische Schlagzeilen und Karikaturen im Rahmen der Berichterstattung über Michel Friedman, den ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, oder die Rede des CDU-Abgeordneten Martin Hohmann am 3. Oktober 2003 über das »jüdische Tätervolk«, die sich von rechtsradikalen Phrasen in beißenden Antisemitismus steigerte. Auch Anschläge auf Synagogen, Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Gedenkstätten und andere antisemitische Straftaten haben zugenommen. »Normalerweise sind zwei bis drei Friedhofsschändungen pro Woche die Regel«, berichtet der Leiter des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam, Prof. Julius Schoeps, in einem Zeitungsinterview.⁽¹⁾ Der Antisemitismus erreicht in quantitativer Hinsicht eine neue Dimension. Im Hinblick auf die Erfassung antisemitischer Vorfälle, wie Drohanrufe, Graffiti, Politiker-Statements oder hate-sites im Internet hat die Antisemitismusforschung ohnehin resigniert: Ihre Anzahl ist viel zu hoch, um sie zu dokumentieren.

Es bleibt jedoch nicht mehr bei verbaler Hetze und Sachbeschädigung. Antisemitische Gewalt richtet sich zunehmend auch direkt gegen Jüdinnen und Juden. In dem brandenburgischen Dorf Gollwitz wurde 1997 angesichts der geplanten Unterbringung von 50 jüdischen Kontingentflüchtlingen offen ein Pogrom angedroht. In Düsseldorf wurde 2000 ein Bombenanschlag auf jüdische Kontingentflüchtlinge verübt, wobei zehn Menschen schwer verletzt wurden. Für orthodoxe Juden gehört es mittlerweile zum Alltag, auf der Straße angepöbelt zu werden. Selbst das offene Tragen jüdischer Symbole – und seien sie noch so klein – kann Auslöser für Übergriffe sein. Im Berliner Stadtteil Neukölln wurden im April 2002 zwei Frauen, die einen Davidstern an einer Kette um den Hals trugen, tätlich angegriffen. Es gab insgesamt vier dokumentierte Übergriffe im letzten Jahr. Nach einem Angriff auf den Studenten einer Religionsschule empfahl der Schulleiter sogar die Kippa unter einer weiteren, unauffälligen Kopfbedeckung zu verstecken. Im brandenburgischen Potzlow wurde im Juli 2002 der 16-jährige Schüler Marinus Schöberl ermordet, wobei die Täter ihn zur Aussage zwangen: »Sag, dass Du ein Jude bist.« Die Stigmatisierung als »Jude« reichte aus, um dem jugendlichen Opfer das Lebensrecht abzusprechen.

Gemäßigte Judenverachtung breiter Bevölkerungskreise

Die Entwicklung des deutschen Antisemitismus seit den neunziger Jahren, von dem im Folgenden die Rede sein soll, wird anhand von ausgewählten Beispielen nachgezeichnet. Auffallend ist, dass der typisch deutsche Antisemitismus nach Auschwitz, der sekundäre Antisemitismus, zunehmend wieder Elemente der traditionellen Judenfeindschaft, des primären Antisemitismus, wie beispielsweise die Zuschreibung von typischen Charaktereigenschaften, aufnimmt. Während in den neunziger Jahren der Antisemitismus noch diskursiv vor allem in den Medien verhandelt wurde⁽²⁾, scheinen sich zehn Jahre später antisemitische Einstellungen und Vorurteile in allen Schichten und Segmenten der deutschen Gesellschaft deutlich verfestigt zu haben.⁽³⁾ Eine neue Qualität erhält der Antisemitismus auch durch den Umstand, dass antisemitische Äußerungen immer weniger auf Widerspruch stoßen. Eine Normalisierung ist daher weniger im Verhältnis zwischen der jüdischen und der nichtjüdischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland eingetreten, als vielmehr in Bezug auf die Existenz antisemitischer Ressentiments. Angesichts der Wiederkehr des offenen Antisemitismus erinnert die Schriftstellerin Ruth Klüger an den Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich: »Jetzt sieht es hierzulande nach einem Rückfall aus in das, was wir Juden in der Nazizeit ironisch wehmütig ›den guten alten Risches von 1910‹ nannten, nämlich die gemäßigte Judenverachtung weiter Bevölkerungsschichten aller Klassen, mit der sich (scheinbar) leben ließ.«⁽⁴⁾ Ruth Klüger benennt den Rückfall in den alten, primären Antisemitismus als zentrales Moment des neuen Antisemitismus. Gerade der Irakkrieg 2003 hat dabei in Deutschland eine katalysatorische Rolle gespielt, so der Leiter des Fritz-Bauer-Instituts, Micha Brumlik: Bei den Antikriegsdemonstrationen waren wieder Bilder und Karikaturen von hakennasigen Personen mit krausen Haaren, Wurstlippen und blutriefenden Händen zu sehen, in der einen Hand einen Dollarschein, in der anderen einen Globus, die sich der Ikonographie des primären Antisemitismus der 1920er und 1930er Jahre bedienten.

Konstitutive Elemente für diesen neuen Antisemitismus sind die Erinnerungsabwehr der Shoah, ein verkürzter Antikapitalismus im Kontext der Globalisierungskritik, Israelfeindschaft und ein wieder deutlich erstarkter Antiamerikanismus, der sich mit dem Antisemitismus verbindet. Angesichts der quantitativen und qualitativen Zunahme des Antisemitismus in Deutschland lassen sich die Annahmen der traditionellen Antisemitismusforschung nicht mehr aufrechterhalten. Diese ging davon aus, dass der Antisemitismus in (West-)Europa und den USA an gesellschaftlicher Akzeptanz verloren habe und weit gehend tabuisiert sei, dass Juden staatlichen Schutz genossen, Antisemitismus u. a. von den Massenmedien bekämpft und Juden nicht mehr für soziale oder politische Krisen verantwortlich gemacht werden würden.



»Radio TV Judenfunk« war 2003 als Schmiererei vielerorts in Berlin zu finden, vor allem in der Nähe des entstehenden Holocaust-Mahnmals.

So käme der Antisemitismus als Erklärungsmodell nur noch in marginalisierten rechtsextremen Gruppen vor.⁽⁵⁾ Dieser These wird deutlich zu widersprechen sein.

Antisemitismus in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts

Die Expansion antidemokratischer, antiamerikanischer und antisemitischer Ressentiments hat politische und gesellschaftliche Ursachen. Die Bestandsaufnahmen der quantitativen Antisemitismus- und Einstellungsforschung jedoch hat nur einen begrenzten Aussagewert über die Qualität und Entwicklung von Antisemitismus in der politischen Kultur, seine möglichen Subtexte, Dynamiken, politischen Be- und Entgrenzungen und seinen kulturellen Gehalt.⁽⁶⁾ Der Antisemitismus in den neunziger Jahren drückte sich vor allem in der so genannten Walser-Debatte aus. Er war gekennzeichnet durch die auch für die alte Bundesrepublik bekannte Erinnerungsabwehr des sekundären Antisemitismus. Der Schriftsteller Martin Walser äußerte sich während und nach der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1998 zunächst latent antisemitisch, d. h. nicht offen gegen Juden als Juden gerichtet, später sprach er auch offen judenfeindliche Angriffe und Beleidigungen aus. Seine Statements brachten den engen Zusammenhang von Abwehraggression und sekundärem Antisemitismus zu einem neuen und deutlichen öffentlichen Ausdruck. Zugleich boten die Rede und die anschließende Auseinandersetzung den Auftakt für die Form der Debatte über die Entschädigung ehemaliger Zwangs- und SklavenarbeiterInnen.⁽⁷⁾

In dieser Debatte wurde ein politisches Klima befördert, in dem ausgerechnet den Überlebenden, ihren Anwälten und Interessenorganisationen in der äußerst ungleichen Auseinandersetzung mit deutschen Regierungs- und WirtschaftsvertreterInnen ein quasi erpresserisches Verhalten vorgeworfen wird. Der Spiegel schaffte beispielsweise – so der Berliner Politikwis-

senschaftler Lars Rensmann – ein wahres Erpressungsszenario, dem zufolge die »geschäftstüchtigen« Anwälte jüdischer Organisationen und Opferverbände unter dem Vorwand von Gerechtigkeit und Sühne ihren Geldinteressen nachgingen, indem sie deutsche Unternehmen unter Druck setzen: »Amerikanische Anwälte, die ihre Geschäftstüchtigkeit gut hinter der Fassade von Schuld und Sühne zu verstecken wissen, setzen deutsche Unternehmen mit überzogenen Forderungen unter Druck. Jüdische Organisationen streiten vor allem für die Opfer des Holocaust. Opferverbände und Regierungen im Osten Europas fordern Gerechtigkeit und meinen Mark.« (Der Spiegel, 9. 8. 1999) Das eigene Verhalten der deutschen Industrie gegenüber den Überlebenden wird auf Juden projiziert, die eigene Aggressivität und »skrupellose« Verfolgung materieller Interessen den Opfern zugeschoben. »Geldgierig« seien die überlebenden Zwangs- und SklavenarbeiterInnen, nicht die »schutzbedürftigen« Konzerne und die scheinbar von mächtigen Juden verfolgte deutsche Wirtschaft.⁽⁸⁾ Die unterstellten Motive wie Rachsucht, Geldgier und weltweite Macht zielen unbewusst darauf, vom eigenen moralischen Versagen in Geschichte und Gegenwart abzulenken. Juden werden gleichsam als ewige Verfolger gesehen, die den Deutschen keinen Frieden gönnen. In der Debatte um den Autor Norman Finkelstein Ende 2000, der jüdischen Institutionen vorwarf, vom Leid der ermordeten Juden zu profitieren, konnte das Klischee der »geldgierigen« Juden nochmals offener mobilisiert werden.

Den Antisemitismus innerhalb der deutschen Eliten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, der exemplarisch in der Entschädigungsdebatte zutage getreten ist, hat Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, als Beispiel für stereotype Wahrnehmungsmuster bis in die höchsten gesellschaftlichen Ebenen benannt. Diese Muster grassierten mittlerweile in elitären Zirkeln, so Spiegel: »Man wirft mir in der feinen Gesellschaft, nicht am Stammtisch, vor, dass ich Antisemitismus erzeuge, dass die Juden Deutschland wieder aussaugten, weil sie das Mahnmal forderten oder jetzt die Entschädigungszahlungen.«⁽⁹⁾

Die Verfestigung des Antisemitismus: Demokratischer Antisemitismus in der Politik

In der Gesellschaft wird zunehmend öffentlich gegen jüdische Menschen als »den Juden« oder »den Zionisten« die Stimme erhoben, wobei die SprecherInnen sich zugleich zu »mutigen« TabubrecherInnen gegenüber vorgeblichen »Denkverboten« stilisieren. Dieser Gestus ist freilich ein seit vielen Jahren gängiges Muster rechtsextremer Agitation, das heute zunehmend auch in Teile der demokratischen Öffentlichkeit Eingang gefunden hat. Es wird ein »jüdisches Tabu« konstruiert, um es unter Berufung auf das Recht auf freie Meinungsäußerung »mutig« und »freiheitlich« bre-

chen zu können. Lars Rensmann umschreibt diese Taktik als »imaginären Antisemitismus«. Dies lässt sich auch am Fall des damaligen Vize-Vorsitzenden der Freien Demokraten, Jürgen W. Möllemann, zeigen: denn er versuchte als Mitglied einer demokratischen Partei, das Muster des »Tabubruchs« gegen Juden in die etablierte Politik zu überführen.⁽¹⁰⁾ Im Bundestagswahlkampf 2002 gipfelten »Tabubrüche« in der politischen Kampagne der FDP gegen Israel und dessen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, die von Möllemann für das Wiederaufleben eines neuen Antisemitismus verantwortlich gemacht wurden.

Möllemann gab Interviews, aus denen sich entnehmen ließ, dass er die antisemitistischen »Selbstmordattentate« von PalästinenserInnen gegen Israel unterstützt: Es sei die Politik Israels, die den Terrorismus fördere und er selbst würde sich in einer vergleichbaren Situation gegen eine Besatzungsmacht ebenfalls wehren – »auch im Land des Aggressors«. Vorausgegangen war den Interviews der Übertritt des ehemaligen Landtagsabgeordneten der Grünen Nordrhein-Westfalens, Jamal Karsli, in die FDP, der seinen Wechsel als Zeichen der Anerkennung für die entschlossene Haltung Möllemanns gegen Israel darstellte. Karsli seinerseits warf der israelischen Armee vor, sie wende »Nazimethoden« an und relativierte damit die Verbrechen der SS und der SA sowie den Massenmord an den europäischen Juden. Einen Monat nach dem Parteiwechsel



Im Juli 2002 wählte die rechtsradikale Monatsschrift »Nation und Europa« diesen Titel, der nach der »Bevormundung durch Juden« nur rhetorisch fragt.

äußerte er sich darüber hinaus auch in der Zeitung der Neuen Rechten, der Jungen Freiheit, über die Macht und den zu großen »Einfluss« einer »zionistischen Lobby«. Davor hätten »die Menschen in Deutschland verständlicherweise Angst«. ⁽¹¹⁾

Wenig später legte Möllemann nach, indem er — nach altem antisemitischen Muster — das Auftreten von Juden für das Anwachsen des Antisemitismus verantwortlich machte: Kaum jemand verschaffe den Antisemiten mehr Zulauf als »Herr Scharon und in Deutschland ein Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art«. Teile der FDP verharmlosten den Konflikt, etwa der ehemalige Außenminister Klaus Kinkel, der meinte, seine Partei sei »wegen einiger weniger unglückseligen Äußerungen« in Misskredit geraten, oder sein Parteikollege Günther Rexrodt, der fand, Möllemann habe sich »im Ton vergriffen«. Der Hinweis des Journalisten Henryk M. Broder, es gehe nicht um den Ton, sondern um eine Haltung, verpuffte folgenlos. Einer der wenigen, die auf die Ausfälle reagierten, war Michel Friedman. Friedman beschuldigte Karsli und Möllemann des Antisemitismus und forderte, Karsli aus den Reihen der FDP zu entfernen. Möllemann warf Friedman daraufhin erneut vor, mit seinem Verhalten den Antisemitismus zu schüren. Die Parteiführung zwang Möllemann zu einer halbherzigen Entlassung von Karsli. Der FDP-Vize erklärte jedoch, dass er nicht beabsichtige, sich bei Friedman zu entschuldigen, und verschärfte sogar seine persönlichen Angriffe auf Friedman.

Ob und in welcher Form sich Möllemann nun in der Folge entschuldigte oder nicht, war letztlich unwesentlich. In der Wahrnehmung von Antisemitismus werden »die Juden« in jedem Fall als die Schuldigen gelten. Denn wenn jüdische Menschen Antisemitismus benennen und Konsequenzen fordern, wirft man ihnen vor, sie würden bestimmen und kontrollieren wollen, was man in Deutschland äußern könne. Sollten diese Konsequenzen eintreten, heißt es, »da sehe man es wieder einmal, wie viel Macht die Juden hätten«. ⁽¹²⁾ Die Wirksamkeit von Möllemanns Ausfällen ist erst angemessen zu erkennen, wenn man die Tausende von antisemitischen LeserInnenbriefen und Emails beachtet, die er öffentlichkeitswirksam zur Untermauerung seiner Position zur Schau stellen konnte. Rückblickend betrachtet fanden durch die fortwährenden Initiativen Möllemanns und durch die Akzeptanz in der FDP erstmals seit der Frühphase der Bundesrepublik antisemitische Motive und Stereotypen in einem Bundestagswahlkampf eine offene politische Plattform innerhalb der demokratischen Parteienlandschaft. Konsequenzen haben nur sehr wenige gezogen. Wie tief greifend der Einschnitt war, hat die Grande Dame der Liberalen, Hildegard Hamm-Brücher, erkannt: »Sie haben zu lange geschwiegen und dem Möllemann-Kurs nicht rechtzeitig Paroli geboten«, schrieb Hamm-Brücher an den Parteichef der FDP, Guido Westerwelle. Sie betonte, dass die Absage an den Antisemitismus eine Aufgabe der nicht-jüdischen Deutschen sei, die man nicht dem Zentralrat

der Juden in Deutschland überlassen dürfe. ⁽¹³⁾ Angesichts der fortdauernden antisemitischen und antisraelischen Stellungnahmen aus den Reihen der FDP ist sie aus der Partei ausgetreten. Noch heute wird der Kasus Möllemann nicht als antisemitischer Akt gewertet, sondern euphemistisch als »Debatte« heruntergespielt und das antisemitische Flugblatt, mit dem er für den Wahlkampf Friedman und Scharon diffamierte, bezeichnen die Medien bis heute als »israelkritisch«.

Die Rückkehr des primären Antisemitismus:

Die »Mahninstanz« Michel Friedman

Nach Möllemanns Selbstmord vollendete sich die von ihm ins Rollen gebrachte Attacke auf Friedman durch eine übergreifende öffentliche Kampagne gegen den stellvertretenden Zentralratsvorsitzenden. In der öffentlichen Diskussion um Friedman wegen Prostitution und Drogenbesitzes verbanden sich primär antisemitische Vorwürfe mit der Demontage der eingebildeten »Mahninstanz Friedman«, die direkt den Menschen Friedman treffen sollte. Im sekundären Antisemitismus nach Auschwitz, wie im Fall der eingebildeten Mahninstanz, tritt das alte antisemitische Ressentiment in der Abwehr der Erinnerung an die deutschen Verbrechen zutage. Die Abwehr äußert sich als Angriff gegen jene, die als Personifizierung dieser erinnernden Mahnung gesehen werden. Martin Walser hat dafür das Bild des »grausamen Erinnerungsdienstes« und der »Moralkeule Auschwitz« geprägt. ⁽¹⁴⁾

Auch in der öffentlichen Debatte um Michel Friedman wurde häufig vom »erhobenen Zeigefinger« und dem »ewigen Mahner« geredet und geschrieben: »So sieht er sich am liebsten: der Mann im Blitzlichtgewitter, perfekt gegelte Haare, eleganter Anzug und seine typische Handbewegung – der erhobene Zeigefinger.« (Südwestrundfunk, 30. 06. 03) Die Personifizierung des entäußerten schlechten Gewissens im Sohn von Überlebenden und die abzuwehrende Erinnerung an die deutschen Verbrechen vermischten sich mit der antisemitischen Vorstellung des nach außen »glatten« und »perfekten«, hintergründig aber »arroganten« und »verschlagenen« Juden. Friedman wurde als »Meister der klugen Sprüche« (Neues Deutschland, 09. 07. 03) und in diversen Zeitungen als »Großinquisitor« charakterisiert. »Es fällt wohl schwer, sich auszumalen«, so ein Friedman-Gegner am 30. 6. 2003 im Report Mainz des Südwestrundfunk, »wie aggressiv, bohrend, inquisitorisch der Talkmaster Michel Friedman wohl nachhaken würde, wäre er sein eigener Gast.« Der Politikwissenschaftler Lars Rensmann sieht als Voraussetzung für den Antisemitismus der Abwehraggression die »Entäußerung des moralischen Gewissens.« ⁽¹⁵⁾ In der Person Friedman wurde dieses entäußerte Gewissen öffentlich bekämpft. Warum sonst wurde in allen Berichten das gleiche Bild vom ewigen Mahner aufgerufen, dem die »ersehnte Har-

monie der Deutschen mit ihrer Vergangenheit« laut der Frankfurter Rundschau, »herzlich gleichgültig« sei (20. 06. 03)?

Doch äußerte sich diese Abwehraggression im sekundären Antisemitismus noch vor allem als Abwehr der Erinnerung an Auschwitz, so treten nun zu diesem Element zunehmend offen antisemitische Angriffe hinzu, die die Aggression nicht mehr ausschließlich gegen »die ungewollten wie artikulierten Repräsentanten der Erinnerung«⁽¹⁶⁾ richten, sondern gegen »das Jüdische« überhaupt. In Friedman sah man »den Mahner, den gut angezogenen Chefankläger, den Freund der großen Auftritte.«⁽¹⁷⁾ Doch es war nicht nur der Kritiker deutscher Erinnerungsabwehr, sondern das kritische Denken im Allgemeinen, was an Friedman hervorgehoben und angegriffen wurde.⁽¹⁸⁾ Zudem wurde auf Friedman das alte antisemitische Zerrbild des »heimatlosen Juden« projiziert. Friedman, so Hans-Ulrich Jörges im stern, habe »eine gewisse Unbehaustheit nie ganz verdecken« können (stern 26/03). Ihm wurde sein gesellschaftliches Engagement ebenso vorgeworfen wie seine Arbeit in internationalen Organisationen und besonders seine öffentliche Verteidigung Israels. Entsprechend empfahl ihm die Welt am Sonntag, er könne »auch nach Israel fliegen« (22. 06. 03) Friedman wurde so zur Personifizierung »des Judentums« stilisiert. Dies verdeutlichte das auf die Hausdurchsuchung bei Friedman folgende Medientribunal. Dabei ging es nur vordergründig um Kokainbesitz und Prostitution. Exemplarisch zeigte ein Titelbild der Satirezeitschrift Eulenspiegel, wie das alte antisemitische Bildarsenal zur Beschreibung des »Falles Friedman« aufgerufen wurde. Der karikierte Friedman sitzt vor einem Toilettenhäuschen, eine Sexarbeiterin neben sich, und ist mit einer auffällig inszenierten Hakennase in »Stürmer«-Manier als »jüdisch« gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund »entschlüsseln« sich die verwendeten Bilder. Es steht zu befürchten, dass diese antisemitischen Konnotationen auch für die »einfache« Bevölkerung verständlich waren. Anders als bei vergleichbaren Skandalfällen war Friedman nicht Opfer der Sucht, sondern wurde zum Täter gemacht. Er habe, so war zu lesen, auch den Prostituierten Kokain angeboten. Das alte antisemitische Stereotyp vom »Brunnenvergifter« tritt hier nur wenig kaschiert auf. Zahlreiche solcher »Andeutungen« ließen sich finden. Im Tagesspiegel konnte man von »unglaublicher sexueller Gier« (22. 06. 03) lesen und dies ist nur eines von vielen Bildern, die aus den Vorurteilsschubladen hervorgeholt wurden. Zu betonen ist, dass es nicht entscheidend ist, ob solche Bilder auch für einen Nichtjuden gebraucht würden. Entscheidend ist, dass sie nicht als Beschreibung eines bestimmten Menschen, sondern eines als Juden angegriffenen Menschen herangezogen werden.

Nach dem Urteil gegen Friedman erklärte der Kölner EXPRESS: »Ganz Deutschland diskutiert über das Friedman-Urteil«. Und in fetten Lettern ergänzte die Schlagzeile: »Verdient er wirklich nur 116 Euro am Tag?« (Kölner EXPRESS, 09. 07. 03) Die Tagessätze,



Titelbild der Satirezeitschrift »Eulenspiegel«, das Michael Friedman mit antisemitisch stereotyper Judenmasse zeigt.

zu denen Friedman verurteilt wurde, wurden ebenfalls im antisemitischen Bezugsrahmen aufbereitet. Die antisemitische Identifizierung von Juden mit »Geiz« und »Wucher« fand in dieser Schlagzeile ihren aktualisierten Niederschlag. Das Urteil der Öffentlichkeit folgte, nachdem das Verfahren rechtskräftig abgeschlossen war. Auf die Frage des Nachrichtensenders n-tv: »Verdient Friedman eine zweite Chance?« reagierten 69 Prozent der Befragten ablehnend, ebenso wie auf Friedmans temporäre »Rückkehr« auf die Fernsehschirme im Rahmen einer Sendung von Sabine Christiansen im November 2003. Friedman wurde als Instanz »lästiger Erinnerung« bekämpft und sollte als Repräsentant des »Jüdischen« getroffen werden. Damit soll ihm der vermeintliche »Opferstatus« abgesprochen werden, der als Grund für das lästige Erinnern gesehen wird. Diese Verschiebung zeigt sich in einer Anklage in der Berliner Zeitung vom 26. 06. 03. Dort heißt es, niemand könne sich hinter der Behauptung verstecken, »er habe das nicht gewusst«. Hier wird eine bestimmte Sprache aufgerufen, die die fehlende Beschäftigung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit beschreibt. Der Artikel fährt dann aber auf Friedman bezogen fort: »wer sich einer Frau bedient, die in die Prostitution verschleppt wurde, steht auf einer moralischen Stufe mit einem serbischen Soldaten, der ein bosnisches Mädchen vergewaltigt.« Den Autoren geht es natürlich weder um die Prostituierten, noch um das bosnische Mädchen. Vielmehr werden in diesem moralischen Appell nebenbei die ehemaligen Opfer der Deutschen, Juden und Serben, zu den Tätern. Die antisemitische Rede des CDU-Abgeordneten Hohmann, der die Juden als »Tätervolk« denunzierte

und bewies, dass das alte antikommunistische Ressentiment mit dem Antisemitismus ebenso kompatibel ist wie das antiamerikanische, geht in eine ähnliche Richtung.⁽¹⁹⁾ Im Kampf um den Opferstatus als zentralem Bestandteil des sekundären Antisemitismus verbindet sich der Angriff auf die eingebildete Mahn- und Erinnerungsinstanz mit den sich erneut manifestierenden Elementen der traditionellen Judenfeindschaft. Das Tribunal gegen Friedman diente als weitere Diskursverschiebung. Besonders beunruhigend ist dabei die Stellung, die Friedman als Personifizierung »des Juden« einnahm. So erklärte der Generalsekretär des European Jewish Congress, Serge Cwajgenbaum, zu den Angriffen auf Friedman: »Nur ein Name wurde genannt, nur ein Name wurde der Öffentlichkeit ausgeliefert – Michel Friedman. Und das löst bei mir die große Sorge aus, ob Antisemitismus nicht länger ein Tabu in Deutschland und Europa ist.«

Antisemitismus nach dem 11. September 2001

Die neueren antisemitischen Kampagnen haben gezeigt, dass der Antisemitismus längst kein tabuisiertes Schattendasein mehr fristet. Er ist kulturell wieder salonfähig und zu einer offen sichtbaren Massenerscheinung geworden. Dabei wird deutlich, dass sich in Deutschland spätestens seit der Debatte über die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen zentrale Elemente des modernen Judenhasses – besonders die Konnotation der Juden mit Macht und Geld – mit der spezifisch deutschen, sekundär antisemitischen Abwehraggression verbinden. Deutlich wird dabei auch, dass es sich beim sichtbaren Antisemitismus nicht länger um temporäre Äußerungen handelt, sondern dass sich das antisemitische Ressentiment in entsprechende Weltbilder einordnet. Verschwörungstheoretische Spekulationen, die das Schicksal der Welt in den Händen weniger, unsichtbarer – zuvörderst jüdischer – Cliquen sehen, haben seit den Anschlägen vom 11. September 2001 Hochkonjunktur. Die Ablehnung Israels, die antizionistische Israelfeindlichkeit, rationalisiert sich in der Haltung, Israel sei eine Gefahr für den Weltfrieden. Gesellschaftliche Verhältnisse werden zunehmend vereinfachend personifiziert in die vermeintlichen »Herrscher der Welt«. So finden sich solche Personifizierungen in antiamerikanischen Karikaturen von George W. Bush genauso wie in antisemitischen, die den israelischen Regierungschef Ariel Sharon zum Gegenstand haben.

Der Nahostkonflikt hat keinen neuen Antisemitismus hervorgerufen, sondern er dient als Projektionsfläche, anhand dessen antisemitische Ressentiments geäußert werden. Nach einer Zeit der Verdrängung, die dem Holocaust geschuldet war, sind die alten Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden wieder reaktiviert worden. Das Ressentiment gegen Juden richtet sich heute in überwältigendem Maß auch weltweit gegen Juden in anderen Ländern: gegen die Juden in Israel und den

Vereinigten Staaten, die angeblich die moralischen Hauptverbrecher in der internationalen Arena seien.⁽²⁰⁾ Die Mehrzahl der Deutschen, so der Soziologe Ulrich Beck, akzeptiert nicht die zentrale Unterscheidung zwischen Juden und Israelis. Die Israelkritik schlägt um in Judenkritik und Judenfeindlichkeit.⁽²¹⁾ In der Folge wird antisemitische Kritik an Israel auch weiterhin gegen die jüdische Bevölkerung im eigenen Land gerichtet, alle Juden werden unterschiedslos mit Israel identifiziert. Ihnen wird – so sie sich nicht als Kritiker Israels darstellen – per se zunächst eine Mitschuld an der Politik »ihrer Regierung« zugewiesen.⁽²²⁾

Der Antisemitismus stellt sich auch als »europäisches Problem« dar. Antisemitische und antiamerikanische Ressentiments vermengen sich zunehmend und werden Teil der politischen Artikulation von Teilen von Protestbewegungen wie den GlobalisierungsgegnerInnen oder der Friedensbewegung, wie von Teilen der Mehrheitsbevölkerung gleichermaßen. Neuere Studien der Europäischen Union zur Haltung zu Israel haben erschreckende Ergebnisse zutage gebracht. In der gesamten EU sehen 59 Prozent der Bevölkerung Israel als größte »Bedrohung des Weltfriedens«, in Deutschland sind es sogar 65 Prozent. Dass die Um-



Palästinensische Hochhäuser, die von israelischen Truppen aus Sicherheitsgründen am 11. 9. 2003 gesprengt wurden, werden auf diesem Titelbild der rechtsradikalen Zeitschrift Nation&Europa mit den zerstörten Twin Towers in New York gleichgesetzt. »Die Juden« werden zum Tätervolk, die Parallele zur »Wall-Street« wird hier gezogen.

frage überhaupt die Frage nach der Bedrohung des Weltfriedens mit einer möglichen Antwort Israel stellte, macht bereits die projektiv besetzte Stellung des jüdischen Staates in den europäischen (Medien-) Diskursen deutlich. Die Studie zeigt, so das Simon Wiesenthal Center, »dass der Antisemitismus zutiefst in der europäischen Gesellschaft verwurzelt ist.«⁽²³⁾ Als europäisches Problem ist der Antisemitismus aber auch ein deutsches Problem geblieben.

Globalisierter Antisemitismus

Der spezifisch deutsche und europäische Antisemitismus trifft heute auf einen neuen islamistischen Antisemitismus. Dieser islamistische Antisemitismus speist sich aus den jüdenfeindlichen Aussagen der Antike und des Korans, die in den 1920er und 30er Jahren von den Muslimbrüdern Hassan al-Banna und Sayyid Qutb aufgegriffen worden sind sowie aus Versatzstücken des deutsch-europäischen Antisemitismus und Rassismus. Der islamistische Antisemitismus ist also wesentlich älter als der Staat Israel und keineswegs bloße Reaktion auf die israelische Politik in den palästinensischen Autonomiegebieten, sondern gründet auf einer festgefügt antisemitischen Weltanschauung. Der islamistische Antisemitismus, der elementarer Bestandteil der islamistisch-totalitären Bewegung ist, hat das Ziel, möglichst viele Juden zu ermorden und »judenfreie Gottesstaaten« zu errichten.⁽²⁴⁾

Neben den Terroranschlägen von Al-Qaida fand der islamistische Antisemitismus seinen deutlichsten Ausdruck in der Rede des Premierministers von Malaysia, Mahathir Mohammad, vor dem Kongress Islamischer Länder (OIC), der 1,3 Milliarden Menschen zu vertreten vorgibt. Diese Ansprache war die erste Rede eines Staatsmannes seit Adolf Hitler, in der nicht nur der Zionismus, sondern die Juden einer Weltverschwörung verdächtigt wurden: »Sie (die Juden) erfanden Sozialismus, Kommunismus, Menschenrechte und Demokratie und haben sie erfolgreich gefördert, damit es falsch erscheint, sie zu verfolgen, und damit sie die gleichen Rechte wie andere genießen. Dadurch haben sie nun die Kontrolle über die mächtigsten Staaten der Welt gewonnen.«⁽²⁵⁾ Die Hetzrede wurde von den OIC-Delegierten wohlwollend bis begeistert aufgenommen. Das bedeutet noch nicht, dass die islamischen Regierungschefs den Antisemitismus zur Staatsdoktrin erheben werden, jedoch wollte sich auch niemand von Mahathirs Bemerkungen distanzieren. Der islamistische Antisemitismus ist dem deutsch-europäischen Antisemitismus sehr nahe im globalen Hass auf die Juden und die USA, die als ein »Gebilde von Juden und Kreuzfahrern« dargestellt werden.⁽²⁶⁾ Auch die neuen Bilder, die die beiden Antisemitismen dabei bedienen, sind gleich. Der »Rambo-Jude« hat in der antisemitischen Phantasie in Teilen den Wucherer Shylock ersetzt. Der schlau und heimlich korrumpierende Jude der ersten zwei Jahrtausende des Antisemitismus, der nun mit seiner neuen militärischen und

politischen Macht bewaffnet ist, hat sich nach außen in den unterdrückenden, brutalen und tötenden Juden verwandelt, der die Schmutzarbeit entweder selbst verrichtet, wie in Israel, oder andere dazu anstellt, sie für ihn zu verrichten, wie es projektiverweise den Juden in den USA nachsagt wird.⁽²⁷⁾

Der islamistische Antisemitismus ist nun auch verstärkt in Deutschland und Europa zu finden. Antisemitische Gewalttaten werden in wachsendem Umfang nicht nur von »angestammten« Rechtsextremisten, sondern auch von – zumeist jugendlichen – radikalen Islamisten begangen werden. Es ist höchste Zeit, so Richard Herzinger in der Zeit, dass die demokratische Öffentlichkeit in Europa den militanten islamistischen Antisemitismus ernst nimmt und aufhört, aus falsch verstandener religiöser oder kultureller Toleranz wegzuschauen, wenn sich extremistische Ideologien unter frommer Terminologie tarnen und in religiösen und kulturellen Einrichtungen einnisten: »Denn nur wenn sie diese Extremisten ebenso ernst nimmt wie alle anderen auch, beweist sie, dass sie Muslime als gleichwertige Bürger ernst nimmt.«⁽²⁸⁾

Durch die Anschläge in New York und Washington ist der Antisemitismus auch als internationales politisches Kampfmittel wieder salonfähig geworden. Der Antisemitismus existiert zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland und Europa nicht nur weiter, er hat sich globalisiert. Er hat vom Nahen Osten bis Südafrika, von Malaysia über Bali und Kenia bis Istanbul und Deutschland eine gespenstische Allianz aus Rechtsradikalen, Islamisten und Teilen der traditionellen Linken hervorgebracht⁽²⁹⁾, die mit großen Sympathien in der Bevölkerung rechnen kann. Der gilt es entgegenzutreten.

Anmerkungen:



Zur Quds-Demonstration im November 2003 in Berlin trägt dieses Mädchen einen israeli-feindlichen Slogan, der sich auf das Ergebnis einer europäischen Umfrage bezieht.
Bild: Weber

- (1) Vgl. Julius H. Schoeps »Die Täter kommen aus allen Schichten«. In: Die Welt, 3. 11. 1999
- (2) Eine Studie des American Jewish Committee (AJC) 2002, Büro Berlin, in der die Art der Berichterstattung über den israelisch-palästinensischen Konflikt untersucht wurde, hat eindeutig ergeben, dass die deutsche Presse im Zusammenhang mit Israel antisemitische Stereotypen verwendet. Die Kurzfassung der Studie ist online abrufbar unter: www.ajc.org/upload/pdf/German_media_survey.pdf (Stand November 2003).
- (3) Die qualitative Sozialforschung geht von einem »Bodensatz« von 15 bis 20% harter Antisemiten für den Westen Deutschlands seit den 50er Jahren aus. Vgl. Alphons Silbermann: Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland Köln 1982, S. 63. Zur aktuellen Verfestigung antisemitischer Stereotypen vgl. Lars Rensmann, Alte und neue Formen des Antisemitismus. Judenfeindliche Vorurteile und Bestrebungen vor und nach den Terroranschlägen von New York und Washington. In: Tobias Ebbrecht, Johanna Müller u.a. (Hg.): The final insult. Das Diktat gegen die Überlebenden. Deutsche Erinnerungsabwehr und Nichtentschädigung der NS-Sklavenarbeit. Münster 2003, S. 159
- (4) »Risches« war in den 1920 Jahren ein volkstümlicher jüdischer Begriff für das jüdenfeindliche Ressentiment, das aber nicht unbedingt mörderisch sein musste. Zit. nach Ruth Klüger in einem Brief an Martin Walser, abgedruckt am 27. 6. 2002 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
- (5) Für diese Annahme steht beispielsweise Werner Bergmann, Professor am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung. Vgl. Werner Bergmann. Geschichte des Antisemitismus. München 2002, S. 137
- (6) Vgl. Lars Rensmann, ebd., S. 160
- (7) Vgl. ebd., S. 163
- (8) Vgl. Matthias Thieme: Stiften gehen, in: Jungle World 30/2000, S. 7
- (9) Zitiert nach Berliner Zeitung, 23. 12. 2000 und vgl. Lars Rensmann, ebd., S. 170
- (10) Vgl. Lars Rensmann, ebd., S. 170f.
- (11) Zit. nach Eldad Beck: Nach Aufregung bei den Wahlen in Deutschland: Wer ist Antisemit? <http://www.antisemitismus.net/antisemitismus/deutschland/texte/beck-04.htm>, Stand 10.11.2003. Vgl. zum »Fall« Möllemann auch Tobias Ebbrecht/ Timo Reinfrank: Deutsche Schuld und die Störenfriede der Erinnerung. Über die Kontinuität in der deutschen Erinnerungskultur. In: Tobias Ebbrecht, Johanna Müller u.a. (Hg.): The final insult. Das Diktat gegen die Überlebenden. Deutsche Erinnerungsabwehr und Nichtentschädigung der NS-Sklavenarbeit. Münster 2003
- (12) Kurt Grünberg: Ich weiß wohl, was es bedeutet. Über das allmähliche Verfertigen des Ressentiments beim Reden: Eine psychoanalytische Betrachtung des Antisemitismus. In: Die Welt, 29. 6. 2002
- (13) Die Austrittsdrohung von Hildegard Hamm-Brücher wurde von [hagalil](http://www.hagalil.de) online dokumentiert unter: <http://www.judentum.net/deutschland/hamm-bruecher.htm>
- (14) Martin Walser: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, Frankfurter Rundschau 12. 10. 1998
- (15) Lars Rensmann: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin 1998, S. 255
- (16) Vgl. ebd.
- (17) Ebd.
- (18) O-Ton aus der Sendung von Report Mainz, Südwestrundfunk vom 30. 06. 2003
- (19) Die Argumente von Hohmann sind weder neu noch originell: Dies ist schon erkennbar an der auftrumpfenden Erwähnung von Henry Fords antisemitischem Pamphlet aus den 1920er Jahren, das nichts anderes ist als eine Variation zu den »Protokollen der Weisen von Zion«. Schon die Erwähnung des antisemitischen Bestsellers lässt Rückschlüsse auf den Autor zu. Neu an dem Hohmann-Skandal ist die geschlossene jüdenfeindliche Argumentation, die so noch nicht in der politischen Öffentlichkeit vertreten wurde. Vgl. zur Hohmann-Debatte auch den Artikel von Wolfgang Benz in der Frankfurter Rundschau vom 24. 11. 2003
- (20) Vgl. Daniel Jonah Goldhagen: Der alte neue Hass. In: Die Welt, 28. 6. 2003
- (21) Vgl. Ulrich Beck: Globalisierte Emotionen. Der neue europäische Antisemitismus. Süddeutsche Zeitung, 17. 11. 2003
- (22) Zit. aus: Jungle World, Nr. 47, 12. 11. 2003, S. 15
- (23) Der islamistische Antisemitismus findet sich in Reinkultur unter anderem in der Charta der Hamas von 1988 wieder, in der die Juden und die Zionisten als Urheber der französischen und der russischen Revolution wie auch der zwei Weltkriege bezeichnet werden. Vgl. Micha Brumlik: Ich glaube an die Mittel der Aufklärung, Interview in der iz3w 273, November/ Dezember 2003, S. 16ff.; zum islamistischen Antisemitismus: Matthias Küntzel: Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2002, Robert S. Wistrich: Muslim Antisemitism. A clear and present Danger. Hg.: The American Jewish Committee, New York 2002 und Paul Iganski / Barry Kosmin: A new anti-Semitism. Debating Judeophobia in 21st-Century Britain. Institute for Jewish Policy Research. London 2003
- (24) Vgl. Micha Brumlik, ebd.
- (25) Zit. nach tageszeitung (taz), 17. 10. 2003
- (26) Von der Radikalität steht der islamistische Antisemitismus der NS-Ideologie mit ihrem eliminatorischen Antisemitismus sicher am nächsten. Dieser islamistische Antisemitismus ist jedoch nicht mit dem Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten gleichzusetzen, da er zumindest nominell nicht rassistisch ist und die Evolutionstheorie ablehnt. Vgl. dazu Micha Brumlik, ebd.
- (27) Vgl. Daniel Jonah Goldhagen, ebd.
- (28) Richard Herzinger: Der Opferbonus, Fördert Aufklärung über Antisemitismus »Islamophobie«? In: Die Zeit, 11. 12. 2003
- (29) Vgl. zu Bündnisfähigkeit der rechtsextremen Szene und zur Bedeutung des Antisemitismus als »Generalthema« für den deutschen Rechtsextremismus die sehr gute Dokumentation des Bundesamts für Verfassungsschutz: Die Bedeutung des Antisemitismus im aktuellen deutschen Rechtsextremismus. Köln 2002

Antisemitische Vorfälle im Jahr 2003

Zusammengestellt von Cordula Mäbert

Die vorliegende Chronik wurde in der ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH nach Pressemeldungen bzw. Informationen von Projekten und Initiativen erstellt. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und endet mit dem Redaktionsschluss des Bulletin am 30. November.

Berlin

Der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde, Chaim Rozwaski, erhält am 16. Januar per Post einen anonymen Brief mit den Worten »Lüge wird Wahrheit – Holocaust II«. In dem Kuvert befindet sich auch eine kleine Tüte mit einer schwarzen Substanz, vermutlich Asche. Der 67 Jahre alte Rabbiner ist empört: Er habe als Kind den Holocaust überlebt und müsse nun erleben, »wie sehr der Antisemitismus in Deutschland wieder gewachsen ist«. Der vor mehr als vier Jahren aus den USA nach Deutschland gekommene Rozwaski ist schon öfter angepöbelt worden. Rozwaski zog sich Ende 2001 auch den Hass der NPD zu. Der Vorsitzende der rechtsextremen Partei, Udo Voigt, drohte ihm mit einer Strafanzeige. Rozwaski hatte, wie viele Berliner, gegen einen geplanten NPD-Marsch durch das einst von vielen Juden bewohnte Scheunenviertel protestiert. (Tagesspiegel, 17. 1. 03)

Dortmund

An einer Fußgängerbrücke über der A 45 befestigen Unbekannte am 21. Januar ein Bettlaken mit antisemitischen Parolen. Zahlreiche empörte Anrufer lösen einen Polizeieinsatz aus. Der Staatsschutz nimmt die Ermittlungen auf. (taz, 22. 1. 03)

Berlin

Der Berliner Filmproduzent Artur Brauner ist seit der Uraufführung seiner letzten Produktion »Babij Jar« mit Morddrohungen konfrontiert. Seit Wochen erhält der 84-jährige Anrufe mit der Drohung, dass er die Deutschland-Premiere des Films nicht erleben werde. Außerdem wurde ihm prophezeit, dass jene Kinos demoliert würden, die seinen Film zeigen.

Ein Sprecher der Berliner Polizei teilt mit, Brauner habe bisher wegen der Drohungen gegen seine Person keine Anzeige bei den Behörden in Berlin erstattet. Dementsprechend sei der Vorgang der Polizei nicht bekannt. (Die Welt, 25. 1. 03)

Rohrlack

In dem kleinen Dorf in Brandenburg kommt es seit Anfang des Jahres immer wieder zu Übergriffen auf einen 41-jährigen Mann. Außerdem erhält er Drohbriefe mit antisemitischem Inhalt von einem 24-jährigen Skinhead. Der Konflikt eskaliert, als der Skinhead wegen der Droh-

Aktueller Antisemitismus in Zahlen

Zur Verbreitung antisemitischer Straftaten und Einstellungen

Susanna Harms

Verschiedene Institutionen beobachten in den letzten Jahren, insbesondere nach dem Beginn der »Zweiten Intifada« und dem 11. September 2001, einen wachsenden Antisemitismus in Europa und in der übrigen Welt. So hat beispielsweise das Simon Wiesenthal Center wiederholt darauf hingewiesen, dass es in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg keine derart große antisemitische Welle gegeben hat.⁽¹⁾ Diese Einschätzungen beziehen sich zumeist auf antisemitisch motivierte Anschlagswellen, die in zeitlichem Zusammenhang mit Ereignissen im Nahostkonflikt stehen und die in Europa sowie den USA ihren traurigen Höhepunkt im April 2002 während der Operation »Defense Shield« der israelischen Armee fanden.⁽²⁾ Auch die UN-Menschenrechtskommission berichtet für das Jahr 2002 von einem weltweiten Ansteigen nicht nur des Rassismus, sondern – begrifflich diesem untergeordnet – auch des Antisemitismus, zu dessen typischen Erscheinungsformen Anschläge auf Synagogen und antisemitische Graffitis gerechnet werden.⁽³⁾

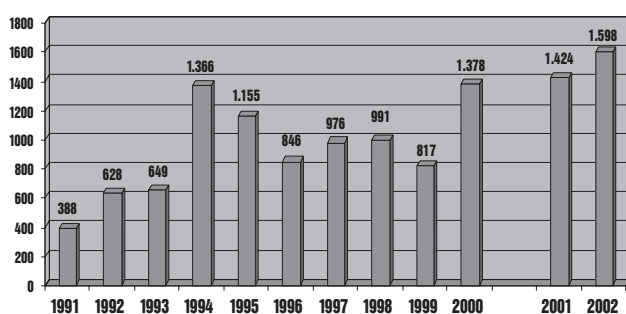
In Europa wurden im Jahr 2002 die meisten und schlimmsten antisemitischen Vorfälle in Frankreich notiert, wo gewalttätige Ausschreitungen gegenüber Juden oder Brandanschläge auf jüdische Einrichtungen bereits zum gesellschaftlichen Alltag gehören. Aber auch in anderen europäischen Ländern hat es 2002 einen Anstieg an antisemitischen Übergriffen und Delikten gegeben. Die Untersuchungen des Coordination Forum for Encountering Antisemitism sowie des Stephen Roth Institute⁽⁴⁾, aber auch eine Studie des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung über die Häufigkeit und die Täterstrukturen antisemitischer Übergriffe im Jahr 2002⁽⁵⁾ kommen zu dem Ergebnis, dass hierzu insbesondere weitere Staaten mit einem vergleichsweise hohen muslimischen Bevölkerungsanteil (Großbritannien, Belgien, Niederlande) zählen. Zudem ergaben zwei Umfragen der US-amerikanischen Anti-Defamation League (ADL), die im Juni bzw. Oktober 2002 in jeweils fünf europäischen Staaten durchgeführt wurden, dass starke antisemitische Einstellungen im europäischen Durchschnitt bei 21% der Befragten zu finden sind. Die höchsten Werte weist diesen Studien zufolge Spanien mit einer Häufigkeit von 34% auf.⁽⁶⁾

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, wie verbreitet antisemitische Einstellungen und Delikte in Deutschland sind. Wie hat sich die Zahl der von staatlichen Behörden erfassten Straf- und Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund in den letzten Jahren entwickelt, und welche Tendenzen sind auf der Einstellungsebene zu vermer-

ken? Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf mögliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gelegt.

Antisemitisch motivierte Straf- und Gewalttaten: Trends der letzten Jahre

In Deutschland ist die Zahl der vom Bundeskriminalamt (BKA) bzw. den Landeskriminalämtern (LKA) erfassten antisemitisch motivierten Straftaten⁽⁷⁾ seit der Wiedervereinigung gestiegen.⁽⁸⁾ Nach einem ersten vorläufigen Hoch im Jahr 1994, dessen Niveau erst wieder 2000 erreicht wurde, hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im Jahr 2002 1.598 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund registriert.



*Antisemitisch motivierte Straftaten von 1991-2002.
Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz*

Seit 2001 lassen sich die vom Verfassungsschutz erhobenen Daten jedoch nicht direkt mit denen aus den Vorjahren vergleichen, da mit der Einführung des neuen Definitionssystems »Politisch Motivierte Kriminalität« neue Erfassungskriterien angelegt wurden.⁽⁹⁾ Zu bedenken ist weiterhin, dass in den Statistiken des BfV nicht alle Straftaten enthalten sind, die in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind. So weist z. B. der Journalist Andreas Spannbauer darauf hin, dass hierzu (bisher) auch der antisemitisch konnotierte Mord an Marinus Schöberl in Potzlow/Uckermark vom Juli 2002 zählt.⁽¹⁰⁾

In Bezug auf antisemitisch motivierte Gewalttaten liegt Deutschland bisher weit hinter den Zahlen von Ländern wie Frankreich zurück. Dennoch ist auch hier von 2001 (18 Gewaltdelikte) auf 2002 (28 Gewaltdelikte) ein Anstieg um mehr als 50% zu verzeichnen.⁽¹¹⁾ Der größte Teil der antisemitisch motivierten Straftaten besteht weiterhin aus Propaganda- und anderen Delikten, die den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Trotz der gebrochenen Vergleichbarkeit der Daten durch die veränderte Erfassungsgrundlage spricht das Bundesamt allgemein von einem »Anstieg der Aktivitäten antisemitisch eingestellter Personen«.⁽¹²⁾

Die Verfassungsschutzberichte für das Jahr 2003 werden erst im Frühjahr oder Sommer 2004 erscheinen. Gemäß den vorläufigen Quartalszahlen, die der Bundestag veröffentlicht hat, lag im ersten Halbjahr

briefe am 20. Februar verurteilt wird. In der Nacht randaliert er vor dem Haus seines Opfers und richtet in Trunkenheit eine Waffe auf den Mann. Wenige Tage später findet die Polizei bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Skinheads Munition, die unter das Kriegswaffen-Kontrollgesetz fällt. (Ruppiner Anzeiger 1.3.03; Opferperspektive Brandenburg)

Bensheim

Die Gedenkstätte für die in der Reichspogromnacht zerstörte Synagoge wird geschändet. Die Täter versuchen, mit einem Stein eine aus Panzerglas bestehende Scheibe einzuwerfen, hinter der sich ein Bild der Erbauung der Synagoge befindet. Anfang Februar wird die Schändung vom Jugendbündnis gegen Rassismus und der Stadt zur Anzeige gebracht. (www.sdaj-hesse.de, 8.2.03)

München

Mitte Februar wird bekannt, dass zahlreiche Haushalte einen gefälschten Brief erhalten haben, in dem bezogen auf den anstehenden Irak-Krieg Kriegshysterie geschürt und antisemitische Stimmung verbreitet werden soll. In dem Brief, der das Logo der Landeshauptstadt verwendet und die gefälschte Unterschrift des Oberbürgermeisters trägt, heißt es: München drohe der Einsatz einer »schmutzigen Atombombe«, wenn die Stadt nicht auf Mithilfe beim Bau eines jüdischen Kulturzentrums verzichte. (aol-Nachrichten, 14.2.03)

Pirna

Bei einer Anti-Kriegsdemonstration am 22. Februar demonstrieren auch Neonazis, unter ihnen der Aktivist Ronny Thomas und andere aus dem Umfeld des rechts-extremen Klubs »Thor« gegen einen Irak-Krieg. Sie tragen ein antisemitisches Transparent, auf dem u. a. eine Bombe mit der israelischen Fahne abgebildet ist. (Antifa Pirna)

Halle

Bei der wöchentlichen linken Friedensdemonstration mischen sich am 22. Februar auch ca. 60 bekennende Neonazis mit Fahnen und Transparenten unter die Teilnehmer. Sie verteilen Flugblätter, über ein Megafon erschallt die Parole »Massenmord in Palästina – Holocaust durch die Rabbiner!« (Antifa Halle)

Zepernick

Ein makabrer Fund wird der Polizei in Zepernick übergeben. Ein Zeuge hat an einer Hauswand einen etwa 40 Zentimeter langen Knochen gefunden, auf den ein Davidstern geschmiert wurde. Eine pathologische Untersuchung ergibt, dass es sich um einen Oberschenkelknochen einer etwa 40 Jahre alten Frau handelt. Der Knochen war höchstwahrscheinlich einmal vergraben worden. Die Liegezeit des Knochens wird auf rund 60 Jahre geschätzt. Die Polizei ermittelt wegen Verdachts der Volksverhetzung und der Störung der Totenruhe. (ddp/PNN 4.03.03)

Magdeburg

Am 1. März organisieren die »Freien Nationalisten« eine Kundgebung vor der Jüdischen Gemeinde in Magdeburg

gegen die »Volksverbrechen Israels«. Diese Kundgebung wird von Florian Fuhrmann, einem bekannten Anti-Antifa Aktivist aus Magdeburg, angemeldet. Die Antifa organisiert daraufhin eine Gegenkundgebung in der Innenstadt, um auf die antisemitische Hetze der Neonazis hinzuweisen.

(Antifaschistisches Aktionsbündnis Magdeburg, 2. 3. 03)

Anklam

Der »Kameradschaftsbund Anklam« trommelt am 1. März zahlreiche Anhänger von der Insel Usedom, aus Ducherow, Ueckermünde und der Uckermark zu einer Demonstration gegen den Irak-Krieg zusammen. Auf einem Plakat ist zu lesen: »Illuminaten stoppen« oder »Terror ist ein Meister aus USA und Israel« – die anachronistische Drehung eines Celan-Zitats.

(Nordkurier, 3. 3. 03)

Dresden

Auf die Ankündigung der Stadt an die Betreiber des rechtsextremen Jugendklubs »Thor«, den Mietvertrag Ende April 2003 aufzuheben, reagieren anscheinend rechtsextreme Internet-Nutzer am 6. März mit einer Eintragung im Gästebuch des Klubs: »Unsere Antwort ist Auschwitz«. (Antifa Dresden)

Greifswald

Am 8. März marschiert die »Friedensbewegung von NPD und freien Kameradschaften« durch die Stadt. Die Demonstranten brüllen lautstark rechtsextreme und antisemitische Parolen. (Ostseezeitung, 12. 3. 03)

Cottbus

500 Cottbusser gehen am 10. März gegen den Krieg im Irak auf die Straße – mit ihnen demonstrieren »Freie Kameradschaften« unter der Parole »Freiheit für alle Völker«. Bei weiteren Kundgebungen in anderen Orten in der Lausitz nutzen Rechtsextreme mehrfach die Gelegenheit, gegen die USA und Israel zu hetzen. (Lausitzer Rundschau, 11. 3. 03)

Berlin-Charlottenburg

Vier junge, türkisch aussehende Männer schlagen am 23. März auf der Straße den 21-jährigen Rabbi-Studenten Mendel D. aus Detroit, der ihnen nach einem Hochzeitsbesuch in der Jüdischen Gemeinde an der Fasanenstraße begegnet. Danach gehen die vier Männer unbehelligt weiter; kein Passant versucht, die Angreifer aufzuhalten, auch in einer Bar gleich am Tatort will niemand etwas gesehen haben. Es ist bereits die zweite Strafanzeige, die der junge Amerikaner in Berlin erstattet. Dennoch will er sich nicht entmutigen lassen und weitere vier Monate in der Stadt bleiben, sich nicht verstecken und öffentlich seine Kippa tragen. Mendel D. arbeitet in der jüdischen Organisation »Chabad Lubawitsch« an der Augsburgsstraße in Charlottenburg. (Berliner Morgenpost, 25. 3. 03)

Gelsenkirchen

In der Nacht zum 30. März beschmieren unbekannte Täter das Mahnmal für die ehemalige jüdische Synagoge in Gelsenkirchen-Buer mit dem schwarzen Schriftzug »Arbeit macht frei«. (www.juden.de, 31. 3. 03)



Geschändeter jüdischer Friedhof Berlin Weissensee. In der Nacht zum Tag der deutschen Einheit 1999 haben unbekannte Täter 103 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weissensee zerstört. Ein Steinmetz, der den Schaden kostenlos wieder in Ordnung brachte, erhielt kurz darauf Morddrohungen. Sein Steinlager wurde zerstört. Daraufhin sammelte die Amadeu Antonio Stiftung Spenden, um den Schaden zu ersetzen.

Bild: R. Maro/version-foto

2003 die Zahl der Straftaten mit antisemitischem Hintergrund bei 467, darunter 16 Gewaltdelikte.⁽¹³⁾ Zum Vergleich: Im ersten Halbjahr des Vorjahres waren es 444 Straftaten, davon acht Gewaltdelikte.⁽¹⁴⁾ Da zu diesen Zahlen in der Regel Nachmeldungen in größerem Umfang hinzukommen bzw. (in 2002) bereits hinzugekommen sind, können diese Zahlen jedoch nicht direkt mit den Gesamtzahlen aus dem Bundesverfassungsschutzbericht des Vorjahres verglichen werden.

Am Beispiel der Friedhofsschändungen zeigt sich, dass es im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten bereits in den 90er Jahren einen drastischen Anstieg auf durchschnittlich 40 Vorfälle pro Jahr gegeben hat.⁽¹⁵⁾ Einschließlich der Gedenkstätten weist eine Statistik des BfV von 1991 bis 1999 sogar einen jährlichen Schnitt von 56 Schändungen aus.⁽¹⁶⁾ Für die Jahre 2001 und 2002 beziffert das BfV die Zahl der »Störungen der Totenruhe und anderer Formen der Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten« zwar »nur« auf jeweils 30. Diese Zahlen verwirren jedoch in Anbetracht der Tatsache, dass allein der Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2002 von 34 »Vorkommnissen« auf jüdischen Friedhöfen und Gedenkstätten – hauptsächlich in Form von volksverhetzenden Schmierereien – berichtet. Ungeachtet der widersprüchlichen Angaben der Verfassungsschutzämter registrieren die jüdischen Gemeinden weitaus höhere Zahlen.⁽¹⁷⁾

Ein Vergleich der Berichte der Landesämter für Verfassungsschutz⁽¹⁸⁾ aus dem letzten Jahr belegt, dass

Mecklenburg-Vorpommern gleichzeitig das Bundesland ist, das – gemeinsam mit Berlin – den jüngsten Bundestrend maßgeblich bestimmt. Während in einigen anderen Ländern (bspw. Hamburg, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) 2002 die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten im Vergleich zum Vorjahr mehr oder weniger deutlich zurückgegangen ist, haben diese beiden Bundesländer im gleichen Zeitraum einen Anstieg um mehr als 50% zu verzeichnen. In Mecklenburg-Vorpommern ist damit zugleich der Anteil der Straftaten mit antisemitischem Hintergrund an der Gesamtzahl der »Politisch Motivierten Kriminalität – rechts« von 31,4% auf 43% angestiegen. Diese Entwicklung kann nicht allein auf die veränderte Bewertung der Propagandadelikte aus dem letzten Jahr zurückgeführt werden. Der Verfassungsschutz Berlin konstatiert eine Zunahme an volksverhetzenden Drohbriefen und E-Mails, insbesondere an den dort ansässigen Zentralrat der Juden sowie die Jüdische Gemeinde. Das BfV als auch jüdische Einrichtungen weisen in diesem Zusammenhang auf eine weitere Veränderung hin: Wurden solche Schreiben in der Vergangenheit in der Regel anonym versandt, so mehrt sich die Zahl derer, die mit ihrem vollen Namen unterschreiben. Der Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern benennt vor allem mehrere Serien von Friedhofsschändungen als Ursache für den Anstieg. Besonders zu erwähnen sind in diesem Kontext die organisierten Schändungen dreier Gedenkstätten am 24./25. 02. 2002, bei denen die TäterInnen neben Zerstörungen und nazistischen Schmierereien abgetrennte Schweineköpfe hinterlie-



Aus dem Band »Deutschkunde – Karikaturen gegen rechte Gewalt«, fifty-fifty-Edition Düsseldorf, 2002, Seite 39. Karikatur: Mette

ßen – eine besonders abstoßende Form der Entweihung der Grabstätten, die gleichzeitig jeglichen Zweifel an der Motivation der TäterInnen ausräumt.⁽¹⁹⁾ In Berlin ist neben der allgemeinen Zunahme der Straftaten mit antisemitischem Hintergrund ein Anstieg der antisemitisch motivierten Gewalttaten zu verzeichnen, die vor allem im Westteil der Stadt begangen wurden. War es 2002 nur ein gewalttätiges Delikt, so wurden 2001 drei und im Jahr 2003 bereits

Zwickau

In der Nacht vom 20. auf den 21. April werden auf dem jüdischen Friedhof 52 Grabsteine aus ihren Verankerungen gerissen und umgeworfen. Die meisten davon werden beschädigt und sechs der Steine völlig zerstört. Die Polizei vermutet einen Zusammenhang zum Hitlergeburtstag am 20. April. (Initiative Augen auf Zittau, 25. 4. 03)

Chemnitz

Unbekannte schänden ein jüdisches Restaurant, indem sie einen abgeschlagenen Schweinekopf vor die Tür werfen. (Initiative Augen auf Zittau, 25. 4. 03)

Berlin-Kreuzberg

Ende April findet im Hof eines Milli Görüs Moschee- und Kulturhauses am Kottbusser Tor die islamische Buchmesse statt, auf der zahlreiche antisemitische und islamistische Bücher auf Deutsch und Türkisch verkauft werden. (ZDK)

Neustadt/Holstein

Eine antisemitische Schändung des jüdischen Friedhofs wird am 4. Mai entdeckt. Auf einen Grabstein schmierern die Täter mit roter Farbe die Zeichen »CI8« und lassen ein aufgeschlitztes Ferkel zurück. Bereits Ende Mai brüstet sich die neonazistische Organisation »Combat 18 Deutschland« auf ihrer Website mit der Schändung des Friedhofs und übernimmt die Verantwortung für den Anschlag. Die 18 steht für AH - Adolf Hitler, es handelt sich bei Combat 18 um den deutschen Ableger einer rechts-extremen englischen Terrororganisation. Auch Hasstiraden gegen Juden und Drohungen gegen den Bürgermeister, den Landrat und den Staatsanwalt finden sich auf der Internetseite. (Lübecker Nachrichten, 15. 7. 03)

Gotha

Auf dem Hauptfriedhof beschmierern Unbekannte nachts den Obelisken, der im Gräberfeld des Alliiertenhains steht, sowie das Sowjetische Ehrenmal mit Hakenkreuzen und Davidstern. Für Unmut sorgt eine Äußerung des Oberbürgermeisters, wonach die Schändung nicht publik gemacht werden solle. Die Stadt erstattet jedoch Anzeige. (Thüringer Landeszeitung, 8. 5. 03)

Bad-Kreuznach

Zwischen dem 5. und 12. Mai übersteigen Unbekannte den Zaun zum jüdischen Friedhof und sprühen auf acht der 13 Grabsteine mit schwarzem Lack Hakenkreuze, SS-Runen und antisemitische Parolen. Der materielle Schaden beträgt rund 2000 Euro. (Main-Rheiner, 20. 5. 03)

Berlin

Ein 56-jähriger Mann aus Mitte wird am 11. Mai von einer Gruppe ausländischer Jugendlicher in einem Bus angegriffen, mit »Drecksjude« beschimpft und ins Gesicht getreten, weil er einen Davidstern an einer Kette um den Hals trägt. Der Mann wird im Krankenhaus behandelt. (Berliner Zeitung, 13. 5. 03)

Berlin-Mitte

Unbekannte Täter beschädigen das jüdische Mahnmal in der Rosenstraße. Auf der Rückseite der mittleren Skulp-

tur wird ein Stück des Steines auf einer Fläche von 50 mal 50 Zentimetern herausgeschlagen. Der Staatsschutz ermittelt. (ddp, 7. 6. 03)

Hagen

Zeitgleich mit einer Veranstaltung mit Paul Spiegel anlässlich der Ausstellung »Rassismus in Deutschland« marschieren am 3. Juni rund 60 Neonazis aus der Region unter der verhöhnenden Losung »Der Rassismus ist ein Meister aus Israel«. Einer der Redner, ein Mitglied des NRW-Landesvorstands der NPD, skandiert über das Mikro die Parole »Internationale Völkermordzentrale Israel«. (Blick nach rechts, 12. 6. 03)

Berlin-Kreuzberg

Eine Gruppe von etwa 15 Personen betritt am 13. Juni ca. 23.30 Uhr den Heinrichplatz, entrollt ein (unleserliches) Transparent und stoppt den Verkehr. Eine Palästina-Flagge wird geschwungen. Eine Israel-Flagge wird geschwungen. Die Israel-Flagge wird in Brand gesetzt. Die Gruppe skandiert »Solidarität mit Palästina« und »Juden-schweine!«. Von den umliegenden Kneipen am belebten Heinrichplatz sind vereinzelte Protestpfeife zu hören. Die Israel-Flagge verbrennt fast vollständig. Die Gruppe rollt ihr Transparent ein und verschwindet zügig im Dunkeln Richtung Skalitzer Straße, Dauer der Aktion: ca. 5 Minuten. (Gedächtnisprotokoll, ZDK)

Berlin-Wedding

Am Nachmittag des 18. Juni hat der Bildhauer Gunter Demnig drei Messingplatten, so genannte »Stolpersteine«, vor dem Haus in der Badstraße 64 in das Pflaster eingelassen. Solche »Stolpersteine« informieren deutschlandweit an den ehemaligen Wohnorten über die Opfer, ihre wichtigsten Lebensdaten und Schicksale. Am nächsten Vormittag sind die Steine herausgerissen und verschwunden, das Loch ist mit Erde aufgefüllt. »Das ist das erste Mal, dass so etwas passiert«, äußert sich der Bildhauer betroffen. Er hat in Deutschland inzwischen rund 2500 dieser Steine verlegt, etwa 550 davon in Berlin. Der Bürgerverein Luisenstadt e.V., bei dem das Projekt »Stolpersteine« angesiedelt ist, erstattet Anzeige gegen Unbekannt, das Landeskriminalamt ermittelt. Der Projektkoordinator hofft, dass Augenzeugen weiterhelfen« können. (ND, 26. 6. 03)

Zittau

Im Zeitraum zwischen dem 4. und dem 25. Juni verwüsten Unbekannte den jüdischen Friedhof in Zittau. Sie stürzen 31 Grabsteine um und zerstören dabei zehn Grabplatten. 5500 Euro beträgt die Schadenshöhe der Verwüstungen. Die Görlitzer Polizeidirektion leitet die Ermittlungen ein, erwartet jedoch keine schnellen Erfolge, die zur Aufklärung des Vorfalls beitragen könnten. Ein extremistischer Hintergrund wird zwar nicht ausgeschlossen, die Tat könnte aber auch ein »dummer Jungensstreich« gewesen sein, heißt es. (Sächsische Zeitung, 28. 6. 03)

Berlin-Schöneberg

Eine 14-jährige Schülerin wird in einem Linienbus Opfer eines gewalttätigen Übergriffes, weil sie einen Davidstern

bis Juli sechs Gewalttaten bekannt – jüdische Mädchen und Frauen wurden in öffentlichen Verkehrsmitteln wegen des Tragens eines Davidsterns geschlagen und getreten, als jüdisch zu erkennende Männer in der Innenstadt auf hellichter Straße angegriffen.⁽²⁰⁾ Offene und direkte Gewalt gegenüber Jüdinnen und Juden scheint also keine Ausnahme mehr darzustellen.

In Bezug auf die TäterInnen weisen die Verfassungsschutzberichte nur wenige Informationen auf. Allein der Bericht aus Hessen stellt fest, dass die ermittelten TäterInnen 2001 in der Mehrzahl Jugendliche, im Folgejahr dagegen alle Altersklassen vertreten waren; in Berlin verweist der Verfassungsschutz auf einen zunehmenden Anteil an TäterInnen mit ausländischem Hintergrund.⁽²¹⁾ Diese spärlichen Aussagen im Hinblick auf Täterstrukturen erklären sich nicht zuletzt daraus, dass die Aufklärungsquote antisemitischer Straftaten weit unter der Aufklärungsquote von z. B. fremdenfeindlichen Straftaten liegt. Der Brandenburger Verfassungsschutz führt diesen Umstand darauf zurück, dass das Begehen antisemitischer Delikte einen Tabubruch darstelle und daher die TäterInnen weniger öffentlich und planvoller agierten. Doch handelt es sich hierbei wirklich um Einzeltaten einer gesellschaftlich isolierten Minderheit oder können sich die TäterInnen als VollstreckerInnen eines offenen oder versteckten Antisemitismus aus der Bevölkerung empfinden?

Antisemitismus in der Einstellungsforschung

Verschiedene Meinungsumfragen aus den vergangenen Jahren versuchen, Antworten auf diese Frage zu geben. Vorausgeschickt werden soll, dass die einzelnen quantitativen Studien zu unterschiedlichen, sich zum Teil widersprechenden Ergebnissen kommen. Nichtsdestotrotz zeigt schon allein die Anzahl der jüngeren Untersuchungen, welche Aktualität der Antisemitismus in unserer Gesellschaft hat und wie groß der daraus resultierende Handlungsbedarf ist.

Verschiedene methodische und inhaltliche Gründe sprechen jedoch dagegen, die Aussagekraft dieser Studien überzubewerten: Häufig verzichten die UrheberInnen darauf, ihrer Ergebnispräsentation eine Definition des Antisemitismus voranzustellen und seine Operationalisierung durch bestimmte Items⁽²²⁾ ausführlicher zu begründen. Deutlich wird aber dennoch, dass den einzelnen Studien unterschiedliche Auffassungen darüber zu Grunde liegen, was Antisemitismus ist und wie man ihn mit Hilfe einzelner Fragen oder Aussagen erfassen kann. Daraus folgt in einigen Fällen, dass der Erkenntniswert mancher Items durchaus fragwürdig ist, zum Beispiel bei der Frage nach Sympathie respektive Antipathie gegenüber Jüdinnen und Juden⁽²³⁾: Kann von der Antwort, gegenüber »(den) Juden« würde Sympathie empfunden, wirklich auf das Nicht-Vorhandensein antisemitischer Denkstrukturen geschlossen werden? Oder reprodu-

ziert diese Frage nicht vielmehr stereotypisierende Zuschreibungen, die – im Sinne eines »positiven Rassismus« – an philosemitische Haltungen⁽²⁴⁾ rühren? Ebenso legen die VerfasserInnen unterschiedliche Kriterien dafür an, ob einzelne Aussagen, aber auch Einstellungen insgesamt als antisemitisch zu bezeichnen sind. Ist eine Antwort schon dann als Indikator für Antisemitismus zu werten, wenn einem antisemitischen Statement »teilweise« zugestimmt wird, oder erst bei einer »vollständigen« Zustimmung? Bei fünf Punkten auf einer Skala von 1 (»stimme gar nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«), bei sechs oder bei sieben? Ist eine Person schon dann antisemitisch eingestellt, wenn sie einer antisemitischen Aussage zustimmt, oder erst bei fünf von sieben Aussagen oder bei zehn von zehn? In jedem Fall erscheint es gewagt, von nur zwei⁽²⁵⁾ oder auch fünf⁽²⁶⁾ Items eine umfassende Abfrage antisemitischer Einstellungen abzuleiten.⁽²⁷⁾ Außerdem ist zu bezweifeln, dass allein durch die Anonymisierung der erhobenen Daten »objektive« Ergebnisse gewonnen werden. Schließlich befinden sich die Befragten auch in der Interviewsituation nicht außerhalb eines sozialen Raums mit entsprechenden gesellschaftlich vorgegebenen Verhaltenskodizes. Insofern ist es fraglich, ob die Befragten wirklich das sagen, was sie denken, oder ob nicht auch hier der Faktor der sozialen Erwünschtheit zum Tragen kommt. Es ist daher nicht eindeutig, ob selbst indirekte Fragestellungen in der Lage sind, die »Kommunikationslatenz«⁽²⁸⁾ antisemitischer Meinungen aufzubrechen. Trotz dieser (und anderer) Einwände können quantitative Studien aber durchaus Tendenzen aufzeigen und Entwicklungen im Vergleich zu vorangegangenen Jahren verdeutlichen, sofern methodisch eine Vergleichbarkeit mit älteren Erhebungen annähernd gegeben ist. Welche Erkenntnisse lassen sich also der Einstellungsforschung zum Antisemitismus, insbesondere mehreren quantitativen Studien aus den Jahren 2002 und 2003 entnehmen?



Aus dem Band »Deutschkunde – Karikaturen gegen rechte Gewalt«, fifty-fifty-Edition Düsseldorf, 2002, Seite 39
Karikatur: Stuttmann

als Kettenanhänger am Hals trägt. Bei den vier Täterinnen handelt es sich vermutlich um Türkinnen oder Kurdinnen. Als sie den Davidstern-Anhänger bemerken, beleidigen und beschimpfen sie das Mädchen und schlagen auf ihr Opfer ein. An der nächsten Haltestelle flüchten sie. (Berliner Morgenpost, 1. 7. 03)

Norderstedt

Unbekannte Täter zerstören Anfang Juli die Erinnerungstafel an der KZ-Gedenkstätte Wittmoor. Mit Hammer und Meißel schlagen sie die Zahl »6« im Satz: »Wir gedenken der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden«, weg. (Hamburger Abendblatt, 5. 7. 03)

Berlin-Reinickendorf

Zum 1. Juli muss ein koscheres Lebensmittel- und Delikatessengeschäft schließen, das im Mai 2002 als »Israel-Deli« eröffnet wurde. Die lokalen Zeitungen berichteten mehrmals von eingeworfenen Schaufenstern und davon, dass die Autoreifen des Betreibers zerstoßen wurden. Zunächst kamen Angehörige der Neonazi-Szene aus dem Berliner Umland und beschimpften den Besitzer mit »Judensau« und ähnlichen Ausdrücken. Dann fanden sich auch arabisch sprechende Jugendliche ein, die den Gästen immer wieder in das Essen spuckten, so dass niemand mehr dort essen wollte. Von Lebensmittelverkäufen allein kann sich der Laden nicht tragen. Auch die Israel-Fahne wurde abgebrochen. Versuche des Geschäftsinhabers, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, schlugen fehl. Polizeiliche Sicherungs- und Bewachungsmaßnahmen hat der Inhaber abgelehnt. (www.berlin.judentum.de, 7. 8. 03)

Berlin-Prenzlauer Berg

Ein Mieter befestigt zu Beginn des Irak-Krieges eine Israel-Fahne am Fenster seiner Wohnung. Wenige Monate später fordert ihn die Hausverwaltung auf, die Fahne zu entfernen, da diese den Hausfrieden störe. Einige Mieter hätten sich über diese Art der politischen Meinungsäußerung beschwert. Um einer fristlosen Kündigung zuvorzukommen, kündigt er noch am selben Tag den Mietvertrag zum Ende des Monats August 2003. (taz, 15. 7. 03)

Potsdam

Ein 17-jähriger alternativer Jugendlicher wird abends auf der Ernst-Thälmann-Straße von fünf Rechtsradikalen verfolgt. Er wird umringt, mit antisemitischen und fremdenfeindlichen Äußerungen beschimpft und mit einem Messer bedroht. Es gelingt ihm wegzulaufen. (MAZ, 02. 07. 03)

Berlin-Tiergarten

Unbekannte bewerfen das jüdische Mahnmal an der Levetzowstraße am 9. Juli mit Kleinpflastersteinen und beschädigen es. (Berliner Morgenpost 10. 7. 03)

Berlin-Treptow

Am Jugendklub Audio in Johannisthal werden am 14. Juli Hakenkreuze, antisemitische Sprüche und Drohungen gegen den dortigen Sozialarbeiter gesprüht. (Antifa Treptow)

Vaihingen/Enz

In der Nacht vom 22. zum 23. Juli wird der KZ-Friedhof geschändet. Dabei werden Hakenkreuze und SS-Runen auf die Tafeln gesprüht, deren Aufschrift eindeutig der hebräischen Sprache zuzuordnen sind. Schon vor einigen Jahren wurden hier mehr als 130 Grabsteine mit antisemitischen Parolen und Hakenkreuzen besprüht. (Antifa Vaihingen, 4. 8. 03)

Halberstadt

In der KZ-Gedenkstelle Langenstein-Zwieberge in Sachsen-Anhalt werden Hetzplakate gegen Juden geklebt. Bei den insgesamt zehn Plakaten, die am 27. Juli entdeckt werden, handelt es sich um Kopien von Zeitungsseiten aus der Nazi-Zeit. Besucher der einstigen Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald entfernen die Plakate und übergeben sie Verantwortlichen der Gedenkstätte. Die Täter bleiben unentdeckt. (Frankfurter Rundschau, 30. 7. 03)

Löcknitz

Am 29. Juli wird bekannt, dass Unbekannte mit einem schweren Gegenstand auf den jüdischen Gedenkstein eingeschlagen haben. Dabei wird eine größere Ecke vom oberen Teil abgehauen. Dies ist nach Ansicht der Kripo nur mit roher Gewalt möglich; denn das Denkmal besteht aus Granitstein. Weiterhin sind mehrere Einschlagstellen im oberen Teil des Denkmals sichtbar. Auch auf den Stern in der Mitte des Gedenksteines wurde eingehämmert, so dass einige Teile des Sternes nicht mehr erkennbar sind. (Nordkurier, 1. 8. 03)

Ambach

Der Bürgermeister der Gemeinde erfährt Anfang August, dass das Bushäuschen schon seit längerer Zeit beschmiert ist mit deutlich lesbaren Texten mit antisemitischem Inhalt. »Hast Du im Garten eine Eiche stehen, will ich daran einen Juden hängen sehen«, lautet eine der Aufschriften. Eine weitere: »Ein Polizist ist genau so viel wert wie fünf Juden«. Anzeigen oder Beschwerden liegen dem Bürgermeister, der die Schmierereien beseitigen läßt, nicht vor. (Merkur online, 1. 8. 03)

Kassel

Auf einem jüdischen Friedhof im Kasseler Stadtteil Bettenhausen werden Mitte August mehr als 50 Gräber geschändet. Unbekannte Täter stürzen bis zu 900 Kilo schwere Grabsteine um oder lassen angehobene Grabsteinplatten fallen. Es entsteht ein Schaden von etwa 25.000 Euro. (taz, 19. 8. 03)

Vier Wochen später wird gemeldet, dass die Grabschändung teilweise aufgeklärt sei und es sich offenbar nur um »jugendlichen Vandalismus« handeln würde. (AP, 17. 9. 03)

Dessau

Auf dem israelischen Friedhof werden im August drei Grabsteine aus ihrer Verankerung gestemmt. Auf die Reihe regelmäßiger antisemitischer Übergriffe in Sachsen-Anhalt macht das Anti-Diskriminierungs-Büro Sachsen-Anhalt mit Sitz in Dessau aufmerksam. (Mitteldeutsche Zeitung, 16. 9. 03)

Neuere Zahlen zum antisemitischen Einstellungspotenzial

Im Allgemeinen wird auf der Basis verschiedener Untersuchungen von einer Existenz antisemitischer Einstellungen bei etwa 15% bis 20% der deutschen Bevölkerung ausgegangen.⁽²⁹⁾ Aufgrund der oben benannten inhaltlichen und methodischen Unterschiede kommen die einzelnen Studien jedoch zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen, die teilweise auch deutlich unter diesen Zahlen liegen.⁽³⁰⁾ Einige AutorInnen folgern anhand der Daten aus den letzten Jahrzehnten, dass der Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung kontinuierlich abnehme.⁽³¹⁾ Zwei neuere Studien aus dem Jahr 2002, die die Häufigkeit antisemitischer Einstellungen auf etwa 12% beziffern, scheinen diese Gesamttendenz zunächst zu bestätigen.⁽³²⁾ Andere Meinungsumfragen aus den letzten beiden Jahren erbrachten jedoch Ergebnisse, die diesem Trend widersprechen: Im Jahr 2002 beobachteten die Professoren Niedermeyer und Brähler in einer Studie der Universität Leipzig ein deutliches Ansteigen des Antisemitismus im Vergleich zu Zahlen aus den Jahren 1994 und 1998.⁽³³⁾ Ebenso ergab eine Umfrage des Forsa-Institut aus dem Jahr 2003, mit der im Auftrag des Magazins stern eine Erhebung aus dem Jahr 1998 wiederholt wurde, verglichen mit der Referenzstudie ein Anwachsen latenter bis starker antisemitischer Einstellungen von 20% auf 23%.⁽³⁴⁾ Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die auf zehn Jahre angelegte Langzeitstudie des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer, die im Jahr 2003 zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Auch hier war ein leichter Anstieg antisemitischer Einstellungen um fast 2% festzustellen.⁽³⁵⁾ Obwohl, wie oben schon angeführt, der Erkenntniswert dieses Projekts im Hinblick auf antisemitische Haltungen wegen der niedrigen Anzahl abgefragter Items eingeschränkt ist, so kann doch mit Spannung erwartet werden, ob die Ergebnisse der Folgejahre diese Entwicklung weiter bestätigen werden.

Ungeachtet dieser Widersprüche weisen die Umfragen aus den letzten beiden Jahren erschreckende Ergebnisse aus:

- Etwa 23% der befragten Deutschen sind der Meinung, Juden hätten in der deutschen Gesellschaft zu viel Einfluss. Weitere 43,7% halten diese Aussage für »eher nicht« zutreffend⁽³⁶⁾ und ziehen somit in Erwägung, dass an dieser Unterstellung vielleicht doch etwas Wahres dran sein könnte.
- Bis zu 40% glauben, dass der Einfluss von Juden in der Welt zu groß sei, und weitere 21% stimmen dieser Aussage »eher nicht« zu.⁽³⁷⁾
- Insbesondere hinter der US-amerikanischen Politik vermuten nicht wenige Deutsche eine mächtige »jüdischen Lobby« – so waren im Oktober 2002 26% der BundesbürgerInnen davon überzeugt, dass der Einfluss von Juden ein wesentlicher

Grund für die geplante Militärintervention gegen den Irak sei.⁽³⁸⁾

- Etwa 20% der Deutschen sind der Ansicht, »die Juden« hätten Schuld daran, »dass wir so große Weltkonflikte haben«.⁽³⁹⁾
- Gleichzeitig weisen 17,9%⁽⁴⁰⁾ bzw. 29,9%⁽⁴¹⁾ Juden eine Mitschuld an ihrer Verfolgung durch die nicht-jüdische Umwelt zu.

Noch weitaus größer fällt die Zustimmung aus, wenn Indikatoren eines sekundären Antisemitismus abgefragt werden, der traditionelle antisemitische Stereotypen aufgreift und mit neuen Motiven vermischt. Sogar noch höher liegen die Zahlen im Hinblick auf eine weitere neue Form des Antisemitismus, die Israel-Feindlichkeit:

- 54,5% der Befragten in Deutschland meinen, Juden würden den Holocaust zu ihrem Vorteil ausnutzen, und nur 16,6% weisen diese Aussage entschieden zurück.⁽⁴²⁾
- Für 65% ist Israel der Staat, der weltweit die größte Bedrohung für den Frieden darstellt – noch vor Staaten wie dem Iran oder Nordkorea. Damit liegt Deutschland über dem europäischen Durchschnitt von 59%.⁽⁴³⁾

Auch die hohen Werte bei der Abfrage sekundär-antisemitischer Items bestätigen sich im europäischen Vergleich: Während Deutschland in den eingangs angeführten Studien der Anti-Defamation League bei den meisten Items im Mittelfeld liegt, stimmen 58% der Aussage zu, Juden würden immer noch zu viel vom Holocaust sprechen – eine höhere Prozentzahl als in allen anderen Ländern Europas, deren Einwohner von der ADL befragt wurden.⁽⁴⁴⁾

Nicht weniger erschreckend sind zustimmende Statements zu einigen Items aus der Studie des American Jewish Committee vom Oktober 2002, die primär-antisemitische bzw. antijüdische Ressentiments aufgreifen und damit die These in Zweifel ziehen, dass diese Form des Antisemitismus im Aussterben begriffen sei:

- Zwar hängen »nur« 14% der befragten Deutschen dem Glauben an, Juden seien Schuld am Tod Jesu.
- 35% jedoch bekräftigen die Rede von der »jüdischen Rachsucht«.
- Gar 45% schreiben jüdischen Menschen eine übergroße Affinität zu Geld zu.⁽⁴⁵⁾

Einig sind sich die AutorInnen weitgehend darin, dass die Existenz antisemitischer Einstellungen abhängig von Geschlecht und Bildungsgrad ist. So neigen Männer etwas stärker zu antisemitischen Äußerungen als Frauen, und bei Menschen ohne Abitur ist der Antisemitismus sogar deutlich stärker verbreitet als bei Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss.⁽⁴⁶⁾ Uneinig ist sich die Forschung jedoch bei der Frage, ob in West- und Ostdeutschland Differenzen im Hinblick auf die Häufigkeit antisemitischer Meinungen bestehen.

Leegebruch (Oberhavel)

Anfang September schänden Unbekannte das Mahnmal für die Zwangsarbeiter des früheren Konzentrationslagers Sachsenhausen. Vor dem Mahnmal formen sie aus Steinen ein Hakenkreuz. (taz, 4. 10. 03)

Dortmund

Unbekannte haben auf dem jüdischen Friedhof in Dortmund-Wickede Grabsteine umgeworfen und das dort aufgestellte Mahnmal zerstört. Der Friedhof, der heute nur noch aus ein paar wenigen Grabsteinen und einem Mahnmal besteht, soll daran erinnern, dass sich dort einmal ein jüdischer Friedhof befand, der während der Zeit der Nazi-Herrschaft zerstört wurde. (ND, 7. 9. 03)

München

Eine rechtsextreme »Kameradschaft Süd« hat einen Anschlag auf die Baustelle eines jüdischen Gemeindezentrums in der Münchner Stadtmitte geplant. Die Bombe sollte in der Nacht zum 9. November gezündet werden, an dem Tag, an dem im Beisein von Bundespräsident Johannes Rau der Grundstein für das Zentrum gelegt wird. Diese Pläne werden am 11. September bekannt, nachdem bundesweit mehrere Wohnungen verdächtiger Personen durchsucht wurden, so auch in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die Gruppe um den Neonazi Martin Wiese hatte eine Reihe möglicher Anschlagziele auf ihrer Liste, darunter die Münchner Synagoge, Moscheen und eine griechische Schule. In ihrem Visier war auch Bayerns SPD-Spitzenpolitiker Franz Maget. Die Polizei stellt bei der Neonazi-Gruppe 14 Kilo Sprengstoff sicher, darunter 1,7 Kilo hochexplosives TNT. (AFP, 11. 9. 03)

Berlin-Charlottenburg

Zu einer Kundgebung treffen sich am 13. September vor der Gedächtniskirche rund 15 Personen mit Irak- und Palästinafahnen sowie einem großen Transparent mit der Aufschrift »Zionismus ist Faschismus«. Mit der Kundgebung soll gegen Israel sowie gegen die amerikanische Besatzung im Irak demonstriert werden. (www.indymedia.org)

Stäffurt

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr wird der jüdische Friedhof geschändet. Die Verwüstungen werden am 14. September entdeckt. Nach Anschlägen im Frühjahr sowie im Juni sind nun erneut Grabsteine umgestoßen worden und somit alle Gräber verwüstet. Die Polizei schließt einen rechtsradikalen Hintergrund nicht aus, ermittelt aber bislang erfolglos. (Mitteldeutsche Zeitung, 16. 9. 03)

Efringen-Kirchen (Baden/Württemberg)

Unbekannte Täter haben auf dem jüdischen Friedhof den Eingangsbereich und 45 Grabsteine mit Hakenkreuzen sowie den Worten »Heil Hitler« beschmiert. (Badische Zeitung, 17. 9. 03)

Berlin-Kreuzberg

Vier Jugendliche im Alter von 14 und 15 Jahren randalieren am Jüdischen Museum in der Lindenstraße und übersteigen die Mauer zum Garten. (Berliner Zeitung, 22. 9. 03)

Hastedt/Bremen

In unmittelbarer Nähe zum jüdischen Friedhof – bis heute der einzige in Bremen – prangen auf Stromkästen, Zigarettenautomaten und Hauswänden »Juden Raus«-Schriftzüge. NPD-Aufkleber und Republikaner-Sprüche kleben daneben, sofern sie nicht von Hastedter Antifaschisten überklebt wurden. Junge Leute von »solid – sozialistische Jugend« versuchen, Bürger und Institutionen im Osten Bremens auf die antisemitischen Parolen aufmerksam zu machen – ohne große Resonanz. (taz, Bremen, 24. 9. 03)

Berlin-Kreuzberg

Die »Stolpersteine« für das jüdische Ehepaar Aron und Elsbeth Dobkowsky werden am 24. September aus dem Straßenpflaster vor deren ehemaligem Wohnhaus an der Coubièrestraße 16 gerissen. Die Steine waren erst einen Tag vorher aus Anlass des Besuchs der heute 80jährigen Tochter der Ermordeten gelegt worden. Sie reiste zur Einweihung aus Israel an. (Berliner Morgenpost, 24. 9. 03)

Berlin-Mitte

Am 27. September wird das Denkmal in der Rosenstraße mit tiefen Kratzspuren geschändet. Es ist der 1. Tag Rosch haSchana, das jüdische Neujahrsfest. Drei Tage später werden erneut neue Schändungsspuren an den Gesichtern einiger Figuren entdeckt. (haGalil, 27. und 30. 9. 03)

Berlin-Mitte

Auf dem jüdischen Friedhof in der Großen Hamburger Straße weist der Gedenkstein für Moses Mendelssohn neue Schändungsspuren auf. Von dem Grabstein sind zwei Stücke herausgeschlagen. (haGalil, 28. 9. 03)

Alfter

»Unbekannte besudeln Glaubensdenkmäler am Heimatblick«, meldet am 28. September der Bonner Generalanzeiger. Ortsvorsteher und Bürger sind entrüstet nach der Besichtigung der Schmierereien auf und rund um den Judenfriedhof. Steine und Statuen sind mit Lackspray beschmiert – auf dem Zeitungsfoto sind eindeutig große Hakenkreuze zu erkennen. (Bonner Generalanzeiger, 28. 9. 03)

Berlin-Schöneberg

Im Bayrischen Viertel erinnert ein dezentrales Denkmal »Orte des Erinnerns« an die Ausgrenzung, Vertreibung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Der Schaukasten mit den 80 Straßenschildern und einem Stadtplan mit den Straßenführungen von 1933 und 1993 wird in der Nacht zum 28. September zertrümmert. (haGalil, 28. 9. 03)

Dachau

Die Dachauer CSU lehnt Ende September im Stadtrat einen Antrag für eine neue Zufahrt für die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau ab. Jahrelang wurde darüber diskutiert, alle Experten hatten sich für eine neue Straßenführung ausgesprochen. Die Besucher könnten so auf demselben Weg ins Lager gelangen wie damals die Häftlinge. Die CSU stimmt nun dagegen, weil die Anlieger durch den Besucherstrom stark belastet

Aktueller Antisemitismus in Ost und West

Erste Meinungsumfragen in Ostdeutschland nach der Wende widerlegten die Annahme, der staatlich verordnete Antifaschismus der DDR sei wirkungslos geblieben und die fremdenfeindliche Stimmung in den neuen Bundesländern müsse mit hohen Werten in Bezug auf Antisemitismus verbunden sein. Stattdessen zeugten die Umfrageergebnisse von einer weitaus weniger starken Verbreitung antisemitischer Einstellungen im Osten Deutschlands als im Westen.⁽⁴⁷⁾ Im Laufe der neunziger Jahre dann deuteten einige Studien auf eine Angleichung der Werte in Ost und West hin.⁽⁴⁸⁾ Doch wie sieht es gemäß der Einstellungsforschung heute in den alten und neuen Bundesländern aus?

Wenngleich auch bei dieser Frage nicht von einer einheitlichen Forschungslage gesprochen werden kann, so weisen doch mehrere Untersuchungen auf eine gegenläufige Entwicklung hin: Antisemitische Einstellungen scheinen in Westdeutschland nicht nur zuzunehmen, sondern inzwischen sogar häufiger als in Ostdeutschland anzutreffen zu sein. Während eine vom Magazin Der Spiegel in Auftrag gegebene Umfrage von NFO Infratest aus dem Juni 2002 keinen signifikanten Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland gezeigt hat⁽⁴⁹⁾, weisen zwei andere Untersuchungen aus dem Jahr 2002 eine deutlich höhere Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen im Westen Deutschlands aus: Oskar Niedermeyer und Elmar Brähler bescheinigen 14% der Westdeutschen gegenüber 5% der Ostdeutschen antisemitische Einstellungen⁽⁵⁰⁾, und das Sigmund-Freud-Institut zeigt anhand eines Items im Rückgriff auf ältere Daten, dass hier nicht nur im Jahr 2002, sondern bereits 1999 die Werte in Westdeutschland deutlich höher waren.⁽⁵¹⁾ Dieses Ergebnis wird unterstützt von Reinhard Wittenberg und Manuela Schmidt von der Universität Erlangen-Nürnberg, die in einem Vergleich der Studie des American Jewish Committee von 2002 mit einer Referenzstudie des AJC von 1994 bei vier von zehn Variablen statistisch signifikante Unterschiede zwischen Ost und West feststellen. In drei dieser vier Fälle ist das Merkmal in seiner antisemitischen Ausprägung stärker im Westen vorhanden – 1994 war dies sogar bei sechs Items der Fall.⁽⁵²⁾ Und auch eine jüngere Umfrage von emnid aus dem Jahr 2003, die in Kooperation mit der Berliner Morgenpost und dem Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung durchgeführt wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass zum Teil deutlich höhere Werte im Westen vorzufinden sind.⁽⁵³⁾ Interessant sind in diesem Zusammenhang wiederum die Forschungsergebnisse Heitmeyers: War hier noch 2002 zwischen beiden Teilen Deutschlands ein Unterschied von nur einem halben Prozent zu erkennen, so ist dieser in 2003 etwas größer geworden – auch hier liegt Westdeutschland nun um fast ein Prozent vorn.⁽⁵⁴⁾

Doch auch in Bezug auf Ost-West-Unterschiede existieren wiederum abweichende Forschungsergebnisse, die anhand von quantitativen Erhebungen zu dem Schluss kommen, dass der Antisemitismus nicht im Westen, sondern im Osten Deutschlands stärker verbreitet sei. So waren nach einer vergleichenden Studie aus dem Jahr 2000 Brandenburger Jugendliche deutlich stärker antisemitisch eingestellt als ihre AltersgenossInnen aus Nordrhein-Westfalen.⁽⁵⁵⁾ Auch eine weitere Umfrage unter Jugendlichen aus dem Jahr 1997 wies in fast allen der abgefragten 23 Items höhere Werte bei den ostdeutschen Jugendlichen aus.⁽⁵⁶⁾ Wenn man die Erkenntnisse der Tradierungsforschung⁽⁵⁷⁾ ernst nimmt, so ist davon auszugehen, dass eine nicht ausreichend aufgearbeitete Vergangenheit u. a. durch den innerfamiliären Dialog auch antisemitische Denkstrukturen an die nachfolgenden Generationen weitervermittelt. Insofern stellt sich die Frage, ob sich der heutige Antisemitismus in Ost und West in Anbetracht der unterschiedlichen Traditionen im Umgang mit dem Nationalsozialismus und der Shoah in BRD und DDR mit den gleichen Items messen lässt. So legt zum Beispiel die antizionistische Vergangenheit der (Ex-) DDR⁽⁵⁸⁾ den Verdacht nahe, dass sich judenfeindliche Haltungen in Ostdeutschland stärker als im Westen in antiisraelischen Gefühlen ausdrücken könnten. Solche Überlegungen sind bisher in der empirischen Forschung nicht ausreichend berücksichtigt worden; einzelne Umfrageergebnisse sprechen jedoch für diese Vermutung: In der Umfrage von NFO Infratest vom Juni 2002 ist die Prozentzahl derer, die eine Gleichsetzung der israelischen Politik gegenüber den PalästinenserInnen mit der Vernichtungspolitik der NationalsozialistInnen mit Bestimmtheit ablehnen, in Ostdeutschland mit 30% weniger hoch als in Westdeutschland (37%).⁽⁵⁹⁾ Deutlicher wird die Differenz in einer älteren Studie des Soziologen Manfred Brusten: Dort geben jeweils ca. 5% der befragten ost- und westdeutschen Jugendlichen an, Juden unsympathisch zu finden. Wird aber nach dem Verhältnis zu Israelis gefragt, so äußern knapp 20% der westdeutschen Jugendlichen eine Antipathie – unter den ostdeutschen Jugendlichen hingegen etwa 30%.⁽⁶⁰⁾ Festzuhalten bleibt, dass es hier weiterer (auch qualitativer) Vergleichsforschungen bedarf.

Für die Beantwortung der Frage jedoch, wie hoch die Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen in der deutschen Bevölkerung jenseits des Faktors der sozialen Erwünschtheit ausfallen könnte, findet sich ein Indiz in der Umfrage von NFO-Infratest: Demnach glauben 71% der befragten Deutschen, viele Menschen würden sich nicht trauen, ihre wirkliche Meinung über Juden zu sagen – und in diesem Punkt sind sich Ost- und Westdeutsche weitestgehend einig.⁽⁶¹⁾

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die quantitative Forschung zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen innerhalb der deutschen Bevölkerung kaum auf einheitliche Ergebnisse und Schlussfolgerungen stützen kann. So bleibt abzuwarten, ob sich der Trend zu einer stärkeren Verbreitung antisemitischer Meinungen, wie ihn einzelne Studien aus den

würden. Bereits Anfang August äußert Robert Konopka, Abgeordneter der Republikaner in Dachau, in einer Fernsehreportage gegenüber israelischen Journalisten, dass die Gedenkstätte des ehemaligen KZ Dachau geschlossen und möglichst abgerissen werden sollte. »Nach fünfzig Jahren ist der Augenblick gekommen, uns nicht mehr vorzuhalten, dass wir schuldig sind«, so Konopka. Auch mehrere Bürger der Stadt beklagen gegenüber den Journalisten den angeblich schlechten Ruf der Stadt Dachau. (haGalil, 2. 10. 03)

Potsdam

Zwei russisch sprechende Jüdinnen werden am 2. Oktober abends in der Straßenbahn von einem etwa 30-jährigen Mann als »Scheiß-Juden« beschimpft und ins Gesicht geschlagen. (Opferperspektive Brandenburg)

Berlin-Neukölln

Eine Gedenktafel für Heinrich Stahl, bis 1942 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, wird in der Nacht zum 3. Oktober geschändet. Unbekannte Täter verhängen die Erinnerungstafel an der Hauswand und beschmierern die Wand mit zwei etwa 50 Zentimeter hohen Hakenkreuzen. Hinweise auf die Täter gibt es nicht. Der Staatsschutz ermittelt. Heinrich Stahl wurde 1942 im KZ Theresienstadt umgebracht. (taz, 4. 10. 03)

Neuhof

Der CDU-Abgeordnete Martin Hohmann hält bei einer Feierstunde zum 3. Oktober eine Wahlkreis-Rede, die von antisemitischen Anspielungen und Stereotypen durchzogen ist. Im Zusammenhang mit Verbrechen, die während der kommunistischen Revolution in Russland begangen wurden, erklärt er wörtlich: »Mit einer gewissen Berechtigung könne man im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase nach der »Täterschaft der Juden fragen«. Hohmann belegt seiner Ansicht nach, »wie stark und nachhaltig Juden die revolutionäre Bewegung in Russland und den mitteleuropäischen Staaten geprägt haben.« »Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet.« So folgert Hohmann schließlich, weder »die Deutschen, noch die Juden« seien ein »Tätervolk«. Der Beitrag steht zunächst auf der Internetseite der CDU Neuhof, wird dann aber nach kritischen Medienberichten entfernt. Mitte November schließt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Abgeordneten Martin Hohmann aus der Fraktion nach breitem Protest gegen die Äußerungen aus. Redetext unter www.heise.de, 31.10.03)

Gudensberg

Unbekannte schänden den jüdischen Friedhof in der Nähe von Kassel. Sie sprühen mit roter Farbe Hakenkreuze, SS-Symbole und Parolen wie »Sieg Heil«, und »Heil Hitler« auf 42 Grabsteine und das Friedhofstor. (taz, 13. 10. 03)

Ravensbrück

Das Denkmal »Müttergruppe« vor den Toren der Gedenkstätte des ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück, wird in der Nacht zum 12. Oktober geschändet. Eine Mitarbei-

terin entdeckt am Morgen auf dem Weg zur Arbeit die rechtsextremistischen und antisemitischen Parolen. Das Denkmal für die 150 000 weiblichen Häftlinge des KZ zeigt drei Frauen. Auf einer Figur ist der Schriftzug »C 18« zu erkennen, das Zeichen der rechtsextremen Terrorgruppe Combat 18. Um den Hals einer Statue hängt ein Holzschild mit einem durchgestrichenen Davidstern und dem Schriftzug »Tod der ZOG«, eine Abkürzung der Rechtsextremisten für »Zionist Occupied Government«. (Berliner Zeitung, 14. 10. 03)

Berlin-Kladow

Am 15. Oktober wurden mindestens 50 Flugblätter mit antisemitischem Inhalt rund um den Glienicker See verteilt. Auf den Schreibern werden »jüdische Alteigentümer von Seegrundstücken« verunglimpft und beschuldigt, für zwei Giftanschläge vom Sommer des Jahres verantwortlich zu sein. Baumwurzeln in der Nähe des Sees waren mit Gift begossen, ein Badeverbot war verhängt worden. Amsdirektor Moritzen sind keine jüdischen Alteigentümer bekannt, er spricht von antisemitischen Unterstellungen und »übelster Nachrede«. Von den Tätern der Giftanschläge als auch von den Urhebern der Hetzflugblätter fehlt jede Spur. (Berliner Zeitung, 16. 10. 03)

Beeskow

Antisemitische Parolen werden an den Mauern des jüdischen Friedhofs entdeckt. Auf mehreren Grabsteinen haben unbekannte Täter Hakenkreuze und »Sieg Heil«-Parolen geschmiert. (ddp, 16. 10. 03)

Fehrbellin

Am 23. Oktober werden am ehemaligen jüdischen Friedhof rechtsextreme Symbole entdeckt. Unbekannte haben eine Hinweistafel und einen Gedenkstein mit zwei Hakenkreuzen und SS-Zeichen beschmiert. (ND, 25. 10. 03)

Berlin-Mitte

Ein jüdischer Gedenkstein in der Mollstraße wird von Unbekannten mit roter Farbe beschmiert. Der Gedenkstein in einer Grünanlage erinnert an ein Pogrom im Jahre 1510, bei dem 38 Juden ums Leben kamen. (taz, 6. 11. 03)

Berlin-Tiergarten

Das jüdische Mahnmal an der Putzitzbrücke wird erneut geschändet. Unbekannte beschmieren es mit Farbstiften und versuchen, ein Hakenkreuz einzuritzen. (ND, 6. 11. 03)

Extertal-Bösingfeld (NRW)

In der Nacht zum 5. November beschädigen Unbekannte eine jüdische Gedenkstätte, die an die ermordeten jüdischen Bürger von Extertal erinnert. Die Gedenkstätte, die erst noch eingeweiht werden sollte, entstand im Rahmen eines Schülerprojekts. (Jungle World, 20. 11. 03)

Sprockhövel (Ennepe-Ruhr-Kreis)

Das jüdische Mahnmal der Familie Röttgen wird vor der für den 9. November geplanten Einweihung zerstört. Un-

letzten beiden Jahren verzeichnen, in zukünftigen Untersuchungen bestätigen wird. Nichtsdestotrotz hat sich, wie die oben angeführten Auszüge aus neueren Meinungsumfragen sowie die Daten der Verfassungsschutzämter belegen, der Antisemitismus in Deutschland auf einem Niveau eingependelt, das einen dringenden Handlungsbedarf (nicht nur) für die pädagogisch-politische Praxis aufzeigt.

Anmerkungen

- (1) Nachzulesen u.a. in dem vom Simon Wiesenthal Center herausgegebenen Magazin »Response«, Summer 2003, Vol. 24, No 2., S. 2, <http://www.wiesenthal.com/social/pdf/index.cfm?ItemID=-7784> (30. 09. 03)
- (2) vgl. Coordination Forum for Encountering Antisemitism: Antisemitic Trends In 2002, March 2003, <http://www.antisemitism.org.il/english/articles/2002.htm> (04. 09. 03); Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Anti-Semitism and Racism at Tel Aviv University: Antisemitism Worldwide 2002/3, <http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2002-3/general.htm> (28. 07. 2003)
- (3) vgl. taz vom 23. 08. 03
- (4) vgl. Anmerkung 2
- (5) Vortrag von Juliane Wetzel, einer der beiden VerfasserInnen der Studie, auf einer Sitzung der »Task-Force: Education on anti-Semitism« des American Jewish Committee Deutschland am 15.09.2003 in Berlin. Der Umstand, dass der Auftraggeber dieser Studie, das European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC), Zweifel an der Qualität der Untersuchung äußerte und sich deshalb nach langem Zögern gegen eine Veröffentlichung entschied, hat kurz vor dem Redaktionsschluss dieses Bulletins eine öffentliche Diskussion über diesen Schritt und gleichzeitig die Ergebnisse der Studie angestoßen (vgl. bspw. Die Welt vom 02. 12. 03; Süddeutsche Zeitung sowie Die Zeit vom 04. 12. 03).
- (6) vgl. Anti-Defamation League: European Attitudes Towards Jews, Israel and the Palestinian-Israeli Conflict, June 2002, http://www.adl.org/anti_semitism/European_Attitudes.pdf; dies.: European Attitudes Towards Jews. A Five Country Survey, October 2002, http://www.adl.org/anti_semitism/EuropeanAttitudesPoll-10-02.pdf (jeweils 06.10.2003)
- (7) Die Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) verzichten auf die Publikation einer bundeseinheitlichen Begriffsdefinition. Im Berliner Verfassungsschutzbericht 2002 hingegen werden antisemitisch motivierte Straftaten folgendermaßen definiert: »Antisemitisch ist der Teil der Hasskriminalität, der aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wird. Antisemitische Straftaten sind nach der Art ihrer Begehung insbesondere gekennzeichnet durch Diffamierung jüdischer Institutionen und ihrer Vertreter durch Telefonanrufe, anonyme Briefsendungen bzw. E-Mails; Propagieren der sogenannten Auschwitzlüge; Schmierereien oder andere Beschädigungen an jüdischen Mahnmälen, Gedenkstätten, Gräbern.« (vgl. Berliner VS-Bericht 2002, S. 120)
- (8) Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die folgenden Zahlen auf die Verfassungsschutzberichte des Bundes bzw. der Länder aus dem Jahr 2002.
- (9) Auch ein Vergleich der Daten letzten beiden Berichtsjahre ist nur eingeschränkt möglich, da im Jahr 2002 zudem eine Änderung in der Bewertung von Propagandadelikten erfolgte, welche jeweils in den oben angegebenen Zahlen enthalten sind.
- (10) vgl. »Jüdische Allgemeine« vom 21. 03. 2003
- (11) Im Jahr 2000, also vor der Einführung des neuen Definitionssystem, erfasste das BfV 29 Gewaltdelikte mit antisemitischem Hintergrund, was eine deutliche Steigerung gegenüber den vorangegangenen neun Jahren mit durchschnittlich 12 bis 13 Gewalttaten darstellte. – vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Die Bedeutung des Antisemitismus im aktuellen deutschen Rechtsextremismus, 2002, S. 40, <http://www.verfassungsschutz.de/news/antisem.pdf> (07. 03. 2003)
- (12) ebd., S. 38
- (13) vgl. Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht der 42. Sitzung am 7. Mai 2003 (1. Quartal) sowie der 65. Sitzung am 15. Oktober 2003 (2. Quartal)
- (14) vgl. Deutscher Bundestag, Drucksachen 14/8840 vom 22. 04.

- 2002 (1. Quartal) sowie 14/9813 vom 22. 07. 2002 (2. Quartal)
- (15) vgl. Adolf Diamant: Geschändete Jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999, Potsdam 2000, zit. nach Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt/Main 2002, S. 202
- (16) vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Die Bedeutung des Antisemitismus, S. 41
- (17) vgl. bspw. Julius H. Schoeps, »Die Täter kommen aus allen Schichten«, in: Jungle World 14/1999 vom 3. 11. 1999; »Spiegel: Nicht an Zunahme von antisemitischen Straftaten gewöhnen«, epd-Meldung vom 23.08.2001, http://www.epd.de/netz-gegenrechts/01_08_23spiegel.html (17. 11. 2003)
- (18) Bedauerlicherweise differiert die Ausführlichkeit, mit der die antisemitisch motivierten Straftaten dargestellt werden, von Land zu Land stark. Manche Landesämter wie Brandenburg oder Baden-Württemberg verzichten in ihren Berichten sogar ganz drauf, diese gesondert auszuweisen. Ein Vergleich zwischen Ost und West ist daher auf dieser Grundlage nicht möglich, zumal auch die vorliegenden Daten des BfV hierauf keinerlei Rückschlüsse zulassen.
- (19) Im Judentum hat der Friedhof als Ort der Erinnerung und des Gedenkens an die Toten einen besonderen Stellenwert, und gleichzeitig gelten Schweine gemäß der jüdischen Speisegesetze (Kaschrut) als unrein, als nicht kosher.
- (20) vgl. taz vom 2. 12. 2003
- (21) Generell werden antisemitische Straftaten stets der PMK rechts zugeordnet. Nach Auskunft des BfV ist auf Bundesebene in diesem Zusammenhang auch keine Veränderung zu erwarten (Schreiben vom 28. 09. 2003). Eine Ausnahme stellt hier lediglich Nordrhein-Westfalen dar, das in seinem Bericht 2002 15 antisemitisch motivierte Straftaten dem Bereich der Ausländerkriminalität zuweist.
- (22) Fragen bzw. Aussagen mit latent oder manifest antisemitischem Inhalt, deren Zustimmung oder Ablehnung abgefragt wird
- (23) vgl. Manfred Brusten: Wie sympathisch sind uns die Juden? Empirische Anmerkungen zum Antisemitismus aus einem Forschungsprojekt über Einstellungen deutscher Studenten in Ost und West, in: Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 4, Frankfurt/Main 1995, S. 107-129, hier: 109ff.
- (24) zum Philosemitismus vgl. den Beitrag von Horst Gerlich in diesem Bulletin
- (25) Richard Stöss / Oskar Niedermeyer: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremistischer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Freie Universität Berlin 1998 (Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1), <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/rexword.rtf>
- (26) Heitmeyer, Deutsche Zustände, S. 26
- (27) vgl. auch Reinhard Wittenberg / Manuela Schmidt: Antisemitische Einstellungen in Deutschland in den Jahren 1994 und 2002. Ein Vergleich zweier Studien des American Jewish Committee, Berlin, Universität Erlangen-Nürnberg, Universität Erlangen-Nürnberg, Sozialwissenschaftliches Institut, Lehrstuhl für Soziologie (Arbeits- und Diskussionspapiere 4/2003), S. 15 – Zu methodischen Unterschieden und den daraus entstehenden Schwierigkeiten beim Vergleich mehrerer Studien vgl. dies.: Antisemitische Einstellungen in Deutschland zwischen 1994 und 2002. Eine Sekundäranalyse repräsentativer Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 1994, 1996, 1998 und 2002, Ms., Universität Erlangen-Nürnberg 2003, Sozialwissenschaftliches Institut, Lehrstuhl für Soziologie
- (28) Werner Bergmann/Rainer Erb: »Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm«. Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 43/1991, S. 502-519
- (29) vgl. u.a. Bundesamt für Verfassungsschutz: Die Bedeutung des Antisemitismus, S. 6
- (30) So sprachen bspw. Stöss und Niedermeyer 1998 von nur 6% der deutschen Bevölkerung, bei denen antisemitische Einstellungen vorliegen; Wittenberg und Schmidt kommen im Jahr 2002 auf einen Wert von 11,3% (vgl. Stöss / Niedermeyer, a.a.O. S. 11).
- (31) vgl. bspw. Werner Bergmann / Rainer Erb: Antisemitismus in Deutschland 1945-1996, in: Wolfgang Benz / Werner Bergmann (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg i.B. 1997, S. 397-343; Wittenberg / Schmidt, Antisemitische Einstellungen in Deutschland zwischen 1994 und 2002, S. 24 – Diese Aussagen beziehen sich für die Zeit vor 1990 ausschließlich auf Westdeutschland, da in der

bekannte brechen die noch verhüllte, in eine Mauer eingelassene 1,60 Meter hohe Metalltafel ab. (WAZ, 10. 11. 03)

Neuhof

Ein selbst hergestelltes großes Plakat mit antisemitischem Inhalt stellen unbekannte Täter im Heimatort von Martin Hohmann in der Nacht des 15. November auf. (Fuldainfo 17. 11. 03)

Löcknitz

Unbekannte beschädigen in der Nacht zum 17. November das jüdische Denkmal im Landkreis Uecker-Randow schwer. Die Ecken werden abgeschlagen, religiöse Symbole zerstört und die niedergelegten Kränze in entfernte Anpflanzungen geworfen. Der Gedenkstein war erst kurz zuvor nach seiner Instandsetzung wieder auf seinem alten Platz aufgestellt worden. (Ostseezeitung, 18. 11. 03)

Berlin-Tiergarten

Das jüdische Mahnmal an der Putzitzbrücke wird erneut geschändet. Polizeibeamte entdecken am 18. November Schäden an mehreren Kränzen, die im Gedenken an die Pogromnacht niedergelegt worden waren. (Berliner Morgenpost, 19. 11. 03)

Berlin-Mitte

Tagesspiegel-Mitarbeiter entdecken am 19. November Hetzsprüche und antijüdische Parolen in unmittelbarer Nähe des im Bau befindlichen Holocaustmahnmals an der Ebertstraße in Mitte an zwei Stromkästen und einem Bauschild direkt neben dem Denkmalgelände. Die Schrift zeigt in allen drei Fällen in Richtung des Tiergartens und ist deshalb von Passanten in der neu angelegten Allee gut zu sehen. Im einzelnen steht dort: »BRD Jüdische Gesinnungsdiktatur« an einem Bauschild, »Journalisten Hilfsjuden« und »Radio TV Judenfunk«. Die zehn Zentimeter hohen Buchstaben sind mit Filzstift in rot und schwarz geschrieben. Wegen des Schutzanstriches gegen befürchtete Schmierereien am Mahnmal selbst hatte es in den vergangenen Wochen heftigen Streit gegeben. Die Produktion der Betonstelen des Denkmals für die ermordeten Juden war zwischenzeitlich gestoppt worden, da es innerhalb des Stiftungskuratoriums Auseinandersetzungen um den Einsatz eines Anti-Graffiti-Mittels der Firma Degussa gab. Kuratoriumsmitglied Alexander Brenner, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, hatte sich bis zuletzt dafür eingesetzt, Degussa vom Bau auszuschließen. Die Degesch, eine Tochter der Firma Degussa, hatte in der NS-Zeit das Gift Zyklon B vertrieben, mit dem Millionen Juden in Konzentrationslagern ermordet wurden. (Tagesspiegel, 20. 11. 03)

Hagen

Die Hagener Synagoge und das jüdische Gemeindehaus werden am 21. November von Unbekannten massiv mit antisemitischen, aber auch antiamerikanischen Parolen beschmiert. Die Polizei geht davon aus, dass die Täter nicht aus der Neo-Nazi-Szene stammen. Noch in der Vorwoche sei die Sicherheitslage überprüft worden. Ab sofort werde die Synagoge wieder rund um die Uhr von einer mobilen Wache geschützt, wie bereits in den Jahren zuvor. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 24. 11. 03)

Berlin

Jährlich demonstrieren in Berlin am letzten Samstag des Ramadan, dem so genannten »Al Quds Tag« (Jerusalem-Tag), rund Tausend Islamisten aus ganz Deutschland sowie Anhänger der militanten Hisbullah und fordern die »Zerschlagung und Vernichtung des zionistischen Staates«. Erstmals haben Politiker, Künstler und Professoren gegen die Demonstration protestiert. Die Berliner Polizei allerdings sieht keine Handhabe, die Demonstration zu verbieten, schließlich seien »keine schweren Straftaten« zu erwarten. So protestieren tausend Muslime aus verschiedenen Teilen Deutschlands am 22. November für die »Befreiung Palästinas und Jerusalems«. Die gegen die israelische »Besatzungspolitik« gerichtete Demonstration verläuft trotz der strengen Auflagen nicht ohne Zwischenfälle. Zu Beginn des Aufmarsches wird ein Demonstrant festgenommen, weil er ein Schild bei sich trägt mit der Aufschrift »Juden sind Mörder«. Weitere 30 bis 40 Schilder werden beschlagnahmt. Demonstranten geben in Befragungen antisemitische Parolen von sich wie »Tod allen Juden« und sprechen vom zionistischen Komplott gegen die islamische Welt. (Frankfurter Rundschau; taz, 24. 11. 03)

Vlotho (Kreis Herford)

Das Bielefelder Amtsgericht beschlagnahmt am 25. November die September/Okttober-Ausgabe der Zeitschrift »Stimme des Gewissens«, die die Vernichtung der europäischen Juden während der NS-Zeit als Lüge bezeichnet hatte. Gegen den Redakteur aus dem niedersächsischen Rothenburg/Wümme und die Herausgeberin soll nun wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelt werden. Ebenfalls beschlagnahmt wurden Adresslisten der Abonnenten und Computer. Die Auflage der Zeitschrift wird auf 2.500 Exemplare geschätzt. Es handelt sich bei der »Stimme des Gewissens« um eine von dem Verein »Collegium Humanum e.V.« herausgegebene Zeitschrift. Der Verein betreibt in Vlotho eine Bildungsstätte, die seit Jahrzehnten auch von Rechtsextremisten unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung genutzt wird. (NRW News, 25. 11. 03)

Berlin-Kreuzberg

Aus einer Gruppe von rund 20 Jugendlichen pöbeln am 27. November drei junge Ausländer einen 24-jährigen Mann an und beleidigen ihn, weil er eine jüdische Kippa trägt. Der Mann kann in eine Erste-Hilfe-Station flüchten. Bevor die von dort aus alarmierten Beamten eintreffen löst sich die jugendliche Gruppe auf. (epd, 27. 11. 03)

Weitere Chroniken gibt es unter:

www.haGalil.de für das Jahr 2000

www.apabiz.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. für die Jahre 2001 und 2002

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

DDR nur wenige Versuche unternommen wurden, die Verbreitung von politischen Einstellungen innerhalb der Bevölkerung quantitativ zu messen. Die Ergebnisse vereinzelt durchgeführter Umfragen sind zum Teil bis heute nicht öffentlich zugänglich. (vgl. Bergmann/Erb, a.a.O., S. 397.)

- (32) vgl. Wittenberg / Schmidt, Antisemitische Einstellungen in Deutschland in den Jahren 1994 und 2002, S. 6; Heitmeyer, a.a.O.; Wilhelm Heitmeyer et al.: Feindselige Mentalitäten. Zustandsbeschreibungen zur angetasteten Würde von Menschen in Deutschland. Auszüge aus dem GMF-Survey 2002 und dem Suhrkamp-Band »Deutsche Zustände«, Bielefeld 2002, S. 2, www.uni-bielefeld.de/ikg/downloads/feindselige-mentalitaeten_de.pdf (08.03.2003)
- (33) vgl. Oskar Niedermeyer / Elmar Brähler: Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002, S. 8ff., http://www.uni-leipzig.de/~medpsy/pdf/presse_rechtsextrem.pdf (04.03.2003)
- (34) vgl. stern Nr. 48 / 20.11.2003 sowie <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=10&kat=10&artikelid=804> (21.11.2003)
- (35) vgl. Universität Bielefeld, Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Eine Langzeituntersuchung. Die theoretische Konzeption, Ausmaße und Trends in 2002 und 2003 (Text zur Pressekonferenz am 11.12.2003 in Berlin; Vorstellung des GMF-Surveys 2003 der Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer)
- (36) vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt/Main 2003, S. 21
- (37) vgl. American Jewish Committee in Deutschland: Die Einstellungen der Deutschen zu Juden, dem Holocaust und den USA, Berlin 2002, S. 43
- (38) vgl. ebd., S. 79
- (39) vgl. Elmar Brähler / Horst-Eberhard Richter: Politische Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Frankfurt/Main 2002, S. 17, <http://www.sfi-frankfurt.de/download/politeinst.pdf> (06.09.2003)
- (40) Heitmeyer, Deutsche Zustände. Folge 2, S. 21
- (41) So das Ergebnis einer Umfrage aus dem Juni 2002, die NFO Infratest im Auftrag des Magazin »Der Spiegel« durchgeführt hat. Einzelne Ergebnisse wurden im Spiegel 24/2002 veröffentlicht; die vollständigen Umfrageergebnisse liegen der Verfasserin vor.
- (42) vgl. Universität Bielefeld, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (2003), S. 12
- (43) vgl. European Commission: Flash Eurobarometer 151. »Iraq and Peace in the World«, November 2002, S. 78ff., europa.eu.int/comm/external_relations/iraq/doc/fl151_iraq_full_report.pdf - (07.11.2003)
- (44) Anti-Defamation League, a.a.O., S. 19
- (45) vgl. American Jewish Committee, a.a.O., S. 44ff.
- (46) Auch hier kann jedoch die Frage gestellt werden, ob in besser gebildeten Kreisen nicht einfach nur mehr Rücksicht auf die so genannte »Political Correctness« genommen wird.
- (47) vgl. bspw. Reinhard Wittenberg / Bernhard Prosch / Martin Abraham (1991): Struktur und Ausmaß des Antisemitismus in der ehemaligen DDR. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter Erwachsenen und einer regional begrenzten schriftlichen Befragung unter Jugendlichen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung Bd. 4, S. 88-106; Spiegel Spezial Nr. 2/1992 so z.B. Falter 2000, nach Niedermeyer / Brähler, a.a.O., S. 10 u. 13; Stöss / Niedermeyer, a.a.O., S. 11
- (48) vgl. Anmerkung 41
- (49) Niedermeyer / Brähler, a.a.O., S. 19f.
- (50) vgl. Brähler / Richter, a.a.O., S. 2 – Der Aussage »Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind« stimmten 1999 18% der befragten Ost- und 31% der Westdeutschen zu, 2002 waren es 20% bzw. 37%. Dem Papier des Instituts ist jedoch nicht zu entnehmen, woher die Daten von 1999 entnommen sind.
- (51) Wittenberg / Schmidt, Antisemitische Einstellungen in Deutschland in den Jahren 1994 und 2002, S. 14
- (52) Die Umfrageergebnisse können im Internet heruntergeladen werden unter http://www.welt.de/download/umfrage_politik.pdf (10.11.2003).
- (53) vgl. vgl. Universität Bielefeld, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (2003), S. 7
- (54) vgl. Dietmar Sturzbecher / Ronald Freytag (Hg.) (2000): Antisemitismus unter Jugendlichen. Fakten, Erklärungen, Unterrichtsbausteine, Göttingen / Bern/ Toronto/ Seattle
- (55) vgl. Wolfgang Frindte / Friedrich Funke / Susanne Jacob: Neue alte Mythen über Juden: Ein Forschungsbericht, 1997,
- (56)

<http://www.hagalil.com/deutschland/rechts/antisem3.htm> (04.03.2003) - Die AutorInnen äußern jedoch gleichzeitig die Vermutung, dass die Jugendlichen in den neuen Bundesländern möglicherweise nur zurückhaltender bei der öffentlichen Verlautbarung antisemitischer Äußerungen sein könnten (vgl. ebd.).

(57) vgl. bspw. Gabriele Rosenthal (Hrsg.): Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern, Gießen 1997; Harald Welzer et al.: »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/Main 2002

(58) vgl. hierzu den Beitrag von Heike Radvan in diesem Bulletin

(59) vgl. Anmerkung 38

(60) Brusten, a.a.O. - Unabhängig vom Ost-West-Vergleich empfinden die Deutschen im europäischen Vergleich (mit Frankreich, Großbritannien und Italien) gegenüber dem Staat Israel am wenigsten Sympathie (vgl. Market & Opinion Research International: What Europeans Really Think about America – and the Future of the European Union, London 2003, www.mori.com/pubinfo/pdf/rmw-nally.pdf; 04.09.2003).

(61) vgl. Anmerkung 41

Kulturelle Codes des Antisemitismus in der Jugendkultur

Interview mit Anke Zeuner und Ralf Fischer

Simone Rafael

Anke Zeuner arbeitet bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, **Ralf Fischer** ist freier Journalist aus Berlin.

Bulletin: Antisemitismus in der Jugendkultur – wie und wo kommt er vor?

Anke Zeuner: Wenn wir im Rahmen unserer Beratungstätigkeit zu Schulen oder Jugendclubs gerufen werden, begegnet uns Antisemitismus am häufigsten in sehr heruntergebrochener Form. Also: Keine komplex ideologisch begründeten Statements, keine logischen Schlussfolgerungen, sondern platte Äußerungen, meist in Form von Schimpfworten: »Du Jude«, »Du Judenknecht«, »Du Rabbi«, »Du Judenschlampe« gegenüber Mädchen.



Graffiti in Berlin-Pankow, Winter 2002/2003.

Ralf Fischer: Diese Schimpfworte werden als Herabwürdigung benutzt – wie etwa bisher alternative Jugendliche oft als »Zecken« bezeichnet wurden.

Bulletin: Was sind das für Jugendliche, die solche Schimpfworte benutzen?

Anke Zeuner: Das Erschreckende ist, dass es neben rechtsextremen Jugendlichen vor allem auch sich als unpolitisch verstehende Jugendliche sind, die die Ausdrücke gedankenlos benutzen. Das kommt an Haupt- und Realschulen genauso vor wie an Gymnasien, und gehört dort zum normalen Alltagsgebrauch.

Bulletin: Wie kommt es, dass solche Schimpfworte Mode werden?

Anke Zeuner: Ein Grund ist, dass rechtsextreme Jugendkultur sich immer mehr ausdifferenziert und damit mehr in die allgemeine Jugendkultur hineinwirken kann. So können Rechtsextreme auch solche Worte etablieren – das ist eine gezielte Strategie. Letztendlich

muss es aber auch eine Grundlage geben bei den Jugendlichen, die es erlaubt, solche Worte in diesem Sinn zu verwenden. Die kommt aus der Gesellschaft.

Bulletin: Inwiefern?

Ralf Fischer: Antisemitismus ist ja nicht aus der deutschen Gesellschaft verschwunden, er hat sich nach 1945 nur neue Ausdrucksformen gesucht.

Anke Zeuner: Und viele subtile Formen des Antisemitismus werden von der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen.

Bulletin: Was wären hierfür Beispiele?

Anke Zeuner: Etwa, wenn geschichtspolitische Debatten abgewehrt werden mit dem Argument, der Holocaust solle doch kein Thema mehr sein, er sei jetzt schon so lange vorbei.

Ralf Fischer: Antisemitismus äußert sich z. B. auch auf der Ebene der Sticheleien, der ständigen Kontrolle, der Besserwisserie. Etwa, wenn Menschen argumentieren, sie seien ja keine Antisemiten, sondern hätten nur ein Problem mit dem Auftreten der Juden in Deutschland und würden ihnen raten wollen, wenn sie anders auftreten würden, würde ihnen weniger Antisemitismus entgegenschlagen.

Bulletin: Dann spiegelt der Antisemitismus von Jugendlichen den in der Gesellschaft vorhandenen Antisemitismus?

Ralf Fischer: Die Jugendlichen bekommen mit, dass die Älteren gegen Juden und gegen Israel eingestellt sind und dafür ganz viele eingängige Argumente haben. Sie sind ja auch noch nicht in Political Correctness-Diskursen gefangen und damit risikobereiter. Also agieren sie offener und aggressiver antisemitisch und können sich dabei gesellschaftlich legitimiert fühlen. Manche schimpfen »Du Jude«, andere sprechen dem israelischen Staat das Existenzrecht ab, und das steigert sich bei manchen muslimischen und rechtsex-

tremen Jugendlichen bis zur Gewalt: zum Schänden jüdische Friedhöfe, Verbrennen von Israelfahnen, Angriffen auf Juden oder jüdische Geschäfte. Die Älteren reden meistens darüber, während es Jugendliche und junge Erwachsene ausleben.

Bulletin: Das ist natürlich die schlimmste Steigerung. Wie erscheint Antisemitismus grundsätzlich in der rechtsextremen Jugendkultur?

Ralf Fischer: Die Rechtsextremen verbrämen ihren Antisemitismus nicht so sehr wie die Mehrheitsgesellschaft. Sie reden offener und agitieren sehr häufig gezielt gegen »die Juden«. Sie beleidigen, bedrohen, machen klar, dass Juden in Deutschland nicht willkommen sind – so z. B. mit offener Agitation gegen die Repräsentanten der Jüdischen Gemeinde. Der Sprengstoff-Fund in München im September 2003 zeigte ja zuletzt, dass die Rechtsextremen nicht zurückschrecken, diesen Drohungen auch Taten folgen zu lassen. Die Kameradschaft Süd wollte damit das jüdische Gemeindezentrum in München angreifen – als Fanal – am 9. November.

Anke Zeuner: In der rechtsextremen Jugendkultur gibt es eine klare antisemitische Symbolik, z. B. T-Shirts mit durchgestrichenem Davidstern darauf, Sticker mit der Aufschrift »Gegen Nasen«, die sich auf das Klischeebild des jüdischen Äußeren beziehen.

Ralf Fischer: Die Folgen der derzeitigen Situation in Deutschland sind ja sehr deutlich. Die kulturellen Codes der jüdischen Religion, wie z. B. der Davidstern und die Kippa, sind im Straßenbild kaum noch sichtbar – weil die Angehörigen der jüdischen Community ruhig und sicher leben wollen und das Gefühl haben, dass sie das nur können, wenn sie ihre Religionszugehörigkeit nicht offen zeigen.

Bulletin: Haben sich antisemitische Äußerungen unter Jugendlichen in letzter Zeit verstärkt?

Ralf Fischer: Die Jugendkultur reflektiert die gesellschaftliche Entwicklung, und insgesamt haben antisemitische Äußerungen seit der Wiedervereinigung zugenommen, seit dem 11. September 2001 und dem Irak-Krieg 2003 auch verquickt mit Antiamerikanismus. Das findet natürlich auch Ausdruck in der Jugendkultur, etwa auf den Transparenten, die Migrantenjugendliche auf den Friedensdemonstrationen gegen den Irak-Krieg trugen. So z. B.: »Israel – kleiner Satan. USA – großer Satan«.

Anke Zeuner: Auch bei den Rechtsextremen hat das Thema Antisemitismus seit dem 11. September einen zentralen Stellenwert gewonnen. Die Rechten wollen ja in die Gesellschaft hineinwirken, und Antisemitismus ist derzeit ein guter Anknüpfungspunkt.

Bulletin: Wie äußert sich das?

Anke Zeuner: Heute melden zum Beispiel die Rechtsextremen Demonstrationen gegen Israel oder



Während einer Pro-Palästina-Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin, April 2003. Obwohl bei jedem Krieg und auch auf israelischer Seite Kinder umkommen, wird vor allem Israel mit dieser Anklage belegt.



Im Katalog des Deutsche-Stimme Verlages der NPD finden sich Propagandasprüche aus der Nazizeit gepaart mit antisemitischen Darstellungen. Die entstellte Physiognomie Bundeskanzler Schröders als Repräsentant des verhassten »Systems« lässt sich mit einiger Phantasie herauslesen, natürlich mit »Judennase«.

gegen den Irak-Krieg an, was bei ihnen immer einen antisemitischen Hintergrund hat. Das war etwa Mitte der neunziger Jahre noch nicht der Fall. Im Straßenbild nehmen explizite rechtsextreme Schmierereien zu wie »Juden raus«. Auch die rechtsextremen Zeitschriften publizieren mehr zum Thema.

Bulletin: Wie ist das in anderen jugendlichen Subkulturen? Gibt es welche, in denen Antisemitismus ein besonders großes Thema ist?

Ralf Fischer: Wie in der Gesellschaft kann man fast in jeder Subkultur antizionistische und/oder antisemitische Vorurteile finden. Es gibt allerdings einige, in denen sie offen nach außen getragen werden, um eine Wirkung zu erzielen.

Etwa im HipHop: Es gibt viele Rapper, die sich mit den Theorien der Illuminaten auseinander setzen. Die vermitteln ein personalisiertes Verständnis von Gesellschaft: Einige wenige Menschen haben die Herrschaft über die Welt unter sich aufgeteilt. Und das, so das Klischee, müssen ja zwangsläufig Juden sein. Aus-



An einer Hauswand in Berlin, 2003.

druck findet das in Rap-Texten, aber auch in Schmierereien im Graffiti-Hip-Hop-Style, die Juden als Feinde deklarieren. In Berlin gibt es z. B. Sprayer, die den Slogan »Judenbrut« oder »Fuck Sharon and Bush« sprühen – um ihrem irrationalen Wahnbild Ausdruck zu verleihen.

Auch in der Black Metal-Szene wird Antisemitismus offen ausgesprochen – das ist allerdings auch eine logische Konsequenz, weil die extreme Rechte diese Subkultur teilweise erfolgreich unterwandert hat. Zu neonazistischen Ideen gehört natürlich auch der eliminatorische Antisemitismus. Und der NS-Black Metal ist kein Randphänomen innerhalb der Metalszene!

Bulletin: Gibt es auch Antisemitismus in der linken Szene?

Ralf Fischer: In der linken Szene gibt es in der Regel eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit Deutschlands. Weit verbreitet in der deutschen Linken sind allerdings Kritik am Staat Israel und Kritik an Amerika. Oft handelt es sich aber dabei nicht um differenzierte Kritik, sondern um Stereotype und Chiffren, die meist antizionistische und/oder antiamerikanische Ressentiments ausdrücken.

Bulletin: Was wären Beispiele für solche problematischen Chiffren?

Ralf Fischer: Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Gleichsetzung des derzeitigen Präsidenten von Israel, Ariel Sharon, mit dem »Führer« des Dritten Reiches, Adolf Hitler. Ein Vergleich, der auch gern auf den derzeitigen amerikanischen Präsidenten angewandt wird. In die gleiche Richtung geht der Versuch, Parallelen zwischen dem Staat Israel und NS-Deutschland zu halluzinieren. Außerdem wird innerhalb der deutschen Linken gern die Einmaligkeit der Verbrechen des Nationalsozialismus negiert, indem sie auf die heutigen Verhältnisse projiziert werden – eine Taktik, um sich nicht wirklich mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen und die eigenen Ressentiments weiter kultivieren zu können. Dann wird den anglo-amerikanischen Interventionstruppen im Irak vorgeworfen, der »deutschen Wehrmacht in nichts nachzustehen«, und nicht wenige wünschten der US-Armee ein »Stalingrad in Bagdad«.

Bulletin: Wenn es Antisemitismus überall gibt, versteckt und offen, ist die Frage umso drängender: Was tun?

Anke Zeuner: Der erste Schritt muss sein, ein gesellschaftliches Bewusstsein für Antisemitismus zu wecken. Denn Antisemitismus wird oft als Randphänomen wahrgenommen, als Einzelmeldung in der Zeitung über Friedhofsschändungen oder Übergriffe. Der alltägliche Antisemitismus wird oft überhaupt nicht erkannt. Deshalb ist es wichtig, Multiplikatoren, Lehrer und Sozialarbeiter zu sensibilisieren, ihnen klarzumachen, wie facettenreich Antisemitismus auftreten kann – und dass sie sich dazu positionieren müssen.

Genauso, wie sie es tun, wenn ein Jugendlicher rassistische Sprüche macht.

Konkret kann das heißen: Wenn ein Jugendlicher »Du Jude« schimpft, sollte das thematisiert und hinterfragt werden. Warum benutzt er dieses Wort? Was verbindet er damit? Ein Einstieg in die Debatte – welcher politische Hintergrund ist mitgedacht, wo können Vorurteile verändert werden?

Ralf Fischer: Grundsätzlich müsste es mehr Aufklärung geben: über Juden und das Judentum allgemein, über die heute noch spürbaren Folgen der Shoah – dass es heutzutage kaum noch jüdisches Leben in Deutschland gibt. Wichtig wäre zudem eine stärkere und andere Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte – zum einen in den Familien, zum anderen auch in den Schulen. Es darf nicht der Eindruck geweckt werden, Deutschland habe sich seit der Zeit des Nationalsozialismus so vorbildlich geändert, dass es jetzt ein demokratisches Land ist, in dem es keinen Antisemitismus mehr gibt. Dazu kommt noch eine weitere nicht zu vergessene Tatsache: Es gibt einen aufklärungsresistenten Antisemitismus, der gegen jegliche logische Argumentation immun ist. Dem gegenüber muss sich die gesamte Gesellschaft offensiv positionieren.



In Berlin fand im April 2002 eine Demonstration mit etwa 1500 Teilnehmern unter dem Motto »Solidarität mit Israel« statt. Daran nahmen auch linke, antideutsche Gruppen teil, bzw. riefen dazu auf. Sie bezeichnen sich selbst als Antideutsche und grenzen sich bewusst von Antisemitismus und Antiamerikanismus in der Linken ab.

Europa hat eine tolle Kultur, wir aber auch!

Interview zum Antiamerikanismus in Deutschland mit Dr. Jeffrey Gedmin

Simone Rafael und Herbert Weber



Dr. Jeffrey Gedmin ist Direktor des Aspen Instituts Berlin für transatlantische Beziehungen und publiziert in deutschen und amerikanischen Zeitungen über die Politik der USA und die Beziehungen zu Europa.

Bulletin: Sie leben seit zwei Jahren in Berlin. Hat sich seitdem das Leben in Deutschland für Sie verändert?

Jeff Gedmin: Ich lebe gern in Berlin und erfahre Deutschland als gastfreundliches, offenes Land. Doch in den letzten zwölf Monaten hat sich für mich viel geändert. Ich habe den Krieg im Irak von Anfang an bei Fernsehauftritten und in Zeitungsartikeln unterstützt. Seitdem bekomme ich viel hasserfüllte Post.

Bulletin: Hatten Sie schon vorher Erlebnisse mit Antiamerikanismus?

Jeff Gedmin: Da sind wir bei der wichtigen Frage: Was ist Antiamerikanismus? Eine intelligente, begabte Schülerin aus Deutschland sagte einmal zu mir: »Jeff, das muss für dich ja etwas ganz Besonderes sein, dass du hier in Deutschland echten Kaffee trinken kannst.« Und ich hab' gefragt, »Was meinst du mit echtem Kaffee?« Sie antwortete: »Ihr trinkt doch zuhause immer Instant Coffee.« Man kann ja durchaus behaupten, dass der deutsche Kaffee besser ist, aber Instant Coffee? Ein dummes Beispiel, unwichtig, als Vorurteil harmlos. Aber es sagt: Wir Deutschen oder Europäer haben eigentlich eine bessere Kultur.

Bulletin: Das ist aber kein Beispiel für Antiamerikanismus, oder?

Jeff Gedmin: Wissen Sie, für mich drückt sich darin etwas aus. In Europa denken viele: die Amerikaner sollen und müssen stark sein, in der Politik, auch in der Wirtschaft. Aber kulturell sind wir die Nummer eins: Das alte Europa mit seiner Kunst, Musik, Literatur, dass ja auch keine Todesstrafe hat... Vielleicht übertreibe ich.

Bulletin: Also zeigt so ein oberflächliches Amerika-Bild eine antiamerikanische Einstellung?

Jeff Gedmin: Lesen Sie mal jede Woche den Spiegel, den stern, schalten sie jeden Abend die ARD ein, dann kommen sie auf die Idee, Amerika hat eine oberflächliche oder überhaupt keine Kultur – nur Disneyland und Burger King. Und das stimmt einfach nicht. Europa hat eine tolle Kultur, aber wir auch!

Bulletin: Ist die Berichterstattung über Amerika zu einseitig?

Jeff Gedmin: Dass positive Dinge über die Politik der USA berichtet werden, das gibt es fast gar nicht. Es heißt immer: »Ich liebe Amerika, aber dieser George W. Bush – ein Verbrecher.« Und die Hände beginnen zu zittern. Ich habe das Gefühl, dass das vielleicht nicht allein mit George W. Bush zu tun hat.

Bulletin: Aber gibt es nicht auch viele Deutsche, die eine gute Meinung von Amerika haben?

Jeff Gedmin: Ja, aber es ist eine Minderheit. Seit dem Krieg im Irak bekomme ich wöchentlich Hunderte von Emails. Ungefähr zehn Prozent äußern sich positiv. Sechzig Prozent sind sehr kritisch, aber anständig und fair. Dreißig Prozent sind absolut antiamerikanisch, absolut antisemitisch.

Bulletin: Beides?

Jeff Gedmin: Ja, beides, dabei bin ich nicht jüdischen, sondern katholischen Glaubens. Aber Amerika und Judentum, das wird hier zusammengedacht. Auch die Sprache in den Hassbriefen ist ähnlich. Dort steht: Jew-Fucker, Son of a whore.

Bulletin: Haben Sie eine derart heftige Reaktion auf den Irak-Krieg erwartet?

Jeff Gedmin: Was ich erwartet habe, war Kritik und Auseinandersetzung. Was ich nicht erwartet habe, war die große Wut, mit der Amerika oder die Amerikaner beschimpft werden. Mich hat enttäuscht, wie das Thema angesprochen wurde. Gerade die jüngeren Menschen in Deutschland, die diese Plakate getragen haben: »Amerikaner sind Kriegstreiber«, »Bagdad – Dresden«, das hat nichts mit der Realität zu tun.

Bulletin: Welche Klischees gehören zum Antiamerikanismus?

Jeff Gedmin: Auf jeden Fall Arroganz und Oberflächlichkeit.

Bulletin: Gibt es eine spezifisch deutsche Form von Antiamerikanismus?

Jeff Gedmin: Schwer zu beurteilen. Antiamerikanismus gibt es überall, politischen wie kulturellen, in der arabischen Welt, vor allem in Europa, auch bei unseren Verbündeten in Großbritannien. Es ist mit Sicherheit nicht nur ein Phänomen der Linken oder der Rechten.

Allerdings hat Deutschland eine besondere Geschichte. Deutschland ist ein Land mit einer langen Tradition, es hat Musik und Literatur. Dann kommen diese fürchterlichen zwölf Jahre von 1933 bis 1945. Und es sind diese dummen, oberflächlichen und einfachen Amerikaner, die befreien Deutschland. Und es sind auch die Amerikaner, die im Kalten Krieg Westdeutschland beschützen, die die deutsche Einheit befürworten, als die anderen Alliierten dagegen sind, die im Kosovo-Krieg eingreifen, als die Europäer noch zögern. Ich kann mir schon vorstellen, dass manche auf die Idee kommen: Wir haben jetzt genug davon! Das ist vielleicht zu simpel und auch unhöflich, aber es gibt bei manchen einen Minderwertigkeitskomplex: Nein, nicht schon wieder mit den USA.

Bulletin: Aber was ist mit der großen Begeisterung für amerikanische Filme, Musik, für die NBA oder Coca-Cola?

Jeff Gedmin: Die gibt es, aber was bedeutet sie wirklich? In der arabischen Welt, etwa bei den Palästinensern, sind amerikanische Filme und Turnschuhe sehr populär, auch genau bei denen, die die Israelis und Amerikaner umbringen. Begeisterung ist also komplex und bedeutet nicht unbedingt, pro-amerikanisch zu sein.

Bulletin: Von politisch linker Seite – in Deutschland wie in den USA – werden als Grund für den Irak-Krieg vor allem Kapital- und Machtinteressen angeführt. Ist das ein antiamerikanisches Stereotyp: Die wollen nur Macht und Geld?

Jeff Gedmin: Ja, das ist ein ganz altes Vorurteil. Die Nazis und Mussolini haben auch davon gesprochen: Die amerikanische Bevölkerung als Mischung von Schwarzen und Juden, und die Juden haben die Macht, kontrollieren die Presse und die Banken. Im letzten Sommer sagte ein Geschäftsmann hier in Deutschland zu mir: »Jeff, es sind die Juden, nicht wahr?« Ich sagte: »Was meinen Sie?« »Richard Perle, Paul Wolfowitz, es ist diese jüdische Gruppe, die den Krieg will wegen Israel, wegen der Wirtschaft und natürlich wegen des Öls.« Dabei haben diese ganzen Hardliner in der Bush-Administration immer einen

harten Kurs unterstützt, auch im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion oder in Bosnien – und da ging es nicht um Öl oder Israel.

Bulletin: Wie weit geht berechtigte Kritik, wo schlägt sie in Antiamerikanismus um?

Jeff Gedmin: Ich habe aufgehört, den Begriff Antiamerikanismus zu benutzen. Wenn ich das Wort in einer Rede erwähne, ob in Bayern, Hamburg oder Erfurt, werden 95 Prozent der Zuhörer wütend und bestreiten, dass es Antiamerikanismus in Deutschland gibt. Also, ich finde das wirklich hoffnungslos.

Ich habe Freunde in Deutschland, die Bush nicht leiden können, aber nicht antiamerikanisch sind. Wo liegt genau die Grenze? In den meisten Fällen wird es Antiamerikanismus, wenn sich die Faktoren häufen, auch eine bestimmte Sprache und Gestik dazukommt. Wenn ein Gesprächspartner kaum gegen etwas Konkretes argumentiert, sondern dagegen, wie »die Amerikaner« oder »die Deutschen« angeblich sind. Meine Einschätzung beruht auf einer Fülle von Eindrücken, etwa, wie ein Mensch Dinge anspricht. Aber ich kann die Frage nicht vernünftig beantworten, wie würden Sie sie beantworten?

Bulletin: Dass pauschale negative Zuschreibungen antiamerikanisch sind, wie »die Amerikaner sind oberflächlich«. Differenzierung ist wichtig, die Vermeidung von Pauschalurteilen. Es ist antiamerikanisch, wenn Menschen angegriffen werden, nur weil sie Amerikaner sind und damit einer Person über die Nationalität ein Bild zugeschrieben wird, das Ablehnung und Hass auslöst.

Jeff Gedmin: Das stimmt. Da fallen mir noch zwei Beispiele ein. Nicht antiamerikanisch fand ich einen jungen Mann, der mich nach einer Fernsehsendung ansprach: »Mr. Gedmin, ich lehne diesen Krieg ab, ich stehe fast jeden Morgen vor der amerikanischen Botschaft, ich finde unglaublich, was ihr da vorhabt. Aber ich möchte auch Eure Argumente verstehen.« Er hat mich als Gesprächspartner ernst genommen. Ein Gegenbeispiel war ein junger Mann, der mit seinem Porsche am Gendarmenmarkt neben mir stoppte, ausstieg und zu mir sagte: »Mr. Gedmin, ich muss Ihnen sagen, die Tage Amerikas als Supermacht sind vorbei. Das werden wir bald sehen!« Dann stieg er wieder ins Auto und fuhr davon. Natürlich ist das seine Meinung, aber ich fand das doch ein wenig arrogant, ein wenig peinlich. Er war nicht bereit, mit mir ein Gespräch zu führen.

Bulletin: Wie sehen Sie Patriotismus, was bedeutet es für Sie, Amerikaner zu sein?

Jeff Gedmin: Nach einer Rede an Universität Leipzig vor einem halben Jahr kam eine Studentin zu mir und sagte: »Mr. Gedmin, zum ersten Mal in meinem Leben fühle ich mich stolz, Deutsche zu sein.« Und ich, der Amerikaner, sagte: »Großartig, wie schön für Sie! Warum?« Darauf sie: »Weil wir gemeinsam gegen

Amerika auf die Straße gehen.« Sie fühlte Patriotismus nicht aufgrund von Positivem in Deutschland, sondern in negativer Abgrenzung gegenüber Amerika!

Ich bin immer stolz darauf, Amerikaner zu sein, wenn wir in dieser Welt etwas Gutes tun. In Bosnien zum Beispiel, im Kosovo. Ich bin stolz darauf, dass wir das Regime in Bagdad beseitigt haben, einen fürchterlichen, gewaltbesessenen Diktator. Jetzt gibt es dort neue Chancen. Vielleicht ist diese Hoffnung naiv und typisch amerikanisch. Ein etwas primitiver Sinnspruch besagt: »Amerikaner zu sein, heißt, an eine besseres Morgen zu glauben.« Wie immer die Welt aussieht, wie schwierig es im Moment ist und wie schwierig es noch werden mag, es kann morgen besser werden, wir haben Möglichkeiten, wir können Entscheidungen treffen. Das muss nicht exklusiv amerikanisch sein, aber wir haben auf jeden Fall diesen pathologischen Optimismus. Der hat natürlich auch Nachteile, für mich aber viele Vorteile. Wo Europäer sagen: Seid nicht naiv, die Welt ist komplex und kompliziert, sagen Amerikaner: Wenn es ein Problem gibt, akzeptiere es nicht, sondern versuche, es zu lösen. Während ich in Salzburg Musik studierte, habe ich oft Freunde in Ostberlin besucht. Die Situation, in der sie lebten, wie ein Staat Menschen unterdrückt und welchen Freiheitsdrang diese Menschen hatten, das hat mich stark beeindruckt. Weil mir die Freiheit ganz besonders wichtig ist, will ich, dass wir die Idee der Demokratie unterstützen. Und das verbindet uns doch, Europa und die USA, diese Interessen und Werte.

Antiamerikanismus in der Linken

Antiamerikanismus in der »neuen Friedensbewegung«

Andrea Woeldike

Während die deutsche Presse und Öffentlichkeit, in weiten Teilen, die Friedensdemonstrationen vom 15. Februar 2003 als »Zeichen der Reife« (SZ) und als »zivilgesellschaftliches Wirken für friedliche Konfliktlösung« (FR) oder gar als »historische Zäsur« (junge Welt und auch Jürgen Habermas) feierten, wurde in einem offenen Brief an die »Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Friedensdemonstration« in Berlin gegen diese Sichtweise Einspruch erhoben. Diese Demonstration war vielmehr geprägt »vor allem durch eine gefährliche Mischung aus Antiamerikanismus und politischer Naivität«.⁽¹⁾ Auf den Transparenten sei »das ganze Arsenal des antiamerikanischen Ressentiments zu finden« gewesen: die Identifizierung der USA mit dem »Willen zur Weltherrschaft« oder als »blutrünstige Kriegstreiber« ebenso wie deren Gleichsetzung »mit Geld«, »kaltem Interesse« und »Kulturlosigkeit«⁽²⁾, kritisierten die Unterzeichner wie Lea Rosh, Ralph Giordano, Prof. Dr. Michael Wolffsohn, Anetta Kahane, Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, oder das Bündnis gegen Antisemitismus, um nur einige zu nennen. Des Weiteren seien neben Deutschlandfahnen und Transparenten, welche die Politik der Amerikaner mit der der Nationalsozialisten analogisierten, immer wieder »israelfeindliche Sprechchöre« zu hören gewesen, bei denen u. a. die israelischen Politiker als »Kindermörder« dargestellt wurden. Und genau durch jene antiamerikanischen und antisemitischen Aussagen könnten sich auch rechtsradikale Gruppierungen eingeladen fühlen, die Friedensdemonstrationen zu unterstützen. In der darauffolgenden Pressemitteilung⁽³⁾ von Manfred Stenner, dem Geschäftsführer des Netzwerkes Friedenskooperative, setzte dieser die Kritik an antiamerikanischen Aussagen während der Kundgebung mit »Diffamierungen« gleich, und denunzierte den Vorwurf des Antiamerikanismus als »verstaubt«. Denn bei der »neuen Friedensbewegung«, in der »langjährige Diskussionen der friedens-, umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung« zusammenträfen und deren Themen »seit dem 11. September 2001« zunehmend »verschmelzen« würden, handele es sich »nicht um Naivlinge mit einem ›diffusen Friedensbegriff‹«, und jeder, der sie kritisiere, leiste »in dieser heiklen Situation einen Beitrag zur Kriegslogik«. Und Peter Strutyński, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag betonte in seiner Pressemitteilung, für die Kritik gäbe es »keinerlei Belege«, sie sei nur als »infam« zu bezeichnen und der Vorwurf des Antiamerikanismus sei »zu dumm, um darauf antworten zu müssen«.⁽⁴⁾

Doch mit der Leugnung von antiamerikanischen Projektionen, trotz Plakaten z. B. auf der Demonstration vom 15. Februar, auf denen die USA als Krake abgebildet oder Bush als Vampir dargestellt war, ist die Friedensbewegung nicht allein, auch die »tagesschau« über den »Freitag« bis zum »Spiegel« weisen alle den Vorwurf von sich, sie würden antiamerikanischen Bildern Vorschub leisten. Dennoch lassen sich immer wieder Formulierungen finden wie »den tributpflichtigen Vasallenvölkern« gegenüber dem »imperium americanum« (Der Spiegel), »Deutschland werde zu Heloten degradiert« (tagesschau) oder die USA werden als ein Land beschrieben, welches allein »durch Maßlosigkeit und Gier getrieben«, die »ökonomische Ausplünderung fremder Völker« betreibe (Freitag).

Es gibt kaum ernsthafte Auseinandersetzungen darüber, wo die Trennlinie zwischen Kritik an der Politik der USA und antiamerikanischen Projektionen zu ziehen sei. Ebenso wie beim Vorwurf von der Verwendung antisemitischer Stereotype, wird entgegnet, dies seien nur »Totschlagargumente«. In den seltensten Fällen wird derart offen »Antiamerikanismus« propagiert, wie in dem kürzlich erschienen Buch des jungen Welt Redakteurs Werner Pirkers u. a., mit dem programmatischen Titel: »Ami go home. Zwölf gute Gründe für einen Antiamerikanismus«. Hier wird ein in sich geschlossenes Weltbild von den USA gezeichnet, das über einzelne Vorurteile und Stereotypen hinaus geht, und die USA zur Quelle allen Übels in der Welt erklärt. So beruhen die zentralen Thesen auf Behauptungen wie, die Amerikaner hielten sich für das »ausgewählte Volk«, und das Selbstverständnis der USA sei »von Pragmatismus, kaltem Geschäftssinn, der rücksichtslosen Verfolgung eigennütziger Interessen, vulgärem Materialismus einerseits und dem ins Religiöse gesteigerten Wertefundamentalismus« andererseits geprägt. Des Weiteren betrachteten die heutigen Vereinigten Staaten die Welt einzig als »Disney-Land« und betrieben eine »sozialdarwinistische Selektion in Herren- und Herdenvölker«. Besonders interessant wird es an den Stellen, an denen der sich selbst als »Internationalisten« bezeichnende Werner Pirker, um darzulegen warum die USA keine Demokratie sein könnten, behauptet: »Die Vereinigten Staaten sind immer eine Einwanderergesellschaft geblieben. Einwanderung erfolgt oft aus Not. Doch beinhaltet das Einwandern bzw. Auswandern immer auch eine individuelle Absage an kollektive Bestrebungen, die Verhältnisse im Herkunftsland zu verändern. Daraus ergibt sich der Sozialtypus des ›Amerikaners‹. Deshalb hat sich in den amerikanischen Unterschichten nie ein wirkliches Klassenbewußtsein herausgebildet. Und ergo auch kein demokratisches.« (sic!)⁽⁵⁾

Europäische Abgrenzungstendenzen

Doch der Antiamerikanismus müsse »nicht unbedingt als geschlossene und sich auf den ersten Blick als solche zu erkennen gebende Weltanschauung auf[treten]«, schreibt Dan Diner, sondern oftmals würden

tatsächliche Ereignisse oder auch nur angenommene Erscheinungen in den USA instrumentalisiert, um ein stimmiges, in sich geschlossenes Bild von Amerika zeichnen zu können, das als Gegenbild zum »Eigenen« diene. »Tatsächliche Vorkommnisse und andere Realien mit projektiven Anteilen verdichten sich zu einem undurchsichtigen Geflecht eines negativen Amerikabildes.«⁽⁶⁾ Das antiamerikanische Ressentiment präsentiert sich zumeist als Reaktion auf eine bestimmte Politik, die in der Wahrnehmung immer nur von den USA (und evtl. von Israel) und keinem anderen Staat betrieben, allein dazu diene, rücksichtslos ihre Vorteile weltweit zu sichern, während der Rest der Welt sich eher um das moralische Wohlergehen aller Sorge. Dieses, dem 19. Jahrhundert entstammende Ressentiment, spiegelt sich nicht nur in der Forderung der Friedensbewegung wieder, nach einem »Tribunal der Völker«, welches sich mit den »amerikanischen Kriegsverbrechen im Irak« befasse, während von den Verbrechen Saddam Husseins und dem Baath-Regime geschwiegen wird⁽⁷⁾, sondern ebenso bei Intellektuellen wie Jürgen Habermas, der sich selbst als »Transatlantiker« bezeichnet. In dem von ihm verfassten und von Jacques Derrida unterstützten Aufruf »Unsere Erneuerung« stellte er die Frage nach der »europäischen Identität«. Als »Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit« erschienen ihm die Friedensdemonstrationen dieses Jahres, doch praktisch könne diese erst zu schaffende gemeinsame Identität nur von dem »avantgardistischen Kerneuropa« – Frankreich und Deutschland – vorangetrieben werden, da eine »attraktive ... Vision für ein künftiges Europa« »nicht vom Himmel« falle. Den Ansatz für eine gemeinsame Vision sieht er in dem »relativ großen Vertrauen« der Europäer »in die Organisationsleistungen und Steuerungskapazitäten des Staates, während sie gegenüber der Leistungsfähigkeit des Marktes skeptisch sind. [...] Sie haben Präferenzen für die Sicherheitsgarantien des Wohlfahrtsstaates und für solidarische Regelungen.« Denn in der Geschichte Europas hätte sich im Gegensatz zu den USA »ein Ethos des Kampfes für ›mehr soziale Gerechtigkeit‹ gegen ein individualistisches Ethos der Leistungsgerechtigkeit durchgesetzt, das krasse soziale Ungleichheiten in Kauf nimmt.«⁽⁸⁾

Obgleich Jürgen Habermas bestimmt nicht zu unterstellen ist, er sei ein »Antiamerikaner«, so kann er doch nur eine zukünftige europäische Identität in Abgrenzung zu einer amerikanisch gedachten, konstruieren. Um dann in seiner conclusio festzuhalten, dass zwar »jede große europäische Nation ... eine Blüte der imperialen Machterfaltung erlebt« hätte, jedoch inzwischen auch den »Verlust eines Imperiums« – im Gegensatz zu den USA – und durch die »reflexive Distanz« dazu, besser befähigt wäre »aus der Perspektive der Besiegten sich selbst in der zweifelhaften Rolle von Siegern wahrzunehmen«.⁽⁹⁾ Damit knüpft er – zumindest implizit – an die These eines »geläuterten Deutschlands« an, welches aus dem Nationalsozialismus »gelernt« habe und deshalb besonders befähigt sei zu definieren, wo tatsächlich ein Völkermord stattfinde.⁽¹⁰⁾

Das »faschistische« Amerika – Antiimperialismus und deutsche Schuldabwehr

Doch weder die Vorstellung »der geläuterten Täter von gestern«, die heute das Unrecht der Welt besser erkennen könnten als andere, noch die Imagination eigentlich sei man selbst das Opfer des »amerikanischen Imperiums«⁽¹¹⁾, sind wirklich neu. Ebenso wenig wie die Plakate auf denen Präsident Bush mit Hitler gleichgesetzt wurde, da diese in personalisierter Form nur ältere Parolen aufgreifen, wie »das US-imperialistische System als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung«⁽¹²⁾ oder »USA – SA – SS«.



Dieser alte linke antiamerikanische Slogan findet sich noch heute wie hier in der Sorauer Straße, Berlin-Kreuzberg, 20. Dezember 2003. Bild: Weber

Für linke und fortschrittliche Kräfte stellte sich nach der Befreiung vom Nationalsozialismus »Amerika« als positive Projektionsfläche dar, doch spätestens mit Beginn der Bombardierung Vietnams durch die US-Army schlug die Begeisterung der Linken für Amerika⁽¹³⁾ um in eine Kritik, die zunehmend zum Ressentiment verkam. Zunehmend häufiger war seit den sechziger Jahren die Projektion von der zunehmenden »Faschisierung der amerikanischen Gesellschaft« anzutreffen. Wenngleich in der Analyse vieler Linker außerhalb Deutschlands die USA zur »führenden Macht der imperialistischen Reaktion«, die USA also den Imperialismus schlechthin verkörperte, und der »US – amerikanische Imperialismus« zum »neuen Faschismus« in der Analyse verkürzt wurde, schwang in der Rede der deutschen Linken vom »alltäglichen Faschismus in den USA« immer noch die Rede über die eigene negative Geschichte mit. In dem Versuch von der Vergangenheit loszukommen, wie es Adorno nannte, da sich unter ihrem Schatten nur schwer leben lasse, sah man nun die eigene überwundene Geschichte in den USA wiederkehren. Die Gleichsetzung von den an den Vietnamesen begangenen Verbrechen mit denen des Faschismus führte zu einer Einebnung des je besonderen der Verbrechen des Nationalsozialismus, wie den verschiedenen Formen des Faschismus und des Imperialismus, die nun als das »Immergleiche« wahrgenommen wurden. Die USA schienen also nicht nur das Erbe Mussolinis wie des gesamten Faschismus angetreten zu haben, sondern zugleich das

des Nationalsozialismus. Bedingt durch die fehlende Aufarbeitung des konstituierenden Momentes des Nationalsozialismus: Die »Auserwähltheit« des deutschen Volkes durch die angebliche Überwindung des kapitalistischen und bolschewistischen Prinzips mittels des Vernichtungskrieges und insbesondere der Vernichtung der Juden zu demonstrieren, konnte der US-amerikanische Imperialismus, der konterrevolutionäre Regimes in der ganzen Welt unterstützte sowie täglich Opfer in Vietnam forderte, kurzerhand mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden.⁽¹⁴⁾

Wenigen blieb es überlassen, vornehmlich ehemaligen Emigranten wie Max Horkheimer oder Theodor W. Adorno, vor Simplifizierungen und Gleichsetzungen zu warnen. Bei der Eröffnung der deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche am Frankfurter Römerberg im Mai 1967 benannte Horkheimer »das Furchtbare« des Vietnamkrieges, doch zugleich verwies er sowohl auf die lange Tradition Amerikas, welches »immer seine Arme geöffnet hat« für diejenigen »in Europa, [die] ihrer freiheitlichen Gesinnung willen verfolgt waren« als auch auf das Nationalgefühl, das sich in Deutschland »mehr aufs Vaterland, in Amerika mehr auf die »Constitution und die Bürgerrechte«⁽¹⁵⁾ beziehe. Der SDS sah sich daraufhin veranlasst, einen Brief an Max Horkheimer zu verfassen, in dem diesem erläutert wurde, er habe mit seiner Stellungnahme »für den amerikanischen Krieg in Vietnam« Handgreiflichkeiten gegen ihn selbst provoziert. Denn ihre Analyse, »daß der Faszisierungsprozeß der amerikanischen Gesellschaft sich beschleunige«⁽¹⁶⁾ sei eine unumstößliche Tatsache.

In der daran anschließenden Auseinandersetzung zwischen Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer verteidigte Marcuse das Vorgehen der Studenten. Denn für Marcuse, dem Amerika nicht nur Zuflucht vor dem Nationalsozialismus geboten, sondern der auch große Hoffnungen in dieses Land gesetzt hatte, erschien der Vietnamkrieg als Verrat an jenen Idealen, um deretwillen er im Zweiten Weltkrieg, nach langen Überlegungen, für den US-amerikanischen Geheimdienst gearbeitet und dort die so genannten »Feindanalysen« verfasst hatte. In seiner Enttäuschung über den Krieg der USA in Vietnam schrieb er in einem Brief an Theodor W. Adorno sogar: »Laß mich meine Meinung so extrem wie möglich aussprechen. Ich sehe im Amerika heute den historischen Erben des Faschismus.«⁽¹⁷⁾ Begeistert wurde von den sozialistischen Studenten dieser Satz aufgegriffen, während Marcuses Forderungen nach neuen »Imperialismusanalysen« ungehört verhallten. Ebenso wie seine, von ihm in den Jahren 1934–38 entwickelten Kategorien über den »total-autoritären Staat«, dem der »heroisch-völkische Realismus«, der »irrationalistische Naturalismus«, und die »Urgegebenheit« des Volkes⁽¹⁸⁾ inhärent seien, die eben nicht auf die USA der 60er Jahre übertragen werden konnten, die in der Studentenbewegung der Vergessenheit anheim fielen. In dem bereits oben erwähnten Briefwechsel analysierte dagegen Adorno, dass immer im »Protest gegen die Amerikaner etwas Ideologisches« mitschwingt.



Berlin 2003. An der Hauswand sind die Fahnen von Palästina und den sozialistischen Ländern Kuba und Nordkorea abgebildet. Der Spruch: »Verteidige dich gegen die US-Aggression.«

Horkheimer fügte erläuternd hinzu: Der Freiheit, wie sie die USA über Jahrhunderte repräsentiere, und die Kritik erst ermögliche, sei »die Treue zu halten«, da ansonsten eben jene angeklagte Gewalt »zum fremden Sinn der eigenen Rede« werden könne.⁽¹⁹⁾

Das Ende der Studentenbewegung und ihr Zerfall in K-Gruppen markierte dann endgültig den Beginn eines linken Amerikahasses und korrespondierte nicht per Zufall mit einem rabiaten Antizionismus. Horkheimer kritisierte 1967 den Umschlag der Linken vom Philosemitismus in den Antizionismus und notierte: »Überall dort, wo der Anti-Amerikanismus sich findet, (macht) auch der Antisemitismus sich breit.«⁽²⁰⁾ Es dauerte dann nur noch zwei Jahre bis pünktlich zum 31. Jahrestag der so genannten »Reichskristallnacht« in der Berliner jüdischen Gemeinde von Linken eine Brandbombe deponiert wurde, da »aus den vom Faschismus vertriebenen Juden selbst Faschisten geworden sind«, die mit dem »amerikanischen Kapital« kollaborieren würden.⁽²¹⁾ Obwohl die Linke fast jeden kapitalistischen Staat, manchen mehr, manchen weniger als faschistisch bezeichnete,⁽²²⁾ so erschienen doch seit Ende der sechzigerer Jahre die USA als besonders imperialistisch und damit in der Projektion als faschistisch, da das »amerikanische Versprechen« von Freiheit und Gleichheit anscheinend nicht mehr in seinem Ursprungsland zu finden war, sondern nun in den Befreiungsbewegungen der so genannten Dritten Welt.

Die Friedensbewegung und der »Holocaust« am deutschen Volk

Die deutsche Friedensbewegung, die hauptsächlich die weltweite Abrüstung forderte und weniger an Imperialismusanalysen interessiert war, stellte in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen »die konkrete Bedrohung Deutschlands«, wobei es durchaus vorkommen konnte, dass in einem Atemzug die Befürchtung geäußert wurde, durch die konfrontative Politik der Amerikaner gegenüber der Sowjetunion sei vor allem Deutschland bedroht, welches nichts als eine »amerikanische Militärkolonie« sei, um unmittelbar daraufhin fortzu-

fahren: Die Amerikaner engagierten sich zuwenig um die BRD vor der Bedrohung durch den Kommunismus zu schützen. Anlässlich der Nachrüstungsdebatte Ende der siebziger Jahre und in den Achtzigern nahmen nicht nur die Flugblätter zu, in denen behauptet wurde, »Amerika nähme mutwillig die Zerstörung Deutschlands in Kauf, um seine gefährdete Weltherrschaft zu sichern«, sondern weite Teile der Friedensbewegung, phantasierten sich »in Erwartung der großen Katastrophe in die Rolle eines historischen Opfers.«⁽²³⁾ Der Begriff »Holocaust« im Zusammenhang mit der atomaren Bedrohung wurde zunehmend häufiger verwendet. Mit der Aussage, man protestiere nun gerade als Deutscher, der aus der Geschichte gelernt habe, friedlich gegen Waffen, deren Vernichtungskraft Auschwitz als bloße Ouvertüre erscheinen lasse, wurden die Schrecken der Vergangenheit abgewehrt, indem nun der Holocaust überall und jederzeit möglich erschien, während er in Deutschland einer längst verflossenen historischen Periode anzugehören schien.

Als am 5. Mai 1985, 40 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, der deutsche Kanzler Kohl den amerikanischen Präsidenten Reagan zwecks Ehrung der Kriegstoten über den Bitburger Soldatenfriedhof führte, und damit auch SS-Angehörige gemeint waren, demonstrierten in Bitburg gerade 1.200 vorwiegend jüdische Menschen gegen die Relativierung des Nationalsozialismus. Ursprünglich hatte Ronald Reagan die KZ-Gedenkstätte in Dachau besuchen wollen, was von der Kohl-Administration aber für unpassend befunden wurde. Arthur Burns, der amerikanische Botschafter in Bonn, der als österreichischer Jude vor den Nationalsozialisten fliehen musste, riet der Reagan-Administration zu dem Besuch auf dem Soldatenfriedhof, da ansonsten die Gefahr bestünde, dass Kohl stürzen könnte, wofür dann in Deutschland von breiten Bevölkerungskreisen das »Weltjudentum« verantwortlich gemacht werden würde.⁽²⁴⁾ Nachdem sich die Administrationen der beiden Staaten geeinigt hatten und Ronald Reagan nach seinem Besuch in dem ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen sich mit Kanzler Kohl auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg



Der ehemals linke Spruch wird heute auch von der NPD benutzt. Hier bei einer Demonstration im Jahr 2000.



Linke Friedensdemonstration 2003 – der amerikanische Kampfhubschrauber hat ein Hakenkreuz als Rotor.
Bild: Weber

traf, löste dies in den USA einen Sturm der Entrüstung aus. Reagan wurde von jüdischen Organisationen, Veteranenverbänden, beiden Häusern des Kongresses und dem Großteil der Medien scharf kritisiert. In vielen Städten fanden Protestdemonstrationen statt. In Deutschland zog es die Linke vor, nicht gegen die Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit zu demonstrieren, sondern nachdem sie gegen Reagan bei seiner Ankunft in Berlin demonstriert hatte, fuhr sie nach Bonn, um gegen den zeitgleich stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel und besonders gegen den »amerikanischen Imperialismus als größte Bedrohung weltweit zu protestieren.

Der amerikanische Soziologe Moishe Postone schrieb der deutschen Linken damals einen offenen Brief, in dem er den Antiimperialismus der Linken angesichts dessen, dass »Hunderttausende bereit sind, gegen den amerikanischen Imperialismus zu demonstrieren, und nur ein paar Hundert gegen die Rehabilitation der Nazi-Vergangenheit«⁽²⁵⁾ als plumpen Antiamerikanismus und als alternative Form der Schuldabwehr dechiffrierte.

Mit dem Golfkrieg 1991, der teilweise noch den Prämissen und Argumentationen der Bipolarität zwischen Sowjetunion und den USA folgte, vermischten sich die Parolen der antiimperialistischen Gleichsetzungen von »US-Imperialismus ist gleich neuer Nationalsozialismus« und dem aus dem friedensbewegten Spektrum befürchteten allgegenwärtig drohenden »Holocaust«. Doch schienen die USA nicht nur den Irak zu bombardieren, sondern »seit [...] die alliierte

Streitmacht unter Führung der USA und Englands [...] den Irak bombardiert, verhalten die Bundesbürger sich exakt so, als wäre der Geist ihrer Ahnen über sie gekommen, als habe eine Zeitmaschine die Geschichte um 45 Jahre zurückgedreht.«⁽²⁶⁾ Kirchen, Gewerkschaften und Parteien riefen dazu auf, gegen diesen Krieg zu demonstrieren. Hunderttausende gingen in Deutschland auf die Straße mit Botschaften, wie »Ich will leben«, »Wir lernen nicht für den Tod«, »Wir haben Angst«, »Wir sind zu jung zum Sterben« oder »Aktiver Widerstand gegen die US-Aggressoren«, »Haß, Haß auf die USA« und »Bush – Völkermörder«. Am 18. Januar war in der Zeitung »Neues Deutschland« zu lesen: »Bagdad zu bombardieren ist dasselbe wie 1945 die Bombardierung Dresdens. [Es] erinnert an die »vortreffliche« Kriegsführung, die die Amerikaner hier in Europa gemacht haben«, während die Sozialistische Zeitung (SoZ) vor dem »drohenden Holocaust am Golf« warnte und damit nicht die Bedrohung Israels durch irakische Giftgas-Angriffe meinte.⁽²⁷⁾

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien dagegen, der auch ohne UN-Mandat stattfand, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland allerdings die Bundeswehr aktiv beteiligt war, brachte nur wenige Friedensbewegte auf die Straße, wiewohl die deutsche Regierung den Krieg von Beginn an forcierte, mit der Begründung »ein neues Auschwitz« verhindern zu wollen, deshalb sei »die Bundeswehr in Bosnien« und werde »wohl auch in das Kosovo gehen«. Marginalisiert blieben jene, die »gegen diese neue Art der Auschwitzlüge«⁽²⁸⁾ intervenierten. Bei den wenigen Friedensdemonstrationen stand eher das »imperialistische Großmachtbestreben der USA« im Mittelpunkt der Kritik. Adorno konstatierte schon Jahrzehnte zuvor, die psychologischen Mechanismen in der Abwehr würden höchst »realitätsgerechten Zwecken« dienen, denen der Verdrängung peinlicher und unangenehmer Erinnerungen.⁽²⁹⁾

Nach dem 11. September

Während Globalisierungskritiker einige Tage benötigten, um nach den Anschlägen am 11. 09. 01 zu schreiben: »Die Ziele waren bzw. sind Schaltzentralen und Machtzentren der USA, die Nation identifiziert sich mit diesen Zielen, als solche wurden sie angegriffen«⁽³⁰⁾, sagte dies sinngemäß bereits am 13. 09. 01 die damalige Berliner Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Adrienne Goehler: »Das World Trade Center, die Twin Towers ... sind schlechthin die Symbole für Globalisierung, für Kapitalismus, für Weltmacht.«⁽³¹⁾ Auf der spontanen Antikriegsdemonstration der Friedensbewegung am 8. 10. 2001 in Hamburg wurde immer wieder »USA – Internationale Völkermordzentrale« skandiert. Und Martin Walser teilte bei seiner Lesung am Abend der Anschläge dem Publikum mit: »Die Amerikaner pfuschen mir wieder drein«, so wie am 21. 11. 1963, als die Uraufführung

seines Stückes »Überlebensgroß Herr Krott« wegen der Ermordung Kennedys abgesagt wurde.⁽³²⁾

Es dauerte nicht lange, um den Terroranschlag in der USA zum Anlass zu nehmen, vornehmlich über die eigene Geschichte zu plaudern: Am 13. Oktober hielt die Schauspielerin Käthe Reichel bei der Friedensdemo in Berlin eine Rede, in der sie vor dem bevorstehenden »demokratischen Auschwitz« in Afghanistan warnte. Oder der Professor für politische Wissenschaften der freien Universität Berlin Theodor Ebert, der am 25. September 2001 auf einer Veranstaltung nur kurz über den Terroranschlag sprach, nicht ohne die USA zumindest teilweise selbst dafür verantwortlich zu machen um alsbald zu bedauern, dass die Deutschen sich den USA gegenüber immer noch wie »Vasallen« verhalten würden und dann über das zu reden, was ihn tatsächlich bewegte: »Wer im Dreitten Reich im Luftschutzkeller saß, der weiß, dass auch die Gegner des Hitlerregimes mit denjenigen, die ihre Häuser bombardierten nicht sympathisieren konnten.«⁽³³⁾ Stellt hier Ebert die unmittelbare Verbindung zwischen den Luftangriffen der Alliierten auf Dresden und andere deutsche Städte her und erklärt die afghanische Bevölkerung zu den Deutschen von damals, die vor allem wegen des verlorenen Krieges trauerten, ging der Chefredakteur der Jungen Welt noch einen Schritt weiter. So verglich er bereits, als die zusammenstürzenden Türme des WTC noch immer neue Opfer unter sich begruben, den Terroranschlag 2001 mit dem Reichstagsbrand von 1933 und stellte die Prognose auf, die Amerikaner würden diesen für sich nutzen wie damals die Nationalsozialisten.⁽³⁴⁾

Zwischen diesen Projektionen der Amerikanisierung Deutschlands⁽³⁵⁾ einerseits und andererseits der Gleichsetzung der heutigen Politik der USA mit der Politik der Nationalsozialisten – bewegte sich auch die Friedensbewegung gegen den Irakkrieg 2003. Professor Ullrich Gottstein, Ehrenvorsitzender der deutschen Sektion der Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und führender Repräsentant der deutschen Friedensbewegung, leitete seine Rede im November 2002 auf dem internationalen Kongress »Der Irak – Alternativen zu Embargo und Krieg« mit folgenden



Transparent während einer Friedensdemonstration 2003. Verschwörungstheorien erlangten nach dem 11. September enormen Aufschwung. Hörsäle füllten sich bei Veranstaltungen, die die offizielle Version der Anschläge infrage stellten und wahlweise CIA oder Mossad dafür verantwortlich machten.

Worten ein: »Noch sind nicht alle Kriegsschäden beseitigt, noch trauern viele Menschen um ihre gefallenen Männer und Söhne, viele um ihre Väter, Geschwister und Mütter, um ihre verlorene Heimat.« Ergänzend fügte der bereits anfangs erwähnte Peter Strutyński, Sprecher der Bundeskoordination Friedensratschlag, über die Verhältnisse im Irak unter Saddam Hussein folgendes hinzu: »Wer im Lande nicht gegen das Regime opponiert, hat nichts zu leiden. Eine begeisterte Unterstützung für das Regime fehlt, aber lieber soll der augenblickliche Zustand erhalten bleiben, als wieder Krieg, Zerstörungen und Massentötungen und dann ein neues Regime, etwa unter amerikanischer Führung.«⁽³⁶⁾

Der ehemalige »Buchenwaldschwur der Überlebenden: »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« war endgültig verkürzt worden auf »Nie wieder Krieg!«. Allerdings schienen mit der Ablehnung von Krieg nur Kriege gemeint zu sein, die von den USA geführt werden: denn genauso wenig wie die Terroranschläge des 11. 09. von der Friedensbewegung als Kriegserklärung an die USA aufgefasst wurden, sowenig gab es eine ernsthafte Beschäftigung darüber, wie der seit Jahrzehnten dauernde Krieg des irakischen Baathregimes gegen die eigene Bevölkerung, die Nachbarstaaten und Israel – durch die finanzielle Unterstützung für palästinensische Selbstmordattentäter – ohne Intervention der USA beendet werden könne.

Anmerkungen

- (1) Offener Brief an die Friedensbewegung »Wider die politische Naivität« <https://www.ilka.org/presse/pms/pms63demo.html>
- (2) Vgl. zu diesen antiamerikanischen Projektionen den Beitrag von Herbert Weber in diesem Heft: Antiamerikanismus in Deutschland. Einige der Bilder und Metaphern, die diesbezüglich in Anschlag gebracht werden, lassen sich spiegelbildlich auch im Antieuropäismus in den USA wiederfinden. Dieser Antieuropäismus jedoch besitzt weder die Bedeutung noch wird er mit einer derartigen Obsession betrieben wie teilweise der Antiamerikanismus in Europa. Timothy Ash charakterisierte den Unterschied folgendermaßen: »Das Leitmotiv des Antiamerikanismus ist mit Neid durchsetzter Groll, die des Antieuropäismus mit Verachtung durchsetzte Gereiztheit.« (Timothy Garton Ash: Warme Brüder und EU-nuchen, in: DIE ZEIT 06/2003)
- (3) <http://www.embargos.de/irak/irakkrieg2/frameset.htm>
- (4) ebd.
- (5) Werner Pirker: Die Auserwählten, in: Junge Welt v. 30.9.03
- (6) Dan Diner: Feindbild Amerika, München 2002, S.8. Zur Definition des aktuellen Antiamerikanismus in Europa und Deutschland, z. B. auch: James W. Ceasar: A genealogy of anti-Americanism, <http://www.thepublicinterest.com/current/article1.html> oder: Russell A. Berman: America, Non!, in Hoover Digest, 3/2003
- (7) Vgl. z. B.: Norman Paech: Ein Tribunal der Völker ist notwendig. Einleitungsreferat zum 4. europäischen Kongress für Friedenserziehung vom 30. 6 – 4. 7. 03 in Hamburg
- (8) Jacques Derrida/Jürgen Habermas: Unsere Erneuerung – Nach dem Krieg: die Wiedergeburt Europas, zit. n. FAZ v. 31. 5. 03. S.33ff. Um noch ein anderes Beispiel zu nennen. Es mutet etwas merkwürdig an, wenn Jürgen Habermas meint die »gesellschaftliche Privatisierung des Glaubens« in Europa gegenüber der gesellschaftlichen Praxis in der USA anführen zu müssen. So trifft diese Feststellung zwar durchaus für Frankreich zu, doch selbst für Deutschland gilt sie nur eingeschränkt: erinnert sei hier nur, an den engen Zusammenhang von staatlicher Steuer und Kirchensteuer.
- (9) Ebd.
- (10) So befürwortete Habermas durchaus den Krieg im Kosovo mit deutscher Beteiligung, da hier nicht nur »die Transformation

des Völkerrechts in ein Recht der Weltbürger« zum Ausdruck komme, sondern auch durch »die erschütternden Bilder von den Vertriebenenentrecks auf den Routen nach Mazedonien, Montenegro und Albanien die Evidenzen für eine von längerer Hand geplante ethnische Säuberung« liefern würden. (Jürgen Habermas: Bestialität und Humanität, in: Die Zeit Nr. 18/1999.)

- (11) Von Kanzler Schröders Wahlkampfreden 2002 bis zu jenen Transparenten auf Demonstrationen gegen den Irak – Krieg: Gestern Kabul, heute Bagdad, - morgen Hamburg?
- (12) Zit. n.: Detlef Hartmann: Völkermord gegen soziale Revolution, in: Autonomie NF 1985, S. 217ff.
- (13) Wiewohl Hannah Arendt bereits in den 50er Jahren entsetzt konstatierte: »Trotz Marshallplan und Unsummen für den Wiederaufbau Westeuropas« habe die Vorstellung sich verallgemeinert »daß man heute, ganz allgemein gesehen, Sympathie für Amerika bei jenen Leuten antrifft, die man in Europa ‚Reaktionäre‘ nennt, wohingegen eine antiamerikanische Pose eines der besten Mittel ist, sich als Liberaler auszuweisen.« (Hannah Arendt: Europa und Amerika, in: Zur Zeit; Politische Essays, München 1989, S. 79f.)
- (14) Ausführlicher hierzu: Andrea Woeldike/Thomas v.d. Osten – Sacken: Altes Europa, Neue Welt, S. 19 –36, in: Thomas Uwer/Thomas v.d. Osten – Sacken/ Andrea Woeldike: Amerika – Der »War on Terror« und der Aufstand der alten Welt, Freiburg 2003
- (15) Max Horkheimer: Briefwechsel 1949-1973. Gesammelte Schriften. Bd.18, F/M. 1996, S. 646
- (16) Offener Brief an Max Horkheimer in: ebd. S. 644f
- (17) Ebd. S. 657
- (18) Herbert Marcuse: Kultur und Gesellschaft; Bd.1, Frankfurt/M. 1965
- (19) Max Horkheimer: Briefwechsel, a.a.O., S. 645 ff.
- (20) Max Horkheimer: Nachgelassene Schriften 1949-1972 Bd. 14, Frankfurt/M 1988, S. 408
- (21) Schwarze Ratten/Tupamaros Westberlin, zit. n.: Bommi Bauermann; Wie alles anfang, Frankfurt 1976, S. 67.
- (22) »Wenn sowohl Mussolini als auch Léon Blum, Franklin D. Roosevelt, Franco und José Antonio, Coudreau, Pilsudski, Henri de Man, Joseph Mc Carthy und Charles de Gaulle als Faschisten bezeichnet worden sind, was kann das dann für einen Gattungsbegriff noch aussagen?«, Zeev Sternhell: Faschistische Ideologie, Berlin 2002, S. 12.
- (23) Dan Diner: a.a.O., S.130.
- (24) Vgl. Stephan Grigat: Double – bind: Deutsch – amerikanische Beziehungen nach 1945, S. 125 – 152, in: Thomas Uwer u.a.: a.a.O.
- (25) Moishe Postone: Bitburg: 5. Mai 1985 und danach. Ein Brief an die westdeutsche Linke, zuerst erschienen in: Radical America, Vol. 19, No. 5, 1985
- (26) Wolfgang Pohrt: Musik in meinen Ohren, in: konkret 03/91
- (27) Vgl. Wolfgang Schneider: »Lazarett Deutschland«, in: konkret 03/91
- (28) Zit. n. Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping von Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern, 1999
- (29) Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, S. 554 – 572, in: Kulturkritik und Gesellschaft, Bd. 2, Frankfurt/M. 1977
- (30) Stellungnahme zum Thema Krieg, Flugblatt aus Hamburg, September 2001
- (31) Adrienne Goehler am 13. 09. 2001 auf der Veranstaltung »Terror-Gefahren für das Zusammenleben der Kulturen« im berliner Haus der Kulturen der Welt.
- (32) Zit. n. Henryk M. Broder: Kein Krieg, nirgends: Die Deutschen und der Terror, Berlin 2002, S. 93.
- (33) Ebd, S. 62
- (34) Arnold Schölzel: Terroranschläge auf US-Institutionen, in: Junge Welt v. 12. 9. 01
- (35) Vgl. z. B. die Reden des Psychoanalytikers Horst Eberhard Richter auf friedenspolitischen Kongressen dieses Jahres, bei denen er immer wieder behauptete, so wie es 1945 der USA nur um eine »Amerikanisierung der deutschen Gesellschaft« gegangen wäre, so ginge es ihnen diesmal allein um die »Amerikanisierung des Irak«
- (36) Dieser Kongress ist z. B. dokumentiert unter: www.embargos.de

Funktionen des Antiamerikanismus in der rechtsextremen und neurechten Szene

Ralph Kummer

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war bis zur Auflösung der Blockkonfrontation die »amerikanisch-russische Doppelhegemonie« in Europa ein Hauptangriffsziel der rechtsextremen Szene in Deutschland, obwohl die Sowjetunion aufgrund des strikten Antikommunismus, der in der Bundesrepublik verbreitet war, als Feindbild Nummer eins angesehen wurde. Seit 1990 nehmen jedoch die USA diesen Platz ein. Erst recht in Folge des Irak-Krieges 2003 lassen sich intensivierte antiamerikanische Ressentiments in der Rechtsaußen-Szene – und nicht nur dort – beobachten. Dies liegt zum einen daran, dass der europäischen Rechten nach 1990 der Kommunismus als moralische und ideologische Abgrenzungsfolie abhanden kam und die USA seit diesem Zeitpunkt der einzige globale Hegemon sind. Amerika wurde so zum rechtsextremen Maßstab für das, was Deutschland (und Europa) nicht sein oder werden sollte. Eine rechtsextreme Agitation braucht Feindbilder nicht zuletzt, um Ängste zu schüren und um ein Bedrohungsszenario und Untergangsstimmung zu kreieren, so dass in der Folgezeit der Ruf nach autoritären, nationalistischen Problemlösungen lauter wird.⁽¹⁾ Zum anderen sieht man in rechten Kreisen häufig die Globalisierung, verknüpft mit dem neoliberalen Wirtschaftsentwurf, als eine nur unzureichend verkappte »Amerikanisierung« an, die eine zunehmende »Kolonisierung« Deutschlands, Europas, wenn nicht sogar der ganzen Welt nach sich ziehe.

Es sind aber nicht erst seit 1990, sondern bereits seit 1945 stetig wiederkehrende, zum Teil zeitbedingt modifizierte antiamerikanische Argumentationslinien von rechtsextremer Seite wahrnehmbar, welche aufzuzeigen Ziel dieser Abhandlung ist. Zugleich sollen Merkmale und Funktionen des Antiamerikanismus in der Ideologie des rechten Lagers herausgearbeitet werden. Abschließend skizziert dieser Beitrag das rechtsextreme bzw. neurechte⁽²⁾ Gegenmodell zur »Amerikanisierung der Welt« bzw. zur »amerikanischen One-World-Ideologie«.

Ablehnung des liberalen Demokratie- bzw. Gesellschaftsmodells und Relativierung der NS-Verbrechen

Antiamerikanische Ressentiments wurden und werden in Deutschland von der extremen Rechten u. a. geschürt, weil die USA bei der Niederschlagung des Hitler-Regimes sowie bei der Initiierung der gerichtlichen Verfolgung nationalsozialistischer Kriegsverbrechen eine ausschlaggebende Rolle einnahmen.

Schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich in der Bevölkerung zu weiten Teilen ein Bewusstsein durchgesetzt, welches die Verantwortung für die Schandtaten des Dritten Reiches allein Hitler und einer kleinen Clique von »Hauptkriegsverbrechern« übertrug, wohingegen es den Deutschen in ihrer Gesamtheit den Status von politisch »Verführten«, ja sogar »Opfern« zubilligte.⁽³⁾ Auf Basis dieser mangelhaften und verklärten Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit konnten nun die Blicke auf die »feindlichen Besatzer«, »Richter über das deutsche Volk« und die »Kriegsschuld und Kriegsverbrechen der Sieger« gelenkt werden, um die zurückliegenden deutschen Verbrechen zu entaktualisieren und zu relativieren, was besonders die rechte Szene forcierte.

Nach der militärischen Niederlage des NS-Staates beschleunigte die US-amerikanische Besatzungsmacht zudem in Kooperation mit den Briten und Franzosen in den Westzonen erfolgreich die Übertragung eines liberalen, demokratischen Verfassungsmodells, das auf unantastbaren Menschenrechten, Egalitarismus und Individualismus gründet. Für Rechtsextremisten stellt dies eine als »Gehirnwäsche« diffamierte »Reeducation«-Politik oder »Umerziehung« dar, welche letztendlich eine »antigermanische liberale Ideologie« in Form des westlichen Demokratie- und Gesellschaftsmodells dauerhaft festgesetzt habe. Dieses Modell entspräche nicht dem »deutschen Naturell«. Es sei lediglich Ausfluss des »amerikanischen Totalitarismus«: Gerade die Neue Rechte betrachtet den Nationalsozialismus und den Stalinismus nur als flüchtige historische Erscheinungen. Vielmehr sei der wahre Totalitarismus viel älter und struktureller Art – nämlich aus der christlichen Idee der Gleichheit aller Menschen vor Gott abgeleitet. Weil diese Gleichheitsidee auch Eingang in »irdische« Verfassungen fand, werden nach dieser Deutung die Vereinigten Staaten als erster »totalitärer« Staat der Erde definiert. Die Folge sei ein »melting pot«, welcher ohne Rücksicht auf Ursprung und Abstammung alles gleichmacherisch in sich aufnehme. Dieser ideologische Antiamerikanismus mündet als Antiegalitarismus und Antiliberalismus in die Abwehr des für die Demokratie grundlegenden Postulats von universellen Gleichheitswerten und individueller Freiheit.

Der Vorwurf einer »Gehirnwäsche« oder »Umerziehung« der Deutschen durch die Amerikaner nach 1945 ist ein zentrales Moment in der rechtsextremen Ideologie. Caspar von Schrenck-Notzing, ein Vordenker der Neuen Rechten, der seit 1970 die Zeitschrift »Criticón« herausgibt, hatte in diesem Zusammenhang in seinem unter dem Titel »Charakterwäsche« veröffentlichten Buch⁽⁴⁾ angeprangert, dass die US-Besatzungsmacht das deutsche Volk mit Mitteln der psychologischen Kriegsführung umerziehe und hierbei Exponenten der Frankfurter Schule eine Schlüsselrolle zugewiesen. Sozialwissenschaftler wie Herbert Marcuse, Max Horkheimer oder Theodor W. Adorno treten bei ihm als ideologische Agenten auf, die als jüdische Theoretiker kein anderes Ziel verfolgten, als die Identität der Deutschen auszuhöhlen und deren Kultur in Verruf zu bringen.



Der rechte Kampf richtet sich nicht nur gegen Kommunismus, wie dieses Flugblatt der rechtsextremen Vereinigung Junges Nationales Spektrum aus Brandenburg zeigt.

Nach der Wende: Die USA als »Völkerunterdrücker«

In den Augen der extremen Rechten stellt die deutsch-deutsche Wiedervereinigung, welche die Nachkriegsordnung definitiv beende und damit den aufoktroyierten Demokratie- und Gesellschaftstyp obsolet mache, eine wichtige Änderung im Verhältnis zu den USA dar: Die »unheilige Allianz« von Liberalismus und Kommunismus habe nach 44 Jahren ihre Herrschaftsevidenz verloren; beide von den USA und der Sowjetunion vertretenen politischen Strömungen seien nun unwiderruflich in die Annalen der Geschichte eingegangen. Den Siegern von 1945 entreiße man, territorial und ideologisch, den Gewinn des Krieges und somit gehe der deutsche »Urlaub von der Geschichte« wie die »Epoche der Umerziehung« zu Ende. Jetzt sei es an der Zeit, mit den Verbrechen der Alliierten endgültig abzurechnen, welche ohnehin die niemals tatsächlich vorhandene Singularität deutscher Verbrechen überträfen – es dürfe also kein »hysterisches Umsichschlagen mit dem Auschwitzknüppel« mehr geben.⁽⁵⁾

Schon direkt nach 1945 entstanden im rechtsextremen Lager Vorwürfe – die bis heute immer wieder aufgegriffen werden – bezüglich bestimmter Aspekte der alliierten Kriegsführung, z. B. der Bombardierung von Städten wie Dresden durch die Amerikaner. Die Internetpräsentation des »Aktionsbüro Norddeutschland«, Teil der Infrastruktur der Freien Kameradschaften, zeigte vor einiger Zeit in wechselnder Abfolge ein Bild des brennenden World Trade Centers nach

den Anschlägen vom 11. September und eines von Toten im bombardierten Dresden. Letzteres mit der Bildüberschrift: »Vergessene Opfer des US-Imperialismus«. Dabei wird verschwiegen, aus welchem Grund es zu dem Angriff auf Dresden und andere deutsche Städte kam. Überdies unterstellt die extreme Rechte beharrlich, dass allein die Zivilbevölkerung Ziel amerikanischer Angriffe war und in anderen Ländern noch heute ist. Zugleich erscheinen die terroristischen Anschläge in den USA als zu rechtfertigende Reaktion auf »Verfehlungen« der US-Politik. In den Debatten der jüngsten Zeit werden also die Terrorakte gegen die USA von Seiten der rechtsextremen Szene positiv beurteilt und amerika-feindlich interpretiert. Rechtsextremisten schieben im Nachklang des 11. September nicht islamistischen Terroristen, sondern den USA samt ihrem »one world terror« die Verantwortung für die Anschläge in New York und Washington zu, welche der »gerechte Lohn« für die aggressive US-Außenpolitik der letzten Jahrzehnte seien.⁽⁶⁾ Am antiamerikanischen Ressentiment sind demzufolge nicht diejenigen Schuld, die es (re)produzieren, sondern die, die damit belegt werden – hier lassen sich Parallelen in der antisemitischen Agitation auffinden. Das Aufzeigen von solchen Ressentiments diffamiert man als amerika-freundliche Ideologie.

Bezüglich des dritten Irak-Krieges wird den USA vorgeworfen, sie verfolgten einzig und allein ihre hegemonialen wie wirtschaftlichen Interessen im Nahen Osten und eine gewaltsame Demokratisierung des irakischen Volkes. Vor allem verunglimpft die extreme Rechte, nicht nur in diesem Kontext, die Vereinigten Staaten als »internationale Völkermordzentrale«. Die



Rechtsextremes Flugblatt zur Trauerkundgebung zu Ehren der Bombenopfer von Dresden unter dem Motto »Gegen das Vergessen«. Nicht umsonst werden Formulierungen verwendet, die man vom Holocaust-Gedenken kennt. Die Parallele »Bombenterror der Amerikaner« und »Holocaust am deutschen Volk«, die hier gezogen wird, ist evident.



NPD-Demonstration in Berlin 2002. »Amerikanisch« und »zionistisch« ist hier austauschbar.

USA würden grundsätzlich für westliche Werte über Leichen gehen, daher hießen die wahren »Weltbrandstifter« eher Bush, Rumsfeld und Wolfowitz als Hussein. Der Bogen der (jüngeren) »US-Barbarei« spannt sich im rechtsextremen Denken von Dresden und Hiroshima über die Napalmangriffe in Vietnam bis zum massenhaften Einsatz von uranhaltiger Munition im Golfkrieg 1991, im Kosovo und 2003 erneut im Irak. Des Weiteren betont das rechte Lager in diversen Publikationen besonders, dass die »US-Kriegstreiber« – was z. B. den Irak-Krieg betreffe – selbst Juden seien (Wolfowitz, Perle, ...) oder dem Staat Israel hörig dienten und daher die Liquidierung der Feinde des »Judenstaates« anvisierten. Somit stelle das »Weltjudentum« den eigentlichen Kriegsgewinnler dar. Aber der Irak-Krieg wird zugleich als Aufbruchssignal gesehen: »Der verbrecherische Angriffskrieg gegen den Irak legt also durchaus den Keim für diese neue Ordnung der Völker und Kulturen in einer für den unverzichtbaren Antiamerikanismus nun aufnahmebereiten Welt.«⁽⁷⁾

Mithin bemühen sich rechtsextreme Gruppen anhand der Vitalisierung antiamerikanischer Ressentiments durch Themen wie »Alliierten Bombenterror« oder »Irak-Krieg« um eine Revision, d. h. Relativierung der eigenen, deutschen Vergangenheit, indem die USA als Urheber ständiger Aggressionshandlungen, permanente Brecher des Völkerrechts und »Weltbrandstifter« wie »Völkerunterdrücker« diffamiert werden. Damit kolportiert die rechte Szene nebenher, dass Deutschland das eigentliche, wehrlose Opfer des US-Imperialismus (besonders im Zweiten Weltkrieg) sei und die USA die wahren Täter. Das Beispiel »Irak-Krieg« zeige darüber hinaus, dass die Vereinigten Staaten sich bis heute nicht geändert haben, obwohl sie mit der Zerstörung des World Trade Centers als Machtsymbol des »jüdisch-amerikanischen Dollar-Imperialismus« und der Globalisierung einen Denktzettel verpasst bekamen.

Antiamerikanismus erfüllt folglich nicht nur die Funktion, die so genannte Umerziehung nach 1945 samt westlich-liberalem Demokratie- und Gesellschaftsmuster zurückzuweisen, sondern auch nationalsozialistische Verbrechen aufzurechnen bzw. die eigene Vergangenheit durch Fokussierung des Blicks auf ei-

nen »völkerunterdrückenden Feind« zu »entsorgen« und Deutschland nachdrücklich als wiedererstarkte, selbstbewusste Ordnungsmacht in Europa zu präsentieren, was zugleich die angekratzte nationale Identität stärken soll.

Verknüpfung mit Antisemitismus und Antimodernismus

Die Amerika- und Kapitalismuskritik von rechts hat, was sich schon in dem bisher Dargestellten abzeichnete, häufig einen antisemitischen Hintergrund. Horst Mahler und Reinhold Oberlercher resümierten in ihrem Pamphlet »Independance day live« vom 12. September 2001: »Die Luftangriffe auf Washington und New York [...] markieren das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus.«⁽⁸⁾ Es wird demnach (pseudo-)antikapitalistisch sowie antisemitisch argumentiert. Die relativ hohe soziale Permeabilität in den USA – im Gegensatz zu den europäischen Gesellschaften des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts – ließ den Aufstieg von Juden in bedeutende gesellschaftliche Positionen zu. Auch deswegen gilt das liberale, demokratische Amerika in den Augen der Rechten als »bastardisiertes Einwanderungsland« bzw. »Multikulti-Eintopf«. Im Antiamerikanismus liegt also indirekt ein Vorstoß gegen die so genannte Überfremdung in Deutschland: Die deutsche Rechtsaußen-Szene malt nun Schreckensbilder einer multiethnischen und -kulturellen Entwicklung im Stile einer individuellen und gesellschaftlichen »Entartung« und des kulturellen Verfalls aus. Diese Bedrohungsvisionen sollen die öffentliche Meinung in Deutschland dazu bringen, keine »Einwanderung« mehr zu dulden und sich für eine ethnisch-kulturell homogene Nation einzusetzen.

Der »Vormarsch« jüdischer Bürgerinnen und Bürger in den USA bildet den Hintergrund für eine rechtsextreme Demagogie, die mit Formulierungen wie früher »Judenstaat« oder heutzutage »Ostküste« auf verschwörungstheoretischer Basis die jüdische Beherrschung bzw. Lenkung der Vereinigten Staaten, ja sogar der ganzen Welt behauptet. Dirigiert wird die internationale Politik bzw. die Globalisierung nach dieser Auffassung von der »US-amerikanischen Ostküste« oder der Wallstreet, dem Sitz des »globalen, nomadisierenden Spekulationskapitalismus«, der stets mit der Imagination des »jüdischen raffenden Kapitals« verbunden ist. Kurz: Der Terminus »Ostküste« ist ein Kampfbegriff des metaphorischen Antisemitismus; er ist die Schnittstelle von Antiamerikanismus und Antisemitismus. Die enge Verbindung dieser beiden Ideologeme hebt desgleichen die rechtsextreme Monatsschrift »Nation Europa« hervor: »Anti-Amerikanismus und Antisemitismus sind zwei Seiten derselben Medaille. Zu eng sind die Beziehungen zwischen den USA und Israel, um dies trennen zu können. Der allseits beklagte »wachsende Antisemitismus« in Deutschland ist im Grunde ein Schritt zur Normalität.«⁽⁹⁾

Häufig werden die soeben aufgezeigten antisemitischen Metaphern mit dem Hass auf die amerikanische Hypermoderne kombiniert. Im Antimodernismus wie in der Anti-Verwestlichung trifft sich der Antiamerikanismus (und Antisemitismus) der europäischen Rechten mit dem der arabischen Welt.⁽¹⁰⁾ Die USA gelten im arabischen Raum als Symbol für die frevelhafte Säkularisierung der Welt, nicht nur als Vertreter eines menschenfeindlichen Globalkapitalismus oder als Schutzmacht Israels. Eine antiwestliche Grundorientierung mit dem Feindbild der »Kreuzzügler« bzw. »Imperialisten« bildet infolgedessen das entscheidende Verbindungsstück.⁽¹¹⁾

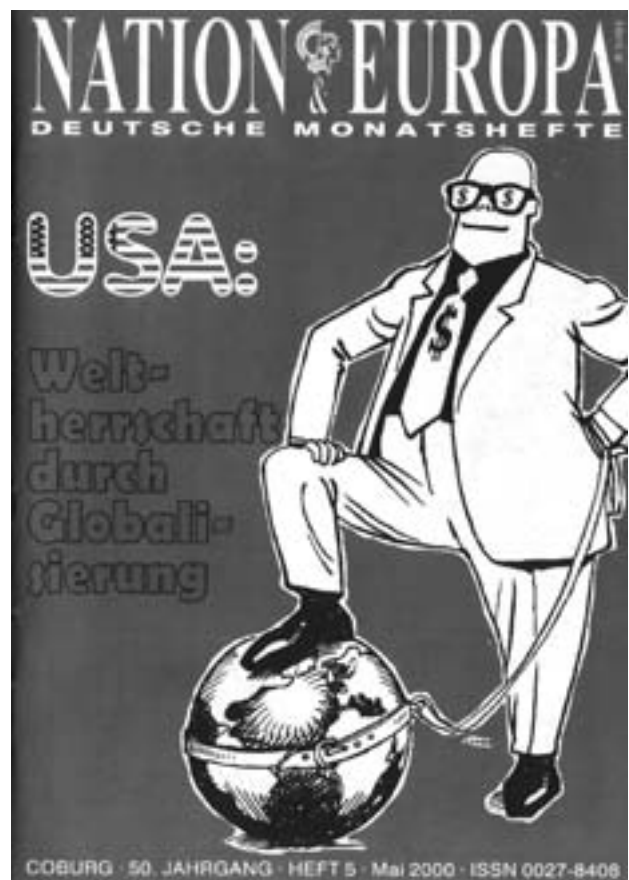
Verschwörungstheorien, Projektion auf einen Sündenbock, Furcht vor Säkularisierung und Moderne sowie Kritik an der Geldkultur: In diesen Aspekten ähnelt der Antiamerikanismus den Mechanismen des Antisemitismus; er bedient ähnliche Bilder wie der traditionelle Antisemitismus und ersetzt ihn zumeist, da dieser gesellschaftlich tabuisiert ist.

Anbindungsbemühungen und »Querfrontstrategie«

Die »Deutsche Stimme« – vom NPD-Bundesvorstand herausgegeben – postuliert, der Kampf gegen den US-Imperialismus, Materialismus und Kulturlosigkeit gebiete »den Schulterschluss mit muslimischen Streitern der arabischen Welt gegen den allgemeinen westlichen Werteverfall«. Eine vollkommene »Emanzipation vom amerikanischen Konsumdiktat« bzw. eine »Emanzipation von allen amerikanischen »Werten« und Lebensstilen« sei vonnöten.⁽¹²⁾ Ein Beispiel für praktische Anbindungsbemühungen zwischen europäischen rechtsextremen Vereinigungen und islamistischen Gruppen durch Antiamerikanismus ist der Auftritt von Horst Mahler und dem Bundesvorsitzenden der NPD, Udo Voigt, auf der Veranstaltung der mittlerweile mit einem Betätigungsverbot belegten islamistischen Gruppierung Hizb ut-Tahrir (die u. a. dem Staat Israel ein Existenzrecht abgesprochen hat) am 27. 10. 2002 in Berlin (Thema: »Der Irak – ein neuer Krieg und die Folgen«). Voigt wünschte für die Errichtung eines Kalifenstaates viel Erfolg und warnte vor den »imperialistischen USA«, die jedes neue wirtschaftspolitische Staatssystem zu zerschlagen bereit wären. So seien Deutschland und Japan zerschlagen worden, als sie einen neuen oder anderen Weg gehen wollten.⁽¹³⁾ Auch hier erfolgt wieder ein Verweis auf die deutsche Geschichte mit dem Versuch, die USA als alleinigen Aggressor darzustellen und die eigene Vergangenheit reinzuwaschen.

Mittels der harschen Kritik an der US-Außenpolitik sucht das rechte Lager daneben Anschluss an die Antiglobalisierungs- und Friedensbewegung, was sich beispielsweise in der gemeinsamen Teilnahme an Demonstrationen und anderen Aktionen gegen den Irak-Krieg oder in Stellungnahmen hinsichtlich WTO- bzw. G8-Konferenzen widerspiegelt. Bisweilen nach-

vollziehbare und berechtigte Vorbehalte der Globalisierungskritiker gegen manche Ansicht oder Handlung der USA auf politischer, wirtschaftlicher wie kultureller Ebene werden adaptiert und im rechts-extremen Sinne instrumentalisiert. Durch eine so genannte Querfrontstrategie will man insbesondere den Rechts-Links-Gegensatz überwinden, »denn gerade das Nationale ist ja von seiner Substanz her ideologiefremd« (»Querfront statt Bürgerkriegsgräben«).⁽¹⁴⁾ In diesem Sinne appellierte der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt in einer Rede auf der Anti-Kriegsdemonstration in Fürstenwalde im April 2003, an der ebenfalls Sozialdemokraten, kirchliche Gruppen und die PDS teilnahmen, dass endlich mit der verkrusteten Denkschablone »rechts-links« zu brechen sei. Allerdings grenzt die extreme Rechte sich scharf von der angeblich amerika-hörigen politischen Klasse, die Deutschland zum reinen Vasallen der USA mache, und der »Gutmenschen-Friedensbewegung« mit ihren moralistischen, kosmopolitischen und damit apolitischen Schwärmereien ab. Das Feindbild »antifaschistische globale Zivilgesellschaft« bleibt demnach bestehen. Dies alles mündet in der Vorstellung, dass nur eine Welt ohne US-Vorherrschaft, dafür mit freien, ethnisch homogenen Nationalstaaten, Frieden und Freiheit für alle Völker ermögliche.



Titelbild der rechtsradikalen *Nation&Europa*. Welt-herrschaft, Geldgier und identitätszersetzende Moderne sind austauschbare antisemitische und antiamerikanische Klischees, die von Rechtsextremen und Palästinensern geteilt werden.

Strategisches Ziel solcher Versuche um Anschlussfähigkeit unter dem (vermeintlichen) Scharnier »Anti-amerikanismus« bleibt es, öffentliches Interesse zu erreichen, zu provozieren, inhaltliche Konvergenz mit den verschiedensten gesellschaftlichen Kräften zu propagieren (»Querfront«) und die eigene Ideologie im Mainstream-Diskurs zu etablieren, um auf lange Sicht die »kulturelle Hegemonie« zu erringen. Freilich kann man momentan wohl davon ausgehen, dass die dargestellte Anbindungsstrategie, die nach Anschluss sowohl an die Antiglobalisierungs- bzw. Friedensbewegung als an islamistische Organisationen strebt, noch nicht permanent realisiert wurde und nicht zu längerfristiger, intensiver Kooperation führte. Dies ist u. a. damit zu begründen, dass für Islamisten deutsche Rechtsextreme »Ungläubige« bleiben und in Deutschland lebende Islamisten von Rechtsextremen als »Ausländer« angesehen werden, die es auszuweisen gilt.⁽¹⁵⁾

Kritik am »Kultur-Imperialismus« und an der »Demontage des Deutschen«

Die extreme Rechte in Deutschland beanstandet insbesondere einen »Kultur-Imperialismus«, also einen strukturellen Imperialismus der USA: Alle Völker der Erde würden gegenwärtig von einer fortschreitenden, egalitären Verflachung und einer Gleichschaltung der Lebensweisen bedroht, die das Verschwinden der kollektiven, nationalen Identitäten zugunsten eines American way of life zur Folge hätten. Dieser way of life sei ein getreues Abbild der universalistischen, neoprimitiven und »show«-orientierten Einweltideologie. Ein Volk lebe nicht, wenn es keine Kultur besitze, zu der es sich bekennen kann. Diese Kultur dürfe indessen weder bloße Veräußerlichung noch reiner Konsum sein, sondern müsse seelisch empfunden und aktiv erlebt werden.⁽¹⁶⁾

Verhasst ist folglich ein anderen Ländern behauptetermaßen aufgezwungener »American way of life« oder die »McDonaldisierung« wie »Coca-Kolonisierung« – diese Ausdrücke verwendet man bisweilen synonym zum Terminus »Kultur-Imperialismus«. Die rechte Szene betont dabei, dass der »trostlose Kult der entfesselten Technik«, »geistloser Mammonismus« und »nivellierende Reglementierungen von seelenlosen Erfolgsmenschen« zum Gewinnen von Kriegen und zur vorübergehenden Vormachtstellung in der Welt möglicherweise taugen, aber die »Geisteswerte alter Kulturen« nicht zu ersetzen vermögen. Die »deutsche Kultur« sei das Reich des Gemüts, des Geistes und der Künste – die herzlose »westliche Zivilisation« sei das Reich des Marktes, der Technik, der Effizienz, zugleich jedoch auch dekadent, oberflächlich, verweichlicht und auf Tötung der »deutschen Seele« programmiert. Der kulturelle Antiamerikanismus lehnt die USA als Symbol der Nivellierung, Vermassung, Kommerzialisierung und Verflachung der Kultur infolge der »Pöbelherrschaft« ab. Amerika erscheint demnach als Musterbild des zivilisatorisch-technischen Fortschritts und der Finanzkraft, aber gleichzeitig als



Transparent, das während des dritten Irak-Krieges auf einer rechtsextremen »Friedensdemonstration« in Vorpommern gezeigt wurde.

Symptom des kulturellen Niedergangs. Werteverfall, Identitätsverlust, die »Kultur der Sozialatome«, Kriminalität, Drogenmissbrauch, Pornografie, Scheidungsrekorde und »Zivilisationsschäden« fasst das rechte Lager infolgedessen ausschließlich als Resultat eines »kulturzerstörerischen« und »seelenmordenden« Amerikanismus auf.

Kein Wunder, seien doch die USA überdies kein »organisch gewachsener« Staat: Vielmehr stellten sie (neben Israel) einen der wenigen durch einen politischen Gründungsakt konstituierten, künstlich errichteten Staaten dar. Nach dieser Lesart besitzen aber ausschließlich »organisch gewachsene« Gemeinschaften aufgrund tief verinnerlichter Traditionen und kulturell-ethnischer Homogenität einen Wert. Und die deutsche Gesellschaft wie der deutsche Staat haben natürlich einen solchen Wert.

Durch die »Umerziehung« bzw. »Gleichschaltung« auf kultureller Ebene seien indes bedeutende Werte der deutschen Kultur und die tiefe Verwurzelung in der eigenen Geschichte und Tradition verloren gegangen. Die Ideologie des abstrakten, vorgesellschaftlichen Individuums in einem Nachtwächterstaat, so der Vorwurf der extremen Rechten an die USA, löse alle Verankerungen von Familie, Haushalt, Jugendgruppe, Stammesverband und Nation als Kohärenzgeber auf.

Es müsse daher angestrebt werden, die »Umerzieher« aus Deutschland (und Europa) wegzujagen und die vermeintliche Gehirnwäsche durch die Betonung und Förderung deutscher Traditionen, Normen, substanzieller Werte und Tugenden rückgängig zu machen. So versucht man, die »amerikanisierte Kultur« durch Hebung des »Deutschen« zurückzudrängen. Laut der »Deutschen Stimme« bleibt alles in allem ein bedeutendes Ziel, den »inneren Amerikaner«, den »Amerikaner in uns« und damit die »Dekadenz des bürgerlichen Westlertums« zu besiegen. Weiter heißt es in diesem Artikel: »Der alles infizierende Amerikanismus zerbrach in Nachkriegsdeutschland die zuvor immer wieder die Welt begeisternde Solidarität des deutschen

Wesens und ließ das natürliche Gemeinschaftsdenken plötzlich zu einer »Verirrung menschlichen Empfindens« werden. Der Ungeist des perversen Kapitalismus amerikanischer Provenienz obsiegt – scheinbar oder tatsächlich – in vielen Köpfen über volksgemeinschaftliches Denken und Handeln.« Gefordert wird neben einer Rückbesinnung auf die Volksgemeinschaft im Folgenden ein »Kulturkampf gegen jedes Denken und Fühlen in den verbrecherischen Kategorien des US-Kulturimperialismus«. Nämlich: »Schon das kleinste Zugeständnis an dessen »Zeitgeist«, auch durch Pflege seines Kleidungsstils, würde diesen unumgänglich gewordenen Kulturkampf verunmöglichen.«⁽¹⁷⁾

Auf der Ebene der Sprache führt das eingeforderte Umdenken beispielsweise dazu, dass das rechtsextreme Lager sich weigert, mittlerweile etablierte englische Begriffe zu übernehmen und anzuwenden. Dadurch wird das Internet schnell zum Weltnetz, die Homepage zur Heim(at)seite, die E-Mail zur Elektro-Post/e-Post. Großer Wert wird auch auf deutschsprachige Musik gelegt, weshalb man z. B. für eine Quotierung »fremdsprachiger«, in der Regel englischer, Musik im Radio eintritt. Die extreme Rechte fördert in diesem Zusammenhang nicht nur die heimatverbunden-romantische Volksmusik oder den deutschen Schlager, sondern versucht ganz allgemein in den verschiedensten Musiksparten – sei es im Hip Hop, Techno oder Black Metal – an Einfluss zu gewinnen und die deutsche Sprache (zumeist in entsprechend ideologisch angereicherte Texte gebettet) die Oberhand gewinnen zu lassen. Bedeutung wird natürlich genauso dem deutschen Film, besonders dem deutschen Heimatfilm beigemessen, wobei hier die Abgrenzung zum »jüdischen Hollywood«, also der angeblich jüdisch dominierten US-Filmindustrie, die mit ihren Filmen stets zu manipulieren versuche und unentwegt historische Lügen verbreite, eine Rolle spielt. In der Erziehung der Kinder wie im alltäglichen Leben der Erwachsenen sollen nach Dafürhalten des rechten Lagers zudem deutsche Gedichte, Volkslieder und Heldenepen einen wichtigen Platz einnehmen, nicht

zu vergessen der Volkstanz, der endlich den Break- bzw. Jazzdance zu ersetzen habe. In Restaurants, Imbissen und in der eigenen Küche müssten Buletten über Big Mac, Rippchen mit Sauerkraut über Spare Ribs, Jägerschnitzel über T-Bone-Steaks und die Thüringer Rostbratwurst über den Hot Dog siegen. Auf der zweiten, von der NPD ausgerichteten Konferenz europäischer Nationalisten im März 2003 initiierte man darüber hinaus sogar eine Boykott-Kampagne von US-Produkten (»Boykott den Kriegstreibern! Kauft keine US-Waren«), die an die Boykotte jüdischer Geschäfte in der NS-Zeit erinnert.⁽¹⁸⁾

Die Nation Europa als Gegenentwurf zur »One-World-Ideologie«

Aus Sicht der extremen Rechten habe der aggressive US-Imperialismus, die US-gesteuerte Globalisierung wie die Demokratisierung und »Umerziehung« im Speziellen nicht nur zur »Kolonisierung« Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern ganz allgemein zur Unterdrückung aller so genannten freien Völker und Volksgruppen geführt, gerade in Europa. Doch welches Modell stellt die rechtsextreme bzw. neurechte Szene dem »US-Kultur- und Werteimperialismus«, der »mondialistischen Gleichmacherei« durch die »One-World-Ideologie« entgegen?

Kennzeichnend ist vor allem eine verstärkte europäische Zielorientierung bzw. strategische Bezugnahme auf »Europa« als Kampfbegriff gegen die verachtete imperialistische USA. Diese Ideologie einer »Nation Europa«, eines »Europas der Vaterländer«, das sich zur Weltmacht aufschwingt, geht zu großen Teilen auf den Briten Oswald Mosley zurück, der sich damit bereits 1948 an die Reorganisation einer braunen Internationalen machte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es Versuche rechtsextremer Intellektueller, Europa im Rückgriff auf präfaschistische Ideologien, den »Befreiungskampf« der paneuropäischen Waffen-SS – die »weiße Garde gegen die rote Gefahr« als »Vorkämpfer für das vereinte Europa« – und den »arischen Mythos« neu zu begründen. Die deutsche Aggression während der NS-Zeit gilt ebenfalls als »Kampf für die Freiheit Europas«.⁽¹⁹⁾

Die extreme Rechte verwandt Europa früher als Synonym für Großdeutschland; sie vertrat die Konzeption eines ethnisch homogenen und ökonomisch autarken »Europa der weißen Rasse« mit Abschottungs- und Festungscharakter (»Euronationalismus«). Diese Ansichten wurden bis in die jüngste Zeit hinein, gerade von der Neuen Rechten, wie folgt modifiziert: Dem vermeintlichen Drohbild der von Amerika vorangetriebenen Welteinheitsgesellschaft setzt man eine modernisierte, mit Selbstbestimmung und Ethnopluralismus (dazu weiter unten mehr) fundierte Verknüpfung von Föderalismus/Regionalismus, Nationalismus auf der einen Seite und Europa auf der anderen Seite entgegen. Hierbei propagiert die Neue Rechte einen kontinentalen Unabhängigkeitskampf gegen die »raumfremde Macht« USA und gegen die im Westen



Nicht nur wegen des Krieges, sondern auch wegen der »reinen deutschen Kultur« sollen US-Waren keinen Platz mehr in Deutschland haben.

verorteten Ideen der bürgerlichen Revolution.⁽²⁰⁾ Hinter diesem Europa-Konzept mit dem Ziel der Emanzipation von »uneuropäischen Mächten« steht ein befreiungsnationalistischer Ansatz, der davon ausgeht, der Kontinent sei sowohl in militärischer als auch ideologischer Hinsicht seit 1945 kolonialisiert und müsse nun befreit werden. Dies bedeute gleichzeitig Kampf für die Erhaltung historisch gewachsener Traditionen, einheitlicher Kulturen und der jeweiligen nationalen Identität, welche von der »One-World-Ideologie« der Cola- und Hamburger-Imperialisten zerstört würde.

Besonders der so genannte »Ethnopluralismus« ist grundlegendes ideologisches Konstrukt in den Europa-Konzepten des rechten Lagers: Man nimmt eine Inkongruenz verschiedener menschlicher Kulturen an. Deshalb müsse versucht werden, eine Koexistenz der Völker zu organisieren, innerhalb derer die unterschiedlichen Gemeinschaften nach ihrer jeweiligen ethnisch bedingten Eigenart abgeschottet voneinander und somit scheinbar »gleichberechtigt« leben. Dieses »Grundrecht auf Verschiedenheit« zielt auf eine Vielfalt einheitlicher Kulturen mit dem grundlegenden Zweck, dass die »eigene« nicht »rassisch durchmischt« wird.⁽²¹⁾ Multikulturelle Gesellschaften, die als multirassisch gelten und jede »Gleichheitsideologie« stoßen mithin auf Ablehnung. Das »Grundrecht auf Verschiedenheit« ist realiter eine »Pflicht« zur Unterschiedlichkeit, aus der eine Ungleichheit und eine Verhinderung von Migrationsbewegungen, vor allem Einwanderung, resultiert. Die biologistische Begründung wird überaus deutlich. Nämlich: Blut und Boden gehören zusammen.⁽²²⁾ Eine Funktion des Antiamerikanismus besteht also darin, indirekt gegen die vermeintliche Überfremdung in Deutschland anzugehen, da die USA als Musterbeispiel für ein Einwanderungsland und eine multikulturelle Gesellschaft, in der »sogar Juden« einflussreiche Positionen bekleiden können, gelten.

Auf der Grundlage einer ethnopluralistischen Ordnung ersehnt die extreme Rechte weniger einen Bundesstaat, sondern einen Staatenbund, eine »europäische Eidgenossenschaft« nach Schweizer Vorbild, die eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit anstelle einer Totalintegration gewährleisten soll. Eine derartige Kooperation wird mit der Triadenkonkurrenz »Europa-Nordamerika-Japan/Ferner Osten« ganz im Sinne klassischer territorialer Großmachtpolitik legitimiert; durch eine »Geopolitik von rechts außen« – ein neoimperialistischer Entwurf, der auf der wiedererlangten Position der Stärke Deutschlands nach der Wiedervereinigung gründet. Deutschland hat demnach die geopolitische Funktion, als Brücke und Drehkreuz europäischer Entwicklung zu dienen.⁽²³⁾ Wenn auch nicht immer klar artikuliert, ist das Fernziel die Anbindung bzw. der Anschluss der kleinen Völker Zwischeneuropas an Deutschland, umgekehrt die Aufrundung Deutschlands zu Mitteleuropa. So wird aus der Mittellage eine Verantwortung und »natürliche Führungsrolle« für Europa abgeleitet. Zudem votiert man oftmals für eine Abkehr von der

seit der Gründung des westdeutschen Teilstaates forcierten Westbindung, wozu z. B. ein Austritt aus der NATO gehört, dem ein Wandel der Orientierung von Westen nach Osten korrespondiert: Mitteleuropa und Zwischeneuropa seien gegen Liberalismus und Individualismus amerikanischer Prägung zu schützen. Die Grundlagen einer europäischen Erneuerung sieht man daher eher im (nationalistischen) Osten, weil vom amerikanisch dominierten Westen eine Aufhebung der nationalen Regionen mittels Globalisierung gefürchtet wird.⁽²⁴⁾

Insgesamt handelt es sich hier um eine mit der in der politischen Realität immer weiter voranschreitenden demokratischen europäischen Integration konkurrierende völkisch-nationalistische, anti- bzw. postdemokratische Europakonzeption. Folgende zentrale Ideologeme lassen sich herausarbeiten:

1. Eurozentrismus; europäische und nationale Identität gegen den Zerfall der okzidentalen Struktur, 2. Antiamerikanismus und Anti-Verwestlichung, 3. Befreiungsnationalismus und Ethnopluralismus, 4. Geopolitik, Orientierung an einem zentraleuropäischen Machtkern.



Europa der Vaterländer – Heterogenität mit homogenen Volkskörpern, natürlich ohne jede Einwanderung.

Anmerkungen:

- (1) Vgl. Richard Stöss, Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechts-
extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz,
Bonn 2000, S.104.
- (2) Unter »Neue Rechte« (oder »neurechts«) wird eine Ende der
60er, Anfang der 70er Jahre aus den Organisationsstrukturen
der größtenteils an der NS-Zeit orientierten »Alten Rechten« –
vor allem der NPD – ausgebrochene, intellektuell vergleichs-
weise anspruchsvolle Strömung des Rechtsextremismus ver-
standen, welche versucht, die (auch von der französischen Nou-
velle Droite verfochtenen) Ideen der Weimarer Konservativen
Revolution wiederaufzugreifen und daraus ein metapolitisches
und programmatisches Konzept zur Erneuerung der ideologi-
schen Grundlagen des rechten Lagers zu entwickeln. Vgl. bei-
spielsweise zur Neuen Rechten Alice Brauner-Orthen, Die Neue
Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische
Tendenzen, Opladen 2001; Margret Feit, Die Neue Rechte in
der Bundesrepublik. Organisation-Ideologie-Strategie, Frank-
furt a.M./New York 1987.
- (3) Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik, München 1996, S.
405.
- (4) Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche. Die amerika-
nische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart
1965.
- (5) Vgl. Arno Klönne, Die Neue Rechte angesichts der deutschen
Einheit, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechts-
extremismus im vereinten Deutschland, Bremen 1991, S. 72 f.
- (6) Verfassungsschutzbericht Berlin 2002, Senatsverwaltung für In-
neres, Abt. Verfassungsschutz (Hrsg.), S. 30.
- (7) Carl Schmittke, Den »inneren Amerikaner« besiegen, Deutsche
Stimme 5/2003, S. 2.
- (8) <http://www.deutsches-kolleg.org/hm/> (17. 11. 2003) unter der
Rubrik »Texte«.
- (9) Alfred Mechttersheimer, Anmerkungen zum deutsch-amerika-
nischen Verhältnis: Die Kolonie muß sich emanzipieren, Nation
Europa 03/2003.
- (10) Vgl. Andrian Kreye, Hass auf die Hypermoderne, [http://-
users.rcn.com/akreye/Antisemitismus.html](http://users.rcn.com/akreye/Antisemitismus.html) (17. 11. 2003).
- (11) Vgl. Klaus Faber, Antisemitismus, Antizionismus und Antiamer-
ikanismus: Die deutsche Debatte,
[http://www.klick-nach-rechts.de/gegen-rechts/2003/05/antizio-
nismus.htm](http://www.klick-nach-rechts.de/gegen-rechts/2003/05/antizio-
nismus.htm) (17. 11. 2003). Trotz diverser Verknüpfungsele-
mente bestehen jedoch auch einige Differenzen zwischen Anti-
semitismus/Antizionismus und Antiamerikanismus, z. B. gibt es
– zeitlich gesehen – zu den fast zweitausend Jahren Antisemitis-
musgeschichte im Christentum kaum Parallelen in der relativ
neuen Erscheinung »Antiamerikanismus«, vgl. ebd.
- (12) Vgl. Carl Schmittke, Den »inneren Amerikaner« besiegen,
Deutsche Stimme 5/2003, S. 2.
- (13) Vgl. Verfassungsschutzbericht Berlin 2002, Senatsverwaltung
für Inneres, Abt. Verfassungsschutz (Hrsg.), S. 32.
- (14) Hugo Fischer, Querfront statt Bürgerkriegsgräben, Deutsche
Stimme, 5/2003, S. 2. »Ideologiefern« deshalb, weil nach
rechtsextremer Sichtweise das »Nationale« etwas Ursprüngli-
ches, Natürliches, Existenzielles ist, das in Form der jeweiligen
althergebrachten, verinnerlichten Kultur- und Traditionsbe-
stände über lange Zeit »organisch gewachsen« und daher nicht
einseitig auf rechte oder linke Ideologien zu beschränken sei,
sondern fernab davon existiere.
- (15) Vgl. Ingrid Müller-Münch, Zusammenarbeit unwahrscheinlich
– Rechtsextreme und Islamisten, FR v. 18. 09. 2003, S. 4.
- (16) Vgl. Pierre Vial, Die »Neue Kultur«: Ein revolutionärer Denk-
anstoß, Elemente, Heft 6/1998.
- (17) Vgl. Carl Schmittke, Den »inneren Amerikaner« besiegen,
Deutsche Stimme 5/2003, S. 2.
- (18) Vgl. auch [http://www.npd-lahn-dill.de/Klartext_2_03/Klar-
text_9_01/Impressum/Boykott/body_boykott.html](http://www.npd-lahn-dill.de/Klartext_2_03/Klar-
text_9_01/Impressum/Boykott/body_boykott.html)
oder
http://www.npd-greifswald.de/nie%20Krieg/nie_krieg.html
(17. 11. 2003).
- (19) Vgl. Heribert Schiedel, Europäischer Rechtsextremismus,
Zoom 6+7/1998, [http://isuisse.ifrance.com/emmaf/base/eu-
re.html](http://isuisse.ifrance.com/emmaf/base/eu-
re.html) (17. 11. 2003).
- (20) In Anlehnung an Carl Schmitt postuliert die Neue Rechte eine
völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot
für »raumfremde Mächte«, also gewissermaßen eine Monroe-
Doktrin zum Schutz der eigenen, europäischen Identität und
Interessen, vgl. Heribert Schiedel, Europäischer Rechtsextre-
mismus, Zoom 6+7/1998, [http://isuisse.ifrance.com/emmaf/-
base/eu-re.html](http://isuisse.ifrance.com/emmaf/-
base/eu-re.html) (17. 11. 2003).
- (21) Vgl. zum ethnopluralistischen Gedanken als exemplarische
Quellen Henning Eichberg, Nation Europa – Europa der Völ-
ker. Eine Kritik und Alternative zum bürgerlichen Europakon-
zept, in: Burschenschaftliche Blätter 8/1974, S. 206 ff., Fortset-
zung ebd. 1/1975, S. 3 ff. und Pierre Krebs, Die europäische
Wiedergeburt. Aufruf zur Selbstbestimmung, Tübingen 1982.
- (22) Vgl. zur Analyse des Ethnopluralismus statt vieler Alice Brau-
ner-Orthen, Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokrati-
sche und rassistische Tendenzen, Opladen 2001, S. 50 ff.; Seba-
stian Reinfeldt/Richard Schwarz, 'Ethnopluralismus' made in
Germany, in: Helmut Kellershohn (Hrsg.), Das Plagiat. Der
Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994,
S. 213 ff.
- (23) Daneben lassen einige Autoren bei der europäischen Neuord-
nung von rechts der deutsch-französischen Achse (»le couple
franco-allemand«) eine herausragende Bedeutung zukommen.
Andere heben hingegen eine Kooperation mit Russland oder
Asien hervor. Grundsätzlich hat jedoch in den Augen der extre-
men Rechten die ersehnte autonome »Nation Europa« bei ih-
ren germanischen Ursprüngen anzuknüpfen, liege doch in der
vorchristlichen Blut- und Bodenreligion das durchzusetzende
Abstammungs- und Identitätsprinzip begründet. Demnach
brauche das zukünftige »Europa der Vaterländer« die Anbin-
dung an die eigenen ethnischen Ursprünge, d. h. an die germa-
nischen Wurzeln, bzw. an die Strukturen der vorchristlichen,
germanischen Geisteswelt, vgl. Heribert Schiedel, Europäischer
Rechtsextremismus, Zoom 6+7/1998, S.1-10,
<http://isuisse.ifrance.com/emmaf/base/eu-re.html> (17.11.2003).
- (24) Vgl. Berndt Ostendorf, Antiamerikanismus von rechts? Zum
Anschwellen des Antiliberalismus im Zeitalter der Globalisie-
rung, [http://www.newsblast.de/?handwerk/o_dorf_neue_rech-
te_1.php](http://www.newsblast.de/?handwerk/o_dorf_neue_rech-
te_1.php) (17. 11. 2003). Zum im Rahmen dieses Beitrags nicht
näher dargestellten Regionalismus-Konzepts der extremen
Rechten vgl. Heribert Schiedel, Europäischer Rechtsextre-
mismus, Zoom 6+7/1998, S. 1-10, [http://isuisse.ifrance.com/-
emmaf/base/eu-re.html](http://isuisse.ifrance.com/-
emmaf/base/eu-re.html) (17. 11. 2003).
- (25) http://www.npd-frankfurt.de/dvz_800/saarbr_ford.html
(17. 11. 2003)

Umgang mit Antisemitismus in der Bildungs- und Projektarbeit

Antisemitismus als Thema der außerschulischen Bildungsarbeit?!

*Interview mit Kirsten Döhring,
Tanja Kinzel und Barbara Schäuble*

Susanna Harms und Heike Radvan

Kirsten Döhring, Pädagogin, und **Tanja Kinzel**, Sozialwissenschaftlerin, sind Mitarbeiterinnen des Projekts »Bausteine gegen Antisemitismus«, einem Kooperationsprojekt vom Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V. und Tacheles Reden! e.V., das Methoden und Konzepte für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Bildungsarbeit entwickelt.

Barbara Schäuble, Sozialpädagogin, ist Mitarbeiterin des DGB-Bildungswerks Thüringen e.V., das mit einer Projektgruppe für die Neuauflage des »Bausteins zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit« u. a. einen Schwerpunktteil zu Antisemitismus erarbeitet hat.⁽¹⁾

Bulletin: Welche Definition von Antisemitismus legen Sie Ihrer Arbeit zu Grunde?

Kirsten Döhring: Wir begreifen Antisemitismus als umfassende Welterklärung, die dazu dient, weltweite gesellschaftliche Phänomene, Krisen und Umbrüche mit Hilfe von Verschwörungstheorien und Feindbildern zu erklären. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. ihre als negativ empfundenen Begleiterscheinungen werden »den Juden« oder auch Israel angelastet. Beim aktuellen Antisemitismus, der in Deutschland heute oft ein sekundärer Antisemitismus ist, werden antisemitische Stereotypen und Feindbilder häufig nur in Versatzstücken benutzt oder es wird in Anspielungen auf sie verwiesen.

Barbara Schäuble: Unsere Projektgruppe würde sich hier weitestgehend anschließen. Besonders betonen möchte ich, dass wir Antisemitismus nicht als Vorurteil, sondern als Feindbild begreifen. Vorurteile sind individuelle und spontane Urteile, sie stellen den Versuch dar, die Welt zu ordnen und sich so das Leben einfacher zu machen. Feindbilder dagegen verweisen auf ein Machtverhältnis zwischen zwei Gruppen. Antisemitische Feindbilder haben eine lange, kollektive und oftmals gewalttätige Geschichte.

Bulletin: Unterscheiden sich antisemitische Feindbilder von rassistischen?

Barbara Schäuble: Im Unterschied zu Rassismus stellt Antisemitismus eben eine umfassende Welterklärung dar. Rassismus dagegen erklärt nur Teilphänomene und begründet, warum andere fremd oder minderwertig sind. Antisemitismus aber konstruiert »die Juden« als das absolut Andere, als absoluten Gegensatz zum Eigenen, das als ein übermächtiges, geheimes und gefährliches Gegenüber gezeichnet wird. Diese Gegenüberstellung ist also sehr viel vehementer, es handelt sich sozusagen um die maximalste Form eines Feindbildes. Antisemitismus ist also gleichzeitig eine Ideologie, die sich selbst über die Revolte gegen eine angebliche Übermacht legitimiert. Wer antisemitisch argumentiert, inszeniert sich als unschuldiges Opfer dieser Übermacht. Neben einem beruhigenden und zugleich aggressiven Opfergefühl liegen diesem Denken Schuldgefühle wegen des Holocaust zugrunde, und eine Lust am Feindbild. Wir nehmen an, dass solche Gefühle eine sehr viel größere sozialpsychologische und soziale Dynamik haben als rassistische Konstruktionen.

Bulletin: Würden Sie dem Eindruck zustimmen, dass Antisemitismus in Deutschland seit der Wiedervereinigung zunimmt?

Tanja Kinzel: Antisemitismus ist in Deutschland seit der Wende angestiegen, nicht nur auf der Ebene tätlicher Übergriffe. Er taucht heute wieder vermehrt als öffentliches Ressentiment auf, das in der gesellschaftlichen Mitte verankert ist. Seit der Wende nimmt die Tendenz zu, Deutschland wieder als »selbstbewusste Nation« sehen zu wollen. Damit verbunden sind der Wunsch nach einem »Schlussstrich« unter die Erinnerung an den Holocaust, wie er in den Debatten um Martin Walser, Daniel J. Goldhagen oder die Wehrmachtsausstellung zum Ausdruck kam, und die Gleichsetzung von Tätern und Opfern des Nationalsozialismus, etwa in den Diskussionen um das Zentrum gegen Vertreibungen. Zunehmend wird auch der Nahostkonflikt als Projektionsfläche für antisemitische Ressentiments genutzt und er spielt aktuell auch in Deutschland eine große Rolle im Hinblick auf islamistischen Antisemitismus.

Barbara Schäuble: Es ist schwer zu sagen, ob Antisemitismus zunimmt oder ob er nur unbefangener geäußert wird. Verändert haben sich jedoch die Dimensionen von Antisemitismus, mit denen wir es zu tun haben. Wir sehen diese Veränderung im Zusammenhang mit einer allgemeinen Zunahme vereinfachender oder verschwörungstheoretischer Welterklärungen und mit der Art und Weise, wie der Nahostkonflikt in den Medien dargestellt wird. Hinzu kommt die von Tanja Kinzel gerade schon beschriebene »geschichtliche Unbefangenheit«. Diese Entwicklungen, vor allem aber Erlebnisse mit antisemitischen Äußerungen in unserem persönlichen und politischen Umfeld und in Seminaren haben schließlich den Ausschlag dafür gegeben, dass wir für die Neuauflage des »Bausteins



Antisemitischer Aufkleber: Unbekannte klebten in der Nacht zum 16. Juli 2002 im Berliner Bezirk Neukölln hunderte antisemitische Aufkleber mit durchgestrichenem Davidstern und der Parole: »Ich boykottiere Israel aber nicht die Juden«.

Copyright: Christian Ditsch/version

zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit« einen Schwerpunktteil zum Thema Antisemitismus entwickelt haben.

Bulletin: Was waren das für Erfahrungen?

Barbara Schäuble: In Diskussionen über den Nahostkonflikt haben wir beobachtet, dass auch vorgeblich antirassistische Argumente antiisraelisch und antisemitisch gewendet werden können. Das erleben wir leider auch bei Leuten, die aus der antirassistischen Arbeit kommen. Solche Argumentationen können eine gepflegte Form sein, antisemitische Ressentiments auszudrücken, und sie können gleichermaßen eine Form sein, die eigene gute Moral darin zu beweisen, Rassismus in Israel zu entdecken. Schließlich ist das einfacher, als hier in Deutschland Antidiskriminierungsarbeit zu machen. Die Motivationen für solche Äußerungen sind vielfältig und sie interessieren uns auch in ihrer Vielfältigkeit. Die Form allerdings, in der sie sich äußern, ist antisemitisch. Eine einschneidende Seminarerfahrung haben wir in einem gewerkschaftlichen Jugendseminar gemacht, als es um die politische Ökonomie ging. Ein Teilnehmer hat in diesem Seminar eine Gegenüberstellung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entwickelt, bei der die Arbeitnehmer als unschuldige, gute Opfer und die Arbeitgeber als fiese Bösewichter dargestellt wurden. Diese Einschätzung gipfelte in der Aussage, dass »wir«, die abhängig Beschäftigten, von multinationalen Konzernen ausgebeutet werden, die vermutlich »einflussreichen jüdischen Kreisen« gehörten. Und auch bei Themen wie der Globalisierung werden wir des Öfteren mit ähnlich problematischen Erklärungen für ökonomische Zusammenhänge konfrontiert.

Bulletin: Wie ist die politische Bildung bisher mit dem Problem Antisemitismus umgegangen?

Barbara Schäuble: Eigentlich gar nicht. Nachdem wir endlich selbst den dringenden Handlungsbedarf

für die Bildungsarbeit erkannt hatten, haben wir uns umgesehen und mussten feststellen, dass es in Deutschland keine Konzepte zum Umgang mit Antisemitismus gibt. Die Konzepte der historisch-politischen Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus beschäftigen sich nur wenig mit Antisemitismus, vor allem aber klammern sie aktuelle Formen von Antisemitismus aus. Im Antirassismus-Bereich gibt es im Vergleich dazu ein ziemlich großes Wissen über Rassismus und viele Methoden für eine antirassistische Bildungsarbeit. Bei Antisemitismus sieht das ganz anders aus. Das ist in einem Land mit einer so mörderischen antisemitischen Geschichte schon erstaunlich, andererseits aber auch nicht allzu verwunderlich. Insgesamt kann man sagen, man hat es bei Antisemitismus also nicht nur mit einem eklatanten Mangel an Konzepten zu tun, sondern auch damit, dass es in Bezug auf Antisemitismus eine viel größere Schuldynamik und größere politische Probleme gibt, seine Existenz einzuräumen. Die unterschiedlichen Motivlagen für antisemitische Äußerungen sind viel schwerer einschätzbar.

Kirsten Döhring: Die meisten PädagogInnen sind mit dieser Problematik völlig überfordert. Dann wissen sie natürlich erst recht nicht, wie sie auf antisemitische Äußerungen von muslimischen Jugendlichen reagieren sollen. Das Fehlen von Konzepten zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus hat aber auch damit zu tun, dass die Pädagogik den Antisemitismus lange Zeit als Unterthema von Rassismus abgetan hat, als »zu spezielles« Thema. Das erleben wir zum Beispiel auch heute noch bei der Akquise von Seminaren.

Barbara Schäuble: Auch wir haben uns ja früher nie gefragt, worin denn der Unterschied zwischen Antisemitismus und Rassismus bestehen könnte. Wie man an der Erstauflage unseres »Bausteins zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit« sehen kann, war Antisemitismus noch vor wenigen Jahren für uns nur eine von vielen Formen der herrschaftsförmigen Abwertung. Die Unterschiede in der Form, Geschichte und Aktualität von Antisemitismus zeigen, wie falsch diese Perspektive ist. Es ist höchste Zeit, eine eigenständige pädagogische Herangehensweise für den Umgang mit den gegenwärtigen Erscheinungsformen und Ursachen für Antisemitismus zu entwickeln.

Tanja Kinzel: Wichtig ist außerdem, dass Antisemitismus gerade in Deutschland nicht nur als eigenständiges, sondern auch als zentrales Thema behandelt werden sollte – aufgrund der deutschen Geschichte, aber mehr noch wegen seiner Aktualität, und weil es so ein umfassendes Weiterklärungsmodell ist.

Bulletin: Welchen Ansatz haben Sie in Ihren Projekten gewählt, um dieses Thema anzugehen?

Kirsten Döhring: In unserem Projekt liegt der Schwerpunkt auf der – mehr oder weniger direkten – Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, und zwar mit seinen Mechanismen und Ursachen sowie der Funktion, die er in unserer Gesellschaft hat. Unser

Ziel ist es, die Teilnehmenden sensibel zu machen gegenüber antisemitischen Äußerungen in ihren verschiedenen Erscheinungsformen und ihr Verantwortungsgefühl im Hinblick auf dieses Problem zu stärken. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Beschäftigung mit der eigenen Rolle und der eigenen Verstrickung in die Gesellschaft. Wir versuchen deshalb in unseren Seminaren, die jeweiligen familiären, kulturellen und sozialen Prägungen der Teilnehmenden zu berücksichtigen. So ist es z. B. im Hinblick auf migrantische Jugendliche wichtig, ihre eigenen Ausgrenzungserfahrungen mit zu bedenken. Es soll also sowohl die individuelle als auch die gesellschaftliche Ebene berücksichtigt werden. Gesellschaftliche Diskurse wie die oben angesprochene Schlussstrichdebatte oder die Diskussion um den Nahostkonflikt greifen wir auf.

Barbara Schäuble: Unser Ansatz ist ein anderer. Wir glauben nicht, dass es viele Menschen gibt, die sich für ein Seminar mit einem Titel wie »Antisemitismus heute« anmelden würden. Es gibt sozusagen kein Interesse der Zielgruppe. Weil wir glauben, dass Menschen nur lernen, wenn sie selbst ein Interesse daran haben, haben wir einen anderen Zugang gewählt: Wir nehmen die Seminare zum Ausgangspunkt, die wir im Rahmen unserer Bildungsarbeit zu anderen politischen Themen anbieten. Von dort aus versuchen wir gegen Antisemitismus zu sensibilisieren. In Diskussionen wie »Krieg und Frieden«, »Globalisierung« und »Verschwörungstheorien« sehen wir eine Menge Ansatzpunkte, um Antisemitismus zum Thema zu machen. Und in der Art und Weise, wie sie gegenwärtig thematisiert werden, gibt es viele Anschlussflächen für antisemitische Interpretationen. Man kann sagen, dass Antisemitismus eine Form ist, keine Fragen mehr stellen zu müssen, für alles Schuldige zu haben und nur noch Begründungen für die eigenen Ressentiments gegen Juden zu suchen. Man kann aber auch sagen, Antisemitismus ist eine Form, sich die Welt und den eigenen Platz darin zu erklären. Dann müssen gegen Antisemitismus gerichtete Konzepte auch genau daran ansetzen, natürlich nicht ohne das Problem beim Namen zu nennen. Vermutlich stimmt beides, deshalb arbeiten wir an Feindbildern, und wir forschen in unseren Seminaren über Antisemitismus. Gleichzeitig arbeiten wir an alternativen Analysen, um sich die Welt anders als antisemitisch zu erklären. Dabei nehmen wir auch unsere eigenen Seminare in den Blick und fragen, wo sie selbst anschlussfähig für antisemitische Denkweisen sind. Vor allem aber wollen wir, dass Antisemitismus in der Seminarplanung berücksichtigt wird. Wir warten also mit der Thematisierung von Antisemitismus nicht, bis im Seminar antisemitische Äußerungen fallen, sondern überlegen im Voraus, an welcher Stelle wir Antisemitismus zum Thema machen können.

Tanja Kinzel: Wir finden es eine wichtige Voraussetzung, dass die Seminar- oder Workshop-Teilnehmenden offen und interessiert an das Thema herangehen, auch wenn das sicherlich nicht bei allen denkbaren Zielgruppen der Fall ist. Bei den meisten Jugendlichen

ist heute nur noch wenig Verantwortungsbewusstsein für die Geschichte vorhanden, und uns ist auch klar, dass die Bereitschaft, sich mit Antisemitismus zu beschäftigen, nicht besonders groß ist. Das macht es natürlich schwierig, Ansatzpunkte für eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu finden. Oft ist der Antisemitismus auch so fest verankert, dass es nur bedingt Sinn macht, gegen antisemitische Denkstrukturen zu argumentieren. Und schließlich stehen bei diesem Thema selbst bei interessierten Menschen viele Problematiken im Raum, beispielsweise die eigene Familiengeschichte und damit eine mögliche Verstrickung in die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Deshalb ist für die Bearbeitung des Antisemitismus ein sehr umfassender Ansatz nötig, für den Bedingung ist, dass die Teilnehmenden Interesse an einer Auseinandersetzung und auch an einer Selbstreflexion haben. Genau diese interessierten Leute wollen wir erreichen und sie dabei unterstützen, Antisemitismus bei sich selbst und anderen zu erkennen, Antisemitismus im Alltag entgegenzutreten oder mit anderen Menschen an diesem Thema zu arbeiten.

Bulletin: Frau Schäuble, sind Sie der Meinung, dass der Ansatz Ihrer Kolleginnen, Seminare direkt zum Thema anzubieten, zum Scheitern verurteilt ist?

Barbara Schäuble: Nein, so würde ich das auf keinen Fall sagen. Selbst wenn auf verschiedensten Ebenen ein Problembewusstsein für Antisemitismus mangelt, gibt es natürlich Leute, die sich von sich aus mit dem Thema auseinander setzen wollen, und die brauchen ein Angebot. Ich denke, mit diesem Ansatz kann eine bestimmte Zielgruppe erreicht werden, und wir erreichen mit unserem Zugang wahrscheinlich eine andere. Wichtig ist uns allerdings, Antisemitismus auch als soziales und gesellschaftliches und keineswegs nur individualpsychologisches Phänomen zu verstehen, für das die Ursachen und Veränderungsansätze allein bei der oder dem Einzelnen gesucht werden können.

Bulletin: Könnten Sie Ihren Ansatz an einem thematischen Beispiel verdeutlichen?

Barbara Schäuble: Wir fragen z. B. nicht nur nach Feindbildern, sondern nach ihrer gesellschaftlichen Geschichte und ihrem sozialen Nutzen. Oder aber wir analysieren Verschwörungstheorien. Verschwörungstheorien interessierten uns nicht erst dann, wenn sie offen antisemitisch sind. Wir sehen sie im Zusammenhang mit einer allgemeinen Zunahme autoritärer Denkweisen. Verschwörungstheorien nehmen zu, weil sich die meisten Menschen der Welt ausgeliefert sehen. Es ist viel einfacher, andere zu kritisieren, als festzustellen, dass man an dem, was einen stört, selbst mitwirkt. Wenn man den Egoismus in der Welt beklagt, kann man prima ausblenden, dass man sich auch selbst egoistisch verhält. Wir sagen: Egoismus ist keine Unternehmereigenschaft. Wir sind in die Dinge verwickelt, die wir kritisieren. Dabei fragen wir, warum wir uns eigentlich den Dingen so ausgeliefert fühlen. Wer bestimmt eigentlich über was, wo bestimmen

wir mit, wo können wir mehr mitbestimmen – wie funktioniert die Welt? Und über die Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien schauen wir uns an, warum sich die Leute die Welt so einfach erklären, warum sie sich die Welt über Feindbilder erklären, und warum wir selbst das machen. Das ist für uns wohl die interessanteste Frage – wo sind wir selbst offen für autoritäre Perspektiven?

Bulletin: Welche Rolle spielt in Ihren Konzepten die Beschäftigung mit jüdischem Leben?

Kirsten Döhring: Ein zentraler Punkt bei uns ist es, eigene Berührungspunkte mit dem Judentum sowie mit Jüdinnen und Juden zu thematisieren und durch die Beschäftigung mit jüdischer Geschichte, mit den Lebensbedingungen von jüdischen Leuten und ihrer Kultur jüdisches Leben in Deutschland sichtbar zu machen. Antisemitismus hat zwar mit Jüdinnen und Juden insofern nichts zu tun, als dass er auch ohne ihre Anwesenheit funktioniert – er trifft sie aber in erster Linie. Außerdem haben wir diesen Ansatzpunkt gewählt, weil unseren Erfahrungen nach diejenigen, die Interesse am Thema Antisemitismus haben, in der Regel auch ein Interesse am Judentum haben und darüber etwas erfahren wollen.

Bulletin: Finden im Rahmen Ihrer Seminare auch Begegnungen mit jüdischen Menschen statt?

Kirsten Döhring: Nein, bisher haben wir uns gegen diese Methode entschieden, weil wir es schwierig finden, Jüdinnen und Juden sozusagen als Anschauungsobjekte zu präsentieren. Wir machen mit den Teilnehmenden Exkursionen, beispielsweise zum Jüdischen Museum in Berlin.

Bulletin: Und in den Seminaren des DGB-Bildungswerks, befassen Sie sich dort auch mit dem Judentum und seiner Geschichte?

Barbara Schäuble: Die Frage, ob und wie wir jüdisches Leben, jüdische Kultur und Religion in die Seminare einbringen, war im Rahmen unseres Arbeitsprozesses ein wichtiges Thema. Bei unserem Mainstreaming-Ansatz, also dem Anspruch, Antisemitismus ausgehend von möglichst vielen anderen Themen zu behandeln, haben wir aber selten die Chance, dieses Thema in ein Seminar zu tragen. Wenn wir zum Beispiel ein Wochenseminar zu Globalisierung machen, dann können wir nicht in der Mitte der Woche sagen, wir wollen uns jetzt mal mit jüdischer Kultur Anfang des 20. Jahrhunderts auseinander setzen. Was wir jedoch tun – und das ist in der Tat unerlässlich – ist, uns mit jüdischen Perspektiven auseinander zu setzen. Nicht nur im Hinblick auf Antisemitismus, sondern auch auf andere Fragen. Wir haben also weniger einen kulturorientierten Zugang, sondern einen Zugang, der sagt, die Welt wäre nicht vollständig ohne die vielfältigen Perspektiven von Jüdinnen und Juden. Das ist uns sehr wichtig.

Bulletin: Wie verliefen denn Seminare, bei denen

auch jüdische TeilnehmerInnen zur Gruppe gehörten?

Tanja Kinzel: Da wir ja noch mitten in der Erprobungsphase stecken, hatten wir diese Situation bisher erst in zwei Seminaren, in denen jeweils ein Jude bzw. eine Jüdin Teil der Gruppe waren. In beiden Fällen war bei der nichtjüdischen Mehrheit eine deutliche Anspannung zu spüren. Die Frage nach dem Verhalten gegenüber Leuten mit jüdischem Hintergrund löst ja bei nichtjüdischen Deutschen schon dann viele Unsicherheiten aus, wenn keine Jüdinnen oder Juden anwesend sind. In unseren beiden Seminaren sind die nichtjüdischen Teilnehmenden mit dieser Unsicherheit so umgegangen, dass sie den jüdischen TeilnehmerInnen besondere Aufmerksamkeit entgegenbrachten. Diese wurden häufig als ExpertInnen für Antisemitismus angesprochen, was wir als sehr problematisch empfunden haben.

Bulletin: Warum?

Tanja Kinzel: Einerseits sind jüdische Leute natürlich in besonderer Form von diesem Thema betroffen und haben darauf auch einen speziellen Blick und spezielle Erfahrungen, aber andererseits geht es ja auf Seiten der nichtjüdischen Teilnehmenden um eine Auseinandersetzung mit den eigenen Denkstrukturen und Mechanismen – und Antisemitismus hat, wie schon gesagt, nichts mit realen Juden und Jüdinnen zu tun. Obwohl die beiden jüdischen TeilnehmerInnen in den Seminaren sehr selbstbewusst und manchmal auch humorvoll mit der Rolle umgegangen sind, die ihnen zugeschoben wurde, löste das die starke Unsicherheit der nichtjüdischen TeilnehmerInnen nicht auf. Teils äußerte sich dies in Irritationen darüber, was überhaupt jüdisch ist, was Jüdischsein bedeutet, teils in dem Versuch, eine beschützende oder gar paternalistische Rolle einzunehmen. Unserem Eindruck diene dieses Verhalten jedoch eher als Vorwand, um sich nicht mit den eigenen Blockaden auseinander setzen zu müssen.

Barbara Schäuble: Wir können anhand unserer eigenen Seminarerfahrungen bisher fast nichts zu dieser Frage sagen. Unsere Annahme ist aber, dass es in einem Seminar mit überwiegend nichtjüdischen TeilnehmerInnen – und das wird die Regel sein – erst einmal zu einer Explosion antisemitischer Frechheiten kommt, wenn das Thema Antisemitismus angesprochen wird. Im Umgang damit kann man es sich im pädagogischen Kontext nicht so einfach machen und z. B. sagen, die jüdischen TeilnehmerInnen wären das doch sowieso aus ihrem Alltag in einem nichtjüdischen Umfeld gewöhnt. Wir haben hierfür bisher noch keine wirkliche Antwort gefunden.

Bulletin: Wie wird in der antirassistischen Bildungsarbeit mit Seminargruppen umgegangen, in denen TeilnehmerInnen mit Migrationshintergrund vertreten sind?

Kirsten Döhring: Leider ist es auch in antirassisti-

schen Seminaren oft so, dass diese Problematik von den TeamerInnen nicht beachtet wird, oder die migrantischen TeilnehmerInnen werden besonders herausgehoben. Aber zumindest bei einigen MultiplikatorInnen ist eine Sensibilität vorhanden.

Bulletin: Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, sieht man ihre Herkunft ja nicht unbedingt an. Jüdischen Menschen jedoch überhaupt nicht.

Barbara Schäuble: Jüdische TeilnehmerInnen stehen bei Seminaren der politischen Bildung in der Regel generell vor dem Problem, dass sie mit einer nicht-jüdischen TrainerInnengruppe konfrontiert sind. Im Zweifelsfalle denken die TeamerInnen bei der Seminarplanung nicht einmal daran, dass Juden und Jüdinnen unter den TeilnehmerInnen sein könnten. Insbesondere, wenn im Seminar Antisemitismus thematisiert wird, stehen die jüdischen TeilnehmerInnen dann gegebenenfalls vor der Entscheidung, ob sie sich »outen« bzw. sie müssen überlegen, wie sie genau das vermeiden können. Und spätestens dann, wenn eigene Erfahrungen thematisiert werden sollen, kommen sie wahrscheinlich um ein Outing nicht herum. Und manchmal kann es genauso schlimm sein, sich nicht zu outen, auch das ist zu bedenken. Doch wenn sich jüdische TeilnehmerInnen als Jude oder Jüdin zu erkennen geben, müssen sie befürchten, zu RichterInnen über Antisemitismus gemacht zu werden. Es kann passieren, dass man sie auffordert, für »die Juden« zu sprechen, oder ihnen wird vorgeworfen, dass sie übersensibel seien. Auf den ersten Blick spricht das dafür, stark biographisch orientierte Methoden auszublenden. Andererseits gehören Konfrontationen mit sich selbst, die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und dem eigenen sozialen Nahraum, aber auch die Möglichkeit, Fehler zu machen, zu den Lernvoraussetzungen für nichtjüdische TeilnehmerInnen. Selbst wenn es da oft Blockaden gibt, weil es plötzlich sehr persönlich wird. Wir arbeiten selbst wenig biographisch und versuchen, die Brücken zum Eigenen eher ausgehend von einem gemeinsamen Forschungsprozess über Antisemitismus zu schlagen.

Bulletin: Mit welchem methodisch-konzeptionellen Ansatz versuchen Sie Ihre Seminarziele zu erreichen?

Tanja Kinzel: Unsere Seminare richten sich an unterschiedliche Zielgruppen, auf die wir jeweils die Methoden ausrichten. Dazu gehören insbesondere Haupt- und GesamtschülerInnen, Azubis sowie politisch interessierte Jugendliche und Jugendgruppen. Darüber hinaus bieten wir Seminare für MultiplikatorInnen an, sowohl für LehrerInnen und AusbilderInnen als auch für TeamerInnen aus der politischen Bildung. Unser Angebot reicht von mehrstündigen Workshops bis zu Wochenseminaren. Insbesondere mit den Haupt- und GesamtschülerInnen arbeiten wir nicht nur mit rein kognitiven Methoden, sondern setzen auch Statuentheater oder Rollenspiele ein. Eine wichtige Rolle spielen biographische Methoden, bei denen es nicht nur um die Auseinandersetzung mit der

eigenen und der Familienbiografie, sondern auch mit Fremdbiografien von Jüdinnen und Juden geht. An diesen biografischen Methoden haben wir übrigens zusammen mit dem DGB-Bildungswerk gearbeitet.

Barbara Schäuble: Biographische Elemente spielen auch in unseren Seminaren eine Rolle. Dabei geht es weniger um Innenschau und stärker um ein Ins-Verhältnis-Setzen von Eigen- und Fremdbild. Wir wollen so nicht nur aufzeigen, dass die Herausbildung von Identitäten abhängig von ihrem Kontext und auf bestimmte Situationen bezogen ist, sondern auch analysieren, wie Antisemitismus in Identitätskonstruktionen eingeht. Insgesamt gesehen nutzen wir ungefähr zu gleichen Anteilen kognitive und kreative Methoden, von denen die meisten leider relativ anspruchsvoll sind.

Bulletin: Können Sie ein paar beispielhafte Methoden nennen, mit denen Sie arbeiten?

Kirsten Döhring: Ein Beispiel: Wir haben eine Zeitleiste entwickelt, anhand derer die verschiedenen Formen des Antisemitismus in der Geschichte sichtbar gemacht und von den TeilnehmerInnen selbst erarbeitet werden können – diese begleitet uns manchmal über den gesamten Seminarverlauf hinweg. Darüber hinaus arbeiten wir beispielsweise mit Statuentheater, um den christlichen Antijudaismus zu verdeutlichen, und mit Märchen, um den Zusammenhang von Antisemitismus und gesellschaftlichen Strukturen zu thematisieren. Wir verwenden auch Filme und Textbeispiele und arbeiten mit Medienanalysen und biografischen Elementen. Die bisher erarbeiteten Methoden erproben wir zurzeit, entwickeln aber gleichzeitig neue Methoden. Wir evaluieren unsere Seminare, u. a. durch Fragebögen vor und nach dem Seminar, um die Wirksamkeit unserer Methoden und Konzepte zu überprüfen und diese Erfahrungen in der Weiterentwicklung entsprechend berücksichtigen zu können.

Bulletin: Und welcher Art sind die Materialien, die für die Neuauflage des »Bausteins« entwickelt wurden?

Barbara Schäuble: Zum Beispiel gibt es eine Methode, die sich mit Straßenumbenennungen beschäftigt und in der verschiedene Positionen eingenommen werden. Das ist im Prinzip eine Perspektivitätsübung, bei der die Teilnehmenden herausarbeiten, wie eine Sache aus unterschiedlichen Perspektiven aussehen kann. Dann enthält der überarbeitete »Baustein« u. a. eine historische Übung zur Entrechtung der Juden zwischen 1933 und 1938, bei der es darum geht, die geschichtliche Erfahrung ins Verhältnis zum eigenen Alltag zu setzen und zu fragen, was so eine Entrechtung heute für die Einzelnen bedeuten würde. Eine andere Methode setzt sich mit jüdischen Witzen auseinander und analysiert, was man aus ihnen über den Zustand der Welt lernen kann, und es gibt ein humorvolles Arbeitspapier darüber, wo die Grenze zu Antisemitismus verläuft. Auch ein »Küchenstudio« zum

Erstellen und Analysieren von Verschwörungstheorien haben wir entwickelt und eine Spinnwebanalyse zum Nah-Ost-Konflikt. Über die Methoden hinaus befinden sich im neuen »Baustein« eine Planungshilfe zum Einsatz der Übungen sowie ein Hintergrundtext für MultiplikatorInnen, der sich historisch mit der Entstehung des Antisemitismus auseinandersetzt. Dieser Hintergrundtext ist sicherlich auch für interessierte TeilnehmerInnen zur Vertiefung geeignet.

Bulletin: Können Sie noch ein Beispiel nennen, das sich auf ein klassisches Thema aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit bezieht?

Barbara Schäuble: In einem Arbeitspapier setzen wir uns mit Bildern auseinander, wie sie auch in der Jugendarbeit der IG Metall benutzt werden. Bildern, die den bereits erwähnten Gegensatz des faulen, bösen Arbeitgebers mit Zigarre und Melone und des dynamischen, aber unterdrückten Arbeitnehmers zeigen. Im Seminar schauen wir uns solche Bilder auf die Frage hin an, was für eine Entgegensetzung dort vorgenommen wird. Dabei sagen wir nicht, dass diese Bilder selbst unmittelbar antisemitisch sind, aber wir versuchen zu verdeutlichen, dass sie antisemitisch interpretiert werden können. Darin ist ja die Entgegensetzung von – ich spitze es zu – »raffendem« und »schaffendem Kapital« enthalten. Auch unabhängig von einem möglichen antisemitischen Gehalt problematisieren wir die Fetischisierung der Arbeit und damit verbunden die Gegenüberstellung von denen, die angeblich nur feiern und ein schönes Leben haben – den Arbeitgebern – und denen, die wirklich arbeiten. Das beinhaltet ja eine Verurteilung von Spaß in jeder Form und von allem, was ein gutes Leben ausmacht.

Bulletin: Arbeiten Sie auch direkt mit antisemitischen Stereotypen?

Kirsten Döhring: Eine schwierige Frage, die wir immer wieder diskutieren. Gerade weil antijüdische Stereotype im aktuellen Antisemitismus oft nur in Andeutungen auftauchen, besteht immer das Problem, beim expliziten Aufrufen dieser Stereotype Feindbilder zu vermitteln, die den Teilnehmenden bisher noch gar nicht bekannt waren. Wir experimentieren noch mit verschiedenen Methoden, versuchen aber eher, indirekt mit diesen Stereotypen zu arbeiten. Zum Beispiel über die Beschäftigung mit Selbst- und Fremdbildern und ihren Wechselwirkungen – also damit, wie sich jüdische Menschen selbst sehen und wie sie von anderen gesehen werden, aber auch mit der Frage, wie sich die nichtjüdischen TeilnehmerInnen sehen und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es gibt. Den Einstieg liefert die Arbeit mit den Biografien. Wir sind uns bei dieser Problematik selbst noch unsicher über den besten Weg, halten es aber in jedem Fall für dringend notwendig, dass eine Auseinandersetzung mit antisemitischen Stereotypen in ein umfassendes Seminarkonzept eingebettet sein muss. Wenn im Rahmen eines Seminars Stereotype aufgerufen werden, dürfen sie nicht im Raum stehen bleiben. Man muss

mit ihnen arbeiten, ihre Entstehungsgeschichte und Funktion sowie die dahinterstehenden Mechanismen verdeutlichen.

Barbara Schäuble: Wir machen in unseren Seminaren keine Sammlung antijüdischer Feindbilder, wie man das als klassische Methode aus der Anti-Vorurteilspädagogik kennt. Und zwar aus genau diesem Grund – das würde uns in die Verlegenheit bringen, sehr viel in den Seminarraum zu holen, ohne dass wir das alles bearbeiten könnten. Wenn sich ein Anknüpfungspunkt dafür bietet, bearbeiten wir stattdessen lieber mit Hilfe von Arbeitspapieren wenige Feindbilder eingehender: Im Baustein gibt es Arbeitspapiere über das Bild der »Judensau« und das Bild des »jüdischen Wucherers«. Außerdem haben wir eine Checkliste dafür erarbeitet, wie man antisemitische Feindbilder in Bildern und Texten erkennen kann. Wie ich schon angedeutet habe, beschäftigen wir uns dabei im ersten Schritt nicht mit antisemitischen Feindbildern, sondern mit der Funktion und Struktur dieser Bilder. Diese erarbeiten wir uns zunächst anhand anderer Feindbilder, zum Beispiel anhand rassistischer Bilder. Erst auf dieser Grundlage wenden wir uns im zweiten Schritt den antisemitischen Bildern zu.

Bulletin: Welche Anforderungen stellen die von Ihnen geschilderten Problematiken an PädagogInnen, die sich des Themas Antisemitismus annehmen möchten?

Tanja Kinzel: Sowohl unsere eigenen Erfahrungen als auch die unserer KooperationspartnerInnen zeigen, dass es für Bildungsarbeiter und -arbeiterinnen nicht leicht ist, zu diesem Thema zu arbeiten. Es ist unbedingt notwendig, dass bei den PädagogInnen eine große Sensibilität und gleichzeitig ein großes Wissen über den Antisemitismus, über seine Erscheinungsformen und Mechanismen vorhanden sind. Das ist eine grundlegende Voraussetzung, um mit der Psychodynamik und den Blockaden, die eine Beschäftigung mit diesem Thema auslösen, umgehen zu können.

Barbara Schäuble: Auch vieles aus unserer Materialien-Sammlung kann man nicht einfach nehmen und damit gleich loslegen. Wenn MultiplikatorInnen zu diesem Thema etwas machen wollen, setzt das eine intensive und auch eine persönliche Auseinandersetzung mit dem Thema voraus. Auch TeamerInnen müssen sich mit ihrer eigenen Biografie auseinander setzen, nicht nur der ihrer Familie, und damit auch mit ihren eigenen, möglicherweise antisemitischen Strukturen. Lernen heißt immer auch etwas zu verlernen, und das ist schmerzlich. Kein Wunder, dass die Abwehrdynamik, die die KollegInnen vom Bildungsteam bei den TeilnehmerInnen beschreiben, auch bei den TeamerInnen zu beobachten ist. So ein Lernprozess ist eine Wildwasserfahrt, die BildungsarbeiterInnen zu begleiten wissen müssen. Dazu gehört, anzuerkennen, dass die Einzelnen in diesem Lernprozess immer an anderen Punkten stehen und sich mit anderen Fragen auseinander setzen. Das heißt, es kommt im pädagogischen Prozess darauf an, zu vermeiden, was ange-

sichts von Antisemitismus so nahe liegt: Andere von oben herab über Dinge moralisch belehren zu wollen, die man eben erst selbst begriffen hat. Wichtiger ist es, die Dynamiken von Umdenk- und Aufklärungsprozessen zu kennen und zu fördern.

Bulletin: Was kann die außerschulische Bildungsarbeit zum Thema Antisemitismus leisten, und wo liegen Ihre Grenzen?

Kirsten Döhring: Bildungsarbeit gegen Antisemitismus kann Wissen vermitteln und aufklären, sie kann die Teilnehmenden sensibilisieren und so eine allgemeine Auseinandersetzung mit Antisemitismus, aber auch mit eigenen Denkmustern anregen. Es geht darum, die Analysefähigkeit der Teilnehmenden im Hinblick auf die verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus zu stärken. Auch die Förderung von Empathie gegenüber jüdischen Leuten ist ein wichtiger Aspekt. Das alles sind Bildungsziele, die eine Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen möglich machen – zumindest ansatzweise. Was die außerschulische Bildungsarbeit jedoch nicht leisten kann, das ist eine Aufhebung gesellschaftlicher Missstände. Politische Bildungsarbeit allein wird den Antisemitismus, der ein gesellschaftliches und kein individuelles Problem ist, nicht abschaffen können.

Barbara Schäuble: Auch wir glauben, dass Bildungsarbeit die Welt nicht ändern kann. Sie kann nur die Interpretationen ändern, die Menschen von der Welt haben, und damit auch die Sichtweise darauf, was zu verändern ist. Neben der Bildungsarbeit gibt es noch viele andere Handlungsfelder, in denen etwas geändert werden muss, um ein Phänomen wie Antisemitismus zu bekämpfen. Im Rahmen der Bildungsarbeit können nur Handlungsmöglichkeiten dafür entwickelt werden, wie sich Menschen in Veränderungsprozesse einbringen können, und ein Prozess der Selbstreflexion kann eingeleitet werden.



Titel »Baustein gegen Antisemitismus« der Bildungsmaterialien des DGB Bildungswerkes Thüringen.
Zu bestellen unter: bausteine@dgb-bwt.de

Das Projekt »**Bildungsbausteine gegen Antisemitismus**« ist ein Kooperationsprojekt vom **Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.** und von **Tacheles Reden! e.V.** und wird durch das Bundesprogramm entimon gefördert. Mit der zielgruppenspezifischen Konzeption von Seminaren und Fortbildungen zu aktuellen Ausprägungen des Antisemitismus reagiert das Projekt auf die eklatante Leerstelle zu Antisemitismus in der politischen Bildungslandschaft. Es bietet Seminare für SchülerInnen und Auszubildende sowie Fortbildungen für MultiplikatorInnen der Jugend- und Erwachsenenbildung an. Die Sensibilisierung für die gesellschaftlich geprägten Formen des Antisemitismus und die eigene Verstrickung darin bilden einen Schwerpunkt des Bildungsangebots. Das pädagogische Material wird ab Ende 2005 MultiplikatorInnen in Form eines Ordners zur Verfügung gestellt.

AnsprechpartnerInnen:
Tacheles Reden!
Kirsten Döhring
Telefon 030. 69 51 68 15
bausteine@tacheles-reden.de

Bildungsteam Berlin-Brandenburg
Anke Heise
Telefon 030. 61 07 65 44
as-bausteine@bildungsteam.de

Der »Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit« des **DGB-Bildungswerks Thüringen** ist zum Jahreswechsel 2003/2004 in einer 450-seitigen, vollständig neubearbeiteten Fassung erschienen. Enthalten ist neben zahlreichen Materialien (Aktivitäten, Arbeitspapieren, Hintergrundtexten, Planungshilfen und Medientipps) für die anti-rassistische Bildungspraxis auch ein 60-seitiger Schwerpunktteil für die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus (inklusive Materialien auf CD). Zielgruppe des »Bausteins« sind Jugendliche und Erwachsene in der außerschulischen Bildungsarbeit. Darüber hinaus enthält der vom Bundesprogramm Entimon geförderte Baustein Thementeile zu Nationalismus, Migration, Ökonomie, Arbeit und Weltwirtschaft, Diskriminierung, der Faszination rechter Bilderwelten, zu Rassismus, Feindbildern und Sprache. Die AutorInnen stehen gern als ReferentInnen und BeraterInnen für interessierte MultiplikatorInnen zur Verfügung.

AnsprechpartnerInnen
bei dem DGB Bildungswerk:
Telefon 0361. 21 72 70
bausteine@dgb-bwt.de

Umgang mit Antisemitismus in Schule und Unterricht

Simone Rafael

In einer Grundschule trägt ein Mädchen in ein Poesiealbum in der Sparte »Mein größter Traum« ein: »Dass ich in die Realschule komme und dass alle Juden sterben.« In einer anderen Schule ritzen Mitschüler Davidsterne in den Stuhl einer jüdischen Mitschülerin und schreiben »Nur für Juden« daneben.⁽¹⁾ Ein Schüler eines Oberstufenzentrums schreibt in einer Sozialkunde-Klassenarbeit zum Thema »Verstoßen die Rassegesetze im Dritten Reich gegen die Menschenrechte?«: »Nach meiner Meinung wurden die Menschenrechte nicht verletzt, da ich Juden nicht als Menschen ansehe, sondern als Parasiten, welche vernichtet gehören.«⁽²⁾ Antisemitismus in der Schule ist ein Thema, an dem Pädagogen und Pädagoginnen nicht vorbeikommen. Aber wie umgehen mit dem Judenhass, der aus ganz verschiedenen ideologischen Ecken kommt und oft auch noch subtil verbrämt vorgebracht wird?

Antisemitismus unter Schülern

Chana Steinwurz, Pädagogin an einer Berufsschule im Berliner Westen, kann antisemitisch agitierende Schüler jeden Tag in der Praxis beobachten. »Es gibt krasse Fälle«, sagt sie. Rechtsextreme Schüler, die den rechten Arm zum Gruß erheben, wenn der Lehrer in die Klasse kommt und die offen gegen Juden hetzen. Aber auch ein palästinensischer Berufsschüler gehörte dazu, intelligent und über 20 Jahre alt, der einem Lehrer im Hinblick auf seine Zukunftspläne erläuterte: Wenn er später einen Sohn hätte, würde er ihn auch zur Ausbildung nach Deutschland schicken, weil die hier sehr gut wäre. Anschließend würde er ihn nach Palästina zurückholen: »Dann würden wir uns mit Maschinengewehren bewaffnen und eine große Menschenmenge zusammentreiben. Alle Juden müssten heraustreten. Die jüdischen Männer und Kinder würden erschossen, die Frauen anschließend vergewaltigt.« In ihrer Schule nennt sie ihren Vornamen nicht: »Die Schüler müssen nicht wissen, dass ich Jüdin bin.«

Gravierender als solche Fälle ist für Steinwurz aber der alltägliche Antisemitismus: Kinder streichen die Israel-Fahne in ihrem Atlas schwarz aus oder tragen Ketten-Anhänger von einem Groß-Palästina, auf denen Israel ausgelöscht ist. Auch Gedankenlosigkeit im Umgang mit der deutschen Geschichte gehört hierher: »Einmal hat mich etwa ein Kollege gefragt, ob ich am 9. November feiern werde. Und mich erstaunt anguckt, als ich geantwortet habe, dass ich beide

Gedenktage begehen werde. Er meinte natürlich den 9. November als den Tag, an dem die Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland fiel. Aber der 9. November ist genauso der Tag der Reichspogromnacht.«

Eine weitere verbreitete Form des Antisemitismus unter Schülern und Schülerinnen, die Hans-Heinrich Knebel, Berufsschullehrer im Osten Berlins und Anti-Gewalt-Trainer, beobachtet hat, sind judenfeindliche Witze, die in Poesiealben eingetragen oder per SMS verschickt werden.

Auch Sanem Kleff, Vorsitzende des Bundesausschusses Multikulturelle Angelegenheiten beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Leiterin des Projektes »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« der Aktion Courage, hat vielfältige Erfahrungen mit Antisemitismus in der Schule gemacht. Wenn etwa Themen wie die Reichspogromnacht Unterrichtsstoff sind, werde Antisemitismus auch bei Schülern und Schülerinnen hör- und merkbar, die sonst nicht offen gegen Juden sprechen. »Da wird eine Gedenkveranstaltung zum 9. November geplant, und plötzlich sagen Schüler: ‚Ich geh da nicht hin!‘«, nennt Kleff ein Beispiel. Auch die weltpolitische Lage spielt eine Rolle für Antisemitismus in der Schule: Wenn sich der Nahost-Konflikt zuspitzt oder der Irak-Krieg Thema ist, steigt die Zahl der antisemitischen Äußerungen.

Wie reagieren die Schulen?

Antisemitismus ist in Deutschland ein Thema, mit dem umzugehen vielen Menschen schwer fällt – und das sie in ihrer Umgebung gar nicht wahrnehmen möchten, um nicht damit umgehen zu müssen. Hier bilden die Berliner Schulen keine Ausnahme. Hans-Heinrich Knebel hat diese Erfahrung schon häufig gemacht: »Antisemitische Vorfälle werden oft verschwiegen, es wird gar nicht darauf reagiert. Aus Angst um den Ruf der Schule in Zeiten finanzieller Kürzungen werden sogar pädagogische Maßnahmen gegen Antisemitismus verhindert, um bloß nicht mit dem Thema in Verbindung gebracht zu werden.« Knebel bietet als Pädagoge des Projektes »Standpunkte – Pädagogen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt« für Berufsschulen in Berlin Anti-Gewalt-Trainings, Beratung im Umgang mit Rechtsextremismus und Antisemitismus sowie Projektarbeiten zum Thema »Retter der Juden in Berlin 1933-1945« an. »Bundespräsident Rau ehrt mich dafür, viele Schulräte finden die Aktionen toll und versprechen Unterstützung bei der Durchführung«, erzählt Knebel, »aber die einzelnen Schulen mauern.« Lehrer und Lehrerinnen geben an, sich zu stark gefordert zu fühlen, um sich neben dem Unterricht zu engagieren. »Aber es gibt auch Schulleiter, die einem offen ins Gesicht sagen: Wir wollen keinen Aktionstag gegen Rassismus und Antisemitismus, wir hatten doch im letzten Jahr schon einen«, berichtet Knebel kopfschüttelnd.

Wie reagieren die Lehrer?

Auf antisemitische Sticheleien oder Schmierereien reagieren Lehrer und Lehrerinnen nicht selten damit, sich blind und taub zu stellen. Gründe dafür hat Sanem Kleff schon viele gehört, wenn sie Seminare gegen Rassismus und für Demokratie in der Schule leitet: »Man muss das doch nicht forcieren, indem man so einen Satz auch noch aufgreift!« »Wir müssen Inhalte vermitteln, für den Arbeitsmarkt fit machen, da ist keine Zeit für Demokratieerziehung.« »Politik ist die Privatsache der Schüler, da mische ich mich nicht ein.« »Ich bin Sportlehrer, das ist nicht mein Bier und steht nicht in meinem Rahmenplan.«

Chana Steinwurz kann die Vogel-Strauss-Taktik bestätigen, doch ihre Erfahrungen gehen noch weiter. »Viele Kollegen sind uniformiert, uninteressiert am Thema, wenn auch hoffentlich nicht bewusst verfälschend«, sagt die Hörgeschädigtenlehrerin, die mit hörgeschädigten Jugendlichen am integrativen Berufsschulunterricht teilnimmt und ihnen mit Gebärden und anderen Kommunikationsmitteln die Inhalte vermittelt. Wenn im Unterricht Themen besprochen werden, die antisemitische Vorurteile schüren könnten – etwa die Debatte um die Entschädigungszahlungen an NS-Zwangsarbeiter – reagierten viele Lehrer und Lehrerinnen hilflos oder würden schlimmstenfalls mit ihren Kommentaren noch Ressentiments anregen und verfestigen, berichtet Steinwurz. Während antisemitische Äußerungen von muslimischen Schülern oft mit Repression ohne inhaltliche Erklärung sanktioniert würden (»Nicht bei mir im Unterricht! Du gehst raus vor die Tür!«), hat sie Lehrer erlebt, die sich im Umgang mit rechtsextremen Schülern auf eine Verbrüderungsebene begeben. »Für die steht im Vordergrund, die Rechtsextremen nicht in der Klasse gegen sich zu haben, weil die oft tonangebend sind, und ihre Gesprächs- und Lernbereitschaft zu erhalten«, erzählt Steinwurz.

Antisemitische und sonstige rechtsextreme Propaganda bleibt so unkommentiert und wird, auch wenn sie volksverhetzenden Charakter hat, meist nicht gemeldet, obwohl in Berlin seit 1992 »Gewaltvorfälle« in der Schule (dazu gehören auch antisemitische Gewaltandrohungen und Übergriffe) an die Berliner Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Sport (Abteilung Gewaltprävention) berichtet werden sollen. Lehrer und Lehrerinnen meinen, dass hier nur »die Spitze des Eisbergs« bekannt wird. Leider war von dieser Stelle keine Anzahl der gemeldeten Vorfälle zu erfahren.

Wie auf Antisemitismus reagieren?

Vorfälle thematisieren

Was also können und sollten Lehrer und Lehrerinnen tun, wenn im Unterricht oder auf dem Schulhof antisemitische Sprüche gemacht werden? Für Sanem Kleff, die innerhalb der GEW und in Lehrerfortbildungen

viel am Thema Demokratieerziehung arbeitet, ist das Wichtigste: Der Lehrer oder die Lehrerin darf nicht wegschauen, sondern sollte sofort zeigen, dass der antisemitische Spruch wahrgenommen wurde, und den Vorfall thematisieren: »Denn Mangel an ernsthafter Auseinandersetzung hat schwerwiegende Folgen.« Wie Lehrer und Lehrerinnen mit einer antisemitischen Aussage umgehen, sende immer auch ein Signal in die Gruppe. »Überhaupt nicht zu reagieren, vermittelt einen Eindruck der Zustimmung oder zumindest der Verharmlosung«, sagt sie, »aber auch, einen Schüler oder eine Schülerin einfach aus der Klasse zu werfen, à la ›So etwas will ich hier aber nicht hören‹, ist fatal.« Wichtig findet sie es, Stellung zu beziehen, aber den Schüler oder die Schülerin ernst zu nehmen. »Klar machen: Stopp! Du hast da etwas gesagt, da gehen wir jetzt nicht drüber hinweg. Herausfinden: Warum hat der Schüler sich so geäußert? In welchem Umfeld lebt er? Aber auch unmissverständlich sagen, dass Antisemitismus nicht akzeptiert wird und warum.« Gerade bei Kindern mit migrantischem Hintergrund empfehle sich Fingerspitzengefühl. »Ein Jugendlicher mit Familie in Palästina erlebt den Nahost-Konflikt anders und greift auf einen anderen, persönlichen Bezugsrahmen zurück, wenn er antisemitische Sprüche macht«, sagt Kleff, »trotzdem muss man vermitteln, dass Pauschalverurteilungen von Gruppen nicht zu akzeptieren sind.« Aber nach Gründen zu fragen, schaffe oft gute Grundlagen, um Konflikte zu entschärfen: »Ein Junge sagte mir nach einem solchen Spruch einmal: ›Dauernd reden wir über die Juden, aber niemand fragt, wie ich mich fühle, wie es meiner Familie im Krisengebiet geht.‹ Das muss man aufgreifen, so dass das Kind sich ernst genommen fühlt.« Kleff gibt allerdings zu, dass es für pädagogische Maßnahmen Grenzen gibt: »Wenn die Kinder älter werden und die diffusen Aussagen zu festen Überzeugungen geworden sind – egal, ob zu rechtsextremen oder islamistischen – ist der Zug abgefahren«, meint sie, »dann muss man vor allem die Opfer schützen und das Signal in die Gruppe geben, das so eine Haltung nicht akzeptiert wird.«

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport rät in einer Publikation zum Thema⁽³⁾, sich besonders um das Opfer des Gewaltvorfalls zu kümmern, ihm Rückhalt, Stärkung und Sicherheit zu geben. Die Tat müsse deutlich geächtet und sanktioniert werden, nicht aber der Täter oder die Täterin als Person. Mit dem oder der müsse das Gespräch gesucht werden, es müssten andere Lösungsmöglichkeiten für Konflikte aufgezeigt werden. Außerdem müsse die verhängte Strafe in Zusammenhang mit der Tat stehen, um dem Schüler oder der Schülerin das Fehlverhalten begreifbar zu machen. Des Weiteren fehlt nicht der Hinweis, dass auch Gewaltvorfälle in der Schule Straftatbestände erfüllen, die durch die Schulleitung bei der Polizei angezeigt werden sollten.

Hans-Heinrich Knebel von der Erzieherfachschule setzt im Umgang mit sich antisemitisch äußernden Jugendlichen auf Aufklärung und Kontakt. Es geht ihm darum, eine differenzierte Meinung zu vermitteln: »Wir müssen den Jugendlichen klar machen, dass es nicht ›DIE Juden‹ gibt.«

Von der Schule erwartet Knebel auch, dass sie die Prinzipien lebt, die sie den Schülern und Schülerinnen vermitteln will: »Schüler wollen Mitbestimmung und Anerkennung, das muss eine Schule ihnen auch bieten, wenn sie demokratische Prinzipien lehren will.« Nachdem im Oktober 2000 die Synagoge in Düsseldorf Ziel eines Brandanschlags geworden war, hat er am nächsten Tag mit den Schülern eine Solidaritätsdemonstration am Brandenburger Tor organisiert. »Von den achtzig Lehrern waren nur drei da«, sagt er, »das gibt kein gutes Vorbild ab.«

Lehrer sensibilisieren

«Lehrer können ihren Schülern nur Dinge vermitteln, für die sie selbst ein Bewusstsein haben«, sagt Chana Steinwurz. Deshalb findet die ebenfalls im Projekt »Standpunkte« engagierte Pädagogin es besonders wichtig, Kollegen und Kolleginnen im Umgang mit Rassismus und Antisemitismus zu schulen. »Auch wohlmeinende Kollegen äußern sich rassistisch«, sagt sie, »denen muss man klar machen: Hier denkt ihr in Stereotypen und gebt diese weiter. Hier verbreitet ihr Vorurteile. Hier verwendet ihr eine Sprache, die eine differenzierte Sicht behindert.« Antisemitismus und Rassismus unter Lehrern und Lehrerinnen sind ein noch größeres Tabu-Thema als unter Schülern und Schülerinnen. Offiziell kommen sie kaum vor – in den letzten fünf Jahren wurden der Senatsverwaltung fünf Fälle von extremistischen Einstellungen bei Lehrern bekannt. Oft agitieren Lehrer nicht offen im Unterricht, sondern beeinflussen die Meinungsbildung eher subtil.

Steinwurz hat zudem die Erfahrung gemacht, dass gesellschaftliche Tabus, die für Themen wie Antisemitismus und Rassismus gelten, beispielsweise für Antiamerikanismus nicht existieren. »Nach dem 11. September, aber noch stärker mit dem US-Einsatz in Afghanistan und dem Irak-Krieg wurden antiamerikanische Äußerungen zum Standard, sowohl bei Schülern als auch bei Lehrern«, erzählt sie. Die Stereotypen wie das von der USA als »böse Machtzentrale«, der man ausgeliefert sei, oder Verschwörungstheorien mit antisemitischem Hintergrund kamen nicht nur aus Schüler-, sondern auch aus Lehrermund. »Am schlimmsten allerdings ist die Form, in der es passiert«, sagt Steinwurz, »auch progressive Lehrer vermittelten, dass derzeit keine andere Meinung als Antiamerikanismus möglich sei. Wer sich USA-freundlich äußerte, wurde sofort zum Außenseiter. Antiamerikanismus wurde gerade von Lehrern so apodiktisch geäußert, dass gar keine Möglichkeit zur Diskussion mehr bestand. Und nur pauschale Verurteilungen ›der USA‹ oder ›der Amerikaner‹, keine Differenzierung, keine sachliche Kritik an der Politik oder an konkreten Aktionen, die ja völlig legitim wäre.«

Ähnlich verhält es sich bei der Thematisierung des Nahost-Konfliktes: Auch hier ist eine differenzierte Darstellung besonders wichtig. »Ich habe manchmal den Eindruck«, sagt Sanem Kleff, »dass viele Kollegen

und Kolleginnen unter ihrer deutschen Geschichte leiden und dazu neigen, sich mit Opfern von Gewalt zu solidarisieren, aus dem Impuls heraus, wenigstens jetzt einzugreifen. Im Nahost-Konflikt ist die Opfer-Täter-Frage aber nicht einfach zu beantworten und wenn Lehrer Israel als alleinigen Aggressor darstellen, hat das fatale Folgen in den Köpfen der Kinder.«

Im Unterricht vermitteln

Sanem Kleff sieht gerade im Unterricht Spielraum, rassistische und antisemitische Einstellungen frühzeitig zu beeinflussen und zu vermeiden. »Demokratie- und Werteerziehung lässt sich nicht auswendig lernen wie mathematische Formeln«, sagt Kleff, »und damit Kinder nicht nur ›auswendig lernen‹: ›Antisemitismus ist schlecht, so äußert man sich nicht‹, sondern auch begreifen, warum Antisemitismus falsch ist, müssen Lehrer ihre Schüler zur Anteilnahme bringen, dazu, dass sie sich selbst im anderen erkennen.«

Ein Beispiel ist für Kleff der Umgang mit Antisemitismus im Unterricht. Komme Antisemitismus während des rein historischen Durchnehmens der Fakten zur NS-Zeit vor, kombiniert mit der humanistischen Ermahnung, dass die Ermordung der Juden nicht in Ordnung gewesen sei, erreiche das die Kinder wenig. Das Tagebuch der Anne Frank zu lesen, ermögliche bereits mehr persönliche Anknüpfungspunkte für Jugendliche, fördere die Empathie. Einen noch stärkeren Zugang ermögliche der Bezug zur Lebensumwelt der Kinder, etwa Forschungsprojekte zu den Schicksalen der jüdischen Schüler und Schülerinnen, die während der NS-Zeit auf die eigene Schule gegangen sind. »Aber am besten finde ich, zu ermöglichen, sich in die Situation von Juden in Deutschland heute hineinzuversetzen«, sagt Kleff, »also einen aktuellen antisemitischen Vorfall als Beispiel zu wählen – etwa den Fall im Frühjahr 2003, als jüdische Studenten auf dem Kurfürstendamm angegriffen worden sind. Und dann die Situation runterbrechen, in das Lebensumfeld der Schüler bringen: Wie würdest Du Dich fühlen, wenn Du ein T-Shirt tragen würdest mit einem Berliner Bär darauf, und dann käme Dir ein wildfremder Mensch auf der Straße entgegen, würde ›Du Berliner!‹ schreien und Dir eine reinhauen?« Erlebbar machen also, warum eine gleichberechtigte Werthaltung so wichtig ist für ein demokratisches und selbstbestimmtes Miteinander von Menschen.

Kleff weiß selbst, dass Demokratie- und Werteerziehung in der Schule ein schwieriges Thema ist. Schließlich ist die heutige Schule zum Teil ganz konträr aufgebaut: autoritäre Strukturen statt Mitbestimmung, Leistungsprinzip und Selektion statt Vermitteln von Gleichwertigkeit und Selbstbewusstsein. »Trotzdem kann man auch innerhalb dieses Systems einiges tun.«, findet sie. »Jeder Lehrer kann entscheiden, ob er im Unterricht Methoden verwendet, die Elitenbildung und Einzelkämpfertum fördern, oder ob er die Teamfähigkeit, Selbstbestimmung und gegenseitige Einfühlung der Kinder unterstützen will.«

Sanem Kleff ist stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Berlin und Vorsitzende des GEW-Bundesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten. Außerdem leitet die Hauptschullehrerin das Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«.

Hans-Heinrich Knebel ist Lehrer für Sport, Geographie und Sozialkunde, derzeit an einer Erzieherfachschule im Osten Berlins. Er engagiert sich im Projekt »Standpunkte – Berliner Pädagogen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt« und bietet Anti-Gewalt-Trainings und Schülerprojekte zur »Rettung von Juden in Berlin 1933-1945 – Vorbildwirkung der Retter« an.

Chana Steinwurz ist Sonderschulpädagogin mit dem Schwerpunkt Hörgeschädigtenpädagogik und arbeitet an der Ernst-Adolf-Eschke-Schule für Gehörlose im Westen Berlins. Auch sie ist eine Pädagogin des Projektes »Standpunkte – Berliner Pädagogen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt«, in dessen Rahmen sie Workshops für Lehrerinnen und Lehrer zum Umgang mit Rassismus anbietet. Außerdem ist sie als Mediatorin tätig und engagiert sich beim Demokratieerziehungsprogramm »Hands across the Campus«.

Das Projekt »Standpunkte« ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem **Lisum** und der **RAA Berlin** und hat das Ziel, durch Fortbildung und Entwicklung die Rolle der Lehrkräfte in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu stärken. Durch Selbstorganisation, Entwicklung und Förderung von Projekten sowie Formen der bezirklichen Vernetzung bildet »Standpunkte« über die Lehrerfortbildung hinaus eine Brücke zwischen Schule und Kommune und leistet einen Beitrag zu einer nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Anmerkungen

- ⁽¹⁾ Beide Beispiele: Julia Naumann: Judenhass im Poesiealbum. taz, 04.04.2001, Seite 19
- ⁽²⁾ Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.): Gewalt tolerieren fördert Gewalt (Reihe Verstehen und Handeln IV), Berlin 2003, S. 49
Im Internet als pdf abrufbar: http://www.senbj.s.berlin.de/schule/gewaltpraevention/verstehen_und_handeln.pdf
- ⁽³⁾ Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.): Gewalt tolerieren fördert Gewalt (Reihe Verstehen und Handeln IV), Berlin 2003, S. 30-36
Im Internet als pdf abrufbar: http://www.senbj.s.berlin.de/schule/gewaltpraevention/verstehen_und_handeln.pdf

Große Politik im Klassenzimmer

Zur pädagogischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus unter Jugendlichen in multikulturellen Lerngruppen

*Sabine Diederich, Bernd Fechler und
Holger Oppenhäuser*

»Du Jude« bzw. türkisch »Yahudi« lautet eine beliebte Beschimpfung während eines Bildungsurlaubes mit Azubis einer gemeinnützigen Ausbildungswerkstatt, vorwiegend mit türkischen, arabischen und russischen Migrationshintergründen. In der allmorgendlichen »Gibt's was'-Runde« spricht ein Teamer dies an: »Ich kenne das als Schimpfwort von deutschen Neonazis – wie meint ihr das?«. Sichtlich getroffen sagen die Jugendlichen zunächst, das sei nur ein »Spaß«, und auf Nachfrage, sie benutzten das Wort im Sinne von »Geier, weil die Juden ja auch Geier sind«. In der anschließenden Diskussion thematisieren wir Vorurteile, insbesondere die historischen Wurzeln des Bildes vom »Wucher-Juden«. Bei den Jugendlichen entwickelt sich daraus eine Diskussion über Kurden in der Türkei und aus der Gruppe kommt das Angebot: »Wir lassen das Wort, wenn es euch stört.«

Auf einem anderen Bildungsurlaub in ähnlicher Konstellation erklärt ein marokkanischer Jugendlicher nach einer Einheit zum Thema Zukunft: »Ich hab' doch was, was mir Sorgen macht, nämlich die Juden. Aber das darf ich ja hier nicht sagen, sonst gelte ich als Rassist.« Auf die Rückfrage, ob es denn rassistisch sei, meint er »Ich weiß es nicht«. Nachdem er später von unserer Arbeit in der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank hört, sagt er »Anne Frank ist lange her, heute geht der Rassismus gegen uns. Macht doch dazu mal was.«

Bei einer Sammlung von Vorurteilen in einem Schülerprojekt zum Thema Rassismus nennt ein Schüler: »Die Amis sind fett und kriegsgeil«. Es entspannt sich eine Diskussion, was an Vorurteilen »mitunter doch so dran ist«. Einzig auf die US-amerikanische Mitschülerin trafen diese Aussagen nicht zu. Bei einer Sammlung von Beispielen für zivilcouragiertes Handeln schlägt ein Schüler »die Selbstmordattentäter von Palästina« vor. Je stärker sich die TeamerInnen ablehnend gegenüber diesem Vorschlag äußern, umso vehementer setzt sich ein Großteil der Klasse für ihn ein. Die Diskussion endet ergebnislos. Andere Beispiele fallen den SchülerInnen dann nicht mehr ein.

Auf einem Schulhof einer Frankfurter Grundschule spielen ViertklässlerInnen mit ZweitklässlerInnen das »Gaskammerspiel«. Dabei schlüpfen die älteren Kinder in die Rolle der »Nazis«, während die Jüngeren »die Juden« spielen müssen. Lehrerschaft und Schul-

leitung reagieren alarmiert. Der Konflikt eskaliert. Die Eltern fühlen sich und ihre Kinder vorschnell »als rechtsradikal gebrandmarkt« und drohen mit gerichtlichen Schritten.

»Unsere Lehrer haben einfach keine Argumente. Wir lesen viele Bücher von dort, aus Afghanistan, aus dem Iran. Und wenn ich denen sage, was wir aus dem Internet über Juden und Amerika wissen, dann flippen die aus.« Vier afghanische Jugendliche, die als Flüchtlinge vor zwei Jahren nach Deutschland gekommen sind und in der Schule schnell Anschluss gefunden haben, haben von ihren Lehrern »Sprechverbot« erteilt bekommen. Bei einem ersten klärenden Gespräch betonen die Jugendlichen ihre Skepsis gegenüber dem, was in Deutschland zum Thema NS-Zeit und Holocaust vermittelt wird. »Die haben ihre Beweise, wir haben unsere Beweise. Da müssen die erst mal kommen.«

»Erziehung nach Auschwitz« in der Einwanderungsgesellschaft

Ausläufer der aktuellen, weltweit anwachsenden antisemitischen Welle sind längst auch in deutschen Bildungseinrichtungen zu registrieren. Sie artikulieren sich vor allem in antiisraelischen Stellungnahmen von SchülerInnen und LehrerInnen zum Nahostkonflikt und in Verschwörungstheorien zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Hinzu kommen die unterschiedlichsten Bezugnahmen auf den Holocaust, wie sie sich in der Rezeptionsgeschichte nach 1945 als Leugnungs-, Relativierungs- oder Schuldabwehrdiskurse herausgebildet haben. Die Komplexität dieser Situation ergibt sich nicht zuletzt dadurch, dass pädagogische Konzepte gegen Antisemitismus in einer Gesellschaft gefunden werden müssen, die in der Täter- nachfolge von Auschwitz steht und gleichzeitig zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist. Viele



Graffiti in Berlin-Kreuzberg. Geschickt lässt es offen, ob Imperialismus in Palästina oder Irak gemeint ist. Es kann von linken, rechten oder islamistischen Antizionisten oder Antiamerikanern stammen.

Bild: Weber

pädagogische Ansätze und Zielsetzungen, die in Deutschland nach 1945 mit Blick auf einen homogenen deutschen Adressatenkreis formuliert worden waren, müssen angesichts multikulturell zusammengesetzter Lerngruppen erweitert bzw. ganz reformuliert werden.

Auf diese neue Herausforderung einer »Erziehung nach Auschwitz« in der multikulturellen Gesellschaft⁽¹⁾ versuchen wir in der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank Antworten zu finden. Dabei werden wir immer öfter von Schulen und außerschulischen Einrichtungen für Fortbildungen oder Beratungen angefragt, die schwierige Unterrichtssituationen und Konflikte zum Inhalt haben, in denen sich Lehrkräfte und PädagogInnen überfordert fühlen.

Besonders irritiert und ratlos zeigen sich viele gegenüber den antisemitischen Äußerungen junger Migranten und Migrantinnen. Auch wir stoßen bei unseren Projekttagen, die wir zum Thema Rassismus und Rechtsextremismus für Schulklassen und Jugendgruppen anbieten⁽²⁾, immer öfter auf dieses Thema und damit nicht selten an unsere Grenzen.

Wie dem aktuellen Antisemitismus unter Jugendlichen und Erwachsenen pädagogisch begegnet werden kann – sowohl als explizites Thema von Unterrichtseinheiten und Projekttagen als auch in der spontanen Reaktion dann, wenn »die Juden« in politischen Diskussionen zum Thema werden – ist für uns Gegenstand intensiver und praktischer Suchbewegungen. Aus diesen Diskussionen möchten wir im Folgenden einige Überlegungen skizzieren. Sie sind als Zwischenergebnisse eines längst nicht abgeschlossenen Verständigungsprozesses zu lesen.⁽³⁾

1. Antisemitismus junger MigrantInnen im Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse

Wer sich auf die zweifellos problematischen Aussagen von jugendlichen Migranten und Migrantinnen konzentriert, läuft Gefahr, Erkenntnisse über ihre Lebens- und Lernsituation auszublenden, die sich gerade erst mühevoll in der Diskussion durchzusetzen beginnen. Das Urteil über auffälliges Verhalten sozialer wie ethnischer Minderheiten stützt sich im Alltag allzu häufig noch auf einen Begriff »gesellschaftlicher Normalität«, der die komplexen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, in die unsere Gesellschaft eingebettet ist, auszublenden droht. Dabei verläuft das Verhältnis von »Etablierten und Außenseitern«⁽⁴⁾ auch in pluralistischen Gesellschaften wie der unseren immer noch entlang der Linien von wirtschaftlicher Ungleichverteilung, Geschlecht und vermeintlicher Abstammungskollektive. Solche ökonomischen, rechtlichen und politischen Formen »struktureller Gewalt« (Johann Galtung) bestimmen die Art und Weise, wie Privilegien in der Gesellschaft verteilt werden und wie die Auseinandersetzung über diese Privilegien geführt wird.

Ein Ausdruck dieser »Dominanzgesellschaft«⁽⁵⁾ sind zum einen kulturalisierende⁽⁶⁾ Diskurse über Migranten und Migrantinnen, z. B. solche über »rückständige Machokulturen«, die zugleich über hiesige Formen

der Frauendiskriminierung schweigen. Zum anderen gibt es vielfältige Formen von struktureller Diskriminierung, wie sie kürzlich auch am Beispiel der Schule untersucht wurden.⁽⁷⁾ Konkrete pädagogische Situationen sind vor diesem Hintergrund – unabhängig von der individuellen Haltung der jeweiligen PädagogInnen – mehr oder weniger stark durch strukturelle Machtasymmetrien geprägt.⁽⁸⁾

Ein weiteres Problem ist das mangelnde Verständnis vieler PädagogInnen für bestimmte subkulturelle Ausdrucksformen von jungen Migranten, zum Beispiel bestimmte Kleidungs- und Musikstile, Redewendungen und Sprachcodes. Was Erwachsenen fremd und problematisch erscheint, ist für diese Jugendlichen selbst eine ganz normale Aneignung und Weiterentwicklung von Jugendkultur, die heute auch durch Migration und andere Formen kultureller Globalisierung⁽⁹⁾ beeinflusst wird. Haben Jugendliche schon seit je her eigene Welten und Subkulturen geschaffen, die sie gegen Verstehensübergriﬀe der Erwachsenen verteidigen mussten, so sind diese neuen, migrantisch geprägten Subkulturen deutschen Erwachsenen auf doppelte Weise verschlossen. Wo PädagogInnen allein von »Kulturkonflikten« sprechen, sehen wir deshalb auch einen Generationenkonflikt⁽¹⁰⁾ am Werk. Dabei verstärkt die Fixierung vieler Erwachsener auf die »Herkunftskultur« jugendlicher Migranten die ohnehin bestehende Sprachlosigkeit zwischen den Generationen. Für eine nachhaltige pädagogische Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft ist es deshalb unerlässlich, dass PädagogInnen Sensibilität für die Effekte institutioneller Diskriminierung und die Problematik kulturalisierender Diskurse entwickeln.

Auf der anderen Seite partizipieren gerade politisch interessierte Migranten – vermittelt durch Internet, Satelliten-TV und Druckschriften – an Diskursen in ihren Herkunftsländern oder anderen für sie relevanten, globalen Öffentlichkeiten, die von der deutschen Mehrheitsgesellschaft in der Regel nicht zur Kenntnis genommen werden. Ein Beispiel dafür ist der im islamisch-arabischen Raum seit Jahren grassierende Antisemitismus. Seine Adaption bei jungen Migranten in Deutschland bringt die pädagogische Zunft und mit ihr die deutsche Öffentlichkeit in Verlegenheit. Dabei lässt sich auf den ersten Blick nur schwer einschätzen, wie politisch motiviert und reflektiert zum Beispiel antisemitische »Sprüche« junger Migranten tatsächlich sind. Jedenfalls zwingen diese Beobachtungen viele eingespielte »antirassistische« Haltungen auf den Prüfstand. So wäre es eine grobe Vereinfachung, die Situation von MigrantInnen in Deutschland einseitig aus der Opferperspektive zu beschreiben. Schon der Ansatz, rechtsextreme Jugendliche als Modernisierungsoﬀer zu sehen, hatte die pädagogische Diskussion lange Zeit in eine Sackgasse geführt.⁽¹¹⁾ Bezogen auf die hier zu behandelnde Problematik heißt dies, antisemitische Äußerungen junger MigrantInnen nicht eindimensional als Ausfluss ihrer schwierigen Lebenssituation zu deuten. Für PädagogInnen, die aus antirassistischen Überzeugungen heraus im Zweifelsfall für MigrantInnen Partei ergreifen, bedeutet dies eine schwierige Gratwanderung.

2. Antisemitismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft als das primäre Problem

Auch wenn antisemitische Äußerungen junger MigrantInnen eine neue Herausforderung darstellen, ist für uns der Antisemitismus innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft das Hauptproblem, das wir mit unserer pädagogischen und politischen Arbeit angehen.

Im Land der Täternachfolge von Auschwitz ist auch bei engagierten PädagogInnen der Umgang mit den Themen Holocaust, Judentum oder Israel mit starken Emotionen verbunden und führt oft zu Befangenheit und der Angst, »etwas Falsches zu sagen«. Dieses Phänomen ist nicht zuletzt auf eine oft nur rudimentäre oder gänzlich fehlende Auseinandersetzung mit der eigenen Familienbiographie und generationsspezifischen Bildungserlebnissen zurückzuführen.⁽¹²⁾ Ähnlich wie die Nachkommen der Opfer sind auch die Nachkommen der Täter und Mitläufer auf vielfältige Weise mit ihren Vorfahren und den nicht-erzählten Geschichten verstrickt. In der pädagogischen Arbeit zeigt sich das zum Beispiel in einem ausgeprägt moralischen Impetus der Vermittlung. Wer sich dagegen mit seiner Familiengeschichte und der damit verbundenen Tradierung von Einstellungen, unaufgearbeiteten Schuldgefühlen und anderen unbewussten Aufträgen auseinander gesetzt hat, steht als Pädagoge weniger in der Gefahr, seinen »Kampf« mit den Schatten der eigenen Vergangenheit projektiv an seinen jugendlichen Adressaten auszutragen.

Abgesehen von solchen eher ungewollten Effekten erleben wir auch unter PädagogInnen und Jugendlichen einen weit verbreiteten sekundären Antisemitismus⁽¹³⁾, dessen Kern eine Schuldabwehr ausmacht, die sich wiederum altbekannter Stereotype vom »allmächtigen und gerissenen Juden« bedient. Seine krasseste Form ist die Holocaustleugnung. Viel verbreiteter sind dagegen die Forderungen nach einem Schlussstrich und die Stilisierung von JüdInnen zu allmächtigen Moralwächtern, die zudem selbst »Dreck am Stecken« hätten, etwa den Holocaust für ihre Interessen ausbeuteten oder in Gestalt des israelischen Staates die PalästinenserInnen so behandelten, »wie sie »damals« behandelt wurden«.

Das durch Ressentiment, Unsicherheit oder Überforderung geprägte Verhältnis der Deutschen zu ihrer eigenen Geschichte widerlegt die lange gängige Vorstellung, das Thema Antisemitismus ließe sich pädagogisch nach dem Motto »Lernen aus der Geschichte« durch Informationen über die NS-Verbrechen und ihren Kulminationspunkt im Holocaust »erledigen«.

So wichtig die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus für sich genommen bleibt, halten wir in der aktuellen Situation vor allem zweierlei für nötig. Erstens muss der Antisemitismus selbst intensiver als bisher zum Gegenstand des Lernens und der Auseinandersetzung gemacht werden. Dies betrifft sowohl seine historische Entwicklung als auch seine aktuellen Formen (derzeit insbesondere in Europa und im arabischen Raum) und seine Funktionsmechanismen wie z. B. Verschwörungstheorien.

Dies setzt allerdings zweitens eine spezielle »Hausaufgabe« für PädagogInnen voraus, die wir auch für uns selbst keineswegs als erledigt ansehen: nämlich eine Selbstklärung hinsichtlich der eigenen – nicht zuletzt familienbiographisch bedingten – Anfälligkeit für und Verstrickung in antisemitische Diskurse, sowie die Formulierung eigener rational und normativ begründeter Standpunkte.

3. Selbstklärung der PädagogInnen

als Voraussetzung einer konstruktiven pädagogischen Arbeit

Die Tatsache, dass wir PädagogInnen als Teil dieser Gesellschaft selbst in deren Diskurse verstrickt sind, macht deutlich: Ein Nachdenken über die Besonderheiten einer »anti-antisemitischen Pädagogik« kann nicht einfach als abstrakte Diskussion über »die Gesellschaft« oder »problematische Verhaltensweisen bestimmter Gruppen« geführt werden. Ebenso kann eine moralische Argumentation gegen Antisemitismus nicht einfach als Empörung »aus dem Bauch heraus« formuliert werden. Eine glaubwürdige Haltung in der Auseinandersetzung mit Jugendlichen setzt vielmehr voraus, dass PädagogInnen nicht nur über die verschiedenen Aspekte und Diskussionsstränge orientiert sind, sondern dass sie ihre eigenen Positionen auch begründen können. Wie oben ausgeführt, beinhaltet das eine reflektierte Haltung gegenüber der eigenen biografischen Verstrickung ebenso wie ein Bewusstsein für die Eingebundenheit in gesellschaftliche Machtverhältnisse. Nur so können PädagogInnen in schwierigen Diskussionen mit Jugendlichen eine professionelle Haltung zwischen allparteilicher Moderation⁽¹⁴⁾, sachlicher Information und engagiertem Eintreten für eigene Standpunkte bewahren.

Diese Selbstverortung der PädagogInnen ist mit anderen Worten Voraussetzung für eine »Kultur der Anerkennung«, in der wir die Schnittstelle zwischen den inhaltlichen und den didaktisch/methodischen Aspekten einer aufklärenden politischen Bildung sehen.⁽¹⁵⁾ Die Herausforderung des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft besteht gerade darin, mit Menschen klar zu kommen, die völlig anders, ja konträr zu den eigenen Anschauungen und Werthaltungen zu denken, fühlen und handeln scheinen. Wir muten den Jugendlichen in unserer Bildungsarbeit zu, diese Vielfalt untereinander auszuhalten, wie wir ihnen auch die Konfrontation mit uns und unseren eigenen Positionen nicht ersparen wollen. Was »wahr« und was »gerecht« ist, lässt sich stets nur punktuell und konkret, im Dialog zwischen Interessensgegnern (er)finden.

Strukturelle Herrschaftsverhältnisse verzerren einen solchen Dialog. Diese Tatsache anzuerkennen und Transparenz zu schaffen über die eigene Sprecherposition, ist eine notwendige Voraussetzung zur wenigstens partiellen Überwindung struktureller Ungleichheit. Der Austausch über unterschiedliche Sprecherpositionen an sich ist dabei bereits ein erster Vollzug von Anerkennung, der auch eine inhaltliche Annäherung ermöglicht. Von geklärten Standpunkten aus – wie komme ich zu meinen Informationen, Überzeugungen und Haltungen und wie kommst du zu dem,

was du sagst? – ist es außerdem leichter, die Ebene eines auf die taktische Niederlage des Gegners abzielenden Schlagabtausches zu überwinden und eine Debatte um das bessere Argument oder die glaubwürdigere Quelle zu eröffnen. Wenn ich mich als Person respektiert und anerkannt fühle, bin ich eher bereit, mich mit Fragen und Positionen auseinander zu setzen, die mir auf den ersten Blick vielleicht verwerflich oder unsinnig erscheinen.

4. Grenzen der Anerkennung:

Vom pädagogischen Dialogpartner zum politischen Gegner

Allerdings wirft die beschriebene pädagogische Grundhaltung im Konkreten immer wieder schwierige Fragen auf. Wie weit kann ich etwa als Pädagoge und Angehöriger der deutschen Mehrheitsgesellschaft, der bestimmten Mindeststandards in der Auseinandersetzung mit dem geschichtlichen Erbe des deutschen Staates genügen will⁽¹⁶⁾, gegenüber Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die möglicherweise eine ganz andere Sicht auf den Holocaust haben⁽¹⁷⁾, die eigene Definitionsmacht tatsächlich zurücknehmen?

Wie gehen wir mit Aussagen von muslimischen ImmigrantInnen bezüglich des Nahost-Konflikts um, die sich in einer Grauzone zwischen einseitiger Schuldzuweisung an Israel und offen antisemitischen Phrasen bewegen? Gleiches gilt für die Vermischung von berechtigter Kritik an der Kriegspolitik der USA mit antiwestlichen Dekadenzdiskursen, antiamerikanischen Stereotypen und Verschwörungsmythen.

Wir schlagen vor, drei unterschiedliche Ebenen bzw. Schritte im Umgang mit solchen Dilemma-Situationen auseinander zu halten:

(a) Zunächst gelten für uns die grundlegenden Prinzipien der Fairness und Allparteilichkeit im pädagogischen Schutzraum, in dem Jugendliche ihre persönlichen Standpunkte ohne Angst vor Sanktionierung darlegen können. Mit welchem Recht sollte dies denjenigen verweigert werden, die andere Sozialisations Erfahrungen gemacht haben, sei es in ihren Herkunftsländern (etwa im eingangs geschilderten Fall der afghanischen Flüchtlinge), sei es durch die Nutzung arabischer Medien und Diskussionen in der jeweiligen Einwanderungs-Community? Grundlegendes Ziel einer »interkulturellen«, d. h. dialogischen Pädagogik ist es, die Anerkennung von Pluralität in der Einwanderungsgesellschaft ebenso wie in den jeweiligen Communities zu fördern.

(b) In einem zweiten Schritt ist es Aufgabe von PädagogInnen, fehlende Hintergrundinformationen – beispielsweise jüdische Sichtweisen⁽¹⁸⁾ oder die Geschichte und Wirkungsweisen von Antisemitismus – einzubringen und die Jugendlichen mit eigenen Standpunkten zu konfrontieren, die als personales Angebot und nicht als absolute Wahrheiten präsentiert werden. Hier geht es darum, Jugendliche zu einem selbstkritischen Umgang mit dem eigenen Wissen anzuregen und in diesem Sinne auch zur Quellen-Kritik zu befähigen. In dieser Phase kann durchaus auch auf persönliche oder institutionelle Grenzen des Tolerierbaren

hingewiesen werden (etwa das Verbot der Holocaust-Leugnung), die freilich ebenfalls zu begründen sind. (c) Sollten Jugendliche anschließend Andersdenkende durch verletzend angegriffen gegen die Person in massiver Weise angehen oder nicht-tolerable Aussagen (etwa die Verherrlichung des Nationalsozialismus) systematisch propagieren, sind allerdings auch für PädagogInnen die Grenzen der Offenheit erreicht. In diesem Fall sind drittens unter Verweis auf begründete institutionelle Normen Sanktionen anzukündigen und im Zweifelsfall auch durchzusetzen. Solche Normen können u. a. durch Regelvereinbarungen in Bildungsveranstaltungen, Schulprogrammen oder Konzeptionen pädagogischer Einrichtungen gesetzt oder schlicht durch geltendes Recht (etwa im Falle der Holocaustleugnung) gerechtfertigt werden.

5. Islamistische Diskurse ernst nehmen und irritieren

In diesem Sinne ist die heutige weite Verbreitung von Antisemitismus in muslimischen Staaten als politisches Problem ernst zu nehmen. Dabei spielen islamistische Strömungen sicher eine Hauptrolle, deren Ableger auch unter muslimischen Migranten-Communities zunehmend an Bedeutung gewinnen.⁽¹⁹⁾ Deren reaktionäre Ideologie – die neben dem Antisemitismus viele weitere strukturelle Gemeinsamkeiten mit der extremen Rechten der westlichen Welt hat – ist eine Herausforderung, der sich die Pädagogik stellen muss. Nicht zuletzt schon deshalb, weil AnhängerInnen solcher Gruppen oft bereits ein diskursives Sich-Einlassen auf Sichtweisen des »Westens« als Glaubensabfall oder Verrat brandmarken und sanktionieren. Damit ist die Fähigkeit zur Quellen-Kritik nicht nur ein Lernziel für Jugendliche, sondern eine generelle Anforderung an die Pädagogik. PädagogInnen müssen die wichtigsten islamistischen Diskurse kennen und – etwa im Sinne einer Unterscheidung von Islam und Islamismus – einordnen können. Auch hier gibt es allerdings Fallstricke, denn im deutschen Mehrheitsdiskurs dient der politische Islamismus oft nur als weiteres Argument eines rassistischen Antisemitismus. So wird beispielsweise der aktuelle Kopftuchstreit weit



Das Wort Holocaust auf den Nahost-Konflikt zu beziehen, ist wegen der Gleichsetzung mit industriellem Massenmord zugleich relativierend und antisemitisch wie auch antiisraelisch.

gehend in Kategorien von Kulturkampf geführt (rückständiger, frauenunterdrückender Islam vs. Moderne, europäische Aufgeklärtheit) und nicht etwa hinsichtlich des Spannungsverhältnisses zwischen der Religionsfreiheit von LehrerInnen und einer weltanschaulichen Neutralität der staatlichen Institution Schule. Mitunter lassen sich sogar massive Einschränkungen von Grundrechten mittels antiislamischer Ressentiments politisch legitimieren, wie im Falle der Rasterfahndung nach dem 11. September.

Das widersprüchliche Verhältnis von aktuellen antiislamischen und antisemitischen Diskursen⁽²⁰⁾, deren Träger oft identisch sind, zeigt sich am anschaulichsten in ihrem Kulminationspunkt, der Neonazi-Szene. Auf der Zielliste des im September 2003 in München vereitelten Bombenanschlags stand ebenso eine Moschee wie die Synagoge, die vermutlich als Ziel ausgewählt werden sollte. Dementsprechend gelten »die Araber« in der Neonazi-Szene mal als Verbündete, mit denen durchaus kooperiert wird (nämlich gegen die Juden und den angeblichen jüdischen US-Imperialismus) und mal als Feinde (nämlich als ImmigrantInnen in Deutschland). Wir vermuten, dass sich die Thematisierung dieser Konstellation im Sinne einer Bildungsarbeit nutzen lässt, die sich mit MigrantInnen gegen Rassismus solidarisiert und zugleich aber nicht bereit ist, Rassismus und Antisemitismus auf ihrer Seite zu tolerieren.

6. Pädagogik gegen Antisemitismus aus ihrer Defensive herausholen

Schließlich weist die Renaissance des Antisemitismus in Zeiten einer krisenhaften Globalisierung deutlich darauf hin, dass Fragen nach tief liegenden gesellschaftlichen Ursachen von Antisemitismus nach wie vor aktuell sind.⁽²¹⁾ Wenn es stimmt, dass Antisemitismus und Rassismus falsche Antworten auf reale Probleme der modernen Welt darstellen, dann muss Bildungsarbeit mittel- und langfristig mehr leisten als eine rein moralische Kritik dieser Weltbilder. Vielmehr muss versucht werden, auch darüber zu diskutieren, wie unsere Dominanzgesellschaft funktioniert und welche Möglichkeiten es gibt, sie zu verändern. Dies sollte in einer didaktisch/methodischen Weise geschehen, die inhaltlichen Lernzielen nicht widerspricht. Konkret ist etwa an die Thematisierung von wirtschaftlicher Konkurrenz, Ausbeutung und Armut zu denken, ebenso an patriarchale Verhältnisse (in ihren jeweiligen lokalen wie globalen, nationalstaatlichen und/oder religiösen Ausprägungen) und nicht zuletzt an ein lebendiges Verständnis von Demokratie, das Anerkennung von Pluralismus ebenso wie eigene Visionen, politische Konfliktfähigkeit und die Kenntnis eigener Rechte umfasst.

Damit eine solche Auseinandersetzung Aussicht auf Erfolg hat, wagen wir die – im ersten Moment provokativ klingende – Hypothese, antisemitische Äußerungen zunächst als Bestandteil einer Politisierung Jugendlicher und damit als Ressource aufzufassen, d. h. als einen Versuch, sich in Anknüpfung an verschiede-

ne gesellschaftliche Diskurse die Welt zu erklären. PädagogInnen müssen mit dieser Politisierung – so fehlgeleitet und bekämpfenswert sie inhaltlich ist – als Gegebenheit umgehen lernen. Sie müssen den Mut und die Kompetenz aufbringen, im Rahmen der drei oben skizzierten Handlungsebenen eine Debatte zu initiieren und mit eigenen Positionen zu beeinflussen. Mögliche Fragen, die mit Jugendlichen erörtert werden könnten, wären beispielsweise: Was ist eigentlich alles Antisemitismus? Wo kommt Antisemitismus her? Wem nutzen Verschwörungstheorien? Was sind glaubwürdige Quellen? Wer benutzt welche Begriffe und warum? Die gegenwärtig größte Herausforderung für PädagogInnen besteht unseres Ermessens nach darin, mit Blick auf die zum Teil widersprüchlichen, semantisch unklaren und vielfach überdeterminierten gesellschaftlichen und pädagogischen Diskussionen eigene Selbstverständnisse und Standpunkte immer wieder neu zu überdenken. Dies betrifft etwa Unterscheidungen wie die zwischen einer Kritik einzelner politischer Positionen in Israel (was weder in Deutschland noch anderswo tabuisiert ist, wie antisemitische PopulistInnen immer wieder behaupten) und einem antisemitischen Antizionismus, oder die zwischen einer Kritik an politischen, ökonomischen oder militärischen Praxen der westlichen Hegemonialmacht USA und einem kulturalistischen Antiamerikanismus, der in fließendem Übergang zu explizitem Antisemitismus reale oder vermeintliche Übel der Moderne in den USA, ihrer Regierung, der ›Ostküste‹ o.ä. personifiziert.

Die **Jugendbegegnungsstätte Anne Frank** ist eine Einrichtung zur außerschulischen politischen Bildung in Frankfurt/Main. Ihren Angeboten liegt ein »Thematisches Dreieck« zwischen historischem Lernen, Begegnung und Menschenrechtserziehung zugrunde. Neben der Ausstellung über Anne Frank und die Gegenwartsbedeutung des Holocaust (vgl. www.ein-maedchen-aus-deutschland.de) organisiert die Jugendbegegnungsstätte Projektstage für Jugendliche und Fortbildungen für Lehrkräfte zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Zivilcourage. Ein Team von Konflikttrainerinnen und Mediatoren ist präventiv und bei akuten Konflikten an Schulen tätig.

Anmerkungen:

- (1) Vgl. Fechner, Bernd/Gottfried Kößler/Till Lieberz-Groß (Hg.) (2000): »Erziehung nach Auschwitz« in der multikulturellen Gesellschaft. Pädagogische und soziologische Annäherungen. Weinheim und München.
- (2) Seit 2001 entwickeln wir in einem vor allem aus Mitteln des Aktionsprogramms der Bundesregierung »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« (entimon-Programm) finanzierten Projekt zum aktuellen Rechtsextremismus Konzepte und Methoden für die politische Bildungsarbeit. Vgl. Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hg.) (2003): Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute? Über Rechtsextremismus, Rassismus und Zivilcourage. Prävention für Schule und Bildungsarbeit. Frankfurt/M.

- (3) Unter dem Dach des Berliner Büros des American Jewish Committee (AJC) haben wir 2002 mit anderen pädagogischen Institutionen und Initiativen die »Task-Force: Education on Anti-Semitism« gegründet, in der wir in einem offenen Austausch von Konzeptionen und Erfahrungen über die Perspektiven eines pädagogischen Umgangs mit dem aktuellen Antisemitismus nachdenken. Vgl. hierzu die Selbstdarstellung der »Task-Force« am Ende dieses Bulletins.
- (4) Vgl. Elias, Norbert/John L. Scotson (1993): Etablierte und Außenseiter, Frankfurt/M. – Zur Bedeutung der Machtdimension für »interkulturelle« Konflikte in Einwanderungsgesellschaften vgl. Weiß, Anja (2001a): Macht und Differenz. Ein erweitertes Modell der Konfliktpotenziale in interkulturellen Auseinandersetzungen. Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berghof-Report Nr. 7, Berlin 2001; dies. (2001b): Was macht interkulturelle Konflikte aus? Kulturelle Differenzen, ethnische Identitäten und die Frage der Macht, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Bielefeld 2/2001, S. 87-110.
- (5) Vgl. Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin.
- (6) Kulturalisierend bzw. kulturalistisch werden in der neueren Rassismusforschung solche Diskurse genannt, welche Abstammungskollektive nicht mehr über die Biologie (»Rasse«) konstruieren, sondern über die Zuschreibung angeblicher statischer Kulturdifferenzen. Vgl. Schobert, Alfred (2002): Einführung in die Grundbegriffe des Rassismus und Antisemitismus. In: Handbuch Antirassismus. Essen.
- (7) Vgl. Jäger, Margarete/Heiko Kauffmann (Hg.) (2002): Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland. Duisburg; zur Schule: Deutsches PISA-Konsortium (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen; Gomolla, Mechthild/Frank-Olaf Radtke (2002): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Opladen; Fechner, Bernd/Christa Kaletsch (2003): Schule und Rassismus. In: Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hg.): Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute? Über Rechtsextremismus, Rassismus und Zivilcourage. Prävention für Schule und Bildungsarbeit. Frankfurt/M., S. 51-58; Quehl, Thomas (2002): Institutioneller Rassismus – ein Lackmustest auch für die Schule? In: Jäger, Margarete / Heiko Kaufmann (Hg.): Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland. Duisburg, S. 165-201.
- (8) Zur institutionellen Unterscheidung in Lernende und (sanktionsberechtigte) Lehrende kommen die Effekte institutioneller Diskriminierung, die beispielsweise dafür sorgen, dass der Anteil von MigrantInnen an Hauptschulen überproportional hoch ist. Umgekehrt sind PädagogInnen in aller Regel Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft und repräsentieren MigrantInnen gegenüber zunächst deren Mehrheitsdiskurse, gleich wie sie persönlich zu diesen stehen mögen.
- (9) Bergmann, Sven/Regina Römhild (Hg.) (2003): Global Heimat. Ethnografische Recherchen im transnationalen Frankfurt. Frankfurt/M.
- (10) Vgl. Fechner, Bernd (2003a): Dialog der Anerkennung – Möglichkeiten und Grenzen der Mediation bei »interkulturellen« Konflikten in der Schule. In: Ulrike Kloeters/Julian Lüdtke/Thomas Quehl (Hg.): Schulwege in die Vielfalt. Handreichung zur Interkulturellen und Antirassistischen Pädagogik in der Schule, Frankfurt/M., S. 103-148, hier: 114ff.
- (11) Zu der Kritik einer Entpolitisierung und Täterentlastung pädagogischer Defizittheorien in Bezug auf jugendlichen Rechtsextremismus vgl. Rommelspacher, Birgit (1992): Rechtsextremismus und Dominanzkultur. In: Foitzik, Andreas u.a.: Ein Herrenvolk von Untertanen. Duisburg; Ahlheim, Klaus (2001): Pädagogik mit beschränkter Haftung. Politische Bildung gegen Rechtsextremismus. Schwalbach/Ts.; Butterwegge, Christoph (2000): Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? In: Ders. und Georg Lohmann (Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Opladen. S. 13-36; Scherr, Albert (2001): Pädagogische Interventionen. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Schwalbach/Ts. Vgl. Bar-On, Dan (1990): Die Kinder der Holocaust-Täter und ihre Suche nach moralischer Identität. In: Integrative Therapie, Heft 3, S. 222-245.
- (12) ders.: (1993): Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von Nazi-Tätern, Frankfurt am Main/New York; Krondorfer, Björn (1995): Rememberance and Reconciliation: Encounters between Young Jews and Germans, Yale University; Rosenthal, Gabriele (Hg.) (1997): Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Frankfurt/M.; Staffa, Christian (1998): Leben in einer

Welt nach der Shoah. In: Staffa, Christian/Klinger, Katherine (Hrsg.): Die Gegenwart der Geschichte des Holocaust. Inter-generationelle Tradierung und Kommunikation der Nachkommen, Berlin.

- (13) Kiesel, Doron/Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.) (1998): Der Aufklärung zum Trotz. Antisemitismus und politische Kultur in Deutschland. Frankfurt/M.; Rommelspacher (1995), S. 39ff.
- (14) Der aus der Mediation entlehnte Terminus der »Allparteilichkeit« beschreibt eine Grundhaltung, die – anders als die Distanz und Zurückhaltung implizierende Haltung der »Neutralität« – mit einem großen Engagement, d.h. einer wechselnden Parteilichkeit für alle an einer Auseinandersetzung (einem Konflikt, einer Diskussion) beteiligten Personen, verbunden ist.
- (15) Vgl. zum Folgenden Fechner (2003a), S. 379-383; ders. (2003b): Pädagogische Konzepte gegen Rechtsextremismus. Zum Stand der Debatte und zur Positionierung unseres Projekts. In: Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hg.): Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute? Über Rechtsextremismus, Rassismus und Zivilcourage. Prävention für Schule und Bildungsarbeit. Frankfurt/M., S. 41-50, hier: S. 49f.
- (16) In diesem Sinne weist Bodo von Borries darauf hin, dass auch Minderheitengruppen »ein Minimum an Vertrautheit mit und Akzeptanz von großen Narrativen der Dominanzkultur erwerben – und einen Teil ihrer ‚Gründungsmythen‘ in Frage stellen lassen« müssen. – Vgl. von Borries, Bodo (1999): Nicht länger Mittel der Abgrenzung. Gewandelte Funktionen historischer Sinnbildung in Einwanderungsgesellschaften. In: Frankfurter Rundschau vom 16. März; sowie Kößler, Gottfried/Bernd Fechner (1999): 27. Januar – Lerntag oder Gedenktag? Der pädagogische Umgang mit der Erinnerung an den Holocaust heute. In: Kößler, Gottfried/Guido Steffens (Hg.): 27. Januar – Lerntag oder Gedenktag? Anregungen zur pädagogischen Gestaltung des »Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus«. Frankfurt/M., S. 8-15.
- (17) Empirisch zur Rezeption des Holocaust unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund vgl. Georgi, Viola B. (2003a): Jugendliche aus Einwandererfamilien und die Geschichte des Nationalsozialismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 40-41, S. 40-46.; dies. (2003b): Entlehnte Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland. Hamburg.
- (18) Unsere KollegInnen von tacheles reden e.V., dem Bildungsteam Berlin-Brandenburg sowie dem DGB-Bildungswerk Thüringen insistieren hier zu Recht auf dem Grundsatz, dass Pädagogen in ihrer Arbeit zum Thema Antisemitismus immer auch die potenzielle Anwesenheit jüdischer Schüler bzw. Teilnehmer mitbedenken müssen. Das angenommene »Nicht-Vorhandensein« von Juden bzw. der jüdischen Kultur in Deutschland rechnen sie zu den Problemen, die pädagogisch bislang kaum reflektiert wurden.
- (19) Vgl. Dantschke, Claudia (2003): Islamismus, eine religiöse Ideologie: Schnittmengen und Abgrenzungen. In: ZDK Bulletin 03. Volksgemeinschaft gegen McWorld. Rechtsintellektuelle Diskurse zu Globalisierung, Nation und Kultur; Schmidinger, Thomas (2002): Islamischer Antisemitismus? Antijudaismus in islamischen Gesellschaften. In: trend onlinezeitung 04/02. (www.trend.partisan.net/trd0402/t360402.html)
- (20) Vgl. Dantschke (2003), S. 81ff., Balibar, Etienne (2002): Der antisemitische Komplex. Eine selbstkritische Konzeption des Feindes: Zur Doppelgestalt von Judenhass und Araberhass. In: Frankfurter Rundschau vom 25. Juni; Schobert (2002), S. 24ff. – Zum Antiislamismus vgl. Terkessidis, Mark (2003): Der lange Abschied von der Fremdheit. Kulturelle Globalisierung und Migration. In: Die Brücke. Nr. 130, S. 30-36, hier: S. 33ff.
- (21) So lautet eine klassische Formulierung aus der Dialektik der Aufklärung »Die Juden sind heute die Gruppe, die (...) den Vernichtungswillen auf sich zieht, den die falsche gesellschaftliche Ordnung aus sich heraus produziert.« (Horkheimer, Max / Theodor W. Adorno (1988): Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/M., S. 177).

Mit Shoah Education gegen aktuellen Antisemitismus?

Interview mit Gottfried Kößler

Susanna Harms

Gottfried Kößler ist Lehrer für Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde. Seit 1994 ist er pädagogischer Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, in Frankfurt am Main.

Bulletin: Bitte stellen Sie zuerst kurz das Projekt »Konfrontationen« des Fritz Bauer Instituts vor.

Wir haben mit den »Konfrontationen Mitte der neunziger Jahre begonnen. Unser Projekt stellte anfangs den Versuch dar, Ziele und Methoden der Menschenrechts- und Toleranzerziehung mit historischer Bildung zu verbinden. Wir waren also auf der Suche nach Konzepten, die Methoden und Inhalte dieser Arbeitsgebiete miteinander kombinieren. Dabei orientierten wir uns zunächst an US-amerikanischen Modellen wie »Facing History and Ourselves.«⁽¹⁾ Nachdem aber in den neunziger Jahren von verschiedenen Einrichtungen im Bereich der Tolerance Education neue Programme für die deutschen Lernvoraussetzungen adaptiert wurden⁽²⁾, hat sich unser Schwerpunkt im Laufe der Zeit verschoben. Wir haben das Gewicht auf den historischen Zugang gelegt, suchen aber weiterhin nach methodischen Wegen, die diese Themen mit der Gegenwart verbinden können. Diese Verschiebung wird auch in den Materialien deutlich, die wir in unserer Reihe »Konfrontationen« veröffentlicht haben: In den ersten Heften machen wir dort noch Angebote zu aktuellen Themen, also auch zu Antisemitismus. Die späteren Hefte beschränken sich dann aber auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und mit dem Holocaust.⁽³⁾ Wir gehen dabei immer von den Individuen aus, nicht von den politischen Strukturen.

Neben der Entwicklung von Materialien und Medien für die Bildungsarbeit bieten wir Beratung für Schulen und Bildungsträger sowie Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen in Schulen, Gedenkstätten und anderen Institutionen der historisch-politischen Bildung an.

Bulletin: Welche wesentlichen Problemlagen gilt es heute bei der historisch-politischen Bildung zu berücksichtigen?

Diese Arbeit bewegt sich im Dreieck von Erinnerungspolitik, Generationenbeziehungen und der veränderten Zusammensetzung der Schülerschaft. Bekanntlich

sind in manchen deutschen Schulklassen die autochthonen Deutschen ⁽⁴⁾ in der Minderheit. Die Jugendlichen haben heute ganz unterschiedliche Zugänge zur NS-Geschichte, die nicht mehr nur von der Schuldthematik bestimmt werden. Allein die unterschiedlichen Familiengeschichten machen die Erwartung einer homogenen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg unrealistisch. In einer Lerngruppe können Nachkommen aller Lager der Kriegsbeteiligten vertreten sein: »Reichsdeutsche«, »Volksdeutsche«, also Spätaussiedler, rassistisch Verfolgte oder Menschen aus den von Deutschland besetzten Gebieten wie dem ehemaligen Jugoslawien, Polen, Griechenland oder Italien – und damit auch alle Varianten der Handlungsoptionen zwischen Kollaboration und Widerstand. Der generationelle Abstand bringt zusätzlich bei allen Distanz zum Geschehen der NS-Zeit mit sich. ⁽⁵⁾ Diese Voraussetzungen versuchen wir in den Arbeitsformen und in der Quellenauswahl zu reflektieren, und auch mit unserer Schwerpunktsetzung bei der Behandlung des Themas Holocaust wollen wir das – im Sinne einer didaktischen Entscheidung – berücksichtigen.

Bulletin: Können Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?

Zum Beispiel das Thema NS-Rassismus: Das gehen wir so an, dass unterschiedliche Ausformungen des NS-Rassismus vorgestellt werden. Auf diesem Hintergrund entwickelt sich dann oft von selbst ein Gespräch über aktuelle Formen, ohne dass wir diese direkt ansprechen – wir sagen also nicht, »jetzt denkt doch auch mal über die Gegenwart nach«. Stattdessen haben wir die Erfahrung gemacht, dass sich die Lerngruppen, ausgehend von den Diskussionen über das historische Material, von alleine an das heutige Thema annähern, ohne dabei die geschichtlichen Erfahrungen zu relativieren. Dieser Weg ist vermutlich deshalb für alle Beteiligten leichter zu gehen, weil die Distanz gewahrt bleibt. Schließlich wollen wir vermeiden, dass die Jugendlichen sagen, »das ist ja heute schon wieder so wie damals«. Stattdessen wollen wir die historische Ebene dazu nutzen, um aktuelle Themen leichter verhandeln zu können. Wenn also die Erfahrung eines jüdischen Jugendlichen vorgestellt wird, der 1935 von seinem besten Freund verleugnet wird, weil dieser in die Hitlerjugend eingetreten ist, dann geht es zunächst um ein Ereignis, das diese Phase der Veränderung von Denkweise und Weltsicht der Mehrheitsdeutschen in der NS-Zeit an einem Beispiel verdeutlicht. Es liegt aber nahe, von dieser Erzählung ausgehend andere Erfahrungen mit Gruppenzugehörigkeit und Ausschluss zu thematisieren. Das soll in einem Konfrontationen-Kurs auch geschehen, wenn es sich aus dem Gruppengespräch entwickelt. Dann wird über die Reichweite der Analogie und über die Unterschiedlichkeit der Situation im Vergleich zu heutigen Erfahrungen zu sprechen sein. Eine solche Verständigungsdebatte kann aber nicht erzwungen oder mechanisch herbeigeführt werden. Wir wollen Lernchancen eröffnen – ob diese genutzt werden, hängt nicht nur von unserem Material und unseren Vorschlägen ab,

sondern auch von der jeweiligen Lerngruppe. Auch den Einfluss der Schule darf man nicht unterschätzen.

Bulletin: Funktioniert dieser Zugang denn auch bei anderen Arbeitsthemen?

Bei manchen spezifischen Themen ist das nicht so einfach, zum Beispiel bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Ghetto, mit dem sich ein anderes unserer Arbeitshefte beschäftigt. Dieses Thema sollte mit einer eindeutig historischen Orientierung bearbeitet werden. Die außerordentliche Situation der Menschen im Ghetto lässt sich mit heutigen Alltagssituationen nicht vergleichen. Das gilt für alle beteiligten Gruppen im Ghetto, bei aller Gegensätzlichkeit: Die Wachmannschaften waren ebenso in einer unvergleichbaren Situation wie die Judenräte, aber eben eindeutig auf der Seite des »Bösen«. Es geht bei diesen Themen vielmehr um die Erkenntnis, dass Geschichte eine wesentliche Voraussetzung des eigenen Lebens ist. Dabei ist die ethische Grundüberzeugung, dass die Teilnahme an diesen Verbrechen zu verurteilen ist, ein zentrales Lernziel. Aber selbst in diesem Kontext stellt »Konfrontationen« durchaus immer wieder die zentrale Frage nach der Rolle des Einzelnen in ethisch problematischen Situationen. Denn es gab ja auch unter den Wachmannschaften Menschen, die Juden geholfen haben.

Bulletin: Was ist das wichtigste gegenwartsbezogene Ziel Ihres Projekts?

Unser wesentliches Bildungsziel ist die Befähigung dazu, Entscheidungen nicht als gegeben hinzunehmen, sondern als Entscheidungen zu erkennen, die man fällt – selbst unter problematischen Voraussetzungen. Es geht also um ein Nachdenken über eigene Haltungen und über Entscheidungsprozesse. Allgemein gesagt, sind das Grundelemente einer politischen Bildung, also das Wahrnehmen der Gestaltbarkeit von sozialen Beziehungen eben auch in Drucksituationen. Es soll zugleich deutlich werden, dass die Orientierung an einem Gruppenzwang etwas ist, das direkte Konsequenzen hat, die in bestimmten Situationen auch tödlich für andere sein können. Dafür können historische Themen und Materialien einen Anlass bieten.

Bulletin: Stellt denn Ihr Anspruch, von der Geschichte einen Bogen zur Gegenwart zu schlagen, in der historisch-politischen Bildung eher die Regel oder eher eine Ausnahme dar?

Ich würde sagen, dass in der Regel dieser Bogen sogar gefordert wird, dass aber gleichzeitig nur sehr selten methodische Vorschläge gemacht werden, wie das gehen soll. Meistens bleiben diese beiden Pole voneinander entfernt stehen. Das sieht man auch an unseren eigenen Materialien, obwohl wir immer versucht haben, sie zusammen zu bringen. Es bleibt also meist bei dem Anspruch, dass man diesen Zusammenhang herstellen und dabei Antirassismus als Bildungsziel verfolgen soll – und das sehe ich in diesem pädagogischen

Feld als die zentrale Falle. Ich würde diesem Anspruch die These entgegen halten, dass er – zumindest mit den vorhandenen Materialien und Arbeitsformen – eigentlich gar nicht umsetzbar ist.

Bulletin: Warum?

Wenn man zum Beispiel die Demokratie-Erziehung als eines der wichtigsten Lernfelder nimmt, dann zeigt die pädagogische Praxis einfach, dass demokratische Verhaltensweisen viel besser erlernt werden können, wenn sie erprobt werden. Man muss Jugendlichen ermöglichen, positive Erfahrungen mit demokratischen Meinungsbildungsprozessen zu machen. Diese Herangehensweise ist viel erfolgreicher, als wenn man die Jugendlichen mit dem historischen Gegenbild zur Demokratie konfrontiert, wenn sie sich also damit beschäftigen, was passiert, wenn sich eine Gesellschaft nicht mehr demokratisch verhält. Dieser Ansatz funktioniert eindeutig nicht. Das ist aus meiner Sicht ein Trugschluss, der die pädagogische Praxis in Westdeutschland lange Jahre geprägt hat. Es geht stattdessen darum, im ersten Schritt die Vorteile von Demokratie als Form des öffentlichen Zusammenlebens erkennen zu können und damit positive Erfahrungen zu machen. Die Beschäftigung mit den negativen Erfahrungen aus der Geschichte ist dann der zweite Schritt.

Bulletin: Lehnen Sie demzufolge auch das Anbieten von positiven historischen Vorbildern ab?

Die Grundannahme, dass ein positives Beispiel immer zur Nachahmung anleitet, ist in der Tat nicht unproblematisch. Die Erfahrungen belegen immer wieder, dass solche Methoden auch kontraproduktiv wirken können. Das zeigt sich bei der Beschäftigung mit Widerstandskämpfern oder mit den Helfern, wenn zum Beispiel ein Oskar Schindler als positives Beispiel für das eigene Verhalten dargestellt wird. Der Schindler-Film wird ja in den Schulen viel benutzt. Diese Persönlichkeiten und ihre Handlungsmöglichkeiten haben aber nichts mit dem Alltag der Schülerinnen und Schüler zu tun. Sie sind zu weit weg von den eigenen Verhaltensweisen, ihr Handeln wird als unerreichbar wahrgenommen und wirkt dann eher abschreckend.

Bulletin: Gilt das für alle Helfer?

Wir versuchen in unserem eigenen Konzept, stattdessen »kleine Helfer« vorzustellen oder vielleicht auch nur Menschen, die nicht aktiv mitgemacht haben. Also Menschen, die Verhaltensweisen an den Tag gelegt haben, die sich für durchschnittliche Leute im Bereich des Machbaren bewegen. Dieser Ansatz wird auch von anderen in letzter Zeit immer mehr benutzt. Solche Geschichten sind dann tatsächlich für Jugendliche relevanter, weil man daran die Frage diskutieren kann, ob man sich auch selbst vorstellen könnte, sich so zu verhalten. Dann kommt man sehr schnell zu den eigenen Erfahrungen. Wir suchen also eher nach alltäglicheren Situationen. Die Lerngruppen ziehen dann von alleine schnell den Bogen zur Gegenwart.

Bulletin: Den Anspruch, gegenwartsbezogen zu arbeiten, haben Sie also nicht ganz aufgegeben?

Nein, aber wir haben eine grundsätzliche Kritik an den Programmen, an denen wir uns früher orientiert haben, allen voran Facing History and Ourselves. Der Ansatz, vom historischen Material direkt auf gegenwärtige Problemstellungen zu kommen, ist einfach zu kurzschrittig. Er wird weder der Vergangenheit noch den aktuellen Problemlagen gerecht.

Bulletin: Lässt sich Ihre These, dass die Holocaust-Pädagogik durch den Anspruch eines gleichzeitigen Lernens für die Zukunft überfordert ist, nicht insbesondere auch auf die Gedenkstättenpädagogik, also auf das Lernen am historischen Ort, anwenden?

Sicher. Ich halte den Ansatz, Gedenkstätten als Präventionsorte zu sehen, für sehr problematisch. Gedenkstätten sind meiner Meinung nach nicht der geeignete Ort für antirassistische Bildung. Es gibt zwar auch hier einige wenige Gegenbeispiele, zum Beispiel internationale Workcamps. Doch ob diese stärker zum Abbau von Rassismus beitragen, weil sie in einer Gedenkstätte stattfinden und nicht beispielsweise an der deutsch-polnischen Grenze, das würde ich sehr bezweifeln. Wahrscheinlich könnte das Thema einer solchen internationalen Begegnung genauso ein aktuelles Thema wie zum Beispiel Flucht oder die Situation von Menschen ohne Pass sein.

Bulletin: Nun haben Sie ja bisher in Bezug auf gegenwartsbezogene Bildungsziele nur von Rassismus gesprochen. Eine Auseinandersetzung mit aktuellem Antisemitismus findet demnach also in der historisch-politischen Bildung eher selten statt?

Das ist richtig. Es ist ja eine ganz neue Entwicklung des letzten Jahres oder vielleicht der letzten zwei Jahre, dass aktueller Antisemitismus in der Bildungsarbeit überhaupt als Thema wahrgenommen wird. In der Vergangenheit tauchte das Problem zwar manchmal im Zusammenhang mit Jugendlichen auf, die nicht aus deutschen Familien stammen und die sich im Hinblick auf Juden auf eine weniger vorsichtige Art äußern. Hier wurden auch gegenüber jüdischen Mitschülern klassische antisemitische Stereotype verwendet, die Mehrheitsdeutsche einfach nicht so schnell aussprechen. Aber obwohl sich schon seit Längerem gezeigt hat, dass viele Lehrkräfte nicht wissen, wie sie auf solche Äußerungen reagieren sollen, wurde dieses Problem von der Pädagogik nie systematisch angegangen.

Bulletin: Haben Sie solche Erfahrungen auch im Rahmen Ihrer Beratungstätigkeit gemacht?

Beratungsanfragen von Lehrkräften oder Schülern, die solche Probleme in ihren Klassen haben, hatten wir im Fritz Bauer Institut schon vor zehn Jahren. Wir haben das damals in den Beratungssituationen eher situativ gehandhabt. Bei einer Schule zum Beispiel, an



Das Jüdische Museum in Berlin stellt nicht nur die Jahrhunderte alte Geschichte von Juden in Deutschland dar, sondern beschäftigt sich auch mit aktuellem Antisemitismus. In der Ausstellung »Ich bin kein Antisemit« wurden im September 2002 antisemitische Briefe gezeigt, die im Rahmen der Debatte um die Positionen des FDP-Politikers Jürgen Möllemann an den Journalisten Henryk M. Broder und die Redaktion der Jüdischen Allgemeinen per Post oder Email geschickt wurden.

Copyright: R. Maro/version

der es antisemitische Äußerungen gegeben hatte, sollten die Eltern der unterschiedlichen Schülerinnen und Schüler zu einem Klärungsgespräch zusammengebracht werden. Wir haben damals vorgeschlagen, zunächst einmal Gespräche zwischen der Klassenleitung und den Eltern der jüdischen Jugendlichen zu organisieren. Es stellte sich dann schnell heraus, dass die jüdischen Eltern kein Interesse an einem Mediationsprozess hatten – sie hielten uns zu Recht entgegen, dass der Antisemitismus in der Schulklasse nicht ihr Problem sei, sondern das Problem derer, die antisemitische Stereotype in den Köpfen haben. Ich weiß nicht, ob das heute noch so wäre, aber damals fielen von Seiten der jüdischen Eltern Äußerungen wie »mein Sohn geht zum Selbstverteidigungskurs, das muss reichen«. Das war für die PädagogInnen schwer zu verkraften – aber andererseits auch sehr lehrreich. Es wurde einfach klar, dass Antisemitismus eben wirklich nichts mit Juden zu tun hat, sondern dass diejenigen ein Problem haben, die sich antisemitisch äußern, und dass man dagegen etwas tun muss.

Bulletin: Diese Arbeit fällt also in den Aufgabenbereich der klassischen politischen Bildung?

Im Prinzip ja, aber dort liegt wiederum methodisch viel im Argen. Es müsste innerhalb der Schule viel mehr Versuche geben, von Arbeitsformen der außerschulischen Bildung zu lernen und Methoden zu übernehmen, wie wir sie auch in den »Konfrontationen« anwenden. Das sind beispielsweise gestaltpädagogische Elemente wie die Beschäftigung mit Fotografien mit Hilfe des perspektivischen Schreibens, bei dem die Sichtweise einer Person auf dem Foto oder die des Fotografierenden übernommen wird. Methodische

Verfahren zum Wechsel der Perspektive, die das Ziel haben, sich in die Sichtweise von Menschen einzufühlen, die einer anderen Gruppe angehören als der eigenen, halte ich gerade bei aktuellen Themen für ein wichtiges Lernverfahren. Damit kommt man auch im Hinblick auf den aktuellen Antisemitismus viel weiter als mit Beispielen aus der Shoah selbst.

Bulletin: Gilt das auch allgemein für die Beschäftigung mit historischen Themen?

Etwas anderes ist es, wenn es sich um die jüdische Geschichte in Europa handelt. Ein riesiger Mangel im Unterricht ist nach wie vor, dass diese viel zu wenig als Teil der europäischen Kulturgeschichte vermittelt wird. Dies wäre auch für die migrantischen Jugendlichen wichtig, wenn es darum geht, hier anzukommen, sich zu integrieren, die Kultur kennen zu lernen. Es gilt zu zeigen, dass das Judentum nicht nur in Verfolgungsperioden auftaucht, sondern seit 2000 Jahren Teil unserer Kulturgeschichte ist.

Bulletin: Ist die Shoah Education also ungeeignet für die Bearbeitung von aktuellem Antisemitismus?

Nein, das wäre dann doch zu absolut ausgedrückt. Ich würde es eher anders herum sagen wollen: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Shoah ist kein Mittel, um Antisemitismus zu bekämpfen, sondern ein Teil der Allgemeinbildung – insbesondere in Deutschland, aber natürlich auch in Europa. Dabei ist logischerweise auch Antisemitismus ein Thema, aber in erster Linie der spezifische NS-Antisemitismus. Oder anders formuliert: Wenn es darum geht zu überlegen, was gegen aktuellen Antisemitismus getan werden kann, dann ist die Auseinandersetzung mit der Shoah nicht die erste Wahl, um tatsächlich an Menschen heranzukommen. Die Erinnerung an die Shoah als historisches Ereignis enthält zwar viele Erzählungen, die auf Dilemmata im heutigen Alltag verweisen. Aber die Shoah ist hierfür ein besonders extremes Lernbeispiel, und es stellt sich im Hinblick auf den aktuellen Antisemitismus sogar die Frage, ob die Beschäftigung mit ihr den Antisemitismus nicht sogar noch bestärken kann. Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Judenverfolgung waren oft von hoher Komplexität, und es ist schwierig, sie für alle unterschiedlichen Bildungsniveaus angemessen darzustellen. Gerade wenn man vermeiden will, dass das antisemitische Bild des omnipräsenten, einflussreichen Juden verstärkt wird, dann kann man leicht ins Gegenteil verfallen und die Juden als ständige Opfer darstellen. Das hat gewiss keine positiven Auswirkungen auf Jugendliche. Und schließlich ist es von besonderer Bedeutung, dass die Beschäftigung mit der Shoah immer auch mit Pietät und Totengedenken zu tun hat. Das spricht gegen eine direkte Verbindung mit Lernzielen, die unmittelbar auf das Alltagshandeln bezogen sind. Die Shoah ist eines der schwierigsten Themen in der Pädagogik überhaupt, und die Verbindung mit zu stark alltagspraktischen Zielstellungen kann oft in emotionale Fallen führen. Hier müssen wir dringend zu neuen pädagogischen Lösungen kommen.

Anmerkungen

- (1) Facing History and Ourselves ist eine Organisation aus Massachusetts (USA), die vor über 25 Jahren von einigen Lehrerinnen und Lehrern gegründet wurde, um andere Lehrkräfte beim Umgang mit Themen wie dem Holocaust oder der Bürgerrechtsbewegung in den USA zu unterstützen.
- (2) Hierzu gehören bspw. die Programme »Eine Welt der Vielfalt« der US-amerikanischen Anti-Defamation League sowie das vom israelischen ADAM Institute entwickelte »Betzavta«, welche von der Bertelsmann Stiftung und dem Centrum für angewandte Politikwissenschaften auf die deutschen Verhältnisse angepasst wurden.
- (3) Zu dem Konzept »Konfrontationen« gehören sechs »Bausteine« zu folgenden Themen: Identität (Heft 1), Gruppe (H. 2), Ausschluss (H. 3), Ghetto (H. 4), Deportationen (H. 5), Todesmärsche und Befreiung (H. 6).
- (4) Gemeint sind mit »autochthon« die alteingesessenen, ur-sprungsdeutschen Jugendlichen, während Jugendliche mit Migrationshintergrund als allochthon bezeichnet werden können.
- (5) Vgl. hierzu Viola B. Georgi, Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003; Bernd Fechner/Gottfried Kößler/Till Lieberz-Groß (Hrsg.): »Erziehung nach Auschwitz« in der multikulturellen Gesellschaft. Pädagogische und soziologische Annäherungen, Weinheim 2000; sowie den Beitrag von Diederich/Fechner/Oppenhäuser in diesem Bulletin.



Protestaktion gegen die Schändung der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Vaihingen im Herbst 2003.

Quelle: AG Vaihingen

Was tun gegen Antisemitismus in der Schule, im Sportverein oder in der Stadt?

»Projekte gegen Antisemitismus« – ein Modellprojekt der Amadeu Antonio Stiftung

Das Ziel der **Amadeu Antonio Stiftung** ist es, eine zivile Gesellschaft zu stärken, die der Entwicklung einer rechtsextremen Alltagskultur entgegentritt. Dafür werden Initiativen und Projekte unterstützt, die kontinuierlich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgehen, sich für demokratische Strukturen engagieren und für den Schutz von Minderheiten eintreten.

»Als wir in unserer Klasse über den Nahostkonflikt diskutiert haben, sagten einige: ›Was die Israelis mit den Palästinensern machen, ist doch nicht anders als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.‹ Ich sehe das anders, die Diskussion hat mich richtig zum Nachdenken gebracht – aber wie kann ich überzeugend argumentieren?«

»Vor drei Wochen wurden auf dem jüdischen Friedhof unserer Stadt Gräber geschändet und Grabsteine zerstört. An die Friedhofsmauer ist ein Hakenkreuz gesprayt worden. Bis heute hat niemand etwas unternommen, weder die Presse noch die PolitikerInnen scheinen sich verantwortlich zu fühlen. Wir möchten als Bündnis gegen Rechts den Friedhof wieder aufbauen und eine öffentliche Diskussion in der Stadt anregen – wie gehen wir am besten vor?«

»An der Friedensdemonstration vergangenen Samstag haben sich Rechtsextreme beteiligt. Vielen TeilnehmerInnen schien das nicht aufzufallen oder es hat sie nicht gestört. Manche meinten: ›Ist doch egal wer hier mitläuft, Hauptsache, sie sind gegen den Krieg!‹. Mir ist das nicht egal – was kann ich tun und wo finde ich BündnispartnerInnen?«

»Wenn die Kinder auf dem Hof spielen, höre ich immer häufiger, dass sie einander mit ›du Jude‹ beschimpfen. Die scheinen gar nicht zu wissen, in welchem Zusammenhang der Begriff steht und welche Geschichte es in Deutschland gibt. Ich würde gern etwas tun – wen kann ich um Unterstützung bitten?«

»In meinem Initiativkreis gegen Rechtsextremismus ist es total schwer, das Thema Antisemitismus anzusprechen. Sofort wollen alle nur noch über Israel und den Nahostkonflikt reden. Welche Methoden gibt es, die hier weiterhelfen?«

Mit diesen und ähnlichen Fragen werden die MitarbeiterInnen der Amadeu Antonio Stiftung und ihre KooperationspartnerInnen verstärkt seit dem Beginn der »Zweiten Intifada« im Herbst 2000 und den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. 09. 2001 konfrontiert. Doch was lässt sich konkret tun, um wirkungsvoll gegen neue und alte Formen von Antisemitismus in der Schule, im Sportverein oder in der Stadt vorzugehen?

Der »klassische« Kampf gegen Antisemitismus hat sich bisher oft auf die NS-Vergangenheit und ihre Auswirkungen auf die Gegenwart bezogen, also auf die »alten« Formen des Antisemitismus. Meist wurde mit den Instrumenten der historisch-politischen Bildungsarbeit und der Aufklärung gearbeitet. Bildungsarbeit ist auch für die »neuen« Formen des Antisemitismus wichtig; erste Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit seinen aktuellen Erscheinungsformen sind in diesem Bulletin dokumentiert. Projektarbeit, die sich der Thematik über einen längeren Zeitraum hinweg aktiv annimmt und nachhaltige Handlungsstrategien entwickelt, findet jedoch bisher nur in Ausnahmefällen statt.

In Reaktion auf dieses Defizit ist die Amadeu Antonio Stiftung in diesem Feld operativ tätig geworden. Seit 2002 beschäftigt sie sich in einem Projekt mit der Frage, wie man Antisemitismus komplexer bekämpfen kann. Ziel des Projekts ist es, Handlungsstrategien für die Bekämpfung des aktuellen Antisemitismus in Schule, Jugendarbeit sowie im öffentlichen Raum zu entwickeln. Der regionale Fokus liegt auf den neuen Bundesländern mit ihren spezifischen historischen und gegenwärtigen Bedingungen. Nachgegangen wird der Frage, welche Interventionsstrategien insbesondere auf kommunaler Ebene eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus ermöglichen. Um hierfür Projektkonzeptionen zu entwickeln und zu erproben, setzt das Projekt auf mehreren Ebenen an:

1. Sensibilisierung und Fortbildung

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das auch im Bereich der Projektarbeit gegen Rechtsextremismus auftritt. Um antisemitische Äußerungen als solche wahrzunehmen, bedarf es nicht nur eines Wissens über die Erscheinungsformen des Antisemitismus, sondern auch einer Sensibilität gegenüber dem Thema. Diese zu fördern, ist das Ziel regelmäßiger Arbeitstreffen, die die Amadeu Antonio Stiftung zusammen mit PraktikerInnen aus der Projektarbeit gegen Rechtsextremismus durchführt. Der Methode der Wahrnehmungsschulung folgend, beschreiben die Teilnehmenden, welche Situation sie vor Ort im Hinblick auf Antisemitismus wahrnehmen. Der regelmäßige Austausch und die Diskussion über die unterschiedlichen Erfahrungen werden durch thematische Inputs und Referate ergänzt. Vorgestellt werden bspw. aktuelle Studien über die Entwicklung antisemitischer Einstellungen und Straftaten in Deutschland sowie im europäischen Raum. Ausführliche Diskussionen finden statt über Entwicklungen, die für die heutige Arbeit von besonderer Relevanz sind, wie z. B. die Geschichte des Antisemitismus in der DDR und in der



Mit dem Anti-Anti versuchte der jüdische Zentralverband 1930 mit sachlichen Argumenten gegen den grassierenden Judenhas vorzugehen. Schon hier werden Stereotype wie »das zersetzende Judentum« oder »der Jude als Sündenbock« dekonstruiert.

BRD nach 1945. Auch durch die Organisation von Fachkonferenzen möchte die Stiftung den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis fördern.

2. Erprobung vorhandener Methoden

Bereits vorliegende Methoden aus der Bildungsarbeit werden auf den regelmäßigen Arbeitstreffen erprobt, um die weit verbreitete Unsicherheit beim Umgang mit Antisemitismus zu verringern. Ein Beispiel hierfür ist die Methode der »Spinnwebanalyse« aus dem »Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit« des DGB-Bildungswerks Thüringen. Mit dieser Methode kann u. a. der Frage nachgegangen werden, ab wann Kritik an Israel antisemitisch ist. Sie ermöglicht es, den deutschen Diskurs über den Nahostkonflikt zu ordnen und zu analysieren. In einem Rollenspiel können unterschiedliche Positionen vertreten und so ein Perspektivenwechsel vorgenommen werden. Am Ende der Methodenerprobung steht eine Diskussion über die Möglichkeiten der Anwendung in der Praxis.

3. Erfahrungsaustausch und Vernetzung

Auf den Arbeitstreffen werden im nächsten Schritt bereits angewandte Formen unterschiedlichster Aktivitäten gegen Antisemitismus gesammelt. So tauschen sich die Teilnehmenden darüber aus, welche bereits erprobten und wirksamen Projekte es gibt, welche Strategien sich als erfolgreich erwiesen haben und welche best practice-Kriterien sich entwickeln lassen. Diskutiert werden Möglichkeiten der Adaption und Modifikation bestehender Methoden und Konzepte. Die MitarbeiterInnen der verschiedenen Projekte vernetzen sich untereinander, in der gemeinsamen Arbeit wird von den unterschiedlichen Erfahrungen partizipiert und gelernt.

4. Entwicklung und Erprobung von Modellprojekten

Aufbauend auf den Austausch über bisherige Projekterfahrungen wird der Frage nachgegangen, was den einzelnen Projekten und MitarbeiterInnen vor Ort fehlt, um das Problem an der jeweiligen Schule, im Jugendklub oder in der Gemeindeverwaltung anzugehen. Die Amadeu Antonio Stiftung bringt dabei ihre mehrjährigen Erfahrungen aus der Beratung von Projekten gegen Rechtsextremismus ein. Hier beginnt die ganz konkrete Entwicklungsarbeit. Die Teilnehmenden haben nun eine genaue Vorstellung darüber, was sie brauchen, und können gezielt ihre Ideen für neue Projekte in die Entwicklungsphase hinein tragen. Da die Entwicklung eigener Projekte die beste Form der Fortbildung ist, werden in dieser Projektphase die bis dahin erworbenen Kenntnisse, Wahrnehmungen, Erfahrungen und Kooperationsformen durch intensive Recherche, Entwicklung und Erprobung auf ein höheres und praktisch umsetzbares Niveau angehoben.

5. Multiplikation wirksamer Handlungsstrategien

Ziel ist es, unterschiedliche Aktionspläne und andere ganzheitliche Handlungsstrategien zu entwickeln, die auf verschiedenen Ebenen Antisemitismus im kommunalen Raum wirksam und angemessen begegnen. Der kreative Arbeitsprozess wirkt sehr inspirierend und motivierend, in einer lockeren Arbeitsatmosphäre entwickelt sich eine gemeinsame Ideenwerkstatt. Die gemeinsam erarbeiteten Methoden und Konzepte werden in Modellprojekten vor Ort erprobt und so auf ihre Wirksamkeit überprüft. Erfolgreiche Handlungsstrategien publiziert die Amadeu Antonio Stiftung 2005 in einer Broschüre, um eine Multiplikation durch andere Projektträger zu ermöglichen.

Zur Unterstützung dieser Maßnahmen erstellt die Amadeu Antonio Stiftung eine Internetpräsenz, auf der bisherige Praxiserfahrungen reflektiert und erfolgreiche Projekte vorgestellt werden: www.projekte-gegen-antisemitismus.de. Einzusehen ist eine Vielzahl von Hintergrundartikeln zum Thema, und es wird über den aktuellen Stand der Projektumsetzung berichtet. Darüber hinaus wird das Problem des Antisemitismus durch eine aktive Pressearbeit in der Öffentlichkeit thematisiert. Die Stiftung engagiert sich zudem für einen internationalen Erfahrungsaustausch sowie eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene mit dem Ziel, ein Projekt Netzwerk gegen Antisemitismus aufzubauen.

Ansprechpartnerinnen in der AAS:

Heike Radvan und Susanna Harms
030. 24 08 86-12, 030. 24 08 86-13
heike.radvan@amadeu-antonio-stiftung.de
susanna.harms@amadeu-antonio-stiftung.de

Das Projekt wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern«.

Ein Netzwerk für die Bildungsarbeit

Die Task Force: Education on anti-semitism beim American Jewish Committee

Bereits seit Jahrzehnten befasst sich das **American Jewish Committee (AJC)** mit deutsch-jüdischen Beziehungen. Dieses Feld ist für das AJC nicht nur aus geschichtlicher sondern auch aus heutiger Sicht von besonderer Bedeutung.

Es ist eines der Hauptziele der Arbeit des AJC mit Deutschland, durch vielfältige Programme und intensiven Austausch das Verständnis zwischen Deutschen und amerikanischen Juden zu fördern und somit dauerhafte positive Beziehungen zu schaffen. Das AJC ist davon überzeugt, dass beide Seiten viel voneinander lernen können.

Heute richtet das AJC seine Bemühungen in erster Linie auf die Bereiche der Zusammenarbeit in den deutsch-jüdischen Beziehungen inner- und außerhalb Deutschlands, den transatlantischen Beziehungen und den deutsch-israelischen Beziehungen.

Was ist die Task Force

Die Task Force: Education on anti-semitism ist ein vom American Jewish Committee (AJC) ins Leben gerufenes Arbeitstreffen von Praktikerinnen und Praktikern in der schulischen und außerschulischen Bildung aus dem ganzen Bundesgebiet. Es wurde aus der Einsicht gegründet, dass bestehende Arbeitsgruppen zu den Themen Rassismus und allgemeine Menschenrechtspädagogik keine Pädagogik entwickelt haben, die der Spezifik des Antisemitismus gerecht wird. Ein vergleichbares praxisorientiertes Treffen existierte bislang in Deutschland nicht. Die Task Force dient dem Austausch über aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus und der Entwicklung von pädago-



*Studierende vor der Humboldt-Universität im Mai 2002 anlässlich des Bush-Besuches in Berlin.
Quelle: Krasse Zeiten*

gischen Handlungsmöglichkeiten. Sie reflektiert die Erfahrungen aus der Praxis sowie die konzeptionellen Ansätze der einzelnen Träger. Die Arbeitsgruppe verbindet die Debatte bestehender Forschungsergebnisse und Theorien sowie aktueller Analysen mit der Debatte über die Erfahrungen aus der Praxis und lädt Experten und Interessierte zu weiterführenden Diskussionen ein.

Anforderungen an einen neuen Umgang mit Antisemitismus

Noch bevor Studien die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Trägern des wachsenden Antisemitismus aufklären, sind PraktikerInnen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit gezwungen zu reagieren. Ausgearbeitete Konzepte, die der Besonderheit des Antisemitismus und seiner gegenwärtigen Erscheinungsformen gerecht werden, sucht man im deutschsprachigen Raum nahezu vergeblich. Vor der Entwicklung von Handlungsstrategien steht die Herausbildung eines Problembewusstseins bei verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren.

Es bedarf weit reichender Forschungen. Aktuelle antisemitische Äußerungsformen müssen handlungsleitend träger- und kontextspezifisch auf ihre Ursachen und Interventionsmöglichkeiten hin untersucht werden.

Ausgehend von wissenschaftlichen und praxisbezogenen Debatten müssen konzeptionell neuorientierte und modellhafte Interventionsformen entwickelt werden, die sich gegen Antisemitismus richten. Dabei müssen die Debatten um die Gegenwartsbedeutung des Holocaust gerade in Deutschland vor dem Hintergrund einer veränderten Gesellschaftsstruktur durch die Migration der letzten Jahrzehnte geführt werden. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und sollte in der Praxis von Organisationen, Verbänden und Institutionen wie z. B. Schulen einen Platz finden. Entsprechend muss diese Auseinandersetzung auch eine geregelte curriculare wie projektbezogene Relevanz im Bereich der Pädagogik erhalten und darf nicht auf kurzfristige Projektarbeit reduziert werden.

Inhaltliche Anforderungen an pädagogische Konzepte gegen Antisemitismus

Pädagogische Konzepte, die sich der Problematik des Antisemitismus annehmen, müssen seiner Besonderheit gerecht werden. Antisemitismus umfasst mehr als Vorurteile gegen Juden. Er dient als umfassende Weltklärung, in der unverstandene gesellschaftliche Phänomene, Krisen und Umbrüche vor allem durch Verschwörungstheorien oder mit Hilfe tradierter Feindbilder gedeutet und die Verantwortung für Probleme »den« Juden bzw. Israel angelastet werden.

Ziele einer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus

Bildungsarbeit gegen Antisemitismus muss die gesellschaftlichen Bedingungen in den Blick nehmen, unter denen Antisemitismus entsteht, und neben der Veränderung subjektiver Einstellungen auch Möglichkeiten zur Veränderung dieser Entstehungsbedingungen entwerfen.

- Vergegenwärtigung von Antisemitismus in seiner gesellschaftlichen und individuellen Dimension, darunter insbesondere die Berücksichtigung sozialer Traditionen
- Analysefertigkeiten zum Erkennen verschiedener Formen von Antisemitismus im Alltag (primärer Antisemitismus, sekundärer Antisemitismus, Anti-Israelismus, islamistische Formen des Antisemitismus, etc.)
- Sensibilisierung für die Funktion und Problematik von Verschwörungstheorien
- Sensibilisierung für die Problematik personalisierender Erklärungsmuster für gesellschaftliche Probleme
- Bewusstwerden der eigenen Rolle in der Gesellschaft und der eigenen Möglichkeit, auf gesellschaftliche Prozesse Einfluss zu nehmen
- Sensibilisierung für die Bedeutung des historischen Wissens, die Tradierung des Geschichtsbewusstseins und die Unsichtbarkeit der Geschichte der Verlierer
- Auseinandersetzung mit unterschiedlichen jüdischen Perspektiven
- Förderung von Perspektivenwechsel, Reflexion von Selbst- und Fremdbildern, sowie Förderung der Empathiefähigkeit und Selbstreflexion
- Sensibilisierung für Mechanismen der Stereotypisierung und für die Funktion von Feindbildern, Erarbeiten von Ursachen für eigene Erlebnisse als alternative Weltdeutungen

Erfordernisse für eine zukünftige Praxis

Die Bekämpfung von Antisemitismus muss Teil einer Regelaufgabe im Bereich der Demokratieentwicklung werden und über die Förderung von Modell- und Erprobungsphasen hinausgehen.

An der Formulierung von Leitlinien und Förderprogrammen zur Bekämpfung von Antisemitismus und ihrer Umsetzung müssen zivilgesellschaftliche und für das Themenfeld besonders ausgewiesene Initiativen, Bildungsträger, wissenschaftliche Einrichtungen und Stiftungen beteiligt sein, die neben der Berücksichtigung der inhaltlichen Spezifik für eine angemessene methodische Umsetzung sorgen.

Wichtig ist dabei, dass die gesellschaftspolitischen Bemühungen sich nicht nur auf die Abwehr von Antisemitismus beschränken, sondern auf positive Ziele gerichtet sind. Eine Erziehung zur Mündigkeit ist und bleibt ein erstrebenswertes Ziel.

In der »Task Force: Education on anti-semitism« arbeiten mit:

- American Jewish Comitee
- Amadeu Antonio Stiftung
- Projekt »Bildungsbausteine gegen Antisemitismus« des Bildungswerks Berlin-Brandenburg e.V. in Kooperation mit Tacheles reden! e. V.
- DGB-Bildungswerk Thüringen e. V.
- Jugendbegegnungsstätte Anne Frank
- Fritz Bauer Institut
- Projekt »Standpunkte« des Berliner Landesinstituts für Schule und Medien (LISUM) in Kooperation mit der RAA Berlin e. V.

Anhang

Autorinnen und Autoren

Claudia Dantschke lebt als freie Journalistin und Mitarbeiterin des Zentrum Demokratische Kultur. Sie arbeitet u. a. für den TV-Sender aypa-TV und war maßgeblich beteiligt an der Studie »Demokratiegefährdende Phänomene in Friedrichshain-Kreuzberg«, in der rechtsextreme und islamistische Erscheinungsformen untersucht wurden.

Sabine Diederich, Bekleidungstechnikerin, Tätigkeit in der beruflichen Bildung und Organisationsentwicklung, daneben Magisterstudium der Psychologie (Schwerpunkt: soziale Minoritäten), freie Trainerin und Projektkoordinatorin in der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank.

Tobias Ebbrecht ist Filmwissenschaftler und lebt als freier Autor in Berlin.

Bernd Fechler, Diplom-Pädagoge, Mediator und Ausbilder (BM), Pädagogischer Leiter der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank, Freier Trainer und Organisationsberater bei inmedio Frankfurt – Berlin.

Horst Peter Gerlich ist Diplompädagoge und engagiert sich im Bereich der politischen Bildungsarbeit. Er organisiert u. a. Begegnungsprojekte zwischen Überlebenden des Nationalsozialismus und Berliner Schülerinnen und Schülern.

Frank Gutermuth, Sozialwissenschaftler, hat an verschiedenen Rechtsextremismus-Studien und Ausstellungsprojekten zum Nationalsozialismus mitgearbeitet und ist freiberuflich tätig im Bereich zeitgeschichtliche Recherche, Projektberatung und politische Bildungsarbeit.

Susanna Harms, Politikwissenschaftlerin, ist in der Amadeu Antonio Stiftung als Koordinatorin der Projekte »Projekte gegen Antisemitismus« und »Bürgerstiftungen für demokratische Kultur« tätig.

Anetta Kahane ist Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung. Davor war sie Geschäftsführerin der RAA-Berlin, zu der auch das Zentrum Demokratische Kultur gehört. Seit über dreizehn Jahren engagiert sie sich für eine demokratische Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus.

Ralph Kummer, Diplom-Politologe aus Berlin studierte Jura und Politik in Marburg und Berlin und ist freier Mitarbeiter im ZDK.

Holger Oppenhäuser, M.A. Politologie. Derzeitiger Arbeitsschwerpunkt: Globalisierung und die extreme Rechte. Freier Trainer und Projektkoordinator in der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank.

Heike Radvan ist Diplomsozialpädagogin und –sozialarbeiterin, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei der Amadeu Antonio Stiftung und Koordinatorin des Stiftungsprojektes »Projekte gegen Antisemitismus«.

Simone Rafael ist Journalistin und verantwortliche Redakteurin für das Internetportal www.mut-gegen-rechte-gewalt.de.

Timo Reinfrank ist Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der FU Berlin und wissenschaftlicher Referent der Amadeu Antonio Stiftung im Rahmen der AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus.

Herbert Weber ist Politikwissenschaftler und Lehrer. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum Demokratische Kultur in Berlin, für das er Publikationen betreut und Lehrerfortbildungen durchführt.

Andrea Woeldike ist freie Publizistin. Sie ist Herausgeberin und Autorin diverser Bücher und Artikel zum Thema Antisemitismus, Antizionismus sowie Antiamerikanismus, der Ideologie des Djihadismus und Panarabismus. Letzte Veröffentlichung von ihr zusammen mit Thomas Uwer und Thomas v. d. Osten-Sacken: Amerika. Der »War on Terror« und der Aufstand der alten Welt. ca ira, 2003.

Ausgewählte Literatur

Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Ders. Gesammelte Schriften, Bd. 10.2, Frankfurt/Main 1977

Arbeitskreis Kritik des deutschen Antisemitismus (Hg.): Antisemitismus – die deutsche Normalität. Geschichte und Wirkungsweise des Vernichtungswahns, Freiburg 2001

Jan C. Behrends u.a. (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003

Werner Bergmann, Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung 1946 – 1989, Leske und Budrich 1991

Werner Bergmann, Rainer Erb: Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945. Opladen 1990

Henryk M. Broder: Kein Krieg, nirgends: Die Deutschen und der Terror, Berlin-Verlag, Berlin 2002

Micha Brumlik u.a. (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 1988

Helmuth Berding: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1995, 2. Auflage

Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständiger Gefühls, Frankfurt/Main 1986

Detlev Claussen: Die Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt/Main 1987

Dan Diner: Feindbild Amerika, Berlin – München 2003

Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996

Michael Hahn: Nichts gegen Amerika, Hamburg 2003

Matthias Küntzel: Djihaad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2002

Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945 – 1990, Hildesheim 1997

Leon Poliakov: Geschichte des Antisemitismus. 8 Bände, Worms 1977 – 1988

Lars Rensmann: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin 1998

Lars Rensmann: Demokratie und Judenbild: Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik, Wiesbaden 2003

Birgit Rommelspacher: Schuldlos – schuldig? Wie sich junge Frauen Antisemitismus auseinandersetzen, Hamburg 1994

Gerhard Scheit: Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus, Freiburg 1999

Richard Chaim Schneider: Wir sind da! Juden in Deutschland 1945 – 1999, Berlin 2000

Julius H Schoeps, Joachim Schlör (Hg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. München 1995

Christian Schwaabe: Antiamerikanismus, Wandlungen eines Feindbildes, Paderborn 2003

Dietmar Sturzbecher, Ronald Freytag: Antisemitismus unter Jugendlichen. Göttingen 2000

Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997

Thomas Uwer, Arn von der Osten-Sacken, Andrea Woeldike: Amerika, dich hasst dich's besser, Hamburg 2003

Shulamit Volkov: Antisemitismus als kultureller Code, München 2000

Ziauddin Sardar, Merryl Wyn Davies: Woher kommt der Haß auf Amerika?, Springe 2003

Schriftenreihe Bulletin

In der Schriftenreihe Bulletin des Zentrum Demokratische Kultur erschienen in den Jahren 2002/2003 im Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig folgende Bände, die für jeweils 4 € über die Homepage des ZDK (www.zdk-berlin.de) bei »Bulletin« oder über die Internet-Seiten des Klett-Verlages (unter »Zusatzmaterialien«) bestellt werden können:

Bulletin 1/2002

Rechtsextremismus heute. Eine Einführung in Denkwelten, Erscheinungsformen und Gegenstrategien
Informationen über rechtsextreme Alltagskultur, die sich in Kleidung, Musik, Symbolen und im Internet äußert. Außerdem werden wesentliche Strategien der extremen Rechten, Organisationsstruktur und –geschichte sowie Gegenstrategien dargestellt.
ISBN: 3-12-060201-9

Bulletin 2/2002

» ... dann hab' ich mir das Hitlerbärtchen abrasiert.«
EXIT – Ausstieg aus der rechtsextremen Szene
Beschreibung des Projekts EXIT und des Projekts EXIT-Elterninitiative (Unterstützung für Eltern rechtsextrem-orientierter Jugendlicher). Außerdem geben Aussteiger und Aussteigerinnen einen persönlichen Einblick aus erster Hand über ihre Erfahrungen in der Szene. Diese Berichte eignen sich als Material im Unterricht.
ISBN: 3-12-060202-7

Bulletin 3/2003

Volksgemeinschaft gegen McWorld
Rechtsintellektuelle Diskurse zu Globalisierung, Nation und Kultur
Neurechte, intellektuelle Strukturen des modernen Rechtsextremismus werden dargestellt, entsprechende Publikationen vorgestellt. Das Heft beschreibt, wie sich die akademische Rechte über Themen wie Globalisierung, nationale Identität und mit einem deutschen Kulturbegriff, der gegen Einwanderung mobilisiert, Spielräume in konservative Kreise hinein verschafft. Der Brückenschlag zur gesellschaftlichen Mitte gelingt auch mit Querfrontstrategien hin zu sozialistischen Ideen, mit dem Appell zu mehr Umweltschutz und einer elitären, körperbetonten Ästhetik, die bei Breker und Leni Riefenstahl entlehnt ist und sich auch im Mainstream immer größerer Beliebtheit erfreut.
ISBN: 3-12-060203-5

Adressen

Adressen, Projekte und Ansprechpartner im ZDK:

Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Neue Medien
Chausseestraße 29
10115 Berlin
(U-Bhf. Zinnowitzer Straße)
Telefon: 030. 240 45-320
Fax: 030. 240 45-309
Email: info@zdk-berlin.de
Internet: www.zdk-berlin.de
Ansprechpartner: Cordula Mäbert

Gesellschaft für Demokratische Kultur GmbH
Chausseestraße 29
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 45-320
Fax: 030. 240 45-309
Geschäftsführer: Bernd Wagner

Community Coaching
Ansprechpartner: Dierk Borstel, Kerstin Sischa
Telefon: 030. 24045-400
Email: dierk.borstel@zdk-berlin.de

Schriftenreihe Bulletin, CD-Rom Projekt »Standpunkte«
Ansprechpartner: Herbert Weber
Telefon: 030. 240 45-390
Email: herbert.weber@zdk-berlin.de
Internet: www.zdk-berlin.de/webzdk/seitenzdk/zdkhome.html

Informations- und Fortbildungsveranstaltungen
Ansprechpartner: Cordula Mäbert
Telefon: 030. 240 45-320
Email: info@zdk-berlin.de
Internet: www.zdk-berlin.de

Arbeitsgemeinschaft Netzwerke, Koordination MBTs
Ansprechpartner: Lorenz Korgel
Telefon: 030. 240 45-410
Email: lorenz.korgel@zdk-berlin.de

Aussteigerprogramm »EXIT Deutschland«
Kontakt: 0171. 713 64 52
Mailbox: 0180. 50 52 55 89 79 10
Fax: 089. 244 34 77 89
Postanschrift:
EXIT Deutschland
Postfach 040324
10062 Berlin
Email: info@exit-deutschland.de
Internet: www.exit-deutschland.de

Andere enge Partner des ZDK:

RAA Berlin
Chausseestraße 29
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 45-100/-500
Fax: 030. 240 45-509
info@raa-berlin.de
www.raa-berlin.de
Leiterin: Britta Kollberg

Freudenberg Stiftung
Freudenbergstraße 2
69469 Weinheim/Bergstraße
Telefon: 06201. 17498
Fax: 06201. 13262
Info@freudenbergstiftung.de
www.freudenbergstiftung.de

Opferperspektive e.V.
Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt
Lindenstraße 47
14467 Potsdam
Telefon: 0171. 193 56 69
Fax : 01212. 5-11559889
info@opferperspektive.de
www.opferperspektive.de

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon: 030. 24 08 86 10
Fax: 030. 24 08 86 22
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de,
www.mut-gegen-rechte-Gewalt.de

AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus
c/o Stiftung Demokratische Jugend
Grünberger Straße 54
10245 Berlin
Telefon: 030. 29 04 40 84
info@ag-netzwerke.de
www.ag-netzwerke.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
Ansprechpartner: Bianca Klose
Telefon: 030. 240 45-430
Fax: 030. 240 45-319
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

Weitere Adressen

The American Jewish Committee Berlin Office
Lawrence & Lee Ramer Center for German – Jewish Relations
Leipziger Platz 15
10117 Berlin
Telefon: 030. 22 65 94-0
Fax: 030. 22 65 94-14
www.ajc.org

Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.
Cuvrystraße 20
10997 Berlin
Telefon: 030. 61 07 65 44
buero@bildungsteam.de
www.bildungsteam.de/bausteine.htm

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.
Warsbergstraße 1
99092 Erfurt
Telefon: 036. 217 27-0
Fax: 036. 217 27-27
info@dgb-bwt.de
www.dgb-bwt.de

Fritz Bauer Institut
Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust
Grüneburgplatz 1
60323 Frankfurt am Main
Telefon: 069. 79 83 22-40
Fax: 069. 79 83 22-41
info@fritz-bauer-institut.de
www.fritz-bauer-institut.de

HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e.V.
Pulsitzer Straße 10
01099 Dresden
Telefon: 0351. 802 04 89
Fax: 0351. 804 77 15
hatikva.dd@t-online.de
www.hatikva.de

Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung (IDA) e.V.
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211. 159 25 55
Fax: 0211. 159 25-69
info@idaev.de
www.idaev.de

Jugendbegegnungsstätte Anne Frank
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
Telefon: 069. 560 00 20
Fax: 069. 56 00 02 50
info@jbs-anne-frank.de
www.jbs-anne-frank.de

Miphgasch/Begegnung e.V.
Samariterstraße 27
10247 Berlin
Telefon: 030. 47 47 48 05
Fax: 030. 47 47 48 06
miphgasch@gmx.de
www.miphgasch.de

Projekt »Standpunkte«
c/o Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)
Beuthstraße 6-8
10117 Berlin
Telefon: 030. 901 71-0

Tacheles Reden! –
Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus e.V.
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
Telefon: 030. 69 51 68 15
Fax: 030. 69 51 68 17
info@tacheles-reden.de
www.tacheles-reden.de